G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gunnar Matthiessen
Vor der Europäischen Sicherheitskonferenz

Hans Heinz Holz
BRD und DDR in die UNO

Martin Hall
Die USA auf dem Wege zum Polizeistaat?

Reinhard Kühnl
Politikwissenschaft in der Bundesrepublik

Karlheinz Deschner
Verkehrter Fortschritt in verkehrter Gesellschaft

8 '70

August 1970 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1970

CHRONIK DES MONATS JULI 1970 775

KOMMENTARE UND BERICHTE

Vor der Europäischen Sicherheitskonferenz . . . . *Gunnar Matthiessen* 778

Vom Sinn und Unsinn des „Berlin-Junktims" . . . . . *Klaus Ehrler* 781

„Freiheit", die sie meinen . . . . . *Friedhelm Baukloh* 784

HAUPTAUFSÄTZE

Die Opposition gegen das „Bahr-Papier" . . . . . *Harold Rasch* 787

BRD und DDR in die UNO . . . . . *Hans Heinz Holz* 792

Die USA auf dem Wege zum Polizeistaat? . . . *Martin Hall, Los Angeles* 801

Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. Literaturbericht über „Einführungen" in die Politikwissenschaft . . . . . *Reinhard Kühnl* 815

Vom verkehrten Fortschritt in der verkehrten Gesellschaft . . . . . *Karlheinz Deschner* 828

Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954—1968 . . . *Karl Markus Kreis* 839

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus und die Währungssituation der BRD . . . . . *Lidia Maximowa, Moskau* 854

Wie rechtsradikal sind Österreichs Studenten? Eine Analyse des „Rings Freiheitlicher Studenten" . . . . . *Dieter Kutzschbach, Wien* 861

FERNSEH-SPALTE

Ein historischer Bachmann? . . . . . *E. H. Wahl* 867

BÜCHER

Eli Lobel / Sabri Geries, Die Araber in Israel . . . . *Hans-Georg Burger* 868

Martin Baethge, Ausbildung und Herrschaft . . . . . *Wulf D. Hund* 870

Tilman Moser, Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur . . . . . *Friedhelm Nyssen* 872

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 873

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Soldat 70 — Wehrpflichtige melden sich zu Wort 874

Wortlaut des offenen Briefes der Befreiungsfront von Mozambique an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland 880

Guatemala 882

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Fünfzehnter Jahrgang · Heft 8/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats Juli 1970

1. 7. — Vietnam. Im Rahmen einer Fernsehdiskussion mit Journalisten gibt der amerikanische Präsident Nixon die Ernennung des Diplomaten David K. E. Bruce zum neuen Chef der US-Delegation bei den Pariser Vietnam-Friedensgesprächen bekannt. Dieser Posten war seit dem Rücktritt von Botschafter Cabot Lodge im Dezember 1969 unbesetzt geblieben.

3.—4. 7. — CSU. Die Christlich-Soziale Union hält in Nürnberg ihren Parteitag ab. Hauptredner ist der CSU-Vorsitzende Strauß, der eine Kundgebung in der Meistersingerhalle zu heftigen Angriffen gegen die Bundesregierung benutzt. Strauß spricht von einer „außenpolitischen Verzweiflungsgemeinschaft Brandt/Scheel" und wendet sich gegen jede Vereinbarung auf der Grundlage der von Bahr und Gromyko ausgearbeiteten Plattform.

5. 7. — Kambodscha. Ein Sondergericht verurteilt in Phnom Penh den im März gestürzten Präsidenten Sihanouk „in Abwesenheit" zum Tode, erkennt ihm die Staatsbürgerschaft ab und verfügt die Einziehung seines Eigentums. Prinz Sihanouk steht an der Spitze einer von der „Nationalen Einheitsfront Kambodschas" gebildeten Exilregierung mit Sitz in Peking.

6. 7. — Italien. Der Rücktritt der Regierung des Ministerpräsidenten Rumor führt zu einer neuen Krise in der italienischen Innenpolitik. Anlaß des Rücktritts ist die Weigerung der Linkssozialisten, auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten und

den Sozialisten der Proletarischen Einheit in einigen Regionen zu verzichten. Die Linkssozialisten hatten der bisherigen Koalitionsregierung neben den Christdemokraten, den Republikanern und den Sozialdemokraten angehört.

— Polen/DDR. Anläßlich des 20. Jahrestages des „Abkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze" vom 6. Juli 1950 findet im polnischen Teil der Stadt Görlitz (heute: Zgorzelec) ein Festakt statt. Ansprachen halten Ministerpräsident Cyrankiewicz (einer der Unterzeichner des seinerzeit in Görlitz geschlossenen Vertrages) und Ministerpräsident Stoph. Der polnische Regierungschef erklärt, nach der vollzogenen Verständigung mit einem deutschen Staat sei es an der Zeit, die Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik herbeizuführen.

7. 7. — Rumänien / Sowjetunion. Beide Staaten schließen einen neuen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand", der ein entsprechendes Abkommen vom 4. Februar 1948 ersetzt. Für die Sowjetunion unterzeichnet in Bukarest Ministerpräsident Kossygin, für Rumänien Ministerpräsident Maurer. Artikel 8 des Vertrages enthält eine Beistandsklausel, die „im Falle, daß eine der Hohen Vertragschließenden Seiten einem bewaffneten Angriff seitens eines beliebigen Staates oder einer Gruppe von Staaten ausgesetzt wird", unverzüglich Hilfe mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, „einschließlich der militärischen", vorsieht. Artikel 9 verpflichtet zu Konsultationen „über alle wichtigen internationalen Fragen, die die Interessen der beiden Seiten berühren". Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren.

11. 7. — FDP. Auf der Hohensyburg schließen sich einige FDP-Politiker zu einer gegen die jetzige Parteiführung unter Bundesaußenminister Scheel und gegen die Ostpolitik der Bundesregierung gerichteten „Nationalliberalen Aktion" zusammen. Zu den Gründern gehören der Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Heinz Lange, ein prominentes Mitglied des sudetendeutschen Witiko-Bundes, der Bundestagsabgeordnete Zoglmann und der frühere Landesvorsitzende in Bayern, Bahner, der sein Amt auf dem letzten Landesparteitag verloren hatte. Der ehemalige Parteivorsitzende Mende läßt der Versammlung ein Grußtelegramm zugehen.

13. 7. — Sowjetunion. Das Zentralkomitee beschließt, den 24. Parteitag der KPdSU für März 1971 einzuberufen. Zur Tagesordnung heißt es, Parteisekretär Breschnew werde den Bericht des Zentralkomitees vorlegen und Ministerpräsident Kossygin über die Direktiven für den neuen Fünf-Jahr-Plan (1971—1975) referieren. Der Parteitag sollte ursprünglich im Herbst dieses Jahres stattfinden. — Am 15. 7. tritt in Moskau der am 14. 6. gewählte Oberste Sowjet zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Staatspräsident Podgorny (die offizielle Amtsbezeichnung lautet: Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet) und Ministerpräsident Kossygin werden in ihren Ämtern bestätigt.

14. 7. — Sowjetunion/China. Die sowjetische Regierung ernennt den stellvertretenden Außenminister Ilitschew zum Beauftragten für die Grenzverhandlungen mit der Volksrepublik China. Ilitschew löst den erkrankten Stellvertretenden Außenminister Kusnezow ab, der sich seit Oktober 1969 zu diesen Verhandlungen, über deren Ergebnis bisher nichts bekannt wurde, in Peking aufgehalten hatte.

17. 7. — Naher Osten. Staatspräsident Nasser beendet einen mehrwöchigen Besuch in der Sowjetunion. In einem Kommuniqué über den intensiven Meinungsaustausch mit der sowjetischen Staats- und Parteiführung und hohen Militärs befürworten beide Seiten eine politische Regelung im Nahen Osten. Voraussetzung dafür sei jedoch der „Abzug der israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten" und die volle Erfüllung der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 sowie der Entscheidungen der Vereinten Nationen betreffend die Palästina-Flüchtlinge. Die Regierung der UdSSR erklärt „ihre Bereitschaft, den gerechten Kampf der arabischen Völker für die nationale Unabhängigkeit, Souveränität und Freiheit weiterhin zu unterstützen und ihnen hierbei die notwendige Hilfe zu leisten". — Am 23. 7. setzt sich Präsident Nasser in einer großangelegten Rede zum 18. Jahrestag der ägyptischen Revolution für die Annahme der neuesten amerikanischen Vorschläge ein; der sogenannte

Rogers-Plan sieht u. a. eine dreimonatige Waffenruhe an den Fronten vor. In dieser Zeit sollen unter Aufsicht des UN-Beauftragten Gunnar Jarring Gespräche der beteiligten Parteien über eine friedliche Lösung eingeleitet werden. Während sich Jordanien, der Sudan, Libyen und der Libanon der Haltung Nassers anschließen, wird der Plan von Syrien, dem Irak, Algerien und mehreren palästinensischen Organisationen abgelehnt. — Am 31. 7. stimmt auch das israelische Kabinett den amerikanischen Anregungen „grundsätzlich" zu, behält sich aber eine weitergehende Antwort noch vor. Die Regierung billige, so heißt es in einem Kommuniqué, den vorgesehenen Waffenstillstand „trotz der in der Angelegenheit steckenden Gefahren".

20. 7. — Sowjetunion / Finnland. Außenminister Gromyko und sein finnischer Kollege Leskinen unterzeichnen in Moskau ein Protokoll über die Verlängerung des finnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandsvertrages von 1948 um weitere 20 Jahre.

23. 7. — Südafrika. Ohne Gegenstimme bei drei Enthaltungen (darunter Großbritannien) bekräftigt der UN-Sicherheitsrat „bedingungslos und ohne Vorbehalte" das im Jahre 1963 gegen Südafrika ausgesprochene Waffenembargo. Der Außenminister der konservativen britischen Regierung, Douglas-Home, hatte am 20. 7. im Unterhaus angedeutet, die Regierung erwäge die Wiederaufnahme von Waffenlieferungen in die Südafrikanische Union, „beschränkt auf gewisse Kategorien".

23.—25. 7. — Polen / Bundesrepublik. In Warschau findet eine weitere Runde der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen über die Normalisierung der Beziehungen auf vertraglicher Grundlage statt. Gesprächspartner sind wiederum Staatssekretär Duckwitz und der Stellvertretende Außenminister Winiewicz. Bei seiner Rückkehr aus der polnischen Hauptstadt erklärt Duckwitz, beide Delegationen hätten Vorschläge für eine Regelung ausgearbeitet, über die nun die Regierungen entscheiden müßten. — Am 30. 7. teilt Staatssekretär Ahlers in Bonn vor der Presse mit, die nächste Zusammenkunft zwischen Winiewicz und Duckwitz werde am 10. September in Bonn stattfinden. Der bisher ausgearbeitete Vertragsentwurf sehe eine Präambel und vier Artikel vor.

26. 7. — Sowjetunion / Bundesrepublik. Bundesaußenminister Scheel begibt sich an der Spitze einer 25köpfigen Delegation nach Moskau, um offizielle Verhandlungen über den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages mit der Sowjetunion aufzunehmen. In der Begleitung des Ministers befinden sich auch die Bundestagsabgeordneten Wienand (SPD) und Achenbach (FDP); die CDU hatte die Entsendung eines Parlamentariers aus ihren Reihen abgelehnt. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am 27. 7. mit einem Gespräch zwischen Gromyko und Scheel und werden später und an den folgenden Tagen mit Vollsitzungen der Delegationen und auf der Ebene spezieller Arbeitsgruppen fortgesetzt. Scheel und Gromyko vereinbaren absolute Vertraulichkeit für die Zeit der Beratungen. — Am 31. 7. erklärt der in Moskau weilende Regierungssprecher v. Wechmar, die angestrebte Vereinbarung werde nun als „Vertrag über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland" bezeichnet. Der Titel „Gewaltverzichtsvertrag" sei fallengelassen worden.

27. 7. — Österreich. Die Regierung legt ein Memorandum zur Frage der Europäischen Sicherheitskonferenz vor, das vorher auf diplomatischem Wege allen europäischen Regierungen zugeleitet wurde. Österreich vertritt die Ansicht, daß die Annäherung der verschiedenen Standpunkte es erlaube, von bilateralen zu multilateralen Vorbereitungen einer solchen Konferenz überzugehen. Expertengespräche könnten zunächst auf Botschafterebene stattfinden.

30. 7. Frankreich. Verteidigungsminister Debré erläutert vor der Presse die französische Rüstungspolitik für die nächsten Jahre, deren Schwerpunkt auf dem Ausbau der nuklearen Force de frappe liegen solle. Bis 1975 werde die Armee mit „strategischen Raketen der zweiten Generation" sowie mit Raketen-U-Booten ausgerüstet sein. Trotz der Proteste verschiedener Länder hatte Frankreich am 4. 7. im Pazifik mit einer neuen Testserie atomarer Waffen begonnen und mehrere Wasserstoffbomben zur Explosion gebracht.

Kommentare und Berichte

Vor der Europäischen Sicherheitskonferenz

Die Ansätze für die Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz vermehren und verdichten sich. Die Diskussion um Rahmen und Aufgaben der ersten Beratungen wird konkreter. Wichtige Impulse kamen in diesem Sommer von den Erklärungen der NATO-Staaten in Rom und der Warschauer Pakt-Staaten in Budapest. Gegenwärtig stehen die Beratungen der Außenminister Gromyko und Scheel im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Der sachliche Zusammenhang der Vorgänge liegt auf der Hand: Aufgabe ist die Abwendung von der Politik der Konfrontation — die Herstellung der Grundlagen für eine Entwicklung europäischer Sicherheit und Kooperation. Verschiedene Aspekte dieser Aufgabe bedürfen besonders in der bundesrepublikanischen Diskussion grundsätzlicher Klärung.

Die deutschland- und ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung scheinen die Dringlichkeit der Einberufung einer Sicherheitskonferenz relativiert zu haben und scheinen es erforderlich zu machen, ihre Bedeutung und ihre möglichen Ergebnisse neu zu überdenken, damit eine sinnvolle Einordnung in die Gesamtplanung vorgenommen werden kann. Gegenwärtig führt die Bundesregierung eine Reihe von zweiseitigen Gesprächen mit der UdSSR, mit Polen und mit großen Denkpausen auch mit der DDR, um zur Verständigung und zum gegenseitigen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zu kommen. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit allen sozialistischen Ländern sollen intensiviert werden. Ohne Zweifel und unwiderruflich ist die gegenwärtige Etappe der außenpolitischen Orientierung gekennzeichnet durch die Bereitschaft, anstelle der bloß militärpolitischen Konfrontation Verhandlungen mit allen sozialistischen Ländern zu führen. Und da scheint es nur sinnvoll, erst einmal den Verlauf und die Ergebnisse dieser Gespräche abzuwarten, bevor man die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz ernsthaft in Angriff nimmt. In dieser Situation werden Fragen laut, was mit einer solchen Konferenz überhaupt erreicht werden soll, wenn sie den Gewaltverzicht und die europäischen Wirtschaftsbeziehungen zu den wesentlichen Punkten ihrer Tagesordnung erklärt, die ja längst praktischer Bestandteil der Politik der Bundesregierung geworden seien. Eine Funktion — so ist zu hören — könne die Sicherheitskonferenz vielmehr darin finden, daß auf ihr die für die Sicherheit wirklich entscheidenden Probleme aufgegriffen würden: Die Herunterstufung der militärpolitischen Konfrontation durch Abrüstung und Truppenreduzierung in Europa.

Die Frage, um die es hier geht, ist letzten Endes folgende: Was leisten bilaterale, was leisten multilaterale Vereinbarungen in der heutigen Situation? Bilaterale Gespräche und Verhandlungen sind nützlich und zu begrüßen, da sie eine wichtige Etappe darstellen können für die Sicherung des Friedens in Europa und ein günstiges Klima hierfür schaffen. Aber in den isoliert bilateralen Verhandlungen liegt nicht die eigentliche Perspektive, die zur Lösung der aktuell anstehenden Probleme in Europa führen könnte. Die Kernfrage vielmehr nicht allein für die Bundesrepublik, sondern für alle europäischen Völker ist durch die Existenz zweier sich antagonistisch gegenüberstehender, in Militärbündnissen organisierter Gesellschaftssysteme gestellt, deren

Beziehung zueinander durch die militärpolitische Konfrontation und das Fehlen jeglicher völkerrechtlich verbindlicher Abmachungen über den territorialen Status quo charakterisiert ist. Daher sind alle Völker in Europa daran interessiert, diesen prinzipiell labilen Zustand, der die Möglichkeit kriegerischer Verwicklung nicht ausschließt, durch völkerrechtlich verbindliche, kollektive Vereinbarungen zu überwinden und damit die friedliche Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme zu ermöglichen. Dies kann von bilateralen Abmachungen alleine nicht geleistet werden, wie schon die dreißig vor 1933 getroffenen zweiseitigen Vereinbarungen gezeigt haben, daß sie kein wirksamer Schutz gegen den Krieg sind. Zweiseitige Vereinbarungen ermöglichen den Vertragsbruch oder seine Aufkündigung eher als kollektive Abmachungen, in deren Rahmen sich ein Partner gegen alle anderen stellen müßte mit der Behauptung, die Grundlagen und damit die Verpflichtungen des Vertrages seien nicht mehr gegeben. Ein kollektiver Gewaltverzicht böte einen Schutz gegen das weitere Vordringen des Chauvinismus, der sich heute am bedrohlichsten um die CDU/CSU sammelt, und würde zur Isolierung dieser Kräfte in ganz Europa beitragen. Daher liegt in dem für die Tagesordnung vorgeschlagenen kollektiven Gewaltverzicht aller Völker Europas mit der Verpflichtung zum gemeinsamen Schutz gegen jeglichen Angreifer der Ausgangspunkt für die Schaffung eines Friedenssystems in Europa. Er gibt eine sinnvolle Perspektive und sichere Basis für zweiseitige Abmachungen und rückt das Verhältnis zweier Staaten zueinander in den Zusammenhang der friedlichen Koexistenz. Von hier aus werden weitere Schritte möglich, die zum forcierten Abbau der militärpolitischen Konfrontation und zur Abrüstung führen können.

Diese Thematik jetzt mit dem Anspruch auf konkrete Ergebnisse auf die Tagesordnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz setzen zu wollen, hieße, sie von Beginn an mit unerfüllbaren Maximalforderungen zu belasten und zum Scheitern zu verurteilen. Die Erfahrungen der Genfer Abrüstungskonferenz, die sich seit Jahren mit den Abrüstungsproblemen befaßt, haben gezeigt, welch zeitraubende Geduld die Vereinbarungen über das Atomteststoppabkommen und den Atomwaffensperrvertrag erfordert haben. Denkbar allerdings scheint — und dafür sprechen auch die Vorschläge der Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten —, daß das Abrüstungsproblem und die Frage der Truppenreduzierung in Europa einen vorrangigen Platz hat in dem Katalog all der Fragen, die es nach einem erfolgreichen Ansatz der ersten Europäischen Sicherheitskonferenz längerfristig zu lösen gilt. Die von den sozialistischen Ländern vorgeschlagene Bildung eines Organs könnte einen wesentlichen Beitrag zur forcierten Abrüstung in Europa um so eher leisten, als die Sicherung des territorialen Status quo im Rahmen von kollektiven Gewaltverzichtserklärungen einen schnelleren Verhandlungserfolg in Aussicht stellt, als es in der Genfer Konferenz bislang auf der Grundlage eines labilen Zustandes in Europa möglich war. Als Ergebnis einer Reihe von Konferenzen und der Tätigkeit ihrer Organe wäre ein kollektives europäisches Sicherheitssystem als Alternative zur Konfrontation der beiden Militärblöcke zu denken. In einem System gegenseitiger Sicherheitsgarantie wären sie überflüssig.

Gleichwohl aber, so wird argumentiert, bleibt fraglich, ob die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz erfolgversprechend ist und zur Einleitung eines garantierten Friedens in Europa beitragen kann, wenn 25 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die deutsche Frage noch offen ist und der Friedensvertrag aussteht. Das Insistieren Willy Brandts auf einer Annäherung der beiden deutschen Staaten als einer notwendigen Voraussetzung für das

Gelingen einer Europäischen Sicherheitskonferenz verweise doch darauf, daß es für die Aussichten einer europäischen Sicherheit nur förderlich sein könne, wenn die Bundesrepublik und die DDR im Rahmen besonderer Beziehungen zueinander ihre Spannungen herabstuften.

Wer so fragt, stellt die Frage falsch. Die Entwicklung in Europa, die sich in den fünfundzwanzig Jahren nach der Niederlage des Faschismus vollzogen hat und die durch die Aufteilung Europas in zwei gegensätzliche Gesellschaftssysteme charakterisiert ist, hat zur endgültigen Erkenntnis geführt, daß das Verhältnis von BRD und DDR nicht als isolierte nationale Frage behandelt werden kann. Das um so mehr, als gerade die, die heute so durchsichtig die Einheit und Wiedervereinigung fordern, verantwortlich dafür sind, daß es in der Zeit, als ein Friedensvertrag noch greifbar war, zur Teilung Deutschlands durch die forcierte Westintegration kam.

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg geht es heute nicht um eine Friedensregelung der unterlegenen Nation mit politisch konformen Siegermächten, um die bloße Bereinigung einer begangenen Schuld und die Wiederherstellung alter Rechtsansprüche einer Nation. Es geht auch nicht um eine ohnehin erst auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens mögliche Versöhnung mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Polen. Fünfundzwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg existiert kein traditionelles Verhältnis mehr zwischen Siegern und Besiegten, weder in Form einer nationalen Einheit der Besiegten noch in Form der politisch-ideologischen Übereinstimmung der Sieger. Weder die DDR noch die BRD sind isoliert die Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches. Das Verhältnis zwischen ihnen ist heute nur im Rahmen der friedlichen Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme, in die sie jeweils integriert sind, zu behandeln und nicht als gesonderte nationale Frage herauszulösen. Im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems erhielte die „deutsche Frage" und die des Friedensvertrages eben die Funktion, die sie geschichtlich real heute hat, nämlich ein Problem des kollektiven Friedens in Europa zu sein. Die Vereinbarung eines kollektiven Gewaltverzichts würde anstelle eines Friedensvertrages die Nachkriegsperiode abschließen und auf der Grundlage der existierenden politischen und territorialen Verhältnisse die Souveränität und die Selbstbestimmung aller europäischen Staaten ermöglichen. Das Verhältnis der BRD und der DDR zueinander als voneinander unabhängige souveräne Staaten ist durch die Unterschiedlichkeit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie auch zunehmend der Kultur gekennzeichnet, die als wesentliche Faktoren für die Bestimmung einer Nation gelten. Das Selbstbestimmungsrecht der einst einheitlichen Nation muß heute von der DDR und der BRD jeweils für sich verantwortlich ausgeübt werden. Gerade der Anspruch der Bundesrepublik, für die nicht als existenzberechtigt anerkannte DDR sprechen zu wollen und sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, bedeutet die Verneinung des Selbstbestimmungsrechts, das sich unter den veränderten geschichtlichen Bedingungen eben als das von BRD und DDR darstellen muß. Die Bevölkerung der DDR hat innerhalb ihrer eigenen Grenzen über ihre politische Verfassung abgestimmt, ohne Anspruch, für die Bevölkerung der Bundesrepublik zu sprechen. Ebenso wenig kann diese den Anspruch erheben, über die Interessen und Entwicklungen der Bevölkerung der DDR zu befinden.

Auch die Forderung nach einer vorrangigen Klärung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander als notwendiger Vorstufe zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz rückt die „Deutschlandfrage" aus dem Komplex der europäischen Systemauseinandersetzung heraus, von der sie aber nicht

zu einem bloß nationalen Problem zu isolieren ist. Sie hat kein Eigengewicht, sondern ist nur im Zusammenhang mit der friedlichen Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme zu beantworten. Und so haben multilaterale Vereinbarungen aller europäischen Staaten die Klärung der deutschen Frage nicht zu ihrer Voraussetzung, sondern stellen im Gegenteil die Möglichkeit dar, das Verhältnis von DDR und BRD auf eine rationalere und friedliche Grundlage zu bringen. Die kollektive Sicherung des Friedens in Europa wird um so dringlicher, als die Bundesregierung gegenwärtig nicht bereit ist, die Labilität und Explosivität der Lage durch die vorbehaltlose völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der DDR zu beseitigen. Weil so das Verhältnis von BRD und DDR durch die Verweigerung der völkerrechtlichen Garantie des politischen und territorialen Status quo äußerst gespannt bleiben muß, kann eine Europäische Sicherheitskonferenz im Interesse aller europäischen Staaten und Völker wesentliche Schritte zu einer kollektiven Friedensgarantie einleiten. Daher ist es nur logisch, wenn die DDR betont, daß ihre völkerrechtliche Anerkennung durch die BRD keine Voraussetzung für die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz ist.

Solange keine kollektiven Garantien für den Frieden in Europa geschaffen sind und allerdings auch solange die Bundesregierung durch die Nichtanerkennung der DDR den Status quo offenhalten will, kann sich die Forderung nach verbesserten menschlichen Beziehungen nicht von dem Verdacht befreien, daß sie auf eine verbesserte Einwirkungsmöglichkeit auf die inneren Verhältnisse der DDR spekuliert. Aber es bietet sich geradezu als natürlich an, daß es für beide deutsche Staaten auf der Grundlage völkerrechtlich geregelter Beziehungen zu entscheiden bleibt, besonders intensive Beziehungen im Wirtschaftsverkehr, in der wissenschaftlich-technischen Kooperation und im kulturellen Austausch zu entwickeln. Beide deutsche Staaten könnten auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens friedliche Koexistenz der beiden Gesellschaftsordnungen vorleben durch enge, nicht diskriminierende Kontakte, die nicht mit dem Ziel der Einmischung in die inneren Angelegenheiten verfolgt werden. Und in diesem Wettbewerb könnte sich zeigen, welcher Staat am besten die Aufgaben der Zukunft bewältigt und die soziale Sicherheit und die Menschlichkeit garantiert. Die Entscheidung bleibe jeweils der Bevölkerung beider deutscher Staaten überlassen.

Gunnar Matthiessen

Vom Sinn und Unsinn des „Berlin-Junktims"

Genau 25 Jahre nach der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte Großbritannien, USA und UdSSR geht es wieder einmal um die Potsdamer Prinzipien. (Bei seinen Verhandlungen in Moskau hat Außenminister Walter Scheel mit ihnen auskommen müssen.) Das Gesetz der internationalen Politik unserer Epoche in Europa ist und bleibt der territoriale Status quo, der sich seit der gemeinsamen Verabschiedung der Potsdamer Beschlüsse im August 1945 durch Attlee, Truman und Stalin trotz vieler Blockierungs- und Verzögerungsversuche von seiten restaurativer Interessengruppen herausgebildet und als zumindest de facto respektierte Realität durchgesetzt hat. Jeder Attacke auf den Status quo Europas folgte seit dem Beginn des Kalten Krieges, also etwa seit 1947, die entsprechende Verdeutlichung und Bekräftigung seiner Grenzziehungen. Insofern bedeutet es

Ironie, Paradoxie und Groteske zugleich, daß heute die Exponenten derjenigen gegen die Potsdamer Prinzipien zu Felde gezogenen Gruppierungen für Relativierung und Durchlässigmachung von Staats- und Gesellschaftsgrenzen eintreten, die mit ihrem Kampf gegen Potsdam (wie man den Sachverhalt bald nach 1945 kurz bezeichnete) besonders in der BRD zu regionalen Teil- und Zwischenerfolgen gelangten und damit recht eigentlich erst die Verhärtung der vorher wesentlich sanfteren Abgrenzungen erzwangen.

Die Beschlüsse von Potsdam konnten nicht in allen Punkten verwirklicht werden; die Prinzipien von Potsdam aber sind noch heute die langfristig tragfähige Grundlage jeder allseitigen Friedenspolitik in Europa. Dieser Lehre sollten alle jene Politiker besonders eingedenk sein, die mit allzu leichtfertigem Achselzucken die in eine universell zumutbare Zukunft weisende Orientierungskraft der Potsdamer Prinzipien glauben ignorieren zu können.

Ihre neueste Erfindung ist das „Berlin-Junktim" der Bonner Bemühungen um Gewaltverzichtsverträge mit einigen der Staaten des Warschauer Vertrages. Auf der einen Seite müssen die teils offenen, teils heimlichen Gegner des Potsdamer Prinzips der Überwindung des Militarismus das Zugeständnis vertraglich besiegelter Verzichtsleistung auf militärische Gewaltanwendung einräumen, auf der anderen Seite wollen sie doch irgendeine Art Pression aufrechterhalten und weiterentwickeln, die den territorialen Status quo deutlich und schmerzlich genug in Frage stellt. Die Forderung nach Einverleibung der DDR und Anschluß der ehemaligen preußischen Ostprovinzen an die als einziger legitimer Nachfolgestaat des Deutschen Reiches erklärte Bundesrepublik „Deutschland" ist nun in direkter Form auch für die meisten Kalten Krieger in Bonn und Bayern nicht mehr aktuell. Der Anspruch auf Westberlin als Bundesland aber, als eine Art „Ostpreußen der Bundesrepublik", erscheint ihnen indessen genau dazu geeignet, die definitive Fixierung des Status quo Europas zu sabotieren, dessen allseitige Respektierung erst die volle Verwirklichung der Potsdamer Prinzipien auch in den bisher davon ferngehaltenen Gebieten ermöglichen würde.

So lebt in der faktischen und — was den NATO-Bereich betrifft — teils auch in der völkerrechtlich relevanten Behandlung Westberlins als nahezu uneingeschränktes Hoheitsgebiet der BRD der alte Bundesanspruch auf die Territorien innerhalb der Reichsgrenzen von 1937 verständigungshemmend weiter. Die Verbrämung dieses Sachverhaltes durch den Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht „aller Deutschen" oder auch der Westberliner, andererseits wiederum durch Hervorkehren der immer unzeitgemäßer werdenden „originären Siegerrechte" der Alliierten (wobei nicht klar ist, welcher Allianz die drei Westmächte jeweils zugedacht werden: der ursprünglichen Antihitlerallianz oder der dazu im Widerspruch stehenden NATO-Allianz), durch zwei Argumentationsweisen also, die einander gegenseitig ausschließen, ist durchaus charakteristisch für den revanchistischen Stellenwert der Westberlinfrage in der Innenpolitik der BRD sowie für die noch immer bestehende revisionistische Orientierung ihrer Osteuropapolitik.

Für die Staaten des Warschauer Vertrages, die ihre Regionalallianz erst gründeten, nachdem die universelle Realisierung der Potsdamer Prinzipien in Deutschland an der NATO-Politik der BRD gescheitert war, stellt sich die Westberlinfrage in dieser Situation sowohl als Problem der Stabilisierung des territorialen Status quo, d. h. der souveränitätsrechtlichen Unabhängigkeit Westberlins von der BRD, als auch in Form einer weitergeltenden Verpflichtung zur Mithilfe bei der

wenn auch späten Realisierung der Potsdamer Prinzipien in und für Westberlin im Sinne der Antihitlerkoalition oder — wie es noch im Juni 1945 in der „Deklaration zur Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland" hieß — „im Interesse der Vereinten Nationen". Walter Ulbricht sagte einmal am Anfang der sechziger Jahre, daß die Westberlinfrage den politischen Stellenwert für die DDR hat, der im Urteil der Polen der Oder-Neiße-Frage zukommt; sein Hinweis auf die Rolle Danzigs im Konzept Hitlers (beim Gespräch mit dem JuSo-Vertreter Karsten D. Voigt vor wenigen Wochen) sollte verdeutlichen, daß mit der Ablehnung jeglicher Bundessouveränität über Westberlin zugleich jeder auch verschleierte territoriale Korridor-Anspruch gegenüber der DDR von vornherein zu unterbinden ist.

Für die innenpolitische Diskussion der BRD freilich muß eingeräumt werden, daß diese Zusammenhänge infolge langer Gewöhnung an die alten Bonner Illusions- und Revisionsformeln nicht mehr leicht und allgemein verdeutlicht werden können. Nicht nur die Springer-Presse hat hier bedauerlicherweise „ganze Arbeit" geleistet. Um so unverantwortlicher ist es, der Bundesregierung mit dem für ihre Verhandlungspartner so erpresserischen „Berlin-Junktim" die von Willy Brandt befürchtete retardierende „Zwangsjacke" unter den unheilvollen Vorzeichen des Kiesingerschen „Burgfriedens" aufzunötigen. Die von Bonner Kreisen bewußt unbestimmt gehaltene Formel der als Ratifikationsbedingung verlangten „Verbesserungen in und um Berlin" muß die Status-quo-Konzeption jedes Teilnehmerstaates des Warschauer Vertrages von vornherein herausfordern und vor den Kopf stoßen; das Schwarze-Peter-Spiel aus Zeiten des Kalten Krieges erlebt durch diesen Trick der Anti-Potsdam-Fronde eine gefährliche Neuauflage.

Selbst mit der vorsichtig-pragmatischen Formel: „Durch Verzicht auf Bundespräsenz in Westberlin zur Garantie der Verkehrswege BRD-Westberlin" kann der Sabotage-Absicht des „Berlin-Junktims" nicht genügend entgegengewirkt werden; es kommt darauf an, den Status quo als Voraussetzung der allseits heilsamen Entfaltung der Potsdamer Friedensprinzipien gerade auch für und mit Westberlin bis in die kennzeichnenden Details hinein zu realisieren: Der Hinweis des Stadtrates Harry Ristock, daß Westberlin es lernen müsse, sich als geschlossene, als ganze Stadt zu verstehen, geht in die weiterführende Richtung. Das irredentistische Offenhalten von etwa 60 Parlamentssitzen im Abgeordnetenhaus für Vertreter der acht Bezirke der DDR-Hauptstadt muß ebenso verschwinden wie der darin zumindest indirekt enthaltene Anspruch Westberlins auf Teile des Hoheitsgebietes des ihm benachbarten Staates. Nur dann kann erwartet werden, daß die Auffassung maßgeblicher Vertreter der DDR, Westberlin liege auf dem Territorium der DDR und gehöre rechtens zu ihr (so kürzlich wieder G. Kegel), im Wege eines Normalisierungsvertrages zwischen Westberlin und der DDR zur Anerkennung der beiderseitigen territorialen Integritäten umzuformulieren ist. Nur dann kann endlich ihr bedauerliches Verhältnis der gegenseitigen Ausklammerung positiv überwunden werden; etwa in dem Sinne, den beispielgebend das neue Aktionsprogramm der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (Mai 1970) für viele Bereiche des öffentlichen Lebens entwickelt hat. Das usurpatorische Selbstbestimmungsrecht „aller Deutschen" kann dazu ebenso wenig beitragen wie die durch ihr NATO-Engagement fragwürdig gewordenen „originären Siegerrechte" der Alliierten, die nur als Beauftragte der Antihitlerkoalition, d. h. der Vereinten Nationen, und zwar im Sinne der Potsdamer Prinzipien, eine glaubwürdige internationale Funktion in der Stadt haben könnten.

Aber nicht nur Westberlins wegen, auch im eigenen Interesse muß die Politik der BRD auf jedes „Berlin-Junktim" verzichten. Sonst glaubt kaum noch jemand an den Ernst einer neuen Bonner Ostpolitik — die sich bekanntlich vor allem der DDR (und damit im Zusammenhang auch Berlin) gegenüber unter Beweis zu stellen hat.

Klaus Ehrler

„Freiheit", die sie meinen

Am 21./22. Juni dieses Jahres hat in Bonn ein „Initiativausschuß von Wissenschaftlern, Politikern und Vertretern des öffentlichen Lebens" die Gründung einer „Vereinigung für die Freiheit der Wissenschaft" angekündigt. Die Gründungsversammlung soll im Herbst ebenfalls in Bonn stattfinden. Bis die Vereinigung über ein eigenes Mitteilungsblatt verfügt, hat sich offensichtlich „Die Welt" zur Verfügung gestellt, diverse Verlautbarungen im Wortlaut abzudrucken und mit ausführlichen Berichten und Kommentaren im Sinne des Initiativausschusses zu interpretieren. Auch der „Bayernkurier" und die Münchener „Nationalzeitung" sowie das „Deutschland-Magazin" der Deutschland-Stifung e. V. haben dem Ausschuß bescheinigt, er sei „zur rechten Zeit" aktiv geworden.

Dem Vorbereitungskomitee gehören u. a. die Professoren Wilhelm Hennis, Richard Löwenthal, Hans Maier, Ernst Nolte, Walter Ruegg, Erwin K. Scheuch und Friedrich H. Tenbruck an. Als Publizist ist Gerhard Löwenthal, Moderator des ZDF-Studios, in dieser akademischen Runde vertreten. Unter den Politikern findet man den CDU-Strategen Gerhard Schröder neben dem SPD-Notstandsplaner und Vizepräsidenten des Bundestages Hermann Schmitt-Vockenhausen. Mit Prof. Dr. Hans Maier, dem Münchener Politologen, hat ein Gelehrter einstweilig den Vorsitz des Initiativausschusses übernommen, der im Kulturbeirat der CSU dem Vorsitzenden Franz Josef Strauß schon seit Jahren Entscheidungshilfe leistet.

In einem in der „Welt", Nr. 156, abgedruckten Brief des Initiativausschusses der Vereinigung Freiheit der Wissenschaft an die Parteivorsitzenden Brandt, Kiesinger, Strauß und Scheel heißt es zu den Zielen der Gruppierung: „Unser Programm läßt sich in drei Punkten zusammenfassen: Information, Widerstand gegen Rechtsbrüche, Kampf für eine wirkliche Hochschulreform." Es gehe um „die Freiheit der Forschung von politischem Zwang". Die „Organisation der Hochschule von ihrer wissenschaftlichen Aufgabe her" müsse „wiederhergestellt" werden. Die „Priorität der Leistung" gelte es zurückzugewinnen. „Terror und Freiheitsbeschränkung durch radikale Gruppen" dürften nicht länger geduldet werden. „Widerstand gegen Rechtsbrüche" müsse von allen in gleichem Geiste „freiheitlich" denkenden Professoren geleistet werden.

Hundert Professoren sollen in Bonn, laut „Die Welt", an der Zusammenkunft, die zur Bildung des Initiativausschusses führte, teilgenommen haben. Der gleichen Quelle zufolge erwartet man fünf- bis sechshundert Professoren zur Gründungsversammlung im September. Es gehe, so sagte CSU-Berater Prof. Dr. Hans Maier der „Welt", um die „Entpolitisierung" der Universität. Nur wenn zuvor eine gründliche „Entpolitisierungsarbeit" geleistet werde, könne Lehre und Forschung wieder „frei" durchgeführt werden. Im ZDF haben sich die Professoren Hennis und Scheuch Ende Juli in einem von ihnen mit persönlichem Eifer geführten Streitgespräch gegen den Bremer Gründungsrektor Dr. Thomas von der Vring und

den hessischen Kultusminister Prof. v. Friedeburg für die „Wiederherstellung der Ordinarienuniversität", gegen alle Neugliederungsgesetze, vor allem gegen das hessische Hochschulgesetz und gegen die Drittelparität ausgesprochen. Sie betonten, daß die Autorität der Ordinarien uneingeschränkt wiederhergestellt werden müsse. Forschung habe einen Vorrang vor Bildung. In der Forschung aber müssen, nach Hennis, alle „Dreinreden", „etwa mit dem politischen (!) Argument, es werde Kriegsforschung betrieben, gefälligst unterbleiben". Solches „Dreinreden" sei nämlich „ideologische Bevormundung" und setze „die Forscher der Bundesrepublik denen des Ostblocks in ihrer Abhängigkeit von politischen Instanzen gleich". Schon das Wort „Kriegsforschung" empfindet Hennis als „Zensur". Friedeburg hingegen und von der Vring sind der Meinung, daß die Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft ein Thema ständiger demokratischer Selbstkontrolle sein muß. Darum auch bejahen sie die Drittelparität, wollen sie die Studenten nicht erneut ausgeschlossen, sondern beteiligt wissen am Demokratisierungsprozeß der Universität. Es geht somit auch dem Bund „Freiheit der Wissenschaft" um Politik, wenn er von „Entpolitisierung" spricht, nämlich um eine Annullierung aller, ohnehin bescheidenen, Reformansätze an unseren Universitäten, vorrangig um die endgültige Abwürgung aller Formen studentischer Mitbestimmung. Es geht ihnen um Willkür, wenn sie von „Freiheit" sprechen, um eine Freiheit von gesellschaftlicher Verantwortung für den Forscher, der, nach seiner Lust und Laune, auch Kriegsforschung betreiben soll, wo und wann er will. Interessenten dafür wird er schon finden: Bei uns in der Bundeswehr, in der Industrie, etwa der chemischen, in machtpolitisch akzentuierten Gruppierungen, z. B., wie sich vorstellen ließe, beim Kulturbeirat der CSU, in dem Prof. Dr. Hans Maier mit Strauß jeweils die Lage regelmäßig bespricht.

Und was den „Widerstand" gegen „radikale Gruppen" angeht — radikal natürlich gleich links, von Rechtsradikalismus war in dem gern Umgang mit der Deutschlandstiftung pflegenden Initiativausschuß noch nicht die Rede —, so ist „HSV", Hermann Schmitt-Vockenhausen, als Notstandsvorkämpfer im Kampf gegen linke Demokraten eine bewährte Fachkraft, mit vorzüglichen Beziehungen (als langjähriger Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages) zum Verfassungsschutz. Bei dem Technokraten Leussink hofft der Initiativausschuß Gehör zu finden. Man ist der Meinung, daß in der SPD der Bundesrepublik — ähnlich wie in Westberlin — die Gesinnungsfreunde Neubauers zu finden sein werden, die sich beim „Schutz" der Autoritätsstrukturen der alten Ordinarienuniversität, wenn erst einmal der „Widerstand" auf breiter Professorenfront proklamiert und von Springerpresse und ZDF-Löwenthal richtig „volkstümlich" angeheizt ist zur Hatz gegen die „Typen" der „radikalen Minderheit", selbst von der CSU nicht übertreffen lassen wollen. Kein Zweifel: Die Reaktion formiert sich nun, gegen die Demokraten unter den Studenten, Professoren und Kultusministern. Sie hat gleich deutlich gemacht, noch bevor sie ein detailliertes Programm beschlossen hat, daß sie in allen im Bundestag vertretenen Parteien Freunde und einflußreiche Förderer hat. Das Deutsche Industrie-Institut beispielsweise, Propagandazentrale des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, hat, wie nicht anders zu erwarten, in einem Schnellbrief erfreut darauf hingewiesen, daß „die Priorität der Leistung" von dem Initiativausschuß gegenüber „ideologischen Tendenzen radikaler Reformer" so entschieden „verteidigt" werde.

Auch in diesem Zusammenhang wird wohl bald Anlaß sein, die Bundesregierung an die Regierungserklärung zu erinnern, die bei den „inneren Reformen" als einen Schwerpunkt die Hochschulreform nannte. Der Bund „Freiheit der

Wissenschaft" scheint demgegenüber in seinen zünftlerischen Vorstellungen von Freiheit sich autoritären Ordnungsvorstellungen von Staat und hierarchischer kapitalistischer Leistungsgesellschaft verpflichtet zu fühlen. Seine Definition von Freiheit wurde wohl noch von der „Abendländischen Akademie" bezogen, zu deren Mitgliedern Prof. Dr. Hans Maier zählte. Sie lebt jetzt im „Europäischen Dokumentationszentrum" in Madrid fort, nachdem ihr gewisse demokratische Fixierungen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein Dasein innerhalb der Legalität dieses Staates nicht länger erlaubten und sie deshalb ihrem Verbot nur durch Selbstauflösung in Würzburg zuvorkommen konnte. Der Bund „Freiheit der Wissenschaft" wird sicherlich darauf achten — nach Prof. Dr Hans Maiers einschlägigen Erfahrungen in der „Abendländischen Akademie" —, daß er formal mit dem Grundgesetz nicht schon bei seiner Gründung kollidiert. Ob seine Praktiken aber mit einem „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat" vereinbar sein werden, oder ob hier — mit Hilfe von so erfahrenen Strategen wie Hermann Schmitt-Vockenhausen und Gerhard Schröder — der Notstand an unseren Universitäten geprobt werden soll, das wird sich wohl bald herausstellen. Immerhin: Die Aktion „Rettet das Vaterland" verfügt über eine neue Schutztruppe. Sie wird das Ihre beitragen zur Polarisierung der Meinungen, die Tag für Tag fortschreitet. Neuerdings im Zeichen einer zunehmenden Organisierung des Rechtskartells in allen Lebensbereichen zum Zweck der autoritären Einebnung republikanischer Ansätze in diesem Lande und zu einer dementsprechenden Politisierung aller Lebensbereiche, die uns am Ende wieder den perfekten Untertanenstaat bescheren soll. In solch wilhelminischer Fraktur aber — die Initiatoren werden es erleben am Widerstand der jungen Generation — lassen sich mündig gewordene Staatsbürger auch in der Bundesrepublik nicht mehr von oben herab belehren, was Freiheit der Wissenschaft, frei nach Strauß, heißen soll.

Friedhelm Baukloh

**Blätter
für deutsche
und internationale
Politik**

entschieden demokratisch

**Blätter
für deutsche
und internationale
Politik**

Die Opposition gegen das „Bahr-Papier"

Von Harold Rasch

I

Auch der wohlwollendste Kritiker der Bundesregierung kann nicht umhin, ihr zweierlei vorzuwerfen: übergroße Ängstlichkeit und Mangel an taktischem Geschick. Die Regierung Brandt/Scheel hat ihren Gegnern manche Waffen in die Hand gegeben, die diese sonst nicht besessen hätten. Wir dürfen das um so offener sagen, als wir den materiellen Kurs der neuen Ostpolitik vollauf billigen.

Unzweifelhaft hätte es, von der intern einzuholenden Zustimmung unserer Verbündeten abgesehen, innerhalb der Kompetenz der Exekutive gelegen, durch einseitige Erklärung der Bundesregierung eine völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik auszusprechen. Davor ist die Regierung, offenbar aus innerpolitischen Gründen, zurückgeschreckt und hat sich auf den Weg von Gesprächen und Verhandlungen begeben, um so eine „Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen" herbeizuführen. Damit hat sie begreiflicherweise die DDR nicht voll befriedigt und ist in Erfurt und Kassel zunächst einmal gescheitert. Die bundesdeutsche Opposition gegen die in Moskau zwischen Staatssekretär Bahr und Außenminister Gromyko ausgehandelten Vertragspunkte [1]) hat sie gleichwohl nicht zum Schweigen gebracht.

In der Sache kann die Bundesregierung sich kaum darüber täuschen, daß schon eine vertragliche Anerkennung der Grenze zwischen der BRD und der DDR als „unverletzlich" und der Abschluß eines Abkommens mit dieser, „das die zwischen Staaten übliche gleiche verbindliche Kraft haben wird wie andere Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik mit dritten Ländern schließen" (Ziffer 3 und 6 des „Bahr-Papiers", das besser „Gromyko-Bahr-Papier" genannt werden sollte), eine völkerrechtliche Anerkennung des zweiten deutschen Staates in sich schließen würde, von der Bereitschaft, den Beitritt beider Staaten zur UNO zu fördern (Ziffer 7), ganz abgesehen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche, selbst wenn eine „Viermächte-Verantwortung" für Deutschland als Ganzes auf dem Papier bestehen bleibt. Wie immer die endgültigen Vertragstexte lauten mögen, die Bundesaußenminister Scheel hoffentlich demnächst in Moskau unterzeichnen wird, um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR kommt die Bundesregierung nicht herum, mag sie nun ausdrücklich ausgesprochen werden oder nicht. Dann aber bestand — und besteht weiter — kein vernünftiger Anlaß, dies nicht auch offen zu sagen. Andererseits: wenn man glaubt, ein Abkommen ohne förmliche „völkerrechtliche Anerkennung" der DDR innerpolitisch besser verkaufen zu können, nun gut...

Indem die Bundesregierung den Weg von Gesprächen und Verhandlungen mit Moskau und Ost-Berlin wählte, anstatt alsbald nach der Regierungserklärung vom Oktober 1969 die Anerkennung der DDR zu vollziehen, hat sie die Opposition nicht nur nicht beschwichtigt, sondern sich neue Schwierigkeiten geschaffen. Denn ein völkerrechtlicher Vertrag bedarf nach Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundestags. Der Versuch Rainer Barzels, für die-

[1]) Text des sogenannten „Bahr-Papiers" in den „Blättern", 7/70, S. 773 f.

sen Vertrag gemäß Artikel 79 Absatz 2 eine verfassungsändernde Mehrheit zu fordern, ist zwar materiell zum Scheitern verurteilt. Immerhin ist nicht ausgeschlossen, daß nun auch noch das Bundesverfassungsgericht mit der Sache befaßt wird. Dieser Möglichkeit der Verzögerung hat sich die Bundesregierung unnötig ausgesetzt.

Für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik gilt Ähnliches. Auch diese hätte — vorbehaltlich der internen Zustimmung der Westmächte — innerhalb der Kompetenz der Bundesregierung gelegen. Sie stellt nur insofern etwas Besonderes dar, als die Oder-Neiße-Grenze keine Grenze der Bundesrepublik und lediglich deshalb politisch unerläßlich geworden ist, weil alle bisherigen Regierungen sie 20 Jahre hindurch immer wieder in Zweifel gezogen und einen Zustand der Spannung im Verhältnis zur Volksrepublik Polen bewußt aufrecht erhalten haben.

Von manchen Pannen, die der Bundesregierung in ihrer Ostpolitik unterlaufen sind, soll hier nicht weiter die Rede sein. Daß eine vorzeitige, stufenweise Veröffentlichung des „Bahr-Papiers" infolge von Indiskretionen ausgerechnet durch die „Bild-Zeitung" und die Münchener Illustrierte „Quick" nicht hat verhindert werden können, ist bedauerlich. In der Sache ist es, vor allem dank der vernünftigen Haltung des Kreml, glücklicherweise ohne gravierende Konsequenzen geblieben.

II

Was kann substantiell gegen das Ergebnis der Verhandlungen Gromyko/Bahr, das die Grundlage endgültiger Vereinbarungen bilden soll, eingewandt werden? Wir sagen offen: nichts Wesentliches, und fühlen uns in dieser Ansicht dadurch bestärkt, daß sogar ein der Ostpolitik der bisherigen Bundesregierung so verhafteter Mann wie Klaus Mehnert zu dem Ergebnis gekommen ist: Wenn man überhaupt einen solchen Vertrag mit der Sowjetunion will, „dann wird er sich nicht radikal von dem Bahr-Papier unterscheiden können" [2]). Und wir wünschen eine vertragliche Befriedung unserer Beziehungen zur UdSSR und ihren Verbündeten; wir müssen sie wünschen, wenn wir endlich mit dem Frieden in Europa Ernst machen wollen.

Für eine sachliche Diskussion auszuscheiden haben alle diejenigen Einwendungen, die den Abschluß oder wenigstens die Ratifizierung eines Gewaltverzichtsabkommens mit der Sowjetunion immer noch von „Fortschritten in der deutschen Frage" abhängig machen wollen, mögen sie sich auf ein „Selbstbestimmungsrecht" des Volkes berufen oder wie immer sonst argumentieren. Alle diese „Fortschritte", auch an sich durchaus wünschenswerte wie etwa eine Verbesserung des Reiseverkehrs, laufen auf nichts anderes als auf Eingriffe in die innere Gesetzgebung und Verwaltungspraxis der DDR hinaus. Dergleichen kann und wird weder die DDR noch die Sowjetunion zugestehen, und es ist ihnen auch nicht zumutbar. Wer solche „Fortschritte" zur Voraussetzung eines Gewaltverzichtsabkommens machen will, der wünscht eben ein derartiges Abkommen nicht; der muß sich sagen lassen, daß er offenbar nicht an der Beseitigung, sondern an der Aufrechterhaltung der Spannungen in Mitteleuropa interessiert ist.

Dasselbe gilt für alle Versuche, die Ostpolitik der Bundesrepublik ehrgeizigen weltpolitischen Kombinationen dienstbar zu machen. Es ist nicht nur Franz Josef Strauß, der schon vor Jahren meinte, „daß uns das Vorgehen der Chinesen gegen die Sowjets handfeste, also faktische und nicht nur mühselig konstruierte Argu-

[2]) „Christ und Welt" vom 10. Juli 1970, Nr. 28.

mente gegen die angeblich realpolitische Forderung nach einer Anerkennung des europäischen Status quo" liefere und „daß wir — nicht zuletzt angesichst eben dieses sowjetisch-chinesischen Konflikts — Chancen zur politischen Offensive haben werden" [3]). Auch nach Ansicht Giselher Wirsings „hätte der deutsche Standpunkt (bei den Gesprächen zwischen Bonn und Moskau, H. R.) nur so formuliert werden dürfen, daß den Sowjets konkrete Möglichkeiten eröffnet worden wären, sich selbst aus diesem Dilemma herauszuziehen, wenn es durch weitere Zuspitzung im Fernen Osten noch größer wird". „Haben wir wirklich Grund", so fragt Wirsing, „dem drohenden Aufmarsch der Sowjetunion gegen China Rückendeckung zu geben" [4])?

Wie immer die Kräfteverhältnisse im Fernen Osten liegen, was immer die Absichten und Aussichten der Beteiligten sein mögen, unseres Erachtens ist es nicht deutsche Aufgabe, hier mitzumischen. Weltpolitik großen Stils zu treiben, übersteigt bei weitem die Kräfte der Bundesrepublik; dergleichen kann nur neues Mißtrauen auf allen Seiten hervorrufen. Deutschlands Ausflüge in die Weltpolitik unter Wilhelm II. gegen die eindeutigen Interessen Großbritanniens, unter Adolf Hitler gegen die Interessen der ganzen übrigen Welt sind uns wahrhaftig schlecht bekommen, wir haben nicht die geringste Veranlassung, heute gegen die Interessen der Sowjetunion in Ostasien Stellung zu beziehen. Aber offenbar ist kein Mißerfolg groß genug, um nicht unsere Strategen immer wieder von neuem auf den Plan zu rufen und neue Projekte schmieden zu lassen. „Eine bescheiden-würdige, verantwortliche Eigenexistenz, die andere möglichst zufrieden läßt, war und ist ... völlig uninteressant; und doch ist es genau dies, was die Außenwelt, jede Außenwelt, von Deutschland, jedem Deutschland, wie von jedem anderen erwartet. Diese Erwartung immer wieder zu enttäuschen, kann nicht guttun" [5]). Das Hemd ist uns näher als der Rock, sagt ein altes Sprichwort. Frieden in Europa sollte uns wichtiger sein als Beteiligung an den Spannungen im Fernen Osten. Dort haben wir nur zu verlieren.

Aber auch in Europa selbst hat die Bundesrepublik durch Förderung von Spannungen nichts zu gewinnen. Jedermann weiß, daß die Interessen der Sowjetunion einerseits, der kleineren Mitglieder des Warschauer Pakts andererseits nicht in jeder Hinsicht identisch sind. Aber es ist nicht unsere Sache, durch bilaterale Verhandlungen und Abkommen mit einzelnen Staaten oder auf sonstige Weise etwa vorhandene Differenzen mit der Sowjetunion zu vergrößern. Auflockerung der militärischen Machtblöcke im Einverständnis der Weltmächte, international garantierte Neutralisierung der beiden deutschen Staaten als langfristiges Endziel deutscher Politik — ja. Aufweichung des Ostens gegen die Interessen der Sowjetunion nach den Vorstellungen von Franz Josef Strauß — keinesfalls. Haben wir bereits vergessen, was das Deutsche Reich Polen und der Tschechoslowakei angetan hat? Und gerade wir sollten, wie der CSU-Anführer es will, den Menschen Osteuropas gegenüber „eine Schlüsselfunktion für die ‚europäische Familienzusammenführung' " [6]) beanspruchen? Unverbesserliche Großmannssucht und Kraftmeierei, nichts anderes!

III

Was bleibt sonst an Einwendungen gegen das Ergebnis der Gespräche zwischen Gromyko und Bahr, über welche Punkte ist nach Ansicht vor allem der Opposition noch zu sprechen?

3) Franz Josef Strauß, Herausforderung und Antwort, 1968, S. 97/98.
4) „Christ und Welt" vom 10. Juli 1970, Nr. 28.
5) Sebastian Haffner, Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches. Grundfehler deutscher Politik nach Bismarck damals und auch heute, 1965, S. 138.
6) Franz Josef Strauß, a.a.O., S. 124.

Da ist zunächst der „Interventionsvorbehalt" der UdSSR, den diese auf die Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen stützt. Von einer ausdrücklichen Aufgabe dieses Anspruchs ist in dem Bahr-Papier keine Rede. Immerhin verpflichtet sich die Sowjetunion nach Artikel 2 des Papiers, sich in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik „gemäß Artikel 2 der Satzung der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten". Das sollte völlig genügen.

Da ist ferner unser Anspruch auf „Wiedervereinigung", den die Opposition durch Artikel 3 des Bahr-Papiers gefährdet sieht. Zwar gibt es wohl niemand, der diesem „Anspruch" auf absehbare Zeit irgendeine praktische Bedeutung beimißt. Immerhin, wenn es einige Politiker befriedigt, so etwas wie eine „deutsche Option" ausdrücklich vorzubehalten — z. B. einen Brief des Bundeskanzlers, den die Sowjetunion ohne Widerspruch entgegenimmt —, dann mögen sie sich dafür einsetzen. Ein ernster Streit hierüber wäre absurd.

Wie steht es andererseits mit den sogenannten Vorbehaltsrechten unserer Verbündeten? Man sollte meinen, daß Artikel 4 des Entwurfs Gromyko-Bahr ausreicht, der besagt: „Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken berührt nicht die früher geschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Abkommen beider Staaten". Eine Viermächteverantwortung für „Deutschland als Ganzes", aber auch für das frühere Berlin steht heute offenbar nur noch auf dem Papier; sie nochmals zu dokumentieren, hätte wenig Sinn. Über das Schicksal von Westberlin aber kann nach allseitig anerkannter Affassung nur von sämtlichen früheren Besatzungsmächten gemeinsam entschieden werden. Nur hierum geht es im Grunde.

Sollen wir die Zustimmung zu einem Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion davon abhängig machen, daß der Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin durch Viermächtevereinbarung besser gesichert wird, als er es heute ist? Über diese Frage wird zur Zeit lebhaft diskutiert, wobei die Politiker zum Teil mit echt deutscher Gründlichkeit sehr fein zwischen Paraphierung und förmlicher Unterzeichnung des Abkommens, seiner Vorlage an den Bundestag, der Ratifizierung durch das Parlament und der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde unterscheiden. Daß die Bundesregierung kein förmliches Junktim zwischen der Unterzeichnung eines wie auch immer heißenden Abkommens BRD/UdSSR und dem Ergebnis der Viermächteverhandlungen über Westberlin herzustellen wünscht, hat Bundeskanzler Brandt aus guten Gründen deutlich gesagt. Und was die Ratifizierung des Vertrages mit der Sowjetunion betrifft, so sollte man eigentlich zunächst einmal das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Gromyko und Scheel abwarten. Jedenfalls muß allen, die dem Kanzler schon heute sagen, er müsse „eisern sein und durchhalten: Entweder Moskau-Vertrag und Berlin-Sicherung — oder beides nicht" [7]), die Frage vorgelegt werden, wie sie sich den weiteren Gang der Dinge denn praktisch vorstellen. Was sind „angemessene Fortschritte" in der Berlin-Frage? Genügt eine vertraglich bessere Sicherung des derzeitigen Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und Westberlin, oder muß auch eine Erweiterung der Verkehrsmöglichkeiten erreicht werden, etwa der freie Zugang von Westberlinern in den östlichen Teil der Stadt? Wie liegt es, wenn der Osten zwar zu Konzessionen bereit ist, aber seinerseits Gegenleistungen, z. B. den Verzicht auf Sitzungen des Bundestags, auf Amtshandlungen des Bundespräsidenten in Westberlin verlangt? Was soll geschehen, wenn die Viermächteverhandlungen nur an dem — wie immer moti-

[7]) So Marion Gräfin Dönhoff, „Die Zeit" vom 24. Juli 1970, Nr. 30.

vierten und begründeten — Widerstand eines unserer Verbündeten, etwa Frankreichs, scheitern? Welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der DDR zu, die zwar ebenso wenig wie die Bundesrepublik an den Viermächtegesprächen teilnimmt, gegen deren Wunsch die Sowjetunion aber kaum Entscheidungen in Sachen Berlin treffen wird? Man sieht: jede Neuregelung der Berlin-Frage wirft eine Fülle von Problemen auf. Wollen wir wirklich die Möglichkeit einer Befriedung unseres Verhältnisses zur UdSSR davon abhängig machen, daß alle diese Probleme gelöst, nach unseren Wünschen gelöst werden? Sind wir bereit, die Fortsetzung des Kalten Krieges der letzten Jahre und gewiß eines verschärften Kalten Krieges der Zukunft zu riskieren? Diesen Fragen werden wir nicht ausweichen können.

Wer wie der Verfasser dieser Zeilen seit vielen Jahren publizistisch den Standpunkt vertreten hat, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen unserem Land und der UdSSR für uns ebenso wichtig sind wie ein gutes Verhältnis zum Westen, wer in den Bemühungen von Bundeskanzler Brandt den ersten ernsthaften amtlichen Versuch sieht, zu solchen Beziehungen zu gelangen, der kann das Niveau der Kritik der innerdeutschen Opposition, insbesondere der Springer-Presse, nur tief deprimiert zur Kenntnis nehmen. Gewiß, die Russen sind zu allen Zeiten schwierige Verhandlungspartner gewesen, und klare Abmachungen sind immer besser als zweideutige. Aber der Kern einer neuen Ostpolitik liegt nicht in diesen oder jenen vertraglichen Formulierungen, sondern in der Bereitschaft zuerst auf unserer Seite, die verdiente Niederlage im Zweiten Weltkrieg als verpflichtend hinzunehmen und auf dieser Grundlage neu zu beginnen. Nicht die Sowjetunion, sondern wir haben den Krieg freventlich vom Zaun gebrochen, nicht die Sowjetunion, sondern wir sind geschlagen worden. Kein Paragraph wird uns eine wirkliche Umkehr, eine grundlegende Änderung unserer Einstellung zur UdSSR ersparen, keine Vertragsklausel aber auch als Ersatz für guten Willen herhalten können. An diesem Willen fehlt es bei den meisten Politikern der CDU/CSU und den sie tragenden wirtschaftlich-sozialen Kräften. Man fürchtet eine Befriedung unseres Verhältnisses zum Osten, weil man um den Bestand der heutigen Machtverhältnisse besorgt ist. Deshalb türmt man Hindernis über Hindernis gegen ein politisches Abkommen mit der Sowjetunion auf. Deshalb veröffentlichen die Unionspolitiker v. Guttenberg und Marx noch kurz vor der Abreise Scheels nach Moskau ein angebliches Schriftstück Gromykos, das die Union sich „beschafft" haben will und das beweisen soll, das „Bahr-Papier" sei in Wahrheit bis auf formelle Veränderungen ein Gromyko-Papier [8]). Alle vordergründige Argumentation, auch soweit sie subjektiv ehrlich gemeint ist, ändert nichts an der Tatsache, daß die führenden Kreise der Opposition eine realistische Verständigung mit dem Osten eben nicht wünschen und, da sie ein Abkommen auf völlig irrealer Grundlage natürlich nicht bekommen können, lieber alles beim alten lassen möchten.

Auch ein Verlangen, die Inkraftsetzung eines anstehenden Vertrages mit Moskau von einer befriedigenden Regelung der — soeben auf den Herbst vertagten — Viermächteverhandlungen über Westberlin formell abhängig zu machen, würde die Interessen- und Machtlage verkennen. Eine Befriedung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion ist in erster Linie unser eigenes Interesse und wäre auch ohne zusätzliche Gegenleistungen der anderen Seite zu erstreben. Vor allem aber: kein neues Abkommen über Westberlin vermag die Insellage der Stadt zu beseitigen — aus der Welt zu schaffen, daß ihre Bindung an die Bundesrepublik letzten Endes ausschließlich auf befriedigenden Beziehungen der

[8]) Siehe „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 24. Juli 1970, Nr. 168, S. 6.

beiden Weltmächte zueinander (wenigstens in Europa) beruht. Hierzu sollte die Bundesrepublik nach besten Kräften beitragen, und das kann sie auch. Damit allein dient sie unserer Zukunft.

IV

Die Bemühungen der Regierung Brandt/Scheel müssen zu einem guten Abschluß gebracht werden — einem Abschluß, der ja nur die Grundlage für eine wirklich neue Ostpolitik sein kann, nicht mehr. Sie brauchen als solche auch nicht zu scheitern, wenn die Regierung ihren Weg nur mutig und konsequent verfolgt. Wir sind überzeugt, daß es dem Bundeskanzler gelingen kann, für ein Gewaltverzichtsabkommen mit der UdSSR im Bundestag eine zwar kleine, aber ausreichende Mehrheit zu finden. Auch die Weiterführung der Verhandlungen mit Polen und der DDR sowie spätere Gespräche mit der Tschechoslowakei bieten alle Aussicht auf befriedigende Lösungen.

Die eigentliche Gefahr droht der Bundesregierung nicht von der Außen-, sondern von der Wirtschafts- und Finanzpolitik, richtiger noch von dem Fehlen jeder überzeugenden Konzeption hierfür. Dies im einzelnen darzulegen, ist hier nicht der Raum. Daß die Bundesregierung der seit Jahren schleichenden Inflation in sträflicher Weise weiteren Auftrieb gegeben hat und noch gibt, kann leider nicht in Zweifel gezogen werden. Gelingt es der Opposition, weitere Kreise demagogisch davon zu überzeugen, daß die Regierung „die Geldwert-Stabilität ihren politischen Zielen unterordnen will" [9]), dann wird ihr keine lange Lebensdauer mehr beschieden sein. Dann werden auch die ersten Blüten einer neuen Ostpolitik rasch wieder welken und der Kalte Krieg von Bonn aus neuen Aufwind bekommen.

BRD und DDR in die UNO

Von Hans Heinz Holz

Völkerrecht und Vereinte Nationen

Die Bundesrepublik Deutschland hat in ihr Grundgesetz den Art. 25 aufgenommen, der besagt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind, den Gesetzen der BRD vorgehen und unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebiets Rechte und Pflichten erzeugen. Damit wurde von den Schöpfern des GG ein Prinzip zur positiv-rechtlichen Norm gemacht, das sich auch vor seiner Kodifizierung schon aus der „Natur der Sache" (oder besser: aus der Logik der Sache) ergab [1]). Die Vorstellung, die Anerkennung völkerrechtlicher Normen durch einen Staat könne von ihrer Ratifizierung durch eben diesen Staat abhängig gemacht werden, ist widerspruchsvoll. Sie würde das Völkerrecht

[9]) So eine Anzeige „Diese Wirtschaftspolitik treibt uns auf die Barrikaden" des „Bundes der Steuerzahler" in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 25. Juli 1970, Nr. 169, S. 23.
[1]) Zur „Natur der Sache" vgl. Gustav Radbruch, Die Natur der Sache als juristische Denkform, Darmstadt 1960.

auf die Ebene bloßen Vertragsrechts stellen, dem Völkerrechtssubjekt also jenseits des Axioms „pacta sunt servanda" (Verträge müssen eingehalten werden) willkürliche Verhaltensweisen anheimgeben. Da aber als Voraussetzung für das Überleben des Menschengeschlechts den Staaten und Völkergemeinschaften das Friedensgebot auferlegt ist, gibt es mindestens e i n zwingendes völkerrechtliches Postulat, das nicht nur — wie das Axiom „pacta sunt servanda" — formaler, sondern inhaltlicher Natur ist. Und aus dem allgemeinsten Inhalt eben dieser übervertraglich geltenden Friedensverpflichtung (die zum Beispiel den Abschluß von Staatenbündnissen zu Angriffszwecken illegal macht, weswegen es dem Wortlaut nach nur „Verteidigungspakte" gibt) folgen naturgemäß zahlreiche, auf dem Wege logischer Deduktion zu gewinnende Verhaltensvorschriften, die in ein definitives System des Völkerrechts eingehen und unabhängig vom zustimmenden Willensentscheid der Völkerrechtssubjekte Verbindlichkeit beanspruchen dürfen.

Selbstverständlich wird es im Einzelfall schwierig sein, eine bloß in der Logik der Sache verankerte Völkerrechtsregel anzuwenden, das heißt ihre Beachtung zu erheischen und notfalls durchzusetzen, wenn nicht wenigstens ein begrenzter internationaler Konsens darüber hergestellt ist. Die immer enger werdende Verflechtung zwischenstaatlicher Beziehungen, die immer größer werdenden Gefahren nicht-friedlicher Auseinandersetzungen zwischen Staaten, die unmittelbaren Risiken, die bereits eine vorbereitende Rüstung mit sich bringt (z. B. durch atomare Verseuchung der Atmosphäre infolge von nuklearen Testexplosionen u. a. m.) machen darum eine Weltorganisation als Organ der Ausbildung feststehender Völkerrechtsnormen, also als ideales rechtsetzendes Subjekt, notwendig. Seit der Gründung des Völkerbunds nach dem Ersten Weltkrieg ist diese Einsicht unbestritten; die Organisation der Vereinten Nationen verstärkte diesen Gedanken in der Folge des Rückfalls in eine räuberische und kriegerische Machtpolitik, wie sie die Serie offener faschistischer Aggressionen in den 30er Jahren darstellte. Es wurde deutlich, daß eine friedliche Weltpolitik nicht mehr ohne eine internationale Organisationsform zu denken ist. Die Existenz einer solchen Organisation muß auch dann, wenn sie nicht alle Staaten des Erdballs umfaßt, beispielgebend für die ganze Welt wirken: außerhalb einer bestehenden Rechtsordnung, die sich aus der Logik der Sache rechtfertigt, ist jeder, der sie bricht, als Bandit gebrandmarkt. Eine Weltorganisation ist die Bedingung der Möglichkeit, dem Völkerrecht übersubjektive Geltung — nämlich Geltung über die Zustimmung der Völkerrechtssubjekte hinaus — zu verschaffen. Die UNO schafft durch ihr Bestehen eine Völkerrechtseinheit, die für alle denkenden Wesen gilt. Sie hat eine apriorische Begründung, wenn ihre Entstehung auch historisch bedingt ist.

Universalität der Vereinten Nationen

Unter diesen Umständen kann eine Weltorganisation als Rechts- und Friedensordnung nur universell sein. Demgemäß ist das in der UNO-Satzung festgelegte Universalitätsprinzip eine logische Implikation ihres sachlichen Auftrags. Sofern die UNO als Organ der Entwicklung und Festigung des Völkerrechts fungiert und in dieser Funktion auch Völkerrechtsnormen setzt — und zwar im Sinne positiv geltenden Rechts —, ist ihre Universalität, die Aufnahme aller souveränen Staaten, nicht nur zugelassen, sondern sinngemäß geboten. Denn Völkerrecht wird verwirklicht nur in der Kooperation der Staaten, als interstaatliches Recht, wenn auch sein idealer Geltungsanspruch von der Zustimmung der Staaten nicht abhängig ist; ideales Recht wird nur da zur realen Rechtsordnung, wo es durchgesetzt werden kann [2]). Die Völkerrechtsordnung bleibt — unbeschadet der sie

[2]) Zum Problem der Durchsetzbarkeit als Kriterium der positiven Rechtsordnung vgl. Hans Heinz Holz,

antizipierenden Idee des Völkerrechts [3]) — geschaffen von den Staaten als den Subjekten des Völkerrechts, getragen von ihrer freiwilligen Anerkennung; zum mindesten gilt dies, solange die Exekutivinstanzen der Völkerrechtsgemeinschaft noch nicht mit supranationaler Durchsetzungsgewalt ausgestattet sind [4]). Die Differenz zwischen idealer Geltung des Völkerrechts und realer Durchsetzbarkeit hat der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg dahingehend bereinigt, daß Verstöße gegen Völkerrechtsnormen nicht durch die Souveränität des Staates gedeckt werden können, wenn auch vielleicht die Staatsmacht ihre individuelle Ahndung vorübergehend verhindern kann [5]). Damit jedoch die Anwendung der Völkerrechtsordnung garantiert werde, darf es keine Lücken in der Völkerrechtsgemeinschaft geben. Als Friedensordnung bewährt sich die Völkerrechtsordnung nur dann, wenn kein Staat von ihr ausgeschlossen bleibt (oder sich von ihr zurückzieht).

Die Völkerrechtsgemeinschaft ist rebus sic stantibus eine Gemeinschaft prinzipiell (wenigstens partiell) kooperationswilliger, aber nicht immer interessengleicher Staaten. Der Ausgleich von Interessenkonflikten sollte sich auf dem Boden der internationalen Organisation vollziehen; zum Teil lassen sich Interessenkonflikte zwischen zwei Staaten durch deren gemeinsame Einbeziehung in übergeordnete Handlungsgemeinschaften beseitigen oder doch reduzieren. Innerhalb der internationalen Organisation können nur solche Staaten ihre widersprechenden Interessen ausgleichen, die im Besitz ihrer Handlungsfreiheit sind. Souveränität ist darum eine Voraussetzung für die Aufnahme in die UNO.

Jeder souveräne Staat ist nolens volens Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft. Er schließt Verträge, nimmt an supranationaler Zusammenarbeit teil, kann in Konflikte verwickelt werden. Um ein größtmögliches Maß von Friedlichkeit in seinen Beziehungen zu gewährleisten, ist es zweckmäßig, ihn in eine Weltorganisation aufzunehmen, deren regulative Funktion er anerkennt und der er sich in freiwilliger Selbstbeschränkung einfügt.

Funktionserweiterung der Weltorganisation

Nun ist jedoch die Funktion der UNO keineswegs darauf beschränkt, die völkerrechtliche Friedensgarantie zu gewährleisten und Konflikte auszuräumen. Neben dieser primären, negativ Feindseligkeiten abwehrenden Aufgabe hat sie auch zahlreiche positive Zielsetzungen, die durch die Intensivierung der internationalen Verbindungen und durch die wechselseitige Betroffenheit aller bedingt sind. Die Unterorganisationen der UNO sind die Träger und Vollstrecker dieser besonderen Aufgaben. Sie sind die Instrumente internationaler Kooperation im Dienste gemeinsamer Zwecke des Menschengeschlechts. Diese können nicht partikularisiert werden, weil sie aus der Verbundenheit der Gesamtheit der Staaten und Menschen entspringen. Folglich darf auch kein souveräner Staat, der die Möglichkeit selbständigen Handelns hat, von der Mitwirkung ausgeschlossen werden; die UNO würde sonst ihr eigenes Programm zunichte machen (man

Macht und Recht, in Symphilosophien, Bericht über den III. deutschen Philosophiekongreß, S. 64 f. und S. 76 ff., München 1952.

3) Im Naturrecht sieht Ernst Bloch, Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt am Main 1961, antizipierte Topoi einer gerechten Gesellschaft; aber da auf menschliche Würde bezogen, stellen sich ihm diese Topoi vornehmlich als solche subjektiver Rechte dar. Das ist jedoch nur die eine Seite; im Völkerrecht werden objektive Prinzipien einer Friedensordnung gesetzt, die der tatsächlichen Verwirklichung im positiven Recht als normative Idee vorangehen, also eine Weltordnung antizipieren.

4) Vgl. Viktor Bruns, Völkerrecht als Rechtsordnung, Darmstadt 1954.

5) Vgl. Hans Heinz Holz, Zum Urteil von Nürnberg, in Sozialistische Hefte, 5. Jg., Heft 10, 1966, S. 22 ff. Dieser Gesichtspunkt ist wichtig, wenn zum Beispiel in Zukunft einmal Kriegsverbrechen in Vietnam oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Südafrikanischen Union rechtlich beurteilt werden sollen. Auch mißachtete UNO-Beschlüsse — zum Beispiel im Nahostkonflikt — schaffen für die betroffenen Parteien geltendes und anwendbares Völkerrecht, wenn auch die Anwendung, mangels geeigneter Durchsetzungsmöglichkeiten, suspendiert ist.

denke z. B. an nur weltweit zu erfüllende Aufgaben wie Seuchenbekämpfung, Geburtenkontrolle, Bekämpfung von Hunger und Hungersnöten u. ä.).

Weltfriedenspolitik kann nur eine Politik weltweiter Zusammenarbeit sein. Der friedenserhaltenden Funktion der UNO durch Konfliktbereinigung steht darum gleichberechtigt ihre friedensfördernde Funktion durch Herstellung von praktischer Kooperation zur Seite. Auch diese Rolle kann die UNO nur dann sinnvoll ausfüllen, wenn sie niemanden von der Kooperation ausschließt. Auch in ihrer Aufbauleistung ist sie wesenhaft universal. Die Welt ist im Zeitalter hochentwickelter Technik und schneller Verkehrsmittel zu klein geworden, als daß noch einzelne Staaten aus der Organisation der Staatengemeinschaft ausgeschlossen bleiben könnten und dürften.

Die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland (BRD) in Unterorganisationen der UNO — wie z. B. WHO, ECOSOC und UNESCO — hat diesem Universalitätsprinzip Rechnung getragen, ungeachtet der Tatsache, daß der strittige Rechtsstatus Deutschlands eine Vertretung in der Vollversammlung der politischen Organisation bisher unmöglich machte. Mit Recht ging die UNO dabei von der Voraussetzung aus, daß ein souveräner Staat an der Aufbauarbeit einer humanitären Weltordnung Anteil haben solle. Die BRD hat jedoch ihre Stellung in den Unterorganisationen der UNO immer dazu benutzt, die ebenso souverän handlungsfähige Deutsche Demokratische Republik (DDR) an dieser Teilnahme zu hindern; sie hat damit, im Zeichen der Hallstein-Doktrin, dem Gedanken der Funktionabilität der Weltorganisation aus machtpolitischen Erwägungen zuwidergehandelt.

Die Rechtslage Deutschlands nach 1945

Diese Haltung der BRD beruhte auf einer einseitigen und völkerrechtlich unhaltbaren Vorannahme: daß nämlich einzig die BRD als Nachfolger des Deutschen Reiches (DR) angesehen werden könne und darum allein berechtigt sei, an der Gemeinschaft der Nationen teilzuhaben; die DDR wurde damit als illegale Staatsgründung auf dem Gebiet des ehemaligen DR betrachtet, ihre völkerrechtlichen Akte — z. B. Vertragsabschlüsse wie der über die Grenzziehung zwischen der DDR und Polen — als nichtexistent oder nichtig behandelt und der sogenannte „Alleinvertretungsanspruch" der BRD für alle Deutschen geltend gemacht.

Ein kurzer Blick auf den Status Deutschlands nach dem 8. Mai 1945 läßt die Unhaltbarkeit dieses Anspruchs erkennen. Ohne sich für eine der drei möglichen völkerrechtlichen Auslegungen entscheiden zu müssen, kann man feststellen, daß unter keiner von ihnen der Übergang der Regierungssouveränität der deutschen Reichsregierung auf die Bundesregierung auch nur als denkbar angenommen werden kann.

1) Die weitestgehende These ist die, daß das DR am 8. Mai 1945 untergegangen ist. Diese Auffassung wurde bereits 1945 von Hans Kelsen vertreten, stieß damals aber mehrheitlich auf Ablehnung, zumal Kelsen ein Kondominat der Siegermächte anstelle der virtuellen Fortdauer einer gesamtdeutschen Staatlichkeit stipulierte [6]). Kelsen nahm, ausgehend von der bedingungslosen Kapitualation und dem Zerfall des DR in unorganische Verwaltungseinheiten (aus denen sich durch alliierte Gesetzgebungsakte dann die Länder bildeten), den Untergang des DR durch debellatio (kriegerische Niederkämpfung) an. Er interpretierte die Berliner Erklärung der vier verbündeten Regierungen vom 5. Juni 1945 und das Potsdamer Abkommen als Übernahme der Regierungssouveräntität durch ein

[6]) Die Argumente der Gegner Kelsens trug der erste Ministerpräsident des Landes Hessen nach 1945, Prof. Karl Geiler, auf der Interzonalen Juristenkonferenz des Rates der VVN 1948 vor. Vgl. Tagungsprotokoll, S. 10 ff.

Kondominat der Alliierten. Als Variante wäre die im Anschluß an Rudolf Smends Integrationslehre entwickelte Auffassung zu nennen, das DR sei durch Desintegration zugrunde gegangen. Unter Voraussetzung der Kelsenschen Auffassung wäre die Gründung der souveränen BRD (die die Gründung der ebenfalls souveränen DDR nach sich zog) unter Bruch des Potsdamer Abkommens, weil ohne Zustimmung der Sowjetunion, zustande gekommen und könnte kein Präjudiz für die Nachfolge des DR schaffen. Die BRD wäre dann ebenso wie die später gegründete DDR ein neues staatliches Gebilde auf dem Territorium des ehemaligen DR. Während 1948 (vor der Gründung der BRD) die Sprecher der damaligen sowjetischen Besatzungszone noch an der Fortdauer des DR und also an der Idee der Einheit Deutschlands festhielten [7]), sind heute die Völkerrechtler und die Regierung der DDR der Auffassung, den Untergang des DR auf 1945 datieren zu müssen [8]).

2) Nimmt man statt der debellatio eine mit der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 abgeschlossene occupatio bellica (kriegerische Besetzung) des DR an, so könnte man vermuten, die Besatzungsmächte hätten treuhänderisch die Regierungssouveränität des DR übernommen, weil es keine handlungsfähige Regierung mehr gab. Die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 und das Potsdamer Abkommen wären dann in diesem Sinne zu interpretieren. Die Verfassung des besetzten Staates war erloschen, seine Verfassung bestand dann gerade in der Aufteilung des Treuhandgebietes in Besatzungszonen.

Unter Mißachtung des im Potsdamer Abkommen intendierten Zwecks der Treuhandschaft, ein antifaschistisches, entmilitarisiertes, demokratisches Gesamtdeutschland zu schaffen, haben dann die Westmächte im Alleingang ihre Besatzungszonen zur BRD vereinigt und dieser ihre treuhänderisch ausgeübte Hoheitsgewalt übertragen; die Sowjetunion folgte mit der Gründung der DDR. Beide selbständig aus der Übertragung von Hoheitsgewalt von den Treuhändern auf die neuen Staatsorgane hervorgegangenen Staaten sind dann gleichberechtigte Träger von Souveränität im völkerrechtlichen Sinne. Ihre Beziehung könnte — im Hinblick auf die in die Verfassung aufgenommene ideale Verpflichtung zur Herstellung der Einheit Deutschlands — nur in einer Konföderation oder in einem Commonwealth gleicher, souveräner, nach außen wie innen selbständiger Völkerrechtssubjekte gedacht werden. Die völkerrechtliche Anerkennung wäre die Bedingung, unter der allein die Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung, getrennter Staatshoheit und verschiedener äußerer Bündnisverpflichtungen zu einer lockeren Verbindung kultureller, sprachlicher und nationaler Art zusammengefaßt werden könnten (das englische Commonwealth of Nations gäbe ein Beispiel für die Möglichkeit eines solchen Staatensystems).

3) Die occupatio bellica könnte indessen nach der schon während des Ersten Weltkriegs von Joseph Kohler entwickelten Theorie so verstanden werden, daß die Besatzungsmächte ihre eigene Hoheitsgewalt im Besatzungsgebiet ausüben (nicht treuhänderisch die des besetzten, einer Regierung beraubten Staates verwalten). Aus eigenem Hoheitsakt übernahmen sie dann teils deutsches Binnen-

7) A.a.O., S. 50: „Nach dem Ergebnis der Diskussion . . . dürfen wir davon ausgehen, daß wir als Juristen der Meinung sind: Deutschland als Rechtsstaat hat nicht aufgehört zu bestehen, besteht als solcher fort mit all den Einschränkungen und verschiedenen Modulationen, die dabei zum Ausdruck gekommen sind, die aber immerhin eine feste Basis geben" (Generalstaatsanwalt Dr. Helm, Dresden).

8) Erklärung des Staatsrats der DDR vom 29. April 1970. Dort wird vom „untergegangenen Deutschen Reich" gesprochen. Dieser Wortlaut läßt das Datum des Untergangs unbestimmt; erläuternd legt Prof. Alfons Steiniger sich bei einer Tagung in Hamburg am 24. Mai 1970 auf den 8. Mai 1945 fest. Unter Berücksichtigung der in Anm. 7) wiedergegebenen Rechtsauffassung möchte ich hingegen vorschlagen, den Untergang des DR als einen Prozeß zu fassen, der am 8. Mai 1945 begann, das Stadium der treuhänderischen Regierungsgewalt des Alliierten Kontrollrats durchlief, in der Konsolidierung gegensätzlicher Gesellschaftsformen in den drei westlichen und der sowjetischen Besatzungszone eine Phase wachsender Desintegration erlebte, um mit der Gründung zweier deutscher Staaten institutionell abgeschlossen zu werden.

recht und setzten es wieder in Kraft, teils veränderten sie es. Aus eben dieser Hoheitsgewalt haben sie auf deutschem Gebiet neue Staatsgründungen geschaffen, bzw. zugelassen; diese stehen damit in keiner automatischen Rechtsnachfolge zum DR, sondern sind als Neuschöpfungen zu betrachten. Die DDR verdankt dann ihre Souveränität ebenso der Hoheitsgewalt der Siegermacht Sowjetunion wie der BRD die ihre der Hoheitsgewalt der Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich. Die Übertragung von Souveränität an Teilstaaten auf dem Gebiet des ehemaligen DR widerspricht zwar den vertraglichen Zielsetzungen des Potsdamer Abkommens, ist aber durch die Kraft der nicht rückgängig zu machenden Faktizität sanktioniert; im übrigen würde diese Verletzung des Potsdamer Abkommens keinen der beiden deutschen Teilstaaten in seiner Souveränität einschränken, sondern nur die vertragschließenden Parteien in ihrem gegenseitigen Verhältnis belasten. Die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten ist auch von dieser Position her nicht in Frage zu stellen.

Keine völkerrechtliche Konstruktion ist denkbar, die die BRD als alleinigen Träger der Souveränität des ehemaligen DR ausweisen würde. Hallstein-Doktrin und Alleinvertretungsanspruch stellen darum immer eine Anmaßung dar, deren aggressiver Charakter unverhüllt als Annexionswille gegenüber der DDR hervortrat.

Die internationale Lösung der deutschen Frage

Von welcher der drei völkerrechtlichen Interpretationsmöglichkeiten der Rechtslage Deutschlands nach 1945 man aber auch ausgehen mag, für das Jahr 1970 gilt in jedem Falle, daß die Fiktion einer Fortexistenz des DR oder eines virtuellen völkerrechtlichen Gebildes „Gesamtdeutschland" nicht aufrechterhalten werden kann. Das DR und seine Substanz „Gesamtdeutschland" sind inexistent geworden entweder

a) durch debellatio oder Desintegration; oder

b) durch treuhänderische Übernahme der Hoheitsgewalt durch die Besatzungsmächte und deren nachträgliche Übertragung an neue Teilstaaten, die nun die gebietsmäßig aufgeteilte, aber jeder für sich die funktionell ganze, ungeteilte, das heißt vollständige Souveränität erhalten haben; oder

c) durch Schaffung neuer staatlicher Souveränität infolge eines unbeschränkten Hoheitsakts der jeweiligen Besatzungsmacht.

Es gibt nun also in Mitteleuropa auf dem Territorium des ehemaligen DR nur die zwei Staaten BRD und DDR und eben jene besondere politische Einheit Westberlin, die als solche dadurch entstanden ist, daß sie durch keinen der unter b) und c) genannten Akte Souveränität übertragen bekam oder einem der neugebildeten souveränen Staaten angegliedert wurde. Logisch und völkerrechtlich hat keiner dieser beiden neuen Staaten etwas mit dem ehemaligen DR zu tun (abgesehen davon, daß er sich auf einem Teil von dessen Gebiet befindet und einen Teil von dessen Staatsvolk übernommen hat). Mit dem Untergang des DR ist auch der Kriegszustand zwischen dem ehemaligen DR und seinen Kriegsgegnern erloschen. Für einen formellen Friedensschluß gäbe es auf seiten der unterlegenen Partei keinen Partner mehr, dieser ist inexistent. Es ist darum auch völkerrechtlich kein Zufall, daß nach der Gründung zweier selbständiger Staaten auf dem Gebiete des ehemaligen DR die Frage eines Friedensvertrages immer mehr in den Hintergrund getreten ist und die Form der Frage nach einem internationalen Abkommen zur Regelung der deutschen Frage angenommen hat. Die unmittelbaren Kriegsfolgen wurden von den Siegermächten aus eigener Hoheitsgewalt, beziehungsweise in Vereinbarungen mit den neu geschaffenen Staaten geregelt. Die mittelbaren Kriegsfolgen, nämlich die völkerrechtlich ungeklärte

Situation in Mitteleuropa und die daraus resultierenden Streitfragen, können nun aber nicht mehr Gegenstand eines eigentlichen Friedensvertrages sein, sondern müßten in eine vertraglich gesicherte Friedensordnung des europäischen Raumes eingebettet werden. An die Stelle der Forderung nach einem Friedensvertrag muß deshalb die Forderung nach einem europäischen Sicherheitsabkommen treten.

Die Charta der Vereinten Nationen läßt regionale Sicherheitssysteme zu und betrachtet sie als Instrumente einer weltweiten Friedenspolitik. Der Abschluß eines europäischen Sicherheitsabkommens setzt die Anerkennung der DDR durch die westlichen Vertragspartner, insbesondere durch die BRD voraus; die Verweigerung der Anerkennung stellt ja gerade einen der auszuschaltenden Unsicherheitsfaktoren in Europa dar. Die Anerkennung kann auch nicht erst ein Ergebnis der Konferenz sein, weil ja beide deutsche Staaten von vornherein gleichberechtigt an den Verhandlungen beteiligt sein müssen, wenn überhaupt ein Ergebnis erzielt werden soll.

Die Aufnahme eines Staates in die UNO ist möglich, auch wenn er nicht zu allen anderen UNO-Staaten diplomatische Beziehungen unterhält. BRD und DDR könnten also vor Regelung ihres gegenseitigen völkerrechtlichen Verhältnisses Mitglieder der Weltorganisation werden. Bei gleichzeitigem Beitritt würde ausgeschlossen sein, daß einer von ihnen über den anderen mit abstimmen müßte. Da die Aufnahme in die UNO gegen das Veto eines der Mitglieder des Sicherheitsrates nicht möglich wäre und ein solches Veto gegen einen einseitigen Antrag von der Bündnismacht der anderen Seite eingelegt werden würde, ist ohnehin nur an eine gleichzeitige Aufnahme in einer koordinierten Prozedur zu denken. Die Bundesregierung käme dabei nicht in die Lage, vorgängig eine offizielle Anerkennung der DDR aussprechen zu müssen, und würde sich ihr dann doch auf dem Boden völkerrechtlicher Institutionen gleichberechtigt gegenübersehen, was eine diplomatische Anerkennung zunächst de facto implizieren und dann de jure nach sich ziehen würde. Die Bundesregierung, die sich offenbar aus innenpolitischen Rücksichten gehemmt fühlt, könnte so die von ihr gescheute Initiative vermeiden und das Gesetz des Handelns dem Automatismus institutioneller internationaler Beziehungen überlassen. So vermöchte sie einerseits einen Beweis ihrer Entspannungs- und Friedensabsichten zu erbringen und andererseits den von innenpolitischen Gegnern nur zu gern erhobenen Vorwurf der „Verzichtpolitik" zu vermeiden.

Denn die Aufnahme in die UNO wäre nun allerdings ein Ergebnis, das nicht als „Verzicht", sondern als außenpolitischer Gewinn gebucht werden dürfte — ein Gewinn, den sich alle bisherigen Bundesregierungen im Hinblick auf ihre illusionäre Ostpolitik versagt haben; ein Gewinn übrigens auch, der in diesem Falle ein Gewinn für beide Teile, für BRD und DDR (und also für Deutschland im ganzen), wäre. Auf die Aspekte einer deutschen Außenpolitik im Rahmen der UNO soll weiter unten noch eingegangen werden. Hier sei zuerst auf die Folgen für die Deutschlandpolitik verwiesen.

Im Zusammenhang eines europäischen Sicherheitsabkommens, das als regionaler Pakt im Rahmen der UNO-Charta gelten sollte, würde die Liquidation des friedensvertragslosen Nachkriegszustandes möglich. In einem kollektiven europäischen Sicherheitssystem würden die ehemaligen kriegführenden Parteien und die auf dem Territorium des DR entstandenen neuen Staaten sich zu Friedensgarantien zusammenfinden und die daraus resultierenden gemeinsamen Aufgaben gemeinsam in Angriff nehmen können.

Ein Abbau militärischer Konfrontation würde von einer Intensivierung des Handels und Verkehrs begleitet sein. Eine solche Entwicklung müßte auch die nicht nur formelle, sondern faktische Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bedeuten, wie sie ja auch, unter internationalen Garantien, eine völkerrechtlich befriedigende Bestimmung des Status von Westberlin einschlösse. Damit wäre die Voraussetzung geschaffen, auch die Beziehungen der beiden deutschen Staaten im Hinblick auf ihre gemeinsame kulturelle und nationale Tradition zu festigen und auszubauen; denn der aus der Zugehörigkeit zu gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen sowie wirtschaftlichen und militärischen Paktorganisationen entstandene Antagonismus wäre durch Einbeziehung in ein europäisches Sicherheitssystem auf der Basis der Koexistenz weitgehend entschärft. Die Mehrstaatlichkeit Deutschlands würde dann einer Erhaltung kultureller Gemeinsamkeiten nicht mehr im Wege stehen.

Es mag paradox erscheinen, ist aber eine nicht wegzudiskutierende Tatsache, daß heute eine deutsche Friedenspolitik nur auf dem Wege einer internationalen Bereinigung des angehäuften Konfliktstoffs möglich ist. Die Aufnahme von BRD und DDR in die UNO würde eine internationale Lösung wesentlich erleichtern und deren Bestand garantieren helfen. Sie brächte damit auch die Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage der gegebenen und nicht aufzuhebenden Zweistaatlichkeit näher.

Es scheint, daß die deutsch-sowjetischen Gespräche in Moskau, die ihren ersten Niederschlag in dem sogenannten „Bahr-Papier" fanden, von diesen Erkenntnissen wesentlich beeinflußt waren. Daß die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO ein wesentlicher Punkt dieses Papiers ist (ebenso wie die Regelung der Beziehungen zur DDR auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Nicht-Diskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit jedes der beiden Staaten, eine Zusicherung, die ja auch schon die Voraussetzung der Gespräche zwischen Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph war), stellt eine systemlogische Konsequenz dar, wenn der Aufbruch zu einer Politik der Entpsannung und der kollektiven Sicherheit in Europa gewagt werden soll. Die Indiskretion, durch die das „Bahr-Papier" in der regierungsfeindlichen Presse vorzeitig veröffentlicht wurde, zielt natürlich auf eine Sabotage des Fortgangs der bundesrepublikanisch-sowjetischen Verhandlungen. Sofern sich die Bundesregierung durch das nun einsetzende Geschrei einer chauvinistischen, aggressionistischen Clique von dem in diesem Vorergebnis gezeichneten Weg einer in sich kohärenten europäischen Friedenspolitik abbringen ließe, wären alle bisher angestrebten oder erreichten Teilergebnisse der Entspannung, die der Bundesrepublik erst einen außenpolitischen Handlungsspielraum sichern kann, wieder zunichte gemacht. Denn Entspannung ist nicht partiell möglich; solange irgendwelche grundsätzlichen Spannungen, wie sie das bisherige Verhältnis zur DDR einschließt, bestehen bleiben, ist jede vorgebliche Friedenspolitik von innen heraus widersprüchlich und unglaubwürdig. Der Frieden ist ein komplexes System der Koexistenz, aus dem einzelne Systemelemente nicht herausgebrochen werden können.

Aspekte der UNO-Mitgliedschaft

Im einzelnen erschlösse die UNO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik ein weites Feld internationaler Aktivitäten [9]). Zahlreiche Aufgaben wissenschaftlicher und technischer Art sind heute nur noch in supranationaler Zusammenarbeit zu lösen. Für Länder von einem Niveau wissenschaftlicher Forschung und industrieller

[9]) Vgl. Hans Heinz Holz, Aspekte einer Friedenspolitik, in Alternativen der Opposition, hrsg. von Friedrich Hitzer und Reinhard Opitz, Köln 1969, S. 27 ff.

Produktion wie die BRD und die DDR ist dieser internationale Kontext unverzichtbar; denn innerhalb dieser Aktivitäten vollzieht sich ja nicht nur die wirtschaftspolitische Expansion, sondern auch der Austausch von Problemstellungen und Erfahrungen, der auf dem heutigen Stande der Forschung nötig ist, um die Entwicklung jedes einzelnen Landes in Gang zu halten und mit dem Weltniveau zu vermitteln; wer sich von solchem internationalen Kontext ausschlösse, würde den Rückfall auf die Stufe eines halbkolonialen Annexes der höchstentwickelten Staaten auf sich nehmen [10]). Immer deutlicher aber stellt sich heraus, daß die wirklich großen Entwicklungsprojekte mit internationalen Vorhaben in Verbindung stehen; nur gleichberechtigte Teilnahme kann auch den Anschluß an das internationale Wissens- und Produktionsniveau sichern. Mehr und mehr werden solche Projekte jedoch von internationalen Gremien vergeben und kontrolliert werden, also aus der Beliebigkeit bloß privater oder nationaler Investitionen herausgelöst und einer weltweiten Planung eingeordnet sein. Eine bloß privatwirtschaftliche oder nationale Expansion stößt auf wachsendes Mißtrauen und Widerstand in jenen Ländern, die Objekte großzügiger Entwicklungsplanung sind. Internationale Friedenspolitik wird sich in Zukunft stärker als bisher auf die Unterorganisationen der UNO zu stützen haben, wenn sie nicht in den Verdacht des Neokolonialismus oder Imperialismus geraten will. Das bedeutet, daß ausgedehnte wirtschaftliche und technische Aufbauprojekte in den Entwicklungsländern besser, wirkungsvoller und friedensfördernd auf internationaler Basis unter institutioneller Beteiligung der betroffenen Staaten durchgeführt werden (etwa unter Einschaltung von ECOSOC und UNCTAD). Staaten wie die BRD und die DDR, die zu den hoch entwickelten Industrieländern der Welt gehören, werden in diesem Rahmen nicht nur ihre eigene außenwirtschaftliche Aktivität entfalten, sondern in zahlreichen Fällen auch miteinander kooperieren können — eine Zusammenarbeit, die wiederum zum Abbau bestehender Spannungen zwischen ihnen beizutragen vermöchte.

Unabtrennbar sind die UNO-Bemühungen um die Herstellung einer Weltfriedensordnung verbunden mit dem Problem der Abrüstung. Die Existenz militärisch hoch gerüsteter Staaten in Mitteleuropa stellt eine akute Bedrohung des Friedens dar, desgleichen die damit verbundene Entfaltung einer finanziell hoch dotierten Rüstungswirtschaft. Die aktive Teilnahme beider deutscher Staaten an Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der Disarmament Commission der UNO könnte wesentlich zur Förderung eines internationalen Abkommens über Rüstungsbeschränkungen und Verbote bestimmter Waffensysteme zur Massenvernichtung beitragen. Wenn schon im Hinblick auf ein europäisches Sicherheitssystem von regionalen Friedensgarantien gesprochen wurde, so gilt dies nun in weltweitem Maßstab erstens für die Wirkung, die von einem regionalen Pakt ausginge [11]), und zweitens von der unmittelbaren Teilnahme großer Industriestaaten an einer Politik der Rüstungsbeschränkung und der Umstellung auf friedenswirtschaftliche Entwicklungsaufgaben.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Unterorganisationen der UNO, wie WHO, FAO, UNESCO usw., der Universalität geradezu bedürfen, um die ihnen gestellten Aufgaben lösen zu können. Die Vereinten Nationen sind das Organ einer sich im Prozeß allseitigen Austauschs von Meinungen, allseitiger Bereinigung von Gegensätzen und Konflikten und allseitiger Kooperation bei der Überwindung von Schwierigkeiten ergebenden Weltordnung. Sie sind das Instrument der Zukunft einer nicht mehr zersplitterten Menschheit, einer Menschheit, die ihre

[10]) Schon heute geht z. B. der größere Teil der in der BRD neu angemeldeten Patente auf ausländische Lizenzen zurück.
[11]) Man denke etwa an die Erklärung Südamerikas zur atomwaffenfreien Zone.

großen technischen und humanitären Aufgaben in Frieden lösen muß und sie auch unter den Bedingungen der Koexistenz von verschiedenen Gesellschaftssystemen in Angriff nehmen kann. Wenn wir gesehen haben, daß es völkerrechtlich keinen Grund dafür gibt, die BRD und die DDR oder einen der beiden Staaten von der UNO fernzuhalten, so muß nun hinzugefügt werden, daß ein Staat, der eine solche Politik des Selbstausschlusses betreibt, sich unzweifelhaften Schaden zufügt und sich von dem Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft der Welt (die auch seine eigene ist) abschneidet. Solange sich die BRD gegen die Aufnahme der DDR in die UNO sperrt, sperrt sie sich selbst damit aus. Es ist darum in ihrem eigenen Interesse ein Abgehen von der Politik des Starrsinns angezeigt. Vollends aber wird die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO dringlich, wenn ein Abbau der Spannungen in Europa angestrebt wird. Die Ablösung nationaler Machtpolitik muß durch eine internationale Friedenspolitik erfolgen, für die die Weltorganisation der natürliche und geeignete Boden ist.

Die USA auf dem Wege zum Polizeistaat?

Von Martin Hall, Los Angeles

I

Die amerikanischen Bodentruppen haben Kambodscha termingerecht verlassen. Aber amerikanische Bombenflugzeuge setzen ihre todbringenden Flüge über kambodschanisches Territorium fort. Niemand weiß, was Nixon tun wird, wenn sich (was wahrscheinlich ist) die kambodschanische Regierung nicht halten kann und wenn, was ebenso wahrscheinlich ist, die Söldner aus Thailand und Laos und die südvietnamesischen Truppen, denen das Kriegführen in Kambodscha viel besser gefällt als der Krieg in Vietnam, einen Sieg der Vereinigten Nationalen Front Kambodschas nicht mehr verhindern können.

Die Verfassungskrise zwischen Kongreß und Weißem Haus besteht nach wie vor. Am 30. Juni, einen Tag vor dem letztmöglichen Rückzugstermin, verabschiedete der Senat das Church-Cooper-Amendment, mit dem alle Rüstungsausgaben für weitere militärische Aktionen in Kambodscha ohne die ausdrückliche Zustimmung des Senats untersagt werden. Die entscheidende Abstimmung erbrachte ein Stimmenverhältnis von 58 : 37 und damit eine weit größere Mehrheit als erwartet. Zum ersten Male in der amerikanischen Geschichte hat der Senat die Befugnisse des Präsidenten zur Kriegführung beschränkt, noch während der Krieg im Gange ist.

Allerdings hat das Repräsentantenhaus — stets viel konservativer als der Senat — mit 237 : 153 Stimmen dem Church-Cooper-Amendment seine Zustimmung verweigert. Damit stehen nun lange Debatten zwischen Senat und Repräs-

sentantenhaus über diesen Gesetzentwurf bevor. Aber auch die Abstimmung im Repräsentantenhaus überraschte durch die starke Minderheit von 153 Abgeordneten, die für das Church-Cooper-Amendment ohne Veränderung stimmten.

Die sogenannte „Golf-von-Tonking-Resolution" ist inzwischen vom Senat zweimal aufgehoben worden: am 23. Juni und erneut am 10. Juli. 1964 hatte der Senat diese Entschließung mit überwältigender Mehrheit angenommen — ganz unter dem Eindruck eines Berichtes über angebliche Angriffe des Gegners im Golf. Später stellte sich dann heraus, daß dieser Bericht alles andere als korrekt war. Der frühere Präsident Johnson hatte seine Entscheidungsbefugnis zur Eskalation des Vietnamkrieges ständig aus dieser Resolution hergeleitet. Als feststand, daß ihre Aufhebung im Senat eine überwältigende Mehrheit finden würde, griff die Regierung Nixon zu einem der taktischen Manöver, die Nixon den Spitznamen „Tricky Dick" eingetragen haben: sie ließ einen ihrer entschiedensten Anhänger im Senat für die Aufhebung eintreten. Am 23. Juni wurde die Tonking-Resolution mit 81 : 10 Stimmen aufgehoben, und zwar erfolgte die Aufhebung in einem Zusatz zu dem Bewilligungsgesetz für militärische Auslandshilfe. Als ein derartiger Zusatz hätte die Aufhebung auch nach Verabschiedung durch das Repräsentantenhaus erst durch die Unterschrift des Präsidenten Gesetzeskraft erlangt. Senator Fulbright, der prominenteste Gegner Nixons in der Außenpolitik, war wütend. Er brachte unverzüglich einen eigenen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Tonking-Resolution ein, der als solcher nach Verabschiedung durch Senat und Repräsentantenhaus nicht mehr die Unterschrift des Präsidenten benötigte. Mit 57 : 7 Stimmen wurde die Tonking-Resolution dann am 10. Juli ein zweites Mal aufgehoben.

Kurz danach konnte der Senat mit mehr als Zweidrittelmehrheit ein Veto des Präsidenten ablehnen, das dieser gegenüber einem Gesetzentwurf zum Problem der Krankenhauskosten eingelegt hatte. Dieses Mal stimmten über die Hälfte der republikanischen Senatoren zusammen mit ihren demokratischen Kollegen und trugen so dazu bei, dem Präsidenten einen weiteren schmerzhaften Schlag zu versetzen.

Die Beziehungen zwischen dem Kongreß und dem Präsidenten haben ein neues Tief erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter. Der Index für Konsumgüter steigt in einer Inflationsspirale ohne Ende. Und trotzdem gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß die Regierung effektive Schritte unternehmen will, um zu verhindern, daß sich die Rezession zu einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise entwickelt. Lohn- und Preiskontrollen sind nicht vorgesehen, wenigstens zur Zeit nicht. Stattdessen appelliert der Präsident an Unternehmer und Gewerkschaften, sich aus „Verantwortungsbewußtsein" freiwillige Beschränkungen aufzuerlegen, ein Appell, der bis dato nicht den geringsten Effekt gehabt hat.

Nichts wird gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Gettos der Großstädte getan. Außer daß die Polizei sich noch brutaler aufführt und bei dem geringfügigsten Anlaß tödliche Schüsse abgibt — etwa wenn ein Verdächtiger den Eindruck erweckt, er wolle fortlaufen, oder wenn jemand die Hand in die Tasche steckt, um vielleicht eine Schußwaffe zu ziehen; ganz zu schweigen von den permanenten Aktionen gegen Organisationen wie die Black Panthers, die man anscheinend offiziell zum Freiwild erklärt hat.

Das Verhältnis zwischen schwarzen und weißen Arbeitern in den Industriezentren wie Detroit und Pittsburgh hat sich erheblich verschlechtert, Messerstechereien und Prügeleien kommen fast jeden Tag vor. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, weigern sich die großen Gewerkschaften noch immer, Schwarzen die Mitgliedschaft und die Teilnahme an Maßnahmen zur Berufsausbildung zu ermög-

lichen. Lediglich die Gewerkschaften der Automobilarbeiter und der Schlachthausarbeiter sowie die Vereinigung der Staats-, Distrikts- und Gemeindeangestellten haben aktive Programme zur Rassenintegration. Die mächtige Stahlarbeitergewerkschaft, deren Mitgliedschaft zu 25 Prozent aus Schwarzen besteht, hat nicht einen einzigen Schwarzen im Vorstand. Aber sogar die traditionellen und politisch gemäßigten schwarzen Organisationen werden militanter. Einer der Führer der National Association for the Advancement of Colored People, Hill, wurde am 19. Juni 1970 in „Newsweek" zitiert: „In der gesamten Wirtschaft sind die schwarzen Arbeiter dabei, den Grundbestand der Facharbeiterschaft zu bilden. Wenn die gegenwärtige Aufstiegsrate andauert, dann werden die schwarzen Arbeiter innerhalb der nächsten fünf Jahre in der Lage sein, wirkliche organisatorische Macht in den großen Industriegewerkschaften zu fordern."

Es ist traurig, daß dieser Aufstieg auf den erbitterten Widerstand weißer Arbeiter stößt, die ihre langjährige privilegierte Stellung gefährdet sehen und oft mit Gewalt antworten. Daß die Verbitterung solcher weißen Arbeiter von reaktionären Kräften wirksam ausgenutzt werden kann, wurde im vergangenen Monat deutlich, als eine Gruppe von Bauarbeitern eine Friedensdemonstration in New York zusammenschlug. Später wurde enthüllt, daß diese „Gegendemonstration" von mehreren Baufirmen in die Wege geleitet wurde: sie zahlten den Arbeitern, die gegen die Friedensdemonstranten vorgehen wollten, den vollen Lohn während ihrer Abwesenheit vom Arbeitsplatz.

Die Ermordung schwarzer Studenten auf dem Hochschulgelände, zu der es im Süden, wie jetzt beispielsweise in Jackson (Mississippi), immer wieder kommt, hat sogar die schwarzen Polizisten auf den Plan gerufen. Am 6. Juni fand in Atlantic City eine Tagung von 600 Delegierten des Nationalrates der Polizeiorganisationen statt. Dieser Verband vertritt 10000 schwarze Polizisten und Polizistinnen. Die Delegiertentagung nahm eine Entschließung an, in der für schwarze Polizisten das Recht gefordert wird, weiße Polizeiangehörige auf der Stelle festzunehmen, wenn diese „Morde an unseren schwarzen Brüdern begehen".

Die Regierung hat nur eine Antwort auf die steigende Verzweiflung und Frustration der Schwarzen und anderer Minoritäten und einer wachsenden Zahl von Studenten: verschärfte Repression. Seit langem sind die in der Verfassung garantierten Freiheiten des amerikanischen Durchschnittsbürgers nicht mehr so schwerwiegend gefährdet gewesen, wie das heute der Fall ist. Die angesehensten Historiker und Politologen der USA haben sich gegen eine Erscheinung gewandt, die von einigen bereits als offener Trend zum Faschismus bezeichnet wird. Die Regierung jedoch setzt eine Politik fort, mit der sie nur Öl in das Feuer einer immer verzweifelteren Opposition gießen kann, einer Opposition, die sich sowohl gegen die Innen- wie gegen die Außenpolitik der Regierung wendet.

II

Die folgenden Seiten sind der Dokumentation und Analyse dieses Trends gewidmet. Wenn eine so einflußreiche Frau wie Katherine Graham, Verlegerin der „Washington Post", der führenden Zeitung in der Hauptstadt des Landes, die Regierung Nixon offen beschuldigen kann, „eine repressive Atmosphäre zu züchten, die potentiell gefährlicher ist, als es seinerzeit die Ära des verstorbenen Senators Joseph McCarthy war"; wenn „Newsweek" am 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, das halbe Heft mit Stellungnahmen von sechs der führenden amerikanischen Historiker über den Charakter der gegenwärtigen Krise in den USA füllt; wenn das Magazin „Look" am 14. Juli einen langen Artikel von Professor Henry Steale Commager (Professor für Geschichte am

Amherst College und angesehener Historiker der USA) mit dem Titel „Stirbt die Freiheit in Amerika?" veröffentlicht — dann kann man sicher sein, daß die Krise der amerikanischen Demokratie nicht bloß fiktiv in der Vorstellung irgendwelcher linker Radikaler existiert, sondern daß sie überaus real ist und außerordentliche Konsequenzen nicht nur für die USA, sondern auch für den Rest der Welt haben kann.

Sehen wir uns an, was einige dieser prominenten Männer zu sagen haben. „Newsweek" fragte Richard Hostadter, Professor für Geschichte an der Columbia University, nach seiner Meinung über die gegenwärtige Situation. Er erklärte: „Nun, da gibt es einige Aspekte, die besonders ins Auge fallen. Wir haben eine Krise ersten Ranges in den Städten. Wir haben die Entfremdung der Jugend. Und, was noch wichtiger ist, es gibt die Rassenfrage, und es gibt einen grausamen und unnötigen Krieg. Das scheint mir ein gewaltiges Paket von Problemen zu sein, mit denen eine Gesellschaft gleichzeitig fertigwerden muß." Hostadter spricht dann von der, wie er es nennt, „Gegenkultur" der Jugend und äußert die Ansicht, die amerikanische Jugend werde durch Argumente allein nicht leicht zu überzeugen sein. Dabei weist er auf eine wichtige Tatsache hin: „Wir sind nun ... seit 70 Jahren eine Weltmacht und haben immer noch diesen ‚Noch-nie-einen-Krieg-verloren'-Komplex, der Johnson gequält hat und nun Nixon quält ... Und wir haben es einfach noch nicht akzeptiert, daß es ein normales Ereignis in der Geschichte eines reifen großen Landes ist, auf gleiche, unterschiedliche und gegnerische Kräfte irgendeiner Art zu stoßen, gelegentlich zurückgeworfen und herausgefordert zu werden und eine Grenze für die eigenen Absichten gesetzt zu bekommen und schließlich, falls es diese Grenze überschreitet, bestraft zu werden." Die Gefahr der Repression hält Hostadter für „sehr real" und äußert sich recht pessimistisch: „Ich glaube, wir können froh sein, wenn wir aus dieser Situation ohne eine weitere Polarisierung und ohne eine starke reaktionäre Rechte herauskommen. Ich habe keine Sorge, daß die radikalen Jugendlichen oder die Schwarzen eine Revolution machen werden. Ich bin besorgt darüber, daß wir in eine furchtbare neue Phase der Reaktion getrieben werden könnten."

Eugene D. Genovese, Vorsitzender der historischen Fakultät an der Universität Rochester, wurde gleichfalls von „Newsweek" interviewt. Auch er hält die gegenwärtige Krise in Amerika für einzigartig: „In ihrer Vergangenheit haben die USA harte Zeiten hinter sich gebracht, aber die gegenwärtige Krise hat wirklich keinen Vorläufer ... Heute steht das Land zum ersten Male vor einem massiven Zusammenbruch, der sich manifestiert in allen Bereichen, Klassen und Schichten, einem Zusammenbruch des Glaubens an seine Ideale, Einrichtungen und Perspektiven." Es ist interessant, daß Genovese so von der Unfähigkeit Amerikas beeindruckt ist, eine Niederlage zuzugeben. „Noch nie haben Amerikaner zugegeben, daß unser Land besiegt werden könnte, und das noch dazu von einer zerlumpten Armee nichtweißer Guerillas. Die Forderung, die Niederlage anzuerkennen und damit Schluß zu machen, Gott zu spielen, kann und sollte interpretiert werden als ein gesundes Erwachen dieser Nation, die jetzt die Grenzen der Macht kennenlernt. Das ist ein unvermeidlicher und begrüßenswerter Entwicklungsschritt im Prozeß des Reifwerdens einer großen Weltmacht."

Genovese äußert sich dann zusammenfassend über die „Kluft zwischen den Ansprüchen und den Praktiken unserer Nation": „Eine auf dem Prinzip der Gleichheit aufgebaute Gesellschaft kann nach über 15 Jahren permanenter Anstrengung ihre Selbstverpflichtung zur Rassenintegration nicht einhalten. Eine demokratische Gesellschaft läßt es zu, daß ein Präsident nach dem anderen auf Grund

seines Versprechens gewählt wird, den Krieg zu beenden, und ihn dann unverzüglich weiter eskaliert. Eine verfassungsmäßige Ordnung findet nichts dabei, daß die Präsidenten Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson und Nixon ohne die von der Verfassung vorgeschriebene Kriegserklärung des Kongresses Krieg führen. Eine friedliebende Gesellschaft schafft den größten militärischen Apparat der Weltgeschichte und läßt es zu, daß die Bedürfnisse dieses Apparats gegenüber allen anderen die Priorität gewinnen und daß damit praktisch alle Hoffnungen auf adäquate Maßnahmen zur Beseitigung drängender sozialer Mißstände zerschlagen werden ..." Er spricht dann weiter von der Selbsttäuschung in der Innen- und Außenpolitik und von der Heuchelei, die in der Tatsache liegt, „daß die mutwillige Ermordung von 500 000 ‚Kommunisten' durch ein prowestliches Regime in Indonesien uns nichts anging, während wir andererseits alle furchtbar entrüstet sein und protestieren sollen, wenn die Sowjetunion nicht bereit ist, Juden freie Auswanderung zu gewähren."

Es sei noch einer der sechs Historiker zitiert, die in der außergewöhnlichen Ausgabe von „Newsweek" am 4. Juli interviewt wurden: Staughton Lynd, zeitweilig Dozent an der Yale Universität und Autor eines in den Kreisen der „Neuen Linken" vielgelesenen Buches über „Die geistigen Grundlagen des amerikanischen Radikalismus". Er charakterisiert den Imperialismus der USA mit folgenden Worten: „Der Übersee-Imperialismus von Coca-Cola und Napalm wird ergänzt durch einen ‚innenpolitischen Imperialismus', der die Leute dazu zu bringen versucht, Dinge zu kaufen, die sie in Wirklichkeit nicht brauchen ... Die Produktionskapazität der amerikanischen Wirtschaft nimmt den Menschen im eigenen Lande ebenso wie im Ausland die Möglichkeit, vom Gebrauch dieser Produkte zu profitieren ... Die Hauptmethode, mit der die USA versuchen, mit ihrer Produktionsfähigkeit zurechtzukommen, hat immer im Krieg bestanden, oder genauer: in der Aufrechterhaltung einer ständigen Kriegsbereitschaft, die ihrerseits von Jahr zu Jahr die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß irgendwelche Kriege ausbrechen."

Staughton Lynd erwähnt die wachsende Unterdrückung abweichender Meinungen in den USA und die generelle Tendenz, auf Veränderungen mit Gewalt zu antworten. „Repression und autoritäres Verhalten sind in Amerika im Vordringen, weil die Spitze dieser Gesellschaft darauf besteht, daß die Dinge so bleiben, wie sie immer gewesen sind, daß sie vertraut und der Kontrolle zugänglich bleiben. Diese Gesellschaft glaubt, es sei (für andere) besser, tot zu sein, als eine abweichende Meinung zu haben ... Die Leute, die am meisten von Gesetz und Ordnung reden, sind diejenigen, die die Macht besitzen und daher auch Gesetz und Ordnung in der Hand haben und es nicht für nötig halten, Veränderungen herbeizuführen."

Ein letztes Zitat aus dem Artikel „Stirbt die Freiheit in Amerika?" von Professor Henry Steale Commager, erschienen am 14. Juli im Magazin „Look": „‚Diejenigen, die wesentliche Freiheiten zugunsten von etwas mehr zeitweiliger Sicherheit aufgeben würden, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit', sagte Benjamin Franklin. Heute sind wir eifrig dabei, das zu tun, wovor Franklin uns gewarnt hat. Durch Ungeduld, Ärger und Furcht beeinflußt, geben wir entscheidende Freiheiten auf. Nicht zugunsten von Sicherheit, sondern zugunsten scheinbarer Sicherheit. Die Herrschaft des Gesetzes und die Durchführung des Gesetzes lassen wir verrotten, nicht zugunsten von Ordnung, sondern zugunsten scheinbarer Ordnung. Wir werden eines Tages feststellen, daß wir mit der Aufgabe der Freiheit keine Sicherheit gewonnen haben und mit der Aufgabe der Gerechtigkeit keine Ordnung. ‚Uns scheint in dieser Nation eine neue Periode der Repression

bevorzustehen', sagte John V. Lindsay, der Bürgermeister von New York, kürzlich warnend. Wir sind in Wirklichkeit bereits mitten drin."

III

Viele Amerikaner legen heutzutage eine sonderbare Haltung an den Tag: In Miami (Florida) legte ein Reporter Passanten auf der Straße eine Petition vor; es handelte sich dabei um eine getippte Abschrift der Unabhängigkeitserklärung, des fundamentalen Dokuments, mit dem die USA gegründet wurden. Nur einer von 50 Passanten erklärte sich bereit, sie zu unterschreiben. Viele nannten den Text „kommunistisches Zeug", einer drohte mit der Polizei, ein anderer meinte, man solle das FBI benachrichtigen. Von 300 High-School-Studenten, die an einer „Demonstration für Christus" teilnahmen, glaubten 28 Prozent, das Dokument sei von Lenin geschrieben; andere sagten, es stamme „von einem Kommunisten, von jemandem, der gegen unser Land ist".

Vor diesem Hintergrund sollte man einige der jüngsten politischen Ereignisse sehen, über die UPI und AP allein in einer Woche berichtet haben.

Ende Juni wurde der Nationalkongreß des infamen Ku-Klux-Klan in Salisbury (Nordcarolina) abgehalten. Der Ku-Klux-Klan ist eine weiße rassistische Organisation, die in vergangenen Jahren für unzählige Lynchmorde an schwarzen Bürgern in den Südstaaten verantwortlich war. Der Beginn der Bürgerrechtsbewegung stellte diese offen terroristische Organisation derart bloß, daß der Klan vorübergehend gezwungen war, in den Untergrund zu gehen. Die Männer mit den weißen Nachthemden trafen sich nur im geheimen, und einige ihrer Führer mußten sogar Gefängnisstrafen entgegensehen.

Diese Situation hat sich seit Nixons Amtsantritt drastisch verändert. Durch Nixons „Südstaatenstrategie" ermutigt, mit der der Präsident die Schulintegration im Süden verlangsamte und noch in manch anderer Hinsicht die Rassisten ermunterte, um den Einfluß des Gouverneurs von Alabama, George Wallace, zu unterlaufen, tritt der Klan jetzt wieder offen auf.

Über den Nationalkongreß im Juni wurde in der Presse ausführlich berichtet. Der Führer des Klans, „Großmeister" Robert Shelton, berichtete über das „phänomenale Anwachsen" des Klans und betonte, seine Organisation finde nicht nur im Süden Unterstützung, sondern in letzter Zeit zunehmend in allen Teilen der USA. Er appellierte an die Nixon-Regierung, ihre Politik „zum Schutze von Gesetz und Ordnung" fortzusetzen und zu intensivieren, wobei er die Dienste seiner Lynchmobs anbot, wo immer sie benötigt würden: „Sollte sich irgendwo die Situation ergeben, daß weiße Gemeinschaften keinen Schutz haben, dann können sie uns immer zu ihrer Verteidigung rufen."

Eine Woche vor dem Kongreß hatte die Presse über rassistische Verbrechen berichtet, die von amerikanischen Offizieren des 14. US-Panzerregiments begangen wurden. Dieses Regiment ist in Westdeutschland stationiert. Es stellte sich dabei heraus, daß die Offiziere Mitglieder einer geheimen Ku-Klux-Klan-Zelle ihres Regiments waren. Robert Shelton wurde von Reportern zu diesen Presseberichten interviewt und antwortete voll Stolz: „Das stimmt. Wir haben unsere Zellen in der Armee. Nicht nur in den USA, sondern auch in Westdeutschland ... Bald wird es Klan-Organisationen in jeder Großstadt, in jeder Stadt und in jeder Ansiedlung in den USA geben ..."

Der Klan ist nicht die einzige faschistische politische Organisation in diesem Land. Die „Nationalsozialistische Partei der Weißen" — besser bekannt unter der Bezeichnung American Nazi Party — ist im ganzen Lande aktiv. Ihre Anhän-

ger tragen die SA-Uniform mit Hakenkreuz-Armbinde, und die Hauptaktivität dieser Partei besteht in bewaffneten Überfällen auf Friedensdemonstrationen und militante Organisationen der Linken. Ihre Zentrale befindet sich in Arlington (Virginia). Am 1. Juli rief die American Nazi Party verschiedene Mitglieder des US-Senats an und gab ihnen die folgende Mitteilung durch: „Die Senatoren McGovern, Fulbright und Hatfield und der ganze Sauhaufen ihrer Anhänger verdienen eine Kugel genau zwischen die Augen." Die Mitteilung stammte von einem Dr. William Pierce, der sich als „Vorstandsmitglied für Ideologiefragen der Nazipartei" vorstellte. Der Text war auf Tonband gesprochen und konnte von jedem gehört werden, der in Arlington eine bestimmte Telefonnummer anwählte, so wie man über Telefon sich per Tonband über die Zeit oder die Wettervorhersage informieren kann. McGovern, Fulbright und Hatfield waren die führenden Senatoren im Kampf gegen die Bewilligung weiterer Mittel zur Fortsetzung des Indochinakrieges. Diese Drohung kam im Senat zur Sprache, woraufhin der Führer der Minderheit, der republikanische Senator Scott, erklärte, das Justizministerium sei informiert worden. Bis heute hat man jedoch nichts über irgendwelche Maßnahmen gegen die American Nazi Party gehört.

Das Land wird überschwemmt von faschistischer Haßliteratur. Ein Text sei hier stellvertretend für viele hundert andere erwähnt: ein Dokument mit dem Titel „Düsseldorfer Anweisungen zur Revolution", das später offiziell als Fälschung bezeichnet wurde — sogar vom Direktor des FBI, Edgar Hoover —, hat offensichtlich mindestens drei Kongreßabgeordnete so beeindruckt, daß sie es in den Kongreßbericht aufnehmen ließen. Am 30. Oktober 1969 hörte das Mitglied des Repräsentantenhauses John M. Slack, wie der Distriktgroßmeister des Königlichen Ordens von Schottland, ein gewisser Marvin E. Fowler, in einer Bankettrede dieses Dokument erwähnte, und ließ es daraufhin in den Kongreßbericht aufnehmen. Drei Monate später, im Januar 1970, tat der Abgeordnete Joe Skubiz das gleiche, wobei er erklärte, er habe das Dokument den „Nelpa-News" entnommen, einer Publikation der „Nordwestlichen Strom- und Energievereinigung". Aber diese beiden leichtgläubigen Herren waren nicht die ersten Gefoppten. Die Ehre, das Dokument als erster in den Kongreßbericht aufnehmen zu lassen, kommt dem Abgeordneten Louis G. Wyman zu, der das bereits am 24. Februar 1969 veranlaßte.

James L. Kilpatrick brachte schließlich in einer am 2. Juli in mehreren Zeitungen veröffentlichten Kolumne die ganze schmutzige Geschichte ans Tageslicht. Man hatte ihm eine Abschrift der „Düsseldorfer Anweisungen zur Revolution" mit der Aufforderung zugeschickt, dieses Dokument zu besprechen. Stattdessen erklärte er, dieser Text sei „Schwindel, Betrug und eine Fälschung".

Angeblich sollen die „Anweisungen" von alliierten Streitkräften im Mai 1919 in Düsseldorf gefunden worden sein. Es heißt in diesem Text: „Korrumpiert die Jugendlichen: entfremdet sie der Religion; interessiert sie für Sex; macht sie oberflächlich; zerstört ihr rauhes Wesen; verschafft euch Kontrolle über alle Publikationsmittel und spaltet die Bevölkerung in feindliche Gruppen durch ständiges Herumreiten auf Themen, die zwar unwichtig sind, zu denen jedoch die Leute verschiedener Auffassung sind. Zerstört den Glauben der Menschen an ihre natürlichen Führer, indem ihr die letzteren in Verruf bringt und sie der Verachtung und der Lächerlichkeit preisgebt ... Schürt unnötige Streiks in lebenswichtigen Industriezweigen. Fördert öffentliche Unruhen und sorgt besonders für eine weiche und nachgiebige Einstellung gegenüber solchen Unruhen ... Veranlaßt die Registrierung aller Schußwaffen unter irgendeinem Vorwand, damit man sie konfiszieren und die Leute hilflos machen kann."

Kilpatrick führt an, daß mindestens vier verschiedene Publikationen diese „Anweisungen" abgedruckt haben. Er konnte schließlich die Spur ihrer Herkunft bis zu einem Informationsdienst zurückverfolgen, der von einem bekannten ultrarechten Journalisten, Fulton Lewis III, herausgegeben wird. Dieser erhielt das Dokument von dem verstorbenen Staatsanwalt George A. Brautigam aus Florida, der seinerseits in einem Memorandum erklärt hatte, er habe es von einem „bekannten Mitglied der Kommunistischen Partei" bekommen.

Was bemerkenswert an diesem gefälschten Dokument ist, ist nicht sein lächerlicher Inhalt, sondern die Leichtgläubigkeit so vieler Männer in führenden Positionen, die dieses Papier fast so oft in Umlauf gebracht, gedruckt und wieder abgedruckt haben wie seinerzeit die infamen „Protokolle der Weisen von Zion". Obwohl ein Kongreßabgeordneter, Frank Bow (Ohio), beim FBI-Chef J. Edgar Hoover anfragte, ob dies nicht eine Fälschung sei, und die Antwort erhielt, das sei es in der Tat, werden Tausende und Abertausende dieses „Dokument" als weiteren „Beweis" dafür werten, daß sie mit ihren schlimmsten Vorurteilen gegenüber sogenannten „Kommunisten" im Recht sind.

Es besteht auch wenig Hoffnung, daß die Zusammensetzung des Kongresses in der nächsten Zeit ein höheres Maß an Intelligenz gewährleisten wird, als es von den drei Abgeordneten an den Tag gelegt wurde, die die „Anweisungen" protokollieren ließen. Im letzten Monat fanden in Südkalifornien zwei Kongreßnachwahlen statt. Die Wahl wurde von zwei Mitgliedern der extrem rechtsgerichteten John-Birch-Society gewonnen: John Rousselot und Staatssenator John Schmitz, die auf diese Weise für zwei verstorbene Kongreßabgeordnete nachrücken. John Schmitz schlug seinen Gegner, den liberalen Collegedozenten David Hartmann, mit 64 500 : 26 000 Stimmen. Ein noch wichtigerer Wahlsieg war der von Rousselot, der schon einmal dem Kongreß angehört, seitdem jedoch eine Wahl verloren hatte. Sein Gegenkandidat war eine schwarze Frau, Mrs. Myrlie Evers, die Witwe eines bekannten Führers der Bürgerrechtsbewegung, Medgar Evers, der vor sieben Jahren im Süden ermordet wurde. Mrs. Evers ist in der Zwischenzeit nach Kalifornien umgezogen, erwarb einen Collegegrad und wurde als Schriftstellerin und in der Politik aktiv. Diese beiden Wahlsiege waren nicht die einzigen der John-Birch-Society. Am 2. Juni wurde Robert C. Bartholomew von der kalifornischen Staatsbehörde für das Bildungswesen zum Mitglied des Ausschusses für Fragen der Gleichberechtigung im Bildungswesen ernannt. Bartholomew, Vorsitzender des Kuratoriums der Tustin Union High School, ist aktives Mitglied der John-Birch-Society. Die Ernennung eines Mannes, der auf Grund seiner rassistischen Philosphie völlig ungeeignet ist, in einem Ausschuß für die Gewährleistung gleicher Rechte der Minderheiten, insbesondere der Amerikaner schwarzer und brauner Hautfarbe, zu arbeiten, wurde trotz scharfer Proteste mehrerer Mitglieder dieses Ausschusses nicht rückgängig gemacht.

Diese Wahlen und diese Ernennung folgten nur wenige Wochen nach dem knappen Sieg von George Wallace über einen gemäßigteren Kandidaten für das Gouverneursamt von Alabama. George Wallace ist der entschiedenste Rassist unter den führenden Politikern des Tiefen Südens. In der Frage der Rassenintegration hat er die Bundesregierung offen herausgefordert und konnte im Jahre 1968 als unabhängiger Präsidentschaftskandidat über zehn Millionen Stimmen auf sich vereinigen. Diese Stimmen kamen durchaus nicht nur aus dem Süden, sondern ebenso aus den Industriezentren im Norden.

Die erneute Wahl von George Wallace zum Gouverneur von Alabama bedeutet, daß er 1972 wiederum gegen Nixon antreten wird. Damit droht er wiederum, die Wahl in das Repräsentantenhaus zu verlegen, falls Nixon oder sein demo-

kratischer Kontrahent keine Stimmenmehrheit im Wahlmännergremium finden können. 1968 war diese Drohung immerhin so wirksam, daß Nixon ihretwegen die „Südstaatenstrategie" anwandte, mit der er durch eine Konzession an die Südstaatenrassisten nach der anderen Wallaces Einfluß zu unterminieren hoffte. Konzipiert wurde diese Politik seinerzeit von Generalstaatsanwalt und Justizminister Mitchell. Die Mißachtung der Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts in Angelegenheiten der Schulintegration ist dermaßen dreist geworden, daß die Mehrheit der Anwälte in der Bürgerrechtsabteilung des Justizministeriums gemeinsam ihre Ämter niederlegten. Trotz all dieser Konzessionen hat George Wallace nun ein weiteres Sprungbrett für seine Bemühungen um die Präsidentschaft erhalten. Ronald Reagan, der Gouverneur von Kalifornien und Republikaner des rechten Flügels, wird als weiterer Bewerber genannt.

IV

Dennoch ist die Wahl ausgesprochener Faschisten noch nicht die Regel. Es bleibt fraglich, ob die Wahlen im Herbst dieses Jahres der Regierung Nixon die konservative Mehrheit im Kongreß bescheren werden, auf die sie so sehr hofft. Die unerwartet heftige Reaktion auf die Ausdehnung des Krieges nach Kambodscha, die sich verschärfende wirtschaftliche Krise, wie sie vor allem im Ansteigen der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Inflation zum Ausdruck kommt, die steigende Zahl der Verbrechen und die außerordentliche Frustration der Jugend und der Minderheiten könnten durchaus im November zu einem noch weniger zur Zusammenarbeit bereiten Kongreß führen.

Auf längere Sicht besteht in den USA jedoch eine weit größere Bedrohung der Demokratie in der systematischen Konzentration von immer mehr Macht in der Exekutive der Regierung, dem Weißen Haus, in der Nichtbeachtung und oft sogar bewußten Mißachtung der Rechte des Kongresses und in den gleichzeitig unternommenen Versuchen, die Gerichtshöfe des Landes zu willigen Werkzeugen des Weißen Hauses und seiner Politik zu machen.

Wir haben oben bereits über die Verfassungskrise angesichts der Kriegführung in Südostasien und der allgemeinen Außenpolitik der Regierung berichtet. Die Krise zwischen dem Kongreß und dem Weißen Haus vertieft sich. Aber während diese Auseinandersetzung die öffentliche Aufmerksamkeit erregt und das auch künftig tun wird, hat in der Umbildung des Kabinetts und des Stabes im Weißen Haus ein weit verborgenerer Prozeß stattgefunden. Der Präsident wählt die Mitglieder seines Kabinetts aus. Diese müssen dann von der Legislative bestätigt werden und können von ihr aufgefordert werden, die Politik der Regierung zu erläutern, sozusagen Rechenschaft über sie abzulegen. Dieses Einstehen ist jedoch nur partiell, da die Kabinettsmitglieder, wenn sie erst einmal bestätigt sind, nur vom Präsidenten, nicht aber von der Legislative entlassen werden können. Aber es gibt noch eine weitere Gruppe, die für den Präsidenten arbeitet: seine Sonderberater und Assistenten. Sie werden von ihm ernannt und sind nur dem Präsidenten verantwortlich. Die erfolgte Umbildung hat eine ständig stärkere Isolierung des Präsidenten bewirkt, sogar von den Mitgliedern seines Kabinetts, und sie hat den Einfluß einiger, nicht aller, Sonderberater und Assistenten des Präsidenten vergrößert.

Das Magazin „Newsweek" zeichnet in seiner Ausgabe vom 22. Juni ein umfassendes Bild der Reorganisation. Die Zeitschrift weist darauf hin, daß Autorität und Bedeutung der Kabinettsmitglieder systematisch reduziert wurden, während gleichzeitig einige Berater des Präsidenten die Politik des Weißen Hauses bestimmen.

Robert Finch, dessen Ernennung zum Minister für Bildungs-, Gesundheits- und Sozialfragen mit großem Aufwand veröffentlicht wurde, um zu zeigen, daß Nixon einen Liberalen für diesen schwierigen Posten ausgesucht hatte, wurde das erste Opfer der Umbildung. Als feststand, daß er die „Südstaatenstrategie" des Justizministers Mitchell nicht unterstützte, bat Nixon seinen alten Freund Finch überraschend, als „Sonderberater" ins Weiße Haus zu kommen. Das war eine deutliche Degradierung, sowohl finanziell als auch deswegen, weil Finchs neue Tätigkeit nur sehr vage beschrieben wurde. Aber noch mehr: Sein letzter offizieller Akt als Gesundheits-, Bildungs- und Sozialminister bestand darin, Dr. James E. Allen als Bildungsbeauftragten der USA zu entlassen. Finch wurde gezwungen, diese Entlassung vorzunehmen. Allen ist zwar Republikaner, gehört jedoch zu den wenigen Liberalen, die Nixon bei Regierungsantritt ernannte. Allen hatte als Bildungsbeauftragter von New York einen hervorragenden Ruf; über 13 Jahre hatte er mit Auszeichnung auf diesem Posten gearbeitet. Er mißbilligte Nixons Politik in der Frage der Schulintegration und brachte seine Meinung in zwei Briefen an den Präsidenten zum Ausdruck — niemand weiß übrigens, ob Nixon diese Briefe je gelesen hat. Außerdem gab er zwei öffentliche Kommentare ab über die „schlimmen Auswirkungen", die die Kambodscha-Invasion vor allem „auf junge Leute" habe. Danach war er für das Weiße Haus nicht mehr tragbar. Man forderte ihn zum Rücktritt auf, er lehnte jedoch ab und erzwang damit seine Entlassung. Nach der Entlassung — angeblich wegen „mangelnder Fähigkeiten in der Verwaltung" — bezeichnete Allen diesen Schritt öffentlich als Folge seiner Opposition in den genannten beiden Punkten.

Hat Finchs Degradierung den Einfluß der ein oder zwei Liberalen im ursprünglichen Kabinett weiter verringert, so erhielt andererseits ein Kabinettsmitglied mehr Macht: Arbeitsminister George Pratt Schultz wurde zum „Vorsitzenden des Amtes für Verwaltung und Haushalt" befördert; zu seinem Nachfolger im Kabinett wurde sein früherer Stellvertreter James D. Hudgson bestellt. Man hatte allgemein angenommen, Budgetdirektor Robert Mayo, dessen Amt aufgelöst wurde, werde logischerweise Chef des neuen Amtes werden. Andererseits war es kein Geheimnis, daß Mayo kein sonderlich gutes Verhältnis zu Bob Ehrlichman hat, der in den vergangenen Monaten der mächtigste unter den Assistenten des Präsidenten geworden und dessen konservative politische Einstellung allgemein bekannt ist.

Ehrlichman ist jetzt Vorsitzender des Innenpolitischen Rates und kontrolliert in dieser Position die gesamte Innenpolitik, ebenso wie Henry Kissinger als Vorsitzender des Rates für Nationale Sicherheit das als außenpolitischer Chefberater des Präsidenten tut. Ehrlichman und Kissinger haben beide nicht nur jederzeit Zutritt zu Nixon, sondern haben auch die Befugnis darüber, welche Vorschläge — selbst wenn sie von Kabinettsmitgliedern kommen — den Schreibtisch des Präsidenten erreichen. Ohne ihr Einverständnis kann niemand — vielleicht mit Ausnahme von Mitchell und Verteidigungsminister Laird — zum Präsidenten gelangen. Ehrlichman, der die gesamte Innenpolitik kontrolliert, Schultz als seine zweite Hand und Kissinger bilden zusammen ein mächtiges Triumvirat. Keiner von ihnen ist jedoch in seiner gegenwärtigen Position vom Kongreß bestätigt worden.

Man hört wenig von Kabinettsmitgliedern wie Schatzminister Kennedy, dem neuen Gesundheitsminister Richardson, Landwirtschaftsminister Hardin, Handelsminister Stans und Volpe, dem Minister für das Transportwesen. Selbst Romney, Minister für Wohnungsbau und Städteplanung, steht unter der Fuchtel Ehrlichmans, ebenso wie Außenminister Rogers und in einem gewissen Ausmaß auch

Verteidigungsminister Laird ohne Kissingers Zustimmung nichts unternehmen können.

Das einzige Kabinettsmitglied, das sich nicht einfügt, ist Innenminister Hickel. Er schrieb zwei, inzwischen berühmte, durch Boten überbrachte Briefe an Nixon, in denen er dagegen protestierte, daß der Präsident keinerlei Gefühl für die Reaktion der jungen Leute auf die Kambodscha-Invasion zeige. Seit Monaten war Hickel nicht in der Lage gewesen, den Präsidenten zu sehen oder auch nur mit ihm zu telefonieren. Es gab Gerüchte, auch er solle entlassen werden. Als er schließlich — über einen Monat nach dem Abschicken seiner Briefe — mit Nixon sprechen konnte, soll ihm Nixon empfohlen haben, sich doch wieder um seinen alten Posten als Gouverneur von Alaska zu bewerben. Damals war jedoch der Termin zur Aufnahme in die Kandidatenliste bereits verstrichen. Hickel, dessen Verantwortungsbereich in der letzten Woche erheblich beschnitten wurde, hat sich trotzdem geweigert zurückzutreten. Er kann durchaus das nächste Opfer einer neuen Umbildung werden.

Es ist auch sicher nicht der letzte Wechsel des gegenwärtigen Zeitraums gewesen. Als Außenminister Rogers von seiner Südostasienreise zurückkehrte, erklärte er in aller Öffentlichkeit, nach seiner Meinung habe die Kambodschainvasion den Einfluß Chinas in diesem Teil der Welt vergrößert, was leicht zu einer Verlängerung des Krieges führen könne. Eine Stellungnahme des Weißen Hauses, in der versichert wurde, Rogers' Erklärung stehe „nicht im Gegensatz zu Nixons Beurteilung des Kambodscha-Feldzuges", kann nicht ernst genommen werden. Auch Rogers scheint sich abzusetzen.

Das alles bedeutet nichts anderes als größere Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten und seiner persönlich ausgesuchten Berater und Assistenten zusammen mit einem Abbau des Einflusses, den das Kabinett auf politische Entscheidungen ersten Ranges hat. Das Ergebnis ist eine allgemeine Demoralisierung unter den Regierungsangestellten und in den Ministerien, was sich bereits in massiven Rücktritten auf der zweiten und dritten Ebene ihrer Stäbe bemerkbar macht.

Bis zu welchem Ausmaß sich Nixon auf seine alten Freunde verläßt — selbst wenn sie in der Vergangenheit in Mißkredit geraten sind —, wurde deutlich, als Murray Chotiner, 60, von einem obskuren Job im Amt für Handelsfragen zum „Spezialberater des Weißen Hauses" befördert wurde und als solcher die Verbindung zu den hunderten von republikanischen Kandidaten für Ämter auf Staats- und Bundesebene während der Wahlen im kommenden Herbst halten soll. Chotiner war der Manager von Nixons erstem Propagandafeldzug, als er für den Kongreß kandidierte, dann dirigierte er Nixons Kampagne, als sich dieser um einen Sitz im Senat bewarb. Dieser letzte Feldzug war einer der schmutzigsten in der amerikanischen Geschichte: Nixon besiegte die demokratische Kandidatin, die bekannte Schauspielerin Helen Gahagan Douglas, durch eine Verleumdungskampagne, in der ihr „kommunistische Verbindungen" nachgesagt wurden. Jetzt wurde Chotiner in die Reihen der Berater des Weißen Hauses aufgenommen.

Eine weitere graue Figur das Weißen Hauses ist Kissingers Chefassistent, Colonel Al Haig, der vor kurzem zum General befördert wurde. In Kissingers Abwesenheit ist Haig sein Stellvertreter. Aber auch wenn sein Chef das ist, entscheidet Haig über so wichtige Fragen wie etwa die, ob ein Memorandum des Außenministeriums dem Präsidenten so lange vorenthalten werden sollte, bis es zusammen mit einem korrespondierenden Memorandum des Pentagon vorgelegt werden kann. Er ist auch verantwortlich für die täglichen Geheimdienstberichte, die für den Präsidenten zusammengestellt werden.

Flora Lewis, eine Kolumnistin, deren Spalten in mehreren Zeitungen in allen Teilen der USA erscheinen, veröffentlichte diese und andere Details über Haig am 5. Juni 1970. Sie meint, Haig werde als Falke eingesetzt, obwohl er sorgfältig alle öffentlichen Erklärungen vermeidet, und fügt hinzu: „Er arbeitet ausschließlich hinter den Kulissen. Niemand weiß genau, wie er seine Position ausnutzt. Mitglieder des Stabes sind nie ganz sicher, ob ihre Mitteilungen jemals direkt zum Empfänger gelangen und umgekehrt ... Auf jeden Fall ist er in einer viel zu entscheidenden Schlüsselposition, um anonym gelassen zu werden: eine Khaki-Eminenz (obwohl er jetzt nur noch Zivil trägt) im Schatten des Weißen Hauses."

So haben seine ernannten Berater den Präsidenten sorgfältig isoliert. Und zwar nicht nur von der Außenwelt, sondern auch von den Mitgliedern seines Kabinetts. Und dieser Präsident erhält noch immer mehr Macht, während die Polarisation der amerikanischen Nation mit zunehmender Geschwindigkeit vonstatten geht. Seine Antwort auf die wachsende Opposition ist Gewalt, vor allem Polizeigewalt, die einige zerschlägt, aber viele einschüchtert.

Auf die vielleicht dramatischste Weise wird der gegenwärtige Trend zum Polizeistaat durch die steigende Zahl von Presseveröffentlichungen illustriert, in denen über Regierungsstellen oder der Regierung nahestehende Stellen berichtet wird, die — zusätzlich zum FBI — Akten über Personen anlegen, die von ihnen als „antiamerikanisch", „subversiv" oder auch einfach als gegenüber einigen Aspekten der Regierungspolitik kritisch eingestuft werden. Am 19. April veröffentlichte AP einen langen Bericht über derartige Agenturen in Washington, die entsprechende Dossiers angelegt haben. So hat zum Beispiel die Civil Service Commission umfangreiche Akten angelegt, und zwar unter dem Vorwand, potentielle Regierungsangestellte zu überprüfen. In dem AP-Bericht heißt es:

„Die geheimen Dossiers der Kommission — sie sind nicht zu verwechseln mit den besonderen Listen der 10 Millionen, die sich seit 1939 um eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst auf Bundesebene bemüht haben — sind bezeichnend für die Aufmerksamkeit, die die Regierung den Amerikanern in dieser Zeit der Opposition und der sozialen Unruhe widmet. Eine Untersuchung von Associated Press erbrachte:

— Agenten des militärischen Geheimdienstes haben in zivilen politischen Aktivitäten spioniert und über Tausende von Einzelpersonen und Organisationen unter Benutzung elektronischer Datenverarbeitung Akten angelegt, obwohl die Rechtsabteilung des Pentagon auf keinerlei Verfügung hinweisen kann, die eine derartige Überwachung ermöglichen würde.

— Die Armee führt eine sogenannte Schwarze Liste, die Namen, Beschreibung und Fotos derjenigen Bürger enthält, ‚die in Situationen öffentlicher Unruhe verwickelt sein können'.

— Eine zweite Liste wurde von der Gegenspionageabteilung des Pentagon in Umlauf gebracht. Es handelt sich um eine zweibändige Loseblattsammlung mit gelbem Einband, die, das wurde in einem Prozeß ermittelt, den Titel trägt: ‚Interessierende Organisationen und Städte und interessierende Einzelpersonen'.

— Das FBI verfügt über die umfassendsten Sicherheitsdossiers und über 194 Millionen Fingerabdrücke. Die Vorstände von nahezu jeder radikalen Organisation in den Vereinigten Staaten sind vom FBI infiltriert.

— Agenten des FBI, der Geheimdienst der Marine und örtliche Polizei durchsuchen den Müll der Bürger nach belastendem Beweismaterial. In einem Fall

untersuchten Agenten des Marinegeheimdienstes den Abfall eines ganzen Appartementgebäudes, um Informationen über einen Mieter zu erhalten.

— Der Geheimdienst verfügt über einen Computer mit 100 000 Namen und über 50 000 Untersuchungsakten von Personen, die nach Meinung des Geheimdienstes hohen Regierungsbeamten gefährlich werden könnten.

— Ein Unterausschuß des Senats fand heraus, daß Bundesagenten Zugang zu 264 Millionen Polizeiberichten, 323 Millionen Krankenberichten und 279 psychiatrischen Untersuchungsakten haben.

Und alle diese massiven Dossiers von Untersuchungs- und Geheimdienstagenturen enthalten nur einen kleinen Teil der Informationen, die die Regierung über ihre Bürger sammelt."

Einige Organisationen und Einzelpersonen, deren Erwähnung in diesen „subversiven" Dossiers ermittelt werden konnte, haben über den Verband für bürgerliche Freiheiten Prozesse angestrengt. In einer offiziellen Zeugenaussage in Verbindung mit einem dieser Prozesse hat die Armee die Existenz solcher Dossiers zugegeben. Thaddeus Beal, Untersekretär der Armee, erklärte jedoch, wenn man die Armee an der Sammlung solcher Informationen hindern würde, dann gefährde das die „nationale Sicherheit". Nach diesen Enthüllungen gab es widersprüchliche Berichte. Zunächst hieß es, die Armee habe die Dossiers vernichtet. Ein anderer Bericht besagte, nur einige der Dossiers seien vernichtet worden, das Sammeln von Informationen werde jedoch fortgesetzt.

Am 15. Juni berichtete die „Washington Post", die Telefongesellschaft in Washington DC überwache 33 000 örtliche und Fernverbindungen, „um die Qualität der Verbindungen zu ermitteln". Weitere überwachte Linien sind die Privatanschlüsse der Senatoren und Kongreßabgeordneten, die Telefone von Regierungsangestellten des Außenministeriums, des Verteidigungs- und Justizministeriums und der Bundeskommission für das Nachrichtenwesen, die witzigerweise die Telefongesellschaft zu kontrollieren hat.

Senator Ribikoff, Demokrat aus Connecticut, erklärte, dieses Verfahren sei „unglaublich empörend". Senator Edward Kennedy versprach, sein Unterausschuß werde sich um diese Praktiken kümmern. Bis jetzt scheint jedoch noch nichts erfolgt zu sein.

Gleichfalls am 15. Juni berichtete AP aus Washington, Carl Mollenhoff, ein weiterer Sonderberater des Weißen Hauses, habe ein Dossier über 250 Angestellte des Außenministeriums angelegt, die die Invasion Kambodschas kritisiert hätten. Mollenhoff forderte disziplinarische Maßnahmen gegen diese Angestellten, Außenminister Rogers lehnte jedoch ab. Daraufhin quittierte Mollenhoff seinen Dienst. Er hat jedoch allem Anschein nach die Dossiers zu späterem Gebrauch mitgenommen, oder vielleicht um sie einer rechten Organisation oder Zeitschrift zum Kauf anzubieten.

Am 9. Juli schrieb George Lardner in der „Washington Post", Agenten des Schatzministeriums hätten in allen Teilen der USA Maßnahmen eingeleitet, um die Leser von Bibliotheksbüchern zu ermitteln, die von Sprengstoffen und anderen Gegenständen handeln, die die Agenten als „subversiv" einstufen. Beamte der amerikanischen Bibliotheksvereinigung haben diese Nachforschungen als „Eingriff in das Privatleben" bezeichnet. Bibliothekare, die sich jedoch geweigert haben, den Agenten die Leihzettel mit den Namen der Leser bestimmter Bücher zu zeigen, sind in einigen Fällen belehrt worden, ihr Verhalten werde als „unloyal" betrachtet.

Ein Gesetzentwurf zur sogenannten „Verbrechensbekämpfung" im District of Columbia sieht unter anderem vor, daß die Polizei in bestimmten Fällen in Privathäuser ohne vorheriges Anklopfen eindringen darf. Es soll ihr ferner erlaubt sein, Telefongespräche mitzuhören, und zwar auch Gespräche zwischen Rechtsanwälten und ihren Klienten, Ärzten und ihren Patienten und sogar zwischen Geistlichen und ihren Gemeindemitgliedern. Dieser üble Entwurf sieht außerdem Bestimmungen über „Präventivhaft" von unbegrenzter Dauer für Personen vor, die als „potentiell subversiv" beurteilt werden. Ein Gesetzentwurf, mit dem die Bestimmung über die Einrichtung von Haftlagern aus dem Gesetz über die innere Sicherheit gestrichen werden soll, wird bereits seit Monaten vom Vorsitzenden des Ausschusses für innere Sicherheit blockiert. Das Repräsentantenhaus kann daher nicht über den Entwurf abstimmen, obwohl bereits eine Mehrheit der Ausschußmitglieder den Entwurf dem Repräsentantenhaus zur Annahme empfohlen und obwohl der Senat ihn bereits gebilligt hat.

Wir haben bereits früher berichtet, daß Anschläge der Regierung auf die Massenmedien, denen angebliche regierungsfeindliche Tendenzen in der Berichterstattung über den Indochinakrieg vorgeworfen wurden, bis jetzt von den Medien zurückgewiesen werden konnten. Vizepräsident Spiro Agnew hat trotzdem seine Angriffe fortgesetzt und Radio- und Fernsehstationen daran erinnert, daß sie zu kontinuierlichem Betrieb eine Lizenz der Regierung benötigen.

V

Was ist nun die Antwort auf die Frage, die führende amerikanische Historiker und führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie der frühere Generalstaatsanwalt Ramsay Clark und der frühere Bundesrichter und UN-Botschafter Arthur Goldberg öffentlich gestellt haben: Entwickeln sich die USA zu einem Polizeistaat? oder, um den Titel des Artikels von Henry Steale Commager zu gebrauchen: Stirbt die Freiheit in Amerika?

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die herrschende Klasse in den USA zutiefst beunruhigt ist über die Tatsache, daß die Autorität der Regierung für immer größere Teile der Bevölkerung im Schwinden begriffen ist. Diese Kreise sind ebenso beunruhigt über das sinkende Prestige der USA im Ausland, in den Beziehungen zu den Alliierten und in den Vereinten Nationen. Aber es kann auch keinen Zweifel daran geben, daß die Regierung Nixon nur allzu willig ist, der Versuchung zu erliegen und mit verschärfter Repression im Innern und noch riskanteren Abenteuern in der Außenpolitik zu reagieren. Daß hohe Regierungsbeamte zur Hexenjagd auf politische Oppositionelle ermuntern und daß das Justizministerium zu repressiven Methoden mißbraucht wird, die noch vor kurzem als verfassungswidrig gegolten hätten, was sie in Wirklichkeit auch sind: all das scheint die Überzeugung zu stützen, die in verstärktem Maße nicht nur von den Militanten der Linken, sondern auch von gemäßigten Liberalen vertreten wird, daß die amerikanische Demokratie tatsächlich auf das schwerste gefährdet ist.

Aber das bedeutet nicht, daß bereits der Faschismus herrscht. Die Tatsache, daß das gesamte Material dieser Dokumentation aus der Presse und aus öffentlich zugänglichen Dokumenten wie den Kongreßprotokollen und aus den Berichten der Fernsehstationen entnommen werden konnte, sowie die offenen Angriffe prominenter und einflußreicher Persönlichkeiten aus allen Bereichen des Lebens auf den Polizeiterror und gegen die Mißachtung der verfassungsmäßigen Freiheiten des Bürgers durch die Regierung beweisen, daß der Faschismus sich noch nicht etabliert hat. Aber die Polarisierung erfolgt mit beängstigender Schnelligkeit. Der Einsatz von Gewalt seitens der Polizei und der Nationalgarde, die den

Krieg mit all seiner Brutalität nach Amerika gebracht haben, stellt Tag für Tag eine größere Versuchung für die unterdrückten Teile der Bevölkerung in den Gettos, an den Hochschulen und anderswo dar, mit den gleichen Methoden der Gewalt zu antworten, und sei es auch nur zur Selbstverteidigung. Da eine genuin revolutionäre Situation nicht gegeben ist und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß keine einheitliche Opposition in Sicht ist, die eine gangbare Alternative zur gegenwärtigen verhängnisvollen Regierungspolitik aufzeigen könnte, werden zeitweilige Konzessionen, die den Behörden in der Folge weitreichender Revolten entrissen werden können, durch die Angst- und Panikreaktion derjenigen wieder zunichte gemacht, die den Status quo verteidigen und bereit sind, polizeistaatliche Methoden zu akzeptieren, solange sie der Meinung sind, daß solche Methoden ihre Interessen schützen.

Man kann nicht davon ausgehen, daß das alles statisch ist. Veränderungen in der einen oder anderen Richtung können ganz plötzlich erfolgen. Eins der Ergebnisse der Kambodschainvasion war die Herausbildung einer breiten Koalition zwischen radikalen und gemäßigten Kräften. Es wird von der Fähigkeit dieser Koalition abhängen, die Aktionseinheit zu bewahren und ein umfassendes Alternativprogramm zu entwickeln, das Massenunterstützung findet, ob die Freiheit in Amerika überleben kann. Wir hoffen, in einem weiteren Artikel die Bedeutung ernster Diskussionen analysieren zu können, die innerhalb der Friedensbewegung stattgefunden haben, aber auch in Zusammenhang mit den schwarzen und braunen Minderheiten und der Anti-Armutsbewegung in diesem Lande. Die Hauptaufgabe ist nicht nur taktischer Natur, sondern betrifft die Strategie der Opposition, die Möglichkeit, die Antikriegs-, Anti-Rassismus- und Antirepressionsbewegung zu einer einzigen mächtigen Volksbewegung zu machen. Damit eine solche Bewegung erfolgreich ist, darf sie es nicht mit einer Beendigung des Indochinakrieges bewenden lassen, sondern muß danach trachten, ein System zu ändern, von dem der Krieg nur ein Charakteristikum neben den anderen des Rassismus, der Unterdrückung, der wirtschaftlichen Depression und Ausbeutung im eigenen Lande darstellt.

Politikwissenschaft in der Bundesrepublik

Literaturbericht über „Einführungen" in die Politikwissenschaft

Von Reinhard Kühnl

I

Der Gegenstand der Politikwissenschaft ist das Politische. Das ist trivial. Was aber ist das Politische? Schon an dieser Stelle setzen Kontroversen ein, die durch-

aus nicht rein akademischer Natur sind, sondern in engem Zusammenhang mit den politischen Konflikten der Gegenwart stehen. Scharfe Konturen gewinnen die verschiedenen Positionen freilich erst bei der Diskussion darüber, welche Fragen die Politikwissenschaft an ihren Gegenstand zu richten habe, welche Probleme eigentlich relevant sind und mit welchen Methoden diese Probleme untersucht werden sollen.

Die in den letzten Jahren rapide anschwellende Zahl der Politologiestudenten hat den Bedarf nach einführender Fachliteratur in gleichem Maße anwachsen lassen. Die Verlage haben nicht gezögert, diesen Bedarf zu befriedigen. Neuerdings liegt eine ganze Reihe von Werken vor, die den Anspruch erheben, eine „Einführung" in die Politikwissenschaft zu vermitteln. Sie repräsentieren die wichtigsten wissenschaftlichen und politischen Positionen, die in der Politikwissenschaft der Bundesrepublik gegenwärtig vertreten werden, und sie bringen zugleich die Tendenzen zum Ausdruck, die durch den Einbruch von Vertretern der jüngeren Generation in die Domänen des Establishments im Bereich der wissenschaftlichen Publizistik nun Bedeutung erlangten. Es ist zu berichten über:

Dieter Oberndörfer (Hrsg.), Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Verlag Rombach, Freiburg/Br., 2. unveränderte Aufl. 1966 (1. Aufl. 1962), 428 S., Leinen DM 45,—.

Manfred Hättich, Lehrbuch der Politikwissenschaft, v. Hase und Koehler Verlag, Mainz, bisher 2 Bde. 1969—70, 280 und 191 S. (der dritte Band ist noch nicht erschienen), Leinen je DM 28,—.

Otto Heinrich von der Gablentz, Einführung in die Politische Wissenschaft. Die Wissenschaft von der Politik Bd. 13, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965, 378 S., Studienausgabe kart. DM 14,80, Leinen DM 25,—.

Philipp Eggers, Gesellschaftspolitische Konzeptionen der Gegenwart. Demokratischer Sozialismus, Marxismus, Katholische Soziallehre, Neoliberalismus, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969, 144 S., brosch. DM 8,80.

Gerhard Lehmbruch, Einführung in die Politikwissenschaft. Unter Mitarbeit von Frieder Naschold und Peter Seibt, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 2. veränderte Aufl. 1968, 202 S., kart. DM 11,80.

Einführung in die Politikwissenschaft, hrsg. von Wolfgang Abendroth und Kurt Lenk, Francke Verlag, Bern und München 1968, 36 S., Leinen DM 17,80.

Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, hrsg. von Gisela Kress und Dieter Senghaas, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, 512 S., brosch. DM 23,—, Leinen DM 32,—.

Wolf-Dieter Narr und Frieder Naschold, Einführung in die moderne politische Theorie, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, bisher 2 Bde. 1969-70, Bd. 1: 210 S., DM 15,80; Bd. 2: 187 S., DM 14,80 (Bd. 3 ist noch nicht erschienen), alle kart.

II

Bei dem von Dieter Oberndörfer herausgegebenen Band handelt es sich um die Festschrift für den inzwischen verstorbenen Freiburger Professor Arnold Bergstraesser (nicht zu verwechseln mit dem hessischen sozialdemokratischen Professor Ludwig Bergstraesser). Mitglieder seines Seminars steuerten Aufsätze bei, die hier — locker gegliedert — zu einem Sammelband vereinigt wurden. Ein Drang nach systematischer Bewältigung der Probleme und strenger Logik des Aufbaus ist nicht erkennbar. Der Leser soll vielmehr exemplarisch „an wesent-

liche Fragestellungen (der) Tradition und Theorie"der Politikwissenschaft herangeführt werden. So ist zwar „die Kritik der islamischen politischen Philosophie bei Ibn Kaldûn" dargestellt, aber die marxistischen und die modernen amerikanischen Theorien, die für die Politikwissenschaft der Gegenwart zweifellos bedeutsamer sind, werden nicht behandelt. Zwar findet sich ein Aufsatz über die „Geisteskrise Asiens", aber die sozialökonomischen Probleme der Dritten Welt (wie der heutigen Gesellschaft überhaupt) werden ausgespart. Die für die „Freiburger Schule" charakteristischen Argumente formuliert Oberndörfer in seiner Einleitung. Er unterscheidet drei Konzeptionen einer Wissenschaft von der Politik:

1) „Eine bloß deskriptiv-analytische" (S. 12), die das Geschehen möglichst exakt beschreiben und in seinen kausalen Zusammenhängen offenlegen wolle. Dieser Konzeption, die vor allem in soziologisch orientierten Arbeiten zum Ausdruck komme, mangle es an einer „kritischen philosophischen Reflexion über das Wesen des Gegenstandes" (S. 16), die Oberndörfer aus der aristotelischen Tradition entwickeln will.

2) „Die systematische Wissenschaft von den Gesetzen des Politisch-Sozialen", die danach trachte, die „Politik gleichsam zu einer naturwissenschaftlichen Disziplin" zu machen, indem sie ein System von Gesetzen postuliere, aus dem alle Einzelerscheinungen abgeleitet werden können (S. 16). In diese Kategorie fallen nach Oberndörfer Thomas Hobbes wie Ralf Dahrendorf, August Comte wie Karl Marx. Für Hobbes, der in der Tat bemüht war, eine Wissenschaft nach dem Vorbild der Newtonschen Physik zu konstruieren, mag diese Kennzeichnung bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Karl Marx aber zu unterstellen, er habe seine Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung als Naturgesetze verstanden, d. h. als Gesetze, die unabhängig von menschlicher Tätigkeit wirken, menschlichem Einfluß unzugänglich sind und keine Ausnahmen zulassen, zeugt von geringer Sachkenntnis. Weshalb hat wohl Marx die Bedeutung menschlicher Praxis und bewußter revolutionärer Aktion immer aufs neue betont?

3) „Die praktische Wissenschaft von der Politik", für die Oberndörfer sich einsetzt. Sie „gewinnt den Horizont ihres Forschens ... aus der Frage, was im Lichte des Möglichen und wünschbar Guten geschehen solle und könne" (S. 19). Ihre letzten Ziele bezieht sie „aus einer Reflexion über das Wohl des Ganzen" (S. 19). Einer so allgemein formulierten These wird man zustimmen können. Selbst die Wendung vom „Wohl des Ganzen", die von den herrschenden Klassen gemeinhin als Propagandainstrument für ihre höchst egoistischen Ziele benutzt wird und durch die faschistische Volksgemeinschaftsideologie vollständig diskreditiert wurde, enthält doch Emanzipatorisch-Vernünftiges: die Forderung nämlich, die Verhältnisse so zu gestalten, daß sie der Gesamtheit nützen. Die Linke sollte sich solche Formeln wie Gemeinwohl, Demokratie und Freiheit von der Rechten nicht aus der Hand nehmen lassen. Demokratie wird nicht dadurch zu einer falschen Parole, daß die Oberklassen ihre Herrschaft für Demokratie ausgeben; und das „Wohl des Ganzen" bleibt auch dann ein erstrebenswertes Ziel, wenn die Herrschenden behaupten, es sei schon verwirklicht.

Von solch kritischen Absichten kann bei Oberndörfer freilich nicht die Rede sein. Als Musterbeispiel für „praktische Wissenschaft von der Politik", die sich „dem Rechten und Guten verbunden" weiß (S. 21), dienen ihm beispielsweise die Eindämmungstheorie George F. Kennans, die militärisch-strategischen Theorien Kissingers und die politischen Theorien John F. Dulles'. Die Marxsche Utopie einer „Gesellschaft ohne politische Herrschaft" mit frei sich entfaltenden Menschen liegt für ihn „jenseits der denkbaren Verwirklichung" (S. 23).

Zu kritischem, auf Emanzipation gerichtetem Denken trägt diese Einführung also wenig bei. Sie ist aber allein schon deshalb wichtig, weil die „Freiburger Schule" an den Hochschulen der Bundesrepublik die stärkste Fraktion der Politikwissenschaft repräsentiert. Fast alle Mitarbeiter des Freiburger Seminars, die in diesem Buch publizierten, haben inzwischen Lehrstühle erhalten (Schwarz in Hamburg, Hans Maier und Kindermann in München, Oberndörfer in Freiburg, Hättich in Mainz usw.). Dabei ist allerdings zu bedenken, daß nicht alle die „Freiburger Schule" in so reiner Form vertreten wie Oberndörfer und daß einige von ihnen sich später beträchtlich weiterentwickelt haben. Alexander Schwan zum Beispiel ist in Berlin zum entschiedenen Vertreter einer demokratischen Hochschulreform geworden, und Kurt Sontheimer kann zu den schärfsten Kritikern national-konservativer Restaurationstendenzen in der Bundesrepublik gezählt werden.

Die Richtung gehalten hat Manfred Hättich. Das zeigt sein „Lehrbuch der Politikwissenschaft", das dem Studenten „einen gedanklich geordneten Zugang" zu seiner Wissenschaft vermitteln will. Der erste Band behandelt „Grundlegung und Systematik" der Politischen Wissenschaft, der zweite entwickelt eine „Theorie der politischen Ordnung", und der dritte soll eine „Theorie der politischen Prozesse" enthalten. Schon in dem von Oberndörfer herausgegebenen Sammelband hatte Hättich den bezeichnenden Titel „Das Ordnungsproblem als Zentralthema der Innenpolitik" gewählt. Bei der Verkündung seiner Ordnungsphilosophie wahrte er schon damals eine gewisse Feierlichkeit, die die Banalität des Inhalts freilich nicht immer verdecken kann. Z. B.: „Den Institutionen als stabilisierenden Strukturelementen der Gesellschaft eignet die Funktion des Ordnens" (S. 211). Oder: „Erst in der Zusammenschau aller Ordnungsformen erhellt die Gestalt einer politischen Ordnung" (S. 234).

Hättich will Politikwissenschaft weder als „Verhaltensforschung" noch als „ethische Disziplin", die ihren Gegenstand in der Form einer Sollensaussage („Gemeinwohl") bestimmt, verstanden wissen, sondern als spezifischen Sozialbereich: „Im Zentrum alles Politischen steht das Herrschaftsphänomen", das nach Hättich identisch ist mit der „politischen Ordnung" (S. 31 f.). Die Frage, wie diese Ordnung geworden ist, sei dabei ebenso einzubeziehen wie die nach möglicher Veränderung. Damit aber werde sie „zu einer in der Praxis anwendbaren Wissenschaft", die dem Politiker Entscheidungshilfen bieten könne. Hier mündet Hättichs Überlegung in die oben skizzierte Argumentation Oberndörfers: „Der Glaube, Gerechtigkeit ließe sich politisch realisieren, ist weit verbreitet. Zumindest unter der Voraussetzung einer freiheitlichen Gesellschaft ist dieser Glaube eine Utopie" (S. 232). Wer eine gerechte Gesellschaftsordnung verspricht, ist nach Hättich sowohl unwahrhaftig als auch gefährlich. „Die Frage des Richtigen bezieht sich im engeren auf die Mittel. Bei gegebenem Ziel und unter gegebenen Bedingungen führt dieser oder jener Weg zum Erfolg" (S. 56). Nach welchen Kriterien die Ziele gesetzt und die Bedingungen festgelegt werden, wer das tut und wem es nützt, soll also nicht zum Gegenstand politikwissenschaftlicher Untersuchung gemacht werden. Die je bestehenden Herrschaftsverhältnisse sind als Rahmen vorgegeben, sind tabu. Konkret: „Es gibt viele Gründe für die These, daß die Marktwirtschaft gerechter ist als die Zentralverwaltungswirtschaft; es gibt kaum Argumente für die umgekehrte These . . . Im marktwirtschaftlichen System richtet sich der Anteil am Sozialprodukt prinzipiell nach dem in dieses eingebrachten Wert" (S. 234). Zahlen führt Hättich vorsichtshalber nicht an. Die Materialien, die z. B. über Vermögens- und Einkommensverteilung in den Vereinigten Staaten oder in der Bundesrepublik vorliegen [1]), wären zur Untermauerung sol-

[1]) Vgl. u. a. G. Kolko, Besitz und Macht. Sozialstruktur und Einkommensverteilung in den USA, Frankfurt

cher Thesen auch kaum geeignet. In die Niederungen sozialökonomischer Interessen begibt sich der Theoretiker Hättich an keiner Stelle. Im Kapitel über Militärpolitik begnügt er sich mit dem hintergründigen Satz: „Die Rüstungsfinanzierung wirft ökonomische Probleme besonderer Art auf" (S. 276). Welche Rolle die Rüstung für die kapitalistische Wirtschaft spielt, welche Machtgruppen daran interessiert sind, welche Funktion das Militär im Innern hat — solche Fragen werden nicht einmal aufgeworfen. Dafür mißt er der Metaphysik um so größere Bedeutung bei, denn „es geht nicht ohne Metaphysik" (Oberndörfer, S. 236). In der Tat: Solche Verschleierungsideologien, wie sie Hättich entwickelt, bedürfen der metaphysischen Verklärung, weil ihre empirische Basis allzu dünn ist.

So wie er die bestehenden Wirtschaftsformen nach neoliberalem Vorbild rein nach der Organisationsform in Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft einteilt, ohne die Frage nach den Eigentumsverhältnissen zu stellen und ohne zu prüfen, ob die Marktwirtschaft als Realität überhaupt noch besteht oder nicht längst durch monopolistische und plankapitalistische Formen abgelöst ist, so teilt er die politischen Systeme nach dem handlichen Schema freiheitlich-totalitär, das sich gleichfalls auf die Methoden der Herrschaftsausübung beschränkt und vom sozialen Inhalt absieht. Auch seine Differenzierung im II. Band (monistische oder pluralistische Herrschaftsstruktur, monopolisierte oder konkurrierende Willensbildung, totale oder partielle Repräsentation) kommt über die Formalstruktur eines Systems nicht hinaus.

Das Weltbild des Kalten Krieges ist bei Hättich also noch intakt. Mit diesem grobschlächtigen Kategoriensystem sind freilich weder die Entwicklungen und Differenzierungen in der sozialistischen Staatenwelt noch die vielfachen Übergänge „freiheitlicher" zu faschistischen oder halbfaschistischen Systemen oder die Unterstützung reaktionärer Diktaturen durch „freiheitliche" Staaten zu erklären.

Grundsätzlich wäre zu kritisieren, daß in diesem „Lehrbuch" sowohl die historische als auch die sozialökonomische Dimension fehlen, ohne die der politische Prozeß vollkommen unbegreiflich bleiben muß. Der Verbreitung des Buches sind aber schon durch Aufmachung und Preis enge Grenzen gesetzt: Welcher Student wird drei Leinenbände (die sich leicht zu zwei Bänden hätten vereinigen lassen) für DM 84,— erwerben, wo es sehr viel bessere Einführungen für sehr viel weniger Geld gibt?

III

Auch die „Einführung"des mittlerweile emeritierten Berliner Professors von der Gablentz stammt von einem konservativen Theoretiker. Auch dieses Buch beruht auf dem Schema demokratisch-totalitär, subsummiert Nationalsozialismus und Bolschewismus unter dem Begriff des Totalitarismus und entwickelt ziemlich merkwürdige Vorstellungen über den Marxismus. Aber insgesamt ist von der Gablentz trotz seines Alters doch offener für neue Erfahrungen und differenzierter in seinem Urteil als der wesentlich jüngere, aber bereits jetzt dogmatisch verhärtete Hättich. Die Kenntnisse eines umfassend gebildeten Mannes und die Erfahrungen eines langen politischen Lebens sind in dieses Buch eingegangen und haben die Schranken seiner konservativen Ideologie immer wieder durchbrochen. Dafür ein Beispiel:

Von der Gablentz baut seine Argumentation zunächst durchaus auf der Totalitarismustheorie auf: „Das totalitäre Regime ist der extreme Gegensatz zur Demokra-

1967; J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1969.

tie ... Zwei Ideologien haben, zu säkularen Religionen gesteigert, als Grundlage totaler Staaten gedient: der Nationalismus und der Sozialismus. Beide sind entstanden aus dem Ressentiment von Gruppen, die unter dem Verlust der Einheit litten, nicht aus dem positiven Erlebnis einer Weltordnung, wie die metaphysischen Religionen und der humanitäre Fortschrittsglaube" (S. 262 f.). Die typisch konservative Denkfigur, soziale Emanzipationsbewegungen als Ersatzreligionen und damit als bloßes Surrogat für das Echte und Wahre zu denunzieren, wird noch weiter ausgeführt: Dem Islam nämlich sei der Marxismus nachgebildet, nicht dem katholischen Glauben, wie der Jesuitenpater und „Marxismusspezialist" Gustav Wetter lehrt [2]). „Im Islam folgen aufeinander: der Prophet, die vier Kalifen, die noch wie die Apostel mit dem Stifter gelebt haben, und dann die Kalifen der politischen Routine. Marx und Engels sind die Propheten. Sie sind tot ... Lenin und Stalin sind die ersten Kalifen ... seit Chruschtschow entspricht die Führerstellung schon derjenigen der Omajjaden in Damaskus ..." (S. 264).

Derart abwegige Ansätze hindern von der Gablentz aber nicht daran, wesentliche Aspekte des Kommunismus auch realistisch zu beurteilen: der „Wille zur konsequenten Technisierung und Rationalisierung des ganzen Lebens" (im konservativen Verständnis ein durchaus negatives Urteil!) habe in der UdSSR immerhin dazu geführt, daß „Volksbildung ... einen hohen Rang in der Gesellschaft und vor allem auch unter den Staatsausgaben" einnimmt (S. 268). Beim Aufbau einer Industriegesellschaft sei Beachtliches geleistet worden. Und gegenüber dem Faschismus konstatiert er doch beträchtliche Unterschiede: „Im totalen Nationalismus ist kein Raum für eine Entfaltung demokratischer Elemente, denn er muß sich seinem Prinzip nach von der Außenwelt isolieren und im Innern die Hierarchie ausbauen. Der totale Sozialismus hat das Ziel einer humanitären Demokratie oft völlig aus den Augen verloren; aber das kann früher oder später als ein Widerspruch im eigenen Lager empfunden werden. Vor allem steht er in der Überlieferung der Aufklärung und kann rationale Kritik und Selbstkritik nicht grundsätzlich ausschalten. So muß sich in einem bestimmten Stadium der Entwicklung ein ‚Reformkommunismus' herausbilden ..." (S. 271).

Sicherlich: Die Begründung dafür, daß faschistische Systeme sich nicht zu demokratischen reformieren können, müßte eigentlich in ihrer sozialökonomischen Herrschaftsstruktur und nicht in ihrer Ideologie gesucht werden. Aus diesem Grunde ist auch die Abgrenzung des autoritären Systems vom totalitären unzureichend: „Autoritäre Staaten unterscheiden sich von totalen grundlegend dadurch, daß sie nicht ideologisch sind und daher Freiheitssphären außerhalb des politischen Bereichs zulassen" (S. 272). Schon der erste Blick lehrt nämlich, daß diese Frage etwas mit dem ökonomischen Entwicklungsniveau eines Landes zu tun hat: Voll ausgebildete faschistische Systeme sind nur in Staaten möglich, in denen der kapitalistisch strukturierte Sektor das Wirtschaftsleben schon bestimmt. In weniger entwickelten Staaten können von innen her nur autoritäre Herrschaftssysteme entstehen, weil sowohl die linke Massenbewegung, die das System ernstlich bedroht, als auch eine aus proletarisierten Mittelschichten sich rekrutierende Massenbewegung fehlt. Die Oberklassen können sich hier mit Hilfe der herkömmlichen Mittel — Militär und Staatsapparat — an der Macht halten.

Aber trotz der Vernachlässigung der sozialökonomischen und der Überschätzung der ideologischen Faktoren, die das ganze Buch kennzeichnen, muß doch festgestellt werden, daß von der Gablentz Entwicklungen, die seiner konservativen

[2]) Vgl. G. A. Wetter, Der dialektische Materialismus, 2. Aufl., Wien 1953.

Neuerscheinung aus der Reihe „Kleine Bibliothek"

Günther Rose
Konvergenz der Systeme
Legende und Wirklichkeit

Wie kommt es, daß heute in den Sozialwissenschaften und in der politischen Publizistik von einer wachsenden Annäherung des Kapitalismus und Sozialismus die Rede ist, nachdem doch jahrzehntelang ihre absolute Unvereinbarkeit verkündet wurde? Ist die Konvergenztheorie eine zutreffende Gesellschaftsanalyse und -prognose? Welche Rolle spielt sie in der Ideologie und Politik des Westens? Diese und andere heftig umstrittene Fragen untersucht der Autor anhand eines umfassenden Materials. Er gibt eine kritische, von den Marxschen Denkansätzen zur Kritik der bürgerlichen Ideologie ausgehende Bestandsaufnahme industriegesellschaftlicher und konvergenztheoretischer Gesellschaftsmodelle sowie ihrer Funktionen im Kontext verschiedenartiger ideologischer und politischer Auffassungen. Das Buch zeichnet sich durch seine souveräne Sicht und Analyse der Ideengeschichte über den Sozialismus, der ökonomischen und soziologischen Literatur und der Zeitgeschichte sowie durch seine differenzierende Betrachtungsweise aus. Es besitzt einen hohen Informationsgehalt. Die komplizierte Problematik wird in konzentrierter und prägnanter Form dargestellt.

Inhalt: Was ist Konvergenztheorie? — Genesis der Konvergenztheorie — Theoretische Grundpositionen — Ökonomisch-soziologische, politische und philosophische Aussagen — Wofür braucht der Imperialismus die Konvergenztheorie? — Zwischen Apologetik und Opposition — Konvergenztheoretische Konzeptionen im Kampf der Systeme

214 Seiten, englisch broschiert, DM 9,80

Pahl-Rugenstein Verlag

Ausgangsbasis widersprechen, realistisch zur Kenntnis nimmt — wenn er sie auch nur unzureichend erklären kann.

Als politisch begreift von der Gablentz alle Fragen, bei denen Macht und Machtkämpfe eine Rolle spielen. Hinsichtlich seiner wissenschaftlichen Methode bekennt er sich zu Gustav Droysen und Max Weber, also zur „verstehenden Methode". In den Kriterien der Beurteilung aber folgt er Weber nicht: Wissenschaft habe sich keineswegs des Werturteils zu enthalten, sondern zu fragen, ob „eine politische Einrichtung oder Handlung die Freiheit der Beteiligten und der in Mitleidenschaft gezogenen Menschen gefördert" hat oder nicht (S. 13). Deshalb lasse sich definieren: „Politik ist Kampf um die rechte Ordnung" (S. 14). Maßstab der Beurteilung seien Freiheit und Gerechtigkeit.

An den Anfang seiner „Einführung" stellt von der Gablentz die „Funktionslehre", die die Grundlagen der Politik behandelt. (Bezeichnenderweise stehen dabei die „anthropologischen Grundlagen" noch vor den soziologischen.) Darauf folgt die „Institutionenlehre" und schließlich die „Entscheidungslehre", die sich vor allem mit „politischer Gesittung" befaßt.

IV

Eine „Einführung" im weiteren Sinne stellt das Büchlein von Philipp Eggers dar. Eggers, Dozent für Schulpädagogik und allgemeine Didaktik an der Pädagogischen Hochschule in Bonn, gibt hier einen Überblick über die vier „gesellschaftspolitischen Konzeptionen der Gegenwart", die er für die wichtigsten hält. Ob dazu die katholische Soziallehre und der Neoliberalismus zählen, kann freilich bezweifelt werden. In Wirklichkeit hat der Neoliberalismus nur in Deutschland in der Periode nach 1945 eine maßgebliche Rolle gespielt, solange die Machtpositionen des Großkapitals noch nicht vollständig restauriert und abgesichert waren und deshalb die kleinen Selbständigen für die Ideologie gewonnen werden mußten, es gebe eine Marktwirtschaft mit gleichen Marktchancen für alle Wirtschaftssubjekte. Seit der Konzertierten Aktion und anderen staatlichen Lenkungsmaßnahmen ist für jedermann offenkundig geworden, was von Anfang an der Fall war: daß nämlich der Neoliberalismus seiner objektiven Funktion nach primär eine Verschleierungsideologie war. Und was die katholische Soziallehre betrifft, so mögen ihre progressiven Elemente in der Propaganda der „christlichen" Parteien gegenüber den Lohnabhängigen eine gewisse Rolle spielen — in der praktischen Politik der entwickelten kapitalistischen Staaten sind sie bedeutungslos. Ihre reaktionären Elemente freilich bildeten einen maßgeblichen Bestandteil in Staaten, die klerikalfaschistisch orientiert waren, also in Österreich (vor 1938), in Italien (vor 1943), in Spanien und Portugal. Weit bedeutsamer sind offenbar die Ideologie vom Sozialstaat und faschistische Ideologien sowie die mannigfachen Zwischenvarianten, die eine mehr oder weniger starke „Formierung" proklamieren.

Der Anspruch Eggers' ist freilich wesentlich bescheidener. Er untersucht weder die politische und soziale Funktion dieser Ideologien noch ihre historische Genese, nicht einmal ihre innere Konsistenz. Eggers begnügt sich damit, ihre wichtigsten Thesen zu referieren und am Schluß jedes Kapitels eine „Zusammenfassung" zu geben. Seine Beschreibung des Marxismus freilich geht am Wesentlichen vorbei und ist zudem mit kleinen Gehässigkeiten durchsetzt — aber dergleichen ist man ja gewohnt. Immerhin: Wer sich über das Selbstverständnis der übrigen Ideologien kurz informieren will, findet hier anschauliches Material in geordneter Form.

Eine andere Art von „Einführung" in die Politikwissenschaft versucht das Team Lehmbruch-Naschold-Seibt. Es beginnt mit „Hinweisen für die Gestaltung des Studiums", die sich mit Arbeitstechnik, Hilfsmitteln, Studiengängen und Prüfungsordnungen befassen und jedem Studienanfänger nützliche Informationen bieten können. In den folgenden Kapiteln „Theorie und Methode in der Politikwissenschaft" und „Sammlung und Auswertung des Materials in der empirischen Forschung" erhält der Leser einen Überblick über verschiedene (sozial-)wissenschaftliche Methoden und zugleich eine Anleitung, wie er bei seiner eigenen Arbeit vorgehen könne, wie Quellen aufzufinden und statistische Daten zu interpretieren seien. Erst dann befaßt sich das Buch mit den verschiedenen Problembereichen der Politikwissenschaft inhaltlich, wobei auch hier die Information über die verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten im Vordergrund stehen sollen. An jedes Kapitel schließt sich ein Verzeichnis der wichtigsten Literatur an.

Eine reine Informationssammlung also? Ein wertneutrales Buch? Solche Bücher gibt es nicht. Das Problem besteht darin, daß schon dort, wo die Autoren scheinbar nur praktische Hinweise für die Arbeitstechnik geben, wissenschaftstheoretische Positionen bezogen werden (und bezogen werden müssen). Ein Beispiel: Die Autoren raten dem Studenten mit Recht, er solle sich bei der Vorbereitung auf das Philosophikum „auf solche Philosophen konzentrieren, die auch über den Staat und die Gesellschaft nachgedacht haben". Dabei solle der Student „Die Ansichten des Autors über Gesellschaft und Staat in den Gesamtzusammenhang seines Philosophierens einzuordnen und aus ihm heraus zu entwickeln wissen". In manchen Fällen sei außerdem „nach den Quellen seines Denkens" zu fragen „und z. B. Machiavelli in Beziehung zur Renaissancephilosophie zu setzen" (S. 110). Das heißt: Das Lehmbruch-Team hält allenfalls eine geistesgeschichtliche Interpretation für erforderlich. Ob ein Theoretiker begriffen werden kann, wenn nicht auch und vor allem die gesellschaftlichen Verhältnisse seiner Zeit in die Interpretation einbezogen werden, muß allerdings bezweifelt werden.

Die Hauptschwäche dieser „Einführung" ist damit angesprochen: Ein Begriff von Gesellschaft liegt diesem Buch nicht zugrunde. Im wesentlichen beschränken sich auch diese Autoren auf die Formalstruktur des Politischen. So ist es nicht verwunderlich, daß auch hier die Gegenüberstellung der „politischen Systeme der westlichen Welt" und der „totalitären politischen Systeme" auftaucht, mit denen die östlichen Staaten gemeint sind, denn als dritte Gruppierung werden dann die „politischen Systeme der ‚Entwicklungsländer'" behandelt. Über die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Imperialismus, zwischen Kapitalismus und Faschismus, die keine bloß spekulativen, sondern empirisch hinreichend belegt sind, kein Wort. Diese Zusammenhänge, die für das politische Geschehen des 20. Jahrhunderts weit bedeutsamer sind als die formale Struktur politischer Institutionen und Verfassungssysteme, können freilich nur ermittelt werden, wenn man die Gesellschaft als ein Ganzes und politische Entscheidungen als Resultat sozialer Interessen und Konflikte begreift. Gesellschaft und Wirtschaft aber behandeln die Autoren gesondert, und zwar auf ganzen zwei Seiten — und was sie dort ausführen, ist völlig belanglos. Es kann deshalb als symptomatisch gelten, daß diejenige sozialwissenschaftliche Theorie, die solche Probleme an zentraler Stelle behandelt, nämlich die dialektische, nicht einmal der Erwähnung für wert befunden wird, obwohl das Buch doch über die verschiedenen Ansätze informieren will. Für das Bewußtsein der Autoren spielt sich die wissenschaftliche Diskussion der Gegenwart zwischen den älteren moralisch-philosophisch-konservativen Theorien, wie sie z. B. auch von der „Freiburger Schule" und von von der Gablentz vertreten werden, und den modernen, vornehmlich in den USA ent-

wickelten strukturell-funktionalen Theorien ab. Die gesamte Auseinandersetzung zwischen der dialektischen und der neopositivistischen Theorie, die die Diskussion in der deutschen Soziologie seit Jahren bestimmt, wurde hier nicht einmal registriert.

Aus dem Text ragen einige Kapitel heraus, die von Frieder Naschold verfaßt wurden. Das gilt sowohl für ihre theoretische Stringenz als auch — leider — für ihren Schwierigkeitsgrad. Da Naschold aber seine Konzeption in der „Einführung in die moderne politische Theorie" ausführlicher dargelegt hat, soll sie dort behandelt werden.

V

Die von Wolfgang Abendroth und Kurt Lenk herausgegebene „Einführung" unternimmt den Versuch, am konkreten Gegenstand zu demonstrieren, was Politische Wissenschaft sei und mit welchen Methoden sie ihre Erkenntnisse gewinne. Es kommt ihr weniger darauf an, einen Überblick über die verschiedenen politikwissenschaftlichen Methoden und Forschungsansätze zu vermitteln oder gar den Methodenpluralismus selbst praktisch vorzuführen. Lediglich das erste Kapitel (das wegen seines Schwierigkeitsgrades besser am Schluß des Buches stehen würde) referiert kurz und kritisch über die unterschiedlichen Positionen. Ziel der Autoren — Mitarbeiter am Institut für wissenschaftliche Politik der Universität Marburg — ist es vielmehr, durch knappe Analysen der wichtigsten Problemkreise der Politischen Wissenschaft zu demonstrieren, wie dialektisch-marxistische Sozialwissenschaft verfährt und was sie zu leisten imstande ist.

Das Buch bringt zunächst einen dogmengeschichtlichen Abriß unter dem Titel „Politische Wissenschaft als Herrschaftsinstrument und Herrschaftskritik". Es folgen Darstellungen über die vier wichtigsten Modelle öffentlicher Herrschaft: das liberale, das sozialstaatliche, das faschistische und das kommunistische. Ein Exkurs untersucht das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik. Erst nach diesen Analysen, die nicht nur das sozialhistorische Material bereitstellen, sondern den engen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Struktur, sozialökonimischen Interessen, Ideologie, Staatsform und politischem Entscheidungsprozeß veranschaulichen sollen, folgen die Themen „Institutionenlehre" und „Politische Verhaltenslehre", die diesen Zusammenhang ihrerseits aus anderer Perspektive darlegen.

Ich kann in diesem Fall nur über die Intentionen des Buches berichten. Ein Urteil darüber, ob das Vorhaben gelungen ist, steht mir nicht zu, weil ich an dieser „Einführung" selbst mitgearbeitet habe. (Meine ganz private Meinung: Das Vorhaben ist recht gut gelungen.)

Die — mit einer Ausnahme — von Autoren Frankfurter sozialwissenschaftlicher Institute verfaßte und von Gisela Kress und Dieter Senghaas herausgegebene „Einführung" arbeitet gleichfalls in starkem Maße mit Kategorien der dialektischen Theorie, wenngleich die theoretischen Ansätze der verschiedenen Beiträge stärker differieren. Insgesamt nimmt die Analyse politisch-sozialer Herrschaftsmodelle einen geringeren, die Untersuchung neuerer Theorien und Problemkreise einen größeren Raum ein als in der Marburger „Einführung". So werden beispielsweise die Komplexe Liberalismus, Konservativismus und Marxismus zu einem „Überblick" zusammengefaßt, während andererseits den Problemen der politischen Psychologie, der vergleichenden Regierungslehre, der Verwaltungswissenschaft, der internationalen Politik und der Entwicklungsländer eigene, meist ausführliche Kapitel gewidmet werden. Allen Beiträgen ist die Ver-

bindung von „Ideologiekritik und makrosoziologischer Organisationskritik" (S. 6) gemeinsam. Der historische Kontext wird zwar nicht so stark betont wie in der Marburger „Einführung", bleibt dem Leser aber doch gegenwärtig.

Das bei den Einführungen konservativer Autoren zugrunde liegende Schema Demokratie-Totalitarismus, das — angewandt auf die Gegenwart — die Zweiteilung der politischen Systeme in solche diesseits und solche jenseits der Mauer bedeutet (so hat es einmal Ernst Fraenkel formuliert), wird hier einer präzisen Kritik unterzogen. Bedauerlich ist allenfalls, daß das Faschismusproblem dabei nur ganz am Rande erwähnt wird. Zusammen mit den beiden folgenden Beiträgen über „Politische Herrschaft und Klassenstrukturen" und „Zur politischen Ökonomie des politischen Systems" ist dieser Aufsatz zugleich geeignet, die allzu grobschlächtigen Kategorien des Vulgärmaterialismus, die nicht nur zu wissenschaftlich falschen Resultaten, sondern auch zu politisch falschen Strategien führen, zu differenzieren und zu korrigieren.

Daß es sich bei dem Buch der Frankfurter Autoren um eine logisch aufgebaute, kritisch argumentierende und höchst informative und anregende Schrift, kurzum: um eine runde Sache handelt, ist nicht zu bestreiten. Nicht ganz so eindeutig ist die Frage zu beantworten, ob es sich auch um eine gute „Einführung" handelt. Obgleich sich manche Autoren sichtlich Mühe gaben, Vokabular und Syntax den Erfordernissen einer „Einführung" anzupassen, dürfte die Lektüre der meisten Beiträge einem großen Teil der Studienanfänger doch beträchtliche Schwierigkeiten bereiten.

VI

Von der dreibändigen „Einführung in die moderne politische Theorie" sind bisher zwei Bände erschienen. Im ersten behandelt der Konstanzer Politologe Wolf-Dieter Narr „Theoriebegriffe und Systemtheorie", im zweiten befaßt sich der Tübinger Politologe Frieder Naschold mit „Systemsteuerung". Der dritte Band wird den Titel „Parteien, Wähler, Eliten" tragen und von beiden Autoren gemeinsam verfaßt werden. Ziel des Werkes ist es, zunächst einmal einem „Informationsmangel" abzuhelfen. „der vor allem in der bundesrepublikanischen Politikwissenschaft über neuere theoretisch-sozialwissenschaftliche Ansätze vornehmlich amerikanischer Provenienz besteht". Zugleich aber soll gefragt werden, „wie das Leistungssoll komplexer Organisationen mit dem Emanzipationsziel demokratischen Musters verbunden werden kann; wie bei Herrschaftsminderung der Leistungsstand gewahrt, ja erhöht werden kann" (I, S. 9). Die beiden ersten Bände sollen „vor allem beschreiben und kritische Hinweise vermitteln, die sich aus den immanenten Schwächen der einzelnen Ansätze ergeben". Erst das Hauptkapitel des noch nicht erschienenen dritten Bandes „wird die theoretischen Vorlagen insgesamt in Frage stellen und eine vermittelnde Position zu beziehen suchen" (I, S. 10).

Ein endgültiges Urteil über dieses Werk wird also erst möglich sein, wenn die Kritik und die „vermittelnde Position" der Autoren genauer bekannt sind, d. h. wenn der dritte Band vorliegt. (Der Verlag konnte auf Anfrage einen Erscheinungstermin noch nicht angeben.) Immerhin lassen die beiden ersten Bände schon ungefähr erkennen, wohin die Autoren zielen.

Im ersten Band stellt Narr zunächst drei Typen politischer Theorien vor:

1) „Deduktiv-empirische" Theorien, die die Sozialwissenschaft mit Hilfe von moderner Wissenschaftslogik einerseits und empirischer Sozialforschung andererseits in eine möglichst exakte Wissenschaft im Sinne der Naturwissenschaft ver-

wandeln wollen. Quantifizierbarkeit, Wertfreiheit und Nachprüfbarkeit sind ihre zentralen Postulate, Erklärung, Prognose und technologische Anweisung ihre wichtigsten Ziele.

2) Die „klassifikatorisch-definitorische" Theorie der Parsons-Schule, die alle Mängel deduktiver Theorien in gesteigerter Form aufweist und deshalb mit Recht nur ganz knapp skizziert wird.

3) Die „dialektisch-historische" Theorie, für die Narr die Begriffe der Totalität und der Geschichtlichkeit als bestimmend ansieht: „Dialektische Theorie versteht die jeweils bestehende Gesellschaft als ein Ganzes, dessen Teile nur im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Ganzen verstanden werden können. Sie versucht, das Bewegungsgesetz dieser gesellschaftlichen Totalität zu begreifen, indem sie die immanenten Widersprüche, die die Totalität über sich hinaustreiben, aufdeckt und in ihrer Stoßrichtung bestimmt." Und Geschichtlichkeit heißt, „daß man das jeweilige Resultat nur begreifen kann durch die Betrachtung der Genese, des Entstehungszusammenhangs, der Prozeßgeschichte, die zu diesem Ergebnis führte. Geschichtlichkeit heißt weiter, daß es kein abgeschlossenes Resultat gibt, solange sich noch Widersprüche aufdecken lassen, solange das ‚negative' vom ‚Positiven' noch nicht aufgehoben ist" (S. 68).

Bei der Kritik Narrs an dialektischen Methoden wird leider meist nicht hinreichend klar, gegen wen sie sich eigentlich richtet. Da es „die dialektische Theorie" als einheitliches Phänomen nicht gibt — die Unterschiede zwischen Lenin und Marcuse, zwischen Lukàcs und Adorno betreffen ja wohl mehr als nur die Akzentuierung —, müßte jeweils explizit angegeben werden, von welcher Variante der dialektischen Theorie die Rede ist. Narr aber spricht — abgesehen von einigen Passagen, die sich ausdrücklich auf Marcuse oder Adorno beziehen — ganz pauschal von „der dialektischen Theorie" oder „der dialektischen Methode" (z. B. S. 79, 81). Diese mangelnde Differenzierung erschwert natürlich eine Kritik seiner Kritik. Wer mag beispielsweise gemeint sein, wenn er von der „Distanzlosigkeit der dialektischen Theorie ihren eigenen Annahmen und Aussagen gegenüber" spricht? Oder wenn er behauptet: „Die jeweiligen Verhältnisse werden, da geschichtsphilosophisch die Verlaufskurve feststeht, anhand eines dialektischen ‚Knigge' in ihrem Verschwörungscharakter von vornherein diagnostiziert; die Ratio der Geschichte bedarf keiner Prüfung mehr, sie steht fest" (S. 79)? Sicher gibt es Autoren, die so verfahren, aber auf Dialektik können sie sich dabei nicht berufen. Und welcher Dialektiker hätte je geleugnet, daß „die Bewegungsabläufe aus den Widersprüchen heraus ... weniger linear und nicht dauernd von der List der Vernunft oder der Praxis geleitet" sind (S. 80) oder daß „Klarheit des Ausdrucks und nicht eine Sprachgebärde, die verbirgt, indem sie darlegt", verlangt werden muß (S. 81)? Vielleicht hat Narr im ersten Fall Vulgärmarxisten wie Kautsky und seine Nachfolger und im zweiten Fall bestimmte Adorno-Schüler im Auge — aber warum sagt er das dann nicht?

Sicherlich hat Narr recht, wenn er — offenbar gegen linksutopistische Ansichten gerichtet — betont, daß die dialektische Theorie ihren politischen Sinn verliert, „wenn Negation und Position Globalaussagen werden, die weder eine detaillierte Analyse der Zusammenhänge der Wirklichkeit erlauben, noch Ansatzpunkte der Änderung spezifisch angeben". Gerade angesichts der anarchistischen Tendenzen innerhalb der Linken ist es wichtig, darauf hinzuweisen, „daß die humane Entwicklung nicht in totalen Umschlägen stattfindet . . . , daß ... das Negative auch das Positive ist, d. h. daß in der Wirklichkeit die Ansatzpunkte ihrer Überwindung liegen" (S. 82). Diese begründete Kritik nimmt am Ende aber eine sehr gefährliche Wendung. Dort nämlich, wo Narr verlangt, „das normativ gefaßte Bild einer

gelungenen Gesellschaft herauszuarbeiten" (S. 81). Mit gutem Grund haben sich Marx und seine Nachfolger beharrlich geweigert, eine „ausgepinselte Utopie" zu liefern. Mit dieser Art von Futurologie darf dialektische Theorie nicht verwechselt werden — es sei denn, man wollte vom wissenschaftlichen zum utopischen Sozialismus, von Marx zu Saint Simon zurückkehren.

Im zweiten Teil seines Buches behandelt Narr den seiner Meinung nach „breitesten sozialwissenschaftlichen Theorieansatz", die Systemtheorie. Nach den allgemeinen Grundsätzen dieser Theorie untersucht er vor allem die kybernetische und strukturell-funktionale Theorie und einige Varianten der politischen Systemtheorie. Diese Theorie, die dem Ganzen gegenüber Einzelnen und Gruppen einen „völlig übergeordneten Rang" zuweist und „alles, was nicht der Stabilität dient", als „dysfunktional" betrachtet (S. 113 f.), die das bestehende System samt seinen Herrschaftsbeziehungen gar nicht mehr zum Gegenstand der Analyse macht, sondern als vorgegebenen Rahmen einfach voraussetzt, hat die auf Emanzipation gerichteten Intentionen progressiver Sozialwissenschaft vollständig preisgegeben und sich zum „Planungsgehilfen" der herrschenden Machtgruppen degradiert. Das schließt nicht aus, daß sich auch progressive Sozialwissenschaft mancher Methoden der Systemtheorie bedienen kann, soweit sie zur genaueren Analyse moderner Herrschaftssysteme beitragen und das emanzipatorische Ziel nicht gefährden.

Im zweiten Band dieser „Einführung in die moderne politische Theorie" stellt Frieder Naschold Probleme der „Systemsteuerung" dar. Nach einer kurzen Einführung in die „Grundlagen einer kybernetischen Steuerungstheorie" behandelt er:

1) Entscheidungstheorien (zu denen auch die Spieltheorie gehört), die darauf abzielen, „menschliches Entscheidungshandeln abzulösen von rituellen und magischen Zwängen, von Freund-Feind-Schemata oder von Annahmen eines fest strukturierten Seins und es zu einem rationalen Prozeß der Reduktion von Umweltskomplexität zu machen, um die Umweltskontrolle des Menschen zu erweitern" (S. 31). Dabei setzen sie allerdings, wie die Systemtheorien, das bestehende Herrschaftssystem als gegeben voraus, fragen also nicht einmal nach „Phänomenen wie Statuspolitik oder politischen Umstrukturierungsprozessen" (S. 73).

2) Kommunikationstheorien, die sich mit der zentralen Rolle von Kommunikations- und Informationsprozessen sozialer Systeme befassen. Gegenüber diesen Theorien stellt Naschold die Frage, „wieweit Kommunikationsprozesse nicht auch Machtprozesse sind" (S. 127). Deshalb untersucht er

3) Machttheorien, die Macht als Steuerungsinstrument sozialer Systeme betrachten und die Machtverteilung innerhalb dieser Systeme untersuchen. Macht, Machterwerb und Machtausübung gilt diesen Theorien als „Essenz der Politik" (S. 129). Neuere Varianten suchen nach einer Annäherung an kybernetische und systemanalytische Modelle. Naschold selbst sieht eine erfolgversprechende Forschungsstrategie darin, „die traditionellen Theorien durch die graduelle Inkorporierung sozialkybernetischer Elemente" auszuweiten, bzw. „die bisherigen sozialkybernetischen Ansätze in einer rigoroseren Form ... auf metatheoretischer Ebene" weiter zu entwickeln (S. 166).

VII

Die hier besprochenen „Einführungen" zeigen, daß die konservativen Staats- und Gesellschaftstheorien in der Politikwissenschaft der Bundesrepublik zwar noch eine beträchtliche Rolle spielen, daß die jüngere Generation der Politologen

sich jedoch in wachsendem Maße anderen Theorien zuwendet. Teilweise arbeitet sie mit marxistischen Theorien, die — nach der Vertreibung und partiellen Vernichtung der linken Intelligenz nach 1933 — in der Bundesrepublik lange Zeit ein Kümmerdasein führten, seit der Studentenrebellion aber eine erstaunliche Renaissance erleben. In der Marburger und der Frankfurter „Einführung" kommen diese Tendenzen am deutlichsten zum Ausdruck, wobei vielleicht symptomatisch ist, daß in beiden Orten die marxistischen Traditionen schon zu jener Zeit lebendig waren, als sie noch als Ketzereien und staatsgefährdende Umtriebe galten. Teilweise wenden sich die Jüngeren aber auch modernen amerikanischen Theorien zu, wofür die „Einführung in die moderne politische Theorie" von Narr und Naschold beispielhaft ist (obgleich beide Autoren eine gewisse kritische Distanz bewahren). Ohne Zweifel bestand hier in der Bundesrepublik eine beträchtliche Informationslücke. Schon deshalb sind diese Bände verdienstvoll — wenn sie auch als „Einführungen" für Studienanfänger wegen ihres hohen Abstraktionsniveaus wenig geeignet sind. Es ist zu hoffen, daß es zwischen den Vertretern der dialektisch-historischen Theorien einerseits und der modernen Systemtheorien andererseits zu einem fruchtbaren Gespräch kommt, damit die Dialektiker die subtilen Methoden der Analyse komplexer Systeme kennenlernen und die Systemtheoretiker vor der (durchaus akuten) Gefahr bewahrt werden, zu Apologeten und Planungsgehilfen bestehender Herrschaftssysteme abzusinken und sowohl die historische als auch die utopische Dimension einzubüßen.

Vom verkehrten Fortschritt in der verkehrten Gesellschaft

Von Karlheinz Deschner

Vielleicht beginnt, seit die Zukunft begonnen hat, schon wieder die Vergangenheit . . .

O Jahrhundert! O Wissenschaften!
Es ist eine Lust zu leben . . .

Nicht für alle natürlich. Einige von uns sind unterernährt oder hungern: 1500 Millionen [1]). Doch trauern wir nicht: Christ ist erstanden. Alle Jahre wieder verkünden es die Priester. Halleluja! Freuet euch und singet!

Ja, freut euch, daß wenigstens wir zu jenem Viertel der Erdbewohner zählen, das mehr als die Hälfte der Weltnahrung ißt, während mehr als die Hälfte der Menschheit nur ein Viertel bekommt [2]). Halleluja! Freut euch, daß wir hier leben

[1]) Vereinigung deutscher Wissenschaftler, Welternährungskrise oder Ist eine Hungerkatastrophe unausweichlich, 1968, 23; 11.
[2]) R. Jungk, H. J. Mundt (Hrg.), Wege ins neue Jahrtausend, Wettkampf der Planungen in Ost und West, Achtzehn Beiträge internationaler Wissenschaftler und Publizisten, 1964, 107.

und nicht dort, in den „Entwicklungsländern", wo durch Mangelernährung 900 Millionen — oft unheilbar — krank sind, die Lebenserwartung vielfach nur 40 Jahre beträgt und die Kindersterblichkeit noch immer 20 Prozent[3]). Freut euch, daß wir schon entwickelt sind. Und, Gott, wie! Quantenphysik, Kernspaltung, Kybernetik — vom Wort zum Sonntag, Heiterem Beruferaten, Goldenem Schuß und von andren Sensationen nicht zu reden. Wirklich, Erfolg, wohin man schaut: in der Astronomie, Biochemie, Elektronik, selbst, man glaubt es nicht, der Medizin. Und eine Disziplin beflügelt die andere, eine Erfindung die nächste, die Wissenschaft treibt die Technik, die Technik die Wissenschaft — und die Politiker der Ehrgeiz: die Verantwortung! So schreiten wir vorwärts, die Schornsteine rauchen, die Bomben fallen, die Folter floriert — und noch in unseren Tagen soll der wissenschaftliche Erkenntnisbestand stärker wachsen als in den vergangenen fünfhunderttausend Jahren[4]).

Ist es nicht phantastisch, nicht ungeheuer?

Zum Glück hatten wir 1960 noch 700 Millionen ausgewachsene Analphabeten — und 1965 sogar schon 740 Millionen[5]). Ja, in Südamerika, wo ein Drittel aller Katholiken lebt, können noch immer 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung nicht schreiben oder lesen (und fast ebensoviel sind obdachlos)[6]). Halleluja! Denn, wie ein katholischer Politiker sagte, als er eine Schule für sechshundert Arbeiter genehmigen sollte: „Wir brauchen keine Menschen, die denken, sondern Ochsen, die arbeiten können"[7]).

Heute brauchen wir (außer den Ochsen) die Raumfahrtpioniere. Sie nämlich, wie sich nun endlich gezeigt hat, bringen die Menschheit voran. Im letzten Jahrhundert noch Reisen in der Postkutsche, im letzten Jahr Reisen zum Mond! „After your compatriots having left their excrements on the moon", schrieb mein norwegischer Freund Bjørneboe seinem New Yorker Verleger, „books never should be published in other languages than in yours"[8]). Noch für die achtziger Jahre prognostizierte man die Bezwingung des Mars, bemannte Raumflüge an der Venus vorbei und Raumsonden bis in die äußersten Bereiche des Sonnensystems[9]). Wie weit werden wir vordringen? Wie weit es noch bringen? Nur keine Einschüchterung, kein Defätismus! Fliegen wir vorerst auch nur eine Lichtsekunde, reichen doch unsere Radioteleskope schon acht Milliarden Lichtjahre weit! (Und welche Aussicht, Brüder: mehr Sterne als Menschen — Platz für jeden von uns!) Und rasen auch dort die Milchstraßen 145 000 Kilometer in der Sekunde[10]) und die 15 Milliarden Lichtjahre fernen (falls das Ganze überhaupt so lang besteht) vermutlich mit Lichtgeschwindigkeit von uns fort[11]), die Bahn ist frei ... jedenfalls: für die Großindustrie. Die Militärs. Die Techniker. Und die Ochsen haben doch immerhin das Nachsehn — das Fernsehn, während die Fortschrittlichen Hand in Hand arbeiten (und Tasche in Tasche).

Wie rasch, ist historisch. Am 16. Juli 1945 detonierte die erste Kernwaffe versuchsweise, und schon am 6. August die zweite über Hiroshima. Tags zuvor betete ein christlicher Geistlicher für die aufsteigende Bomberbesatzung — „Wir

3) Ebd. Ferner: Dies., Unsere Welt 1985, Hundert Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten aus fünf Kontinenten, 1965, 181 f. H. Borsook, Der Hungrige kann nicht warten. Das Welternährungsproblem, 1968, 21, 140 f.
4) K. Steinbuch, Die informierte Gesellschaft, Geschichte und Zukunft der Nachrichtentechnik, 1968, 240.
5) Vereinigung deutscher Wissenschaftler, Welternährungskrise, a.a.O., 41.
6) K. Deschner, Abermals krähte der Hahn, Eine kritische Kirchengeschichte von den Anfängen bis zu Pius XII. 3. Aufl. 1968, 434.
7) K. Deschner, Mit Gott und den Faschisten, Der Vatikan im Bunde mit Mussolini, Franco, Hitler und Pavelic, 1965, 55.
8) Briefliche Mitteilung an mich: „Wie man mit seinem Verleger umgeht".
9) Jungk/Mundt, Unsere Welt 1985, a.a.O., 79; 83.
10) Löbsack, Der Weltraum ruft, 1962, 49; 54.
11) F. Vester, Bausteine der Zukunft, 22 Berichte von neuen Forschungsergebnissen und ihren Konsequenzen, 1968, 119 ff.

werden im Vertrauen auf Dich weiter unseren Weg gehen ..." [12]), womit er offensichtlich Gott meinte. Und tags darauf feierte die amerikanische Regierungserklärung die Atombombe als „die größte Leistung der angewandten Wissenschaft in der Geschichte der Menschheit" [13]). — Ja, die Frömmigkeit und der Fortschritt, der Glaube und die „angewandte Wissenschaft", wie innig hängen und wirken sie noch immer zusammen. „Mit Gott" riefen doch schon die Päpste in den Kreuzzügen. „Mit Gott" schrie Luther, als es galt, die Bauern schlimmer abzuschlachten als das Vieh. „Mit Gott" stand auch über dem Bauch jedes deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg und im Zweiten. „Mit Gott" dürfte dort noch in einem Dritten, im Vierten stehen. Mit Gott und der Technik haben wir Abendländer es schon weit gebracht [14]). „Machet sie euch untertan!"

Ob in Indien, Lateinamerika, Südafrika oder den Kolonien Portugals — fast überall in der Welt ist das Elend dort am größten, wohin wir Europäer unsere berühmte Zivilisation gebracht haben: das Pulver und die Bibel. Oder, wie Anagarika Dharmapála, der Wortführer des buddhistischen Modernismus, sagt: „die Bibel, Whiskyfässer und Gewehrkugeln" [15]). „Bezeichnend", schreibt Nehru, „ist die auffallende Tatsache, daß diejenigen Teile Indiens, die am längsten unter britischer Herrschaft standen, heute die ärmsten sind. Man könnte sogar eine Tabelle aufstellen, um die enge Verbindung zwischen der Länge der britischen Herrschaft und der fortschreitenden Verarmung nachzuweisen" [16]). Der Anteil der christlichen Kirchen aber an der Kolonisierung, in Asien wie Afrika, ist derart groß, daß heute in den ausgeplünderten Gebieten selbst „einheimische Priester, Ordensleute und Schwestern genauso verfolgt" werden „wie die ausländischen Missionare ... Die Bevölkerung, die aus Stammesgründen immer fest zusammenhielt, sah in der Revolution die einzige Rettung ... Ehemalige Missionsschüler waren in diesen Gegenden die fanatischsten Anhänger der Rebellen. Katholische Volksschullehrer betätigten sich als politische Kommissare und Partisanenausbilder in den Dörfern. Unsere jetzigen Machthaber, so sagten sie, bekennen sich als Christen, aber sie haben uns die Unabhängigkeit gestohlen."

So steht es in der Zeitschrift „Afrika" der katholischen Mission der „Weißen Väter" [17]).

Ja, die „weißen" Väter! Wir sprechen noch davon.

Doch erst zurück zur Raumfahrt. Denn die brauchen wir, weil wir Raum brauchen. Dringender als unter Hitler, wo wir schon ein „Volk ohne Raum" waren. Und nun sind wir, schlimmer, schrecklicher, eine Welt ohne Raum! Darum eben: die Raumfahrt! Glückliche Menschengeschlechter auf anderen Planeten ... Platz, Reichtum, freundliche Grüße, Friedensbotschaften von Stern zu Stern ... Oder täuschen wir uns? Sind es Sirenengesänge? Ich frage nur, weil unlängst in der „Welt" stand [18]), ein amerikanischer Professor möchte mit einer Atombombenexplosion ein „Mondleben" auslösen — nur „auf der Rückseite des Mondes" und außerdem bloß mit einer ganz kleinen Atombombe, was zeigt, wie furchtbar bescheiden der Mann ist, der überdies, versteht sich, rein wissenschaftliche Absichten hat. Nur: könnte aus dieser so reinen wissenschaftlichen Absicht nicht wieder die „angewandte Wissenschaft" werden, mit einer noch viel größeren Leistung als Hiroshima? Denn der Fortschrtit ist nun einmal unaufhaltsam — und

12) Vgl. K. Deschner, Abermals krähte der Hahn, a.a.O., 597.
13) Zit. nach T. Regau, Menschen nach Maß, Werkstoff Mensch im Griff einer seelenlosen Wissenschaft, 1965, 175.
14) Vgl. meine ausführliche Einleitung „Christliches Vorspiel" in dem von mir edierten Sammelwerk Das Jahrhundert der Barbarei, 1965.
15) Zit. von W. Halbfass in: Das Christentum im Urteil seiner Gegner, hrsg. v. K. Deschner, 1970, 2. Bd.
16) Zit. von H. Kalbitzer, Vom Elend der ehemaligen Kolonien, in: Das Jahrhundert der Barbarei, a.a.O., 385.
17) Juli 1965.
18) Die Welt, 17. Dezember 1969.

nirgends offensichtlicher als dort, wo man in ein Milliarden Lichtjahre ausgedehntes und mit Lichtgeschwindigkeit von uns fortschießendes Universum vorstößt, während die Ochsen immer faszinierter nachsehn und den verborgenen Sinn suchen. Denn natürlich muß das alles einen Sinn haben! Schließlich jagt man die kostbaren Raketen nicht bloß aus Jux in die Luft! Schmeißt man die hundert Milliarden Dollar-Beträge nicht einfach zum Fenster hinaus! Nein! Die kommen natürlich wieder herein. Nicht bei allen, versteht sich. Aber bei einigen dafür um so mehr.

Unbegreiflich bloß, warum ein bekannter amerikanischer Wirtschaftsboß erst noch fordert: „Profite sollten den Rang von so geheiligten Begriffen haben wie Heim oder Mutter..." [19]). Denn daß dort, wo Einzelne 20, 40, 80 Millionen DM im Jahr verdienen, wo 106 der größten Unternehmen des Landes von fünf Banken und drei Familien beherrscht werden und e i n Prozent der Bevölkerung über 76 Prozent des gesamten amerikanischen Gesellschaftsvermögens verfügt [20]), während 32 bis 50 Millionen Nordamerikaner in Armut, ja in „äußerster" Armut leben [21]) und 20 Millionen von ihnen hungern [22]) — daß dort der Profit das Allerheiligste, das Nonplusultra schlechthin ist, bezweifelt niemand. Gewiß, seien wir gerecht, selbst in den Staaten klebt man nicht nur am Materiellen, kennt man höhere Ideale. Wie sonst hätten die USA allein 1960 rund 125 Millionen Tonnen ihres eigenen Getreides vergiftet und von 1950 bis 1965 etwa 4000 Millionen Dollar nur für die Vernichtung von Nahrungsmitteln bezahlt [23])? Humanitätsdussel rechneten aus, wieviele Jahre man jeden Inder damit hätte satt machen können. Doch sollten die nicht erst mal ihre heiligen Kühe schlachten, eh sie selber verhungern? Geschäft ist Geschäft, und wer die Religion übers Geschäft stellt, statt das Geschäft zur Religion zu machen, ist selber schuld.

Übrigens gibt es gesunde Kompromisse. Wie bei uns. Wir haben nicht nur die richtige Religion, sondern beziehen auch, gottseidank, vier Fünftel des Welteinkommens, während mehr als zwei Drittel der Menschheit davon nur ein Fünftel, ja, ein Viertel aller Menschen sogar bloß 2 bis 3 Prozent erhalten [24]). Nicht jeder erringt eben, wie wir, Reichtum hier u n d Seligkeit dort. Nicht jeder steht mit dem lieben Gott auf demselben guten Fuß wie mit dem Mammon.

Ja, die Not ist groß! Doch auch die Hilfe nicht gering. Vergessen wir das nicht. Vergessen wir vor allem nicht die schönste Hilfe des Jahrhunderts, die Entwicklungshilfe! Natürlich verdienen sie die meisten gar nicht. Die Neger sind faul und korrupt, die Asiaten auch und die Südamerikaner erst recht. Der beste Beweis ist ihr Einkommen! Beträgt doch heute der Pro-Kopf-Verdienst in fast allen Ländern Afrikas und Südostasiens durchschnittlich 400 Mark im Jahr, wobei auch dies noch weit über den Einnahmen vieler liegt [25]). Und in Südamerika lebt die Hälfte aller Lateinamerikaner, 130 Millionen, mit wenig mehr als einer Mark pro Tag [26]). Werfen wir also die Entwicklungshilfe zum Fenster hinaus? Keinesfalls. So wenig wie die Gelder für die Raumfahrt! Die US-Amerikaner beispielsweise erhielten (nicht alle natürlich!) für jeden Dollar, den sie nach Südamerika gaben, zwei Dollar an Kapitalzinsen und Gewinn zurück, mitunter schon nach ein bis zwei Jahren [27]).Und von Präsident Kennedy selbst erfuhr man, daß „die Vereinigten Staaten den Entwicklungsländern 1960 insgesamt eine Kapitalhilfe von

19) Zit. von L. L. Matthias, Die Kehrseite der USA, 1964, 37.
20) Ebd., 54.
21) Ebd., 58 ff. Vgl. auch J. H. Schwelien, Amerikas brutales Antlitz, Der Januskopf der Neuen Welt, 1968, 112.
22) Nach einem 1968 vorgelegten Experten-Bericht, Vgl. Schwelien, Amerikas brutales Antlitz, a.a.O., 117.
23) B. Manstein, Vom Terror der Technik, in: Das Jahrhundert der Barbarei, a.a.O., 472.
24) Vereinigung deutscher Wissenschaftler, Welternährungskrise, a.a.O., 42 ff.
25) Ebd.
26) Der Spiegel, 10. November 1969.
27) B. Manstein, Vom Terror der Technik, in: Das Jahrhundert der Barbarei, a.a.O., 473.

200 Millionen Dollar gewährten, während sich die Einnahmen der USA aus diesen Ländern im selben Jahr auf 1300 Millionen beliefen" [28]). Ja, da sieht man, wie Hilfe sich bezahlt macht! Wie den fröhlichen Spender Gott liebt!

Oder sollte man hier, statt frommer Sprüche, Karl Marx zitieren? „Das Kapital hat ein Grauen vor Abwesenheit von Profit, wie die Natur vor der Leere. Zehn Prozent und man kann sie haben. Zwanzig Prozent und sie werden lebhaft. 50 Prozent positiv waghalsig. Für 100 Prozent stampft man alle menschlichen Gesetze unter den Fuß. 300 Prozent und es gibt kein Verbrechen, das man nicht wagt, selbst auf die Gefahr des Galgens" [29]). Das Wort ist freilich, wie so manches des guten Marx, völlig veraltet: dreihundert Prozent — wo doch heute nicht selten schon so viel mehr abfallen! Und derartig Hochverdienende nicht an den Galgen kommen, sondern höchstens unter eine Kollektion von Ehrendoktorhüten, die ihnen gewisse Wissenschaftler um so leichteren Herzens nachschmeißen, als sie selber um so schwerer verdienen dabei. Die Zeiten, wo der große englische Gelehrte Faraday auf die Frage, ob man Gasgranaten bauen könne, nur lakonisch sagte, daß dies durchaus möglich sei, sich aber aus Gründen der Humanität verbiete [30]), haben wir hinter uns. Heute kann ein englischer Gelehrter erklären, biologisch betrachtet, gebe es in seinem Land rund eine Million Tonnen Menschen zuviel [31]), kann ein anderer erstaunt fragen: wieso Ehrfurcht vor dem Leben, wenn doch alles nur ein Problem der modernen Eiweißforschung ist [32])!

Wundert man sich, wenn ein Bericht über die „Soziale Weltlage" zu Beginn der sechziger Jahre nachweist, daß trotz aller technischen Fortschritte in weiten Teilen der Erde der Lebensstandard niedriger, die Anzahl der Wohnungslosen, Arbeitslosen, Kranken und jugendlichen Kriminellen größer wurde als im Jahrzehnt zuvor [33])? Und was die Zukunft betrifft, so meint etwa Abdus Salam, Direktor des Internationalen Instituts für Theoretische Physik in London: „Ich würde es gern noch erleben, daß ich meine Worte mit Bedauern zurücknehmen muß; aber in weiteren zwanzig Jahren werden — daran ist meines Erachtens nicht zu zweifeln — die weniger entwickelten Teile der Welt noch ebenso hungrig, vergleichsweise noch ebenso unterentwickelt und noch ebenso erschreckend bedürftig sein, wie sie es heute sind. Und das alles, obwohl, wie wir alle genau wissen, die Welt über genügend Vorräte und Hilfsquellen — technische, wissenschaftliche und materielle — verfügt, um die Menschheit in ihrer Gesamtheit vor Armut, Siechtum und einem frühen Tod zu bewahren" [34]).

Das sieht nun fast wie ein Vorwurf aus. Aber vergißt Mr. Salam nicht, daß es noch höhere Werte als Gesundheit und Leben gibt — wie doch schon die gigantische Vernichtung der amerikanischen Nahrungsmittel beweist? Oder der von den Amerikanern großzügig finanzierte und geführte Freiheitskampf in Vietnam! Ebenso verschlingt ja, um es ein letztesmal zu erwähnen, die Raumfahrt phantastische Summen. Und spielen da, zugegeben, auch gewisse geschäftliche Kalkulationen herein, militärische, politische, wird doch niemand die wissenschaftliche Leistung als solche verkennen, das ganze, buchstäblich den Himmel stürmende faustische Bemühn. Denn während ein Bericht des amerikanischen Kongreßausschusses für Wissenschaft und Raumfahrt — man sieht: das Kriegsministerium hat damit gar nichts zu tun — durch Steigerung der Geschwindigkeit und Drosselung menschlichen Stoffwechsels wie bei Winterschläfern (wie geruhsam das

28) Ebd.
29) Zit. nach Th. Lessing, Europa und Asien oder Der Mensch und das Wandellose, Sechs Bücher wider Geschichte und Zeit, 1923, 159.
30) Vgl. Regau, Menschen nach Maß, a.a.O., 175.
31) Ebd., 48.
32) Ebd., 59 f.
33) Jungk/Mundt, Wege ins neue Jahrtausend, a.a.O., 106 f.
34) Jungk/Mundt, Unsere Welt 1985, a.a.O., 29.

Leben dann sein wird, verglichen mit unserer hektischen Zeit!) Raumflüge von „mehreren hundert oder tausend Jahren nicht mehr als bloße Phantasie abtun" läßt [35]), stellen US-Spezialisten, entzückt von allem, was „technically sweet" ist, auch schon detaillierte Überlegung an, um den Menschen für die kommenden Zeiten — und Räume — besser fit zu machen, um ihn „umzukonstruieren" zu anderen Planetenverhältnissen biotechnisch besser angepaßten „Kyborgs" (ein aus „Kybernetik" und „Organismus" konstruierter Terminus), zu wahren Meisterschöpfungen aus Hirn und Feinmechanik, unsterblicher Seele und elektronischer Präzisionsarbeit, wobei die Liste menschlicher „Ersatzteile" von künstlichen Herzklappen, Luftröhren und Blutgefäßen bis zu Elektrostimulatoren für die Blasenentleerung reicht [36]). Man erwägt auch die kunstvollsten genetischen Verkrüppelungen, Aufpfropfung von Affengene auf Menschenkeime, avantgardistische Halbmenschen: „mit Greiffüßen, Schrumpfbeinen oder gar vier Füßen ausgestattete Astronauten der Zukunft" [37]).

An sich ist ja das Bedürfnis, unserer Atmosphäre zu entkommen, und sei es selbst als Halbaffe, durchaus verständlich. Sie ist, auf deutsch gesagt, versaut genug. Doch sollten wir auch da wieder nicht zu empfindlich sein. Muß der Mensch auch in dreißig Jahren 160 Millionen Liter Luft schnappen: an den paar Millionen Tonnen Staub, die sich jährlich auf Westdeutschland senken, stirbt man nicht so schnell. Und auch nicht an den Millionen Tonnen in Mundhöhe verbrannten Kraftstoff, selbst wenn das krebserzeugende Benzypren darunter ist und schon vor Jahren im Ruhrgebiet und Rhein-Main-Dreieck der Verschmutzungsgrad einer Vergiftung erreicht war [38]). Und all die Kunstdünger und Schädlingsvertilgungsmittel, die unseren Feldern, Wäldern, Weinbergen und unserer Industrie wahrlich nicht zuletzt zugutekommen, haben uns doch bis heute nicht umgebracht! Auch braucht nicht jeder Zigaretten gerade aus amerikanischem Tabak zu rauchen, dessen Gehalt an (krebserregendem) Arsen infolge der Dauervergiftung des Bodens zwischen 1932 und 1952 um über 300 Prozent, später sogar auf 600 Prozent gestiegen ist [39]). Und erschrecken wir auch nicht gleich, wenn das überall angewandte DDT, dessen Entdecker den Nobelpreis erhielt, durch Eier, Milch u. a. unsere Leber ein bißchen angreift, wenn in den USA jede vom Gesundheitsdienst untersuchte Mahlzeit — manche in ungeheuren Mengen — DDT enthielt [40]) und geprüftes Trinkwasser derart durch Insektizide verseucht war, daß alle Versuchsfische in nur vier Stunden starben [41]).

Wir vertragen schon einiges. Wir können doch, weiß Gott, allerhand einstecken. Und mögen noch so viele Millionen Fische, Vögel, Säugetiere an derartigem krepiert, mögen andere Sprüh- und Düngemittel noch viel stärker als DDT, manche Nahrungsmittel zusätzlich chemisch konserviert, andere ebenso gefälscht sein wie das „feinste" Olivenöl aus Italien, von dem, wie nachgewiesen, von hundert Liter nur etwa fünfzehn aus Olivenhainen stammten, die übrigen „meist aber aus toten Eseln, aus den Rückständen der Konservenfabriken, aus den Abfällen der Schlachthöfe" [42]),so kann uns das um so weniger beeindrucken, je rascher wir es vergessen; was sich, nur nebenbei, auch im Hinblick auf unser neues Lebensmittelgesetz empfiehlt, das „schon bei seinem Erscheinen veraltet" war [43]). Im übrigen, nicht wahr, müssen Opfer für die Industrie gebracht werden, und wo

35) Zit. nach Regau, Menschen nach Maß, a.a.O., 141.
36) Vgl. Löbsack, Der Weltraum ruft, a.a.O., 38 ff.
37) Regau, Menschen nach Maß, a.a.O., 46.
38) B. Manstein, in: Das Jahrhundert der Barbarei, a.a.O., 462 ff. Ders; Im Würgegriff des Fortschritts, Umgearbeitet und auf den letzten Stand gebrachte Neuausgabe, o. J., 66.
39) R. Carson, Der stumme Frühling, 1968, 69.
40) Ebd., 185 .Vgl. auch 34 ff.
41) Ebd., 51 f.
42) Manstein, Im Würgegriff des Fortschritts, a.a.O., 57.
43) Ebd., 59 ff.

Gefahr ist, wächst das Rettende auch, wie der Dichter schön sagt. Überhaupt gelingt es uns doch, schädliche Chemikalien durch immer neue, wirkungsvollere zu bekämpfen. Und was uns nicht umbringt, macht uns nur stärker.

Deshalb auch keine Panik wegen Strontium 90 oder Caesium 137. Und hält Kohlenstoff 14 sogar 8000 Jahre, es kann uns nicht mehr kümmern, als hielte er 80, denn länger leben wir doch nicht. Und nach uns? Ja, wenn uns auch das noch Kummer machte! Die halbe Million Kinder etwa, die in unseren Enkelgenerationen durch die Erprobung einer einzigen in der Atmosphäre getesteten 20-Megatonnen-Bombe sterben soll [44]). Oder der (durch das Gerichtliche Institut in Kiel konstatierte) Anstieg der Strontium-Aktivität in den Knochen verstorbener Jugendlicher: Nur von 1963 auf 1964 bei den unter Fünfjährigen um 46 Prozent, bei den Fünf- bis Zwanzigjährigen um 106 Prozent [45]). Oder vielleicht gar der Atommüll, der bis 1980 bereits, auf alle Meere und Gewässer der Welt verteilt (und etwas verteilt ist er ja schon), sämtliche Lebewesen in ihnen töten würde und von dem, läuft erst einmal die Wirtschaft der Industriestaaten auch nur zur Hälfte mit atomarem Strom, wöchentlich so viel anfällt wie 30 000 Atombomben erzeugen, was das Problem dieser „Müll"beseitigung angeblich völlig unlösbar macht [46]) — ich meine: kommt Zeit, kommt Rat. Nur kein Kopfzerbrechen! (Das besorgen uns schon andere!) Auch gibt es genug hochdotierte Professoren bei der Industrie (und anderwärts), die wirklich ihr äußerstes tun, uns zu beruhigen. Und wer auf die Querulanten hört, deren persönlicher Ruf ja meist so schlecht ist wie ihre fachliche Kompetenz — wir hören es doch immer wieder von ihren Gegnern! —, schädigt sich nur selbst am meisten.

Nach dem texanischen Nobelpreisträger H. J. Muller würde schließlich in dem von ihm beschriebenen „Bild kommender physischer Minderwertigkeit, auf das hin wir schon Kurs genommen haben, die Bevölkerung ihre Freizeit nur noch damit verbringen, ihre Leiden zu pflegen, und sie würde so viel wie möglich arbeiten müssen, um die Mittel zu erwerben, mit denen diese Leiden dann behandelt werden könnten. Dann hätten wir wahrlich den Gipfel der Begegnung moderner Medizin, moderner Industrialisierung und moderner Sozialmaßnahmn erklommen. Weil aber derartige Evolutionsvorgänge von säkularer Dauer sind . . ., kämen die Verschiebungen so langsam und unmerklich in unsere Welt, daß niemand sich dieser Wandlungen bewußt würde, abgesehen von ein paar Außenseitern" [47]).

Aber diese Ansicht und Aussicht ist viel zu trüb, als daß wir uns ihr nicht verschließen sollten. Zumal der modernen Medizin wird Muller beinah so wenig gerecht wie Aldous Huxley, der behauptete, der Fortschritt dieser Wissenschaft bestehe darin, daß es praktisch keinen gesunden Menschen mehr gebe. Dabei benützen unsere Ärzte doch bereits Echogeräte mit Ultraschall, „Radiopillen" für Informationssendungen aus dem Körper, elektronische Schrittmacher für ungeregelte Herztätigkeit und mancherlei sonst. Schon in verhältnismäßig kurzer Zeit rechnet man mit eingepflanzten künstlichen Nieren und Herz-Lungenmaschinen, man erwartet Radar für Blinde sowie, bis zum Jahr 2000, die allgemeine Immunisierung gegen bakteriologische Krankheiten und Virenerkrankungen [48]). Endlich glaubt man jedes Organ, ausgenommen das Gehirn, ersetzen und das menschliche Leben beträchtlich, vielleicht auf 200 Jahre, verlängern zu können [49]). Einstweilen freilich nehmen die Herz- und Kreislaufkrankheiten (als die sichtbarsten Folgen unserer Erfolge) weiter zu, und der Krebs wird, da wir neue

44) Manstein, in: Das Jahrhundert der Barbarei, 479.
45) Ebd.
46) R. Koch, A—Z aus Wissenschaft und Technik, 1968, 37; 99.
47) Zit. bei Löbsack, Die Biologie und der liebe Gott, Aspekte einer zukunftsreichen Wissenschaft, 1968, 19.
48) Vgl. Jungk/Mundt, Unsere Welt 1985, a.a.O., 33, 67 ff., 181 ff. u. a.
49) Ebd.

krebserregende Substanzen in Massen schufen, bald zwei von drei Familien befallen [50]). In Amerika sterben heute selbst Kinder, bei denen Krebs noch vor wenigen Jahrzehnten eine Seltenheit war, häufiger daran als an irgendeiner anderen Krankheit, ja ein wesentlicher Anteil bösartiger Tumore ist schon vor der Geburt vorhanden [51]).

So wäre allein durch Krankheit und Tod, das immer Unausweichliche, Trauer und Tragik genug auf der Welt. Doch nicht genug damit: wohin wir auch schauen — überall bekämpft der Mensch den Menschen, überall betrügt, verwundet und tötet er.

In Südafrika terrorisieren drei Millionen Weiße mit dem vielleicht höchsten Lebensstandard der Welt fünfzehn Millionen Afrikaner: deren Einnahmen liegen meist unter dem Existenzminimum, Unterernährung und Mangelkrankheiten grassieren, die Kindersterblichkeit gehört zu den höchsten der Welt, die Paßgesetze zerreißen die Familien, Ehemänner und Frauen werden voneinander getrennt, die Afrikaner von den Weißen isoliert und in Reservaten und Townships zusammengepfercht, wo sie im Bürgerkriegsfall rasch zusammengebombt werden können [52]).

Das portugiesische „Mutterland", zweiundzwanzigmal kleiner als seine Kolonien, ließ 1960 für 1500 im afrikanischen Unabhängigkeiskampf getötete Portugiesen 50 000 Afrikaner niedermetzeln und 150 000 vertreiben [53]). Seither prügelt und schießt man dort, Tag für Tag, Dutzende von Afrikanern zusammen [54]). In Portugal selber aber lebt unter Salazar und seinen von Hitlers Gestapo ausgebildeten Banden seit vierzig Jahren „der Mensch auf dem Niveau des Tieres", wie erst unlängst der siebzigjährige Ferreira des Castro, einer der angesehensten Autoren des Landes, bekannte [55]).

Und gleich im Nachbarstaat? Seit drei Jahrzehnten Diktatur unter einem Mann, der mit Mussolini und Hitler so eng liiert war wie mit Pius XII., der mit zu Gott erhobenem Herzen nach Beendigung des spanischen Bürgerkrieges „General Fettsau Franco", wie noch der späte Hemingway schreibt [56]), „mit neuer Energie die alten christlichen Traditionen" wieder aufnehmen hieß [57]) — worauf er, Franco (im Frieden!), von 1939 bis 1942 noch mehr als 200 000 Republikaner erschießen ließ [58])! Seitdem unbeschränkter Polizeiterror, 10 Millionen Spanier, abseits der beliebten Ferienplätze, in Schmutz und Elend, und 60 Familien Besitzer von zwei Dritteln allen wertvollen spanischen Bodens. Die alten christlichen Traditionen! (Erinnern wir uns, wie geschäftig und geschwellt noch vor kurzem CDU-Minister und CDU-Kanzler in das Land ihrer Sehnsucht reisten, dort Faschisten dekorierten und sich von ihnen dekorieren ließen und der ehemalige Nazifunktionär Kiesinger zu dem spanischen Diktator sagte: „Es wird gut sein, wenn wir auf allen Gebieten zusammenarbeiten" [59])?)

Vermutlich hat nur der Bonner Machtwechsel die CDU-Politiker daran gehindert, endlich auch mit den griechischen Obristen, Majoren und Hauptmännern „auf allen Gebieten" zusammenzuarbeiten, zumal die sich auch „auf den christ-

---

50) Carson, Der stumme Frühling, a.a.O., 224 ff.
51) Ebd.
52) C. M. Naether, Ein Kontinent sucht die Freiheit, Afrika zwischen den Großmächten, 1968, 132 ff. Ferner E. S. Sachs, Rhodesien, Wilson kapituliert vor den Rassisten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 1969, 646 ff., bes. 656 f.
53) Naether, Ein Kontinent sucht die Freiheit, a.a.O., 32.
54) Ebd., 152.
55) Ebd.
56) E. Hemingway, Über den Fluß und in die Wälder, 1951, 195.
57) Vgl. Deschner, Mit Gott und den Faschisten, a.a.O., 92.
58) Ebd., 94.
59) Vgl. Bulletin des Fränkischen Kreises, Mai 1969, 22.

lichen Geist" berufen [60]). Und mit Recht. Foltern sie doch wirklich, als wollten sie das Mittelalter wieder erwecken. Sie knebeln, peitschen, hängen auf, lassen spießrutenlaufen, bearbeiten mit Vorliebe die Genitialien, reiben sie mit Pfeffer ein, reißen Schamhaare aus, stecken Frauen „so viele Finger wie möglich oder einen Gegenstand in die Vagina", verpassen elektrische Schocks, brechen Rippen, Nasen, reißen Zehen-, Fingernägel, stechen Augen aus, und ihre nichtphysischen Folterungen (meist Prominenter) sind für viele noch unerträglicher [61]).

Diese Rettung Griechenlands, notwendig geworden durch eine drohende Wahlniederlage rechtskonservativer Kreise durch linksliberale, wurde bekanntlich durch den CIA mit vorbereitet [62]). Denn die Amerikaner sind nun einmal prädestiniert, anderen Völkern die Menschenrechte zu bringen: steht es doch bei ihnen selber derart damit, daß sie „in einem bisher nicht für möglich gehaltenen Ausmaß ... Manöver in den Metropolen" propagieren, um sich so auf Großstadt-Kriege mit ihren Negern vorzubereiten [63]). Die nämlich sind undankbar. Zwar: ihre durchschnittliche Arbeitslosigkeit ist stets gleichbleibend doppelt so groß wie die der Weißen, und das Durchschnittseinkommen beträgt fast nur die Hälfte des Einkommens der Weißen, seit zwanzig Jahren beinah unverändert, die Kindersterblichkeit ist bei den Bewohnern der Slums dreimal so hoch und die Lebenserwartung um zehn Jahre niedriger als in den Bezirken der Weißen [64]), und die ländlichen Negerwohnungen im Süden waren bei einer Volkszählung 1950 zu 98 Prozent verkommen [65]): aber — sie leben ja doch!

Sie kämpfen sogar für die Weißen! Ja, sie sterben dafür, wie nun in Indochina, wo wir im übrigen den technischen Fortschritt seit Jahren in schönster Entfaltung erleben: Infrarotgeräte bei Nacht, ferngesteuerte Bomben, Splittergranaten, die in zehn Meter Höhe explodieren und fürchterlich verletzten, Gewehrgeschosse, von denen jeder Treffer fast automatisch zum Tode führt, Dum-Dum-Geschosse [66]), Napalm-, Phosphor- und Thermintenbomben, die Temperaturen von 2000 bis 3000 Grad entwickeln und alles im weiten Umkreis vernichten, das Fleisch der Opfer, ihre Gesichter, ihre Körper oft bis zur Unkenntlichkeit, bis auf die Knochen zerfressen [67]). Allein an Napalm monatlich 50 Millionen Liter zur Rettung der Freiheit verspritzt. Millionen Hektar Land durch Chemikalien vergiftet. Hunderte von Schulen, in denen die Nordvietnamesen zwischen 1954 und 1964 nicht weniger als 95 Prozent der Bevölkerung vom Analphabetentum befreiten, wieder zerstört [68]), jedes große Provinzkrankenhaus angegriffen und noch das nordvietnamesische Musterlager zur Behandlung von Leprakranken in Quin Lap bis 1968 — sicher nur zufällig! — neununddreißigmal mit Bomben belegt [69]). Insgesamt wurde monatlich eine höhere Tonnenzahl Sprengstoffe abgeworfen als im Zweiten Weltkrieg im Monat über Europa und Afrika zusammen — in einem einzigen Jahr aber mehr als im ganzen Zweiten Weltkrieg im pazifischen Raum [70]). „Die Air-Force", schreibt Mary McCarthy, „scheint so unentrinnbar wie das Auge Gottes zu sein" [71]).

---

60) Die Welt, 16. Dezember 1969, S. 3.
61) Vgl. den Bericht des Amnesty International, London, vom 27. 1. 1968, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 1968, 313 ff. Ferner A. Skriver, Soldaten gegen Demokraten, Militärdiktatur in Griechenland, 1968, 126 ff. Auch: Report der Sozialistischen Demokratischen Union Griechenlands, August 1968.
62) S. Rousseas, Militärputsch in Griechenland oder Im Hintergrund der CIA, 1968, 71 ff. 92 ff. Ferner: J. Seyppel, Hellas, Geburt einer Tyrannys, Impressionen, Analysen, Dokumente, 1968, 135 ff.
63) US-Magazine, Januar 1968. Der Artikel ist abgedruckt in den Blättern für deutsche und internationale Politik, März 1968, 307 ff.
64) J. H. Schwelien, Amerikas brutales Antlitz, a.a.O., 35 f.; 43.
65) M. Harrington, Das andere Amerika, Die Armut in den Vereinigten Staaten, 1964, 47.
66) J. Horlemann, P. Gäng, Vietnam, Genesis eines Konflikts, 3. Aufl. 1967, 178 f. B. Russell, J.-P. Sartre, Das Vietnam-Tribunal II., 1969, 75.
67) Russell/Sartre, Das Vietnam-Tribunal, II., 16 f., 105.
68) Ebd. I, 80. Vgl. auch H. E. Salisbury, Hinter den feindlichen Linien, Ein Amerikaner in Hanoi, 1967, 139 ff.
69) M. McCarthy, Hanoi 1968, 1969, 41. Russell/Sartre, Vietnam-Tribunal, a.a.O., I 79.
70) A. M. Schlesinger, Das bittere Erbe, Vietnam — Prüfstein der Demokratie, 1968, 43, 58 f.
71) M. McCarthy, Vietnam Report, 1968, 42.

Doch wie das Auge Gottes bekanntlich viel sieht, ohne zu zucken, so auch das der Freiheitskämpfer aus den USA. Denn obwohl sie schon bis 1967 u. a. auch eine Million Kinder getötet, verwundet oder verbrannt hatten [72]), bewahren sie sich doch ihren Humor, nennen sie Granaten, die aus Hunderten von feinsten Eisenfeilspitzen bestehen: „beehive", Bienenkorb; Napalm: „inciderjell", eine Art „Brenngelee", was für amerikanische Ohren wie „jello" (Götterspeise) klingt; und die Kampfmittel zur Dschungelentlaubung: „Unkrautvertilger" [73]). Auch war es eine Zeitlang bei der 173. Luftlandebrigade „üblich" und ein von Vorgesetzten ausgedachter „Sport", zur Stärkung der „Kampfmoral" toten Feinden die Ohren abzuschneiden, um sie als „Souvenir zu haben" [74]). Die lebenden Unglücklichen dagegen überläßt man meist vietnamesischen Freunden: Schläge sind gang und gäbe, häufig auch elektrische Foltern, man benützt das Feldtelefon, legt die Elektroden an die Geschlechtsteile, treibt Bambuskeile oder das Messer unter die Nägel, schneidet die Fußflächen oder das Gesicht um die Augen auf, reißt Sterbenden gelegentlich noch die Gallenblase heraus und schwingt sie als „Trophäe" (vielleicht ein weiteres „Souvenir"?) über dem Kopf des Opfers [75]). Ist es nicht peinlich für eine so fortschrittliche und große Nation, einen derart ermüdenden Kleinkrieg führen zu müssen, wenn man doch, viel humaner mit einem Schlag Schluß machen könnte? Kompetente Militärs, wirkliche Fachleute, haben dies auch längst empfohlen. Und wurde nicht von dem Kernphysiker Lapp, Autor des berühmten Buches „Kill and Overkill", worin er, aus Gründen der „Sicherheit" oder posthumen Rache, rät, das Getötete noch einmal zu töten —, wurde uns nicht von diesem amerikanischen Gentleman schon 1965 vorgerechnet, daß das Land der unbegrenzten Möglichkeiten bereits mit 400 Superbomben — einem lächerlichen Bruchteil seines Vorrats — binnen einer Woche selbst eine halbe Milliarde Chinesen umbringen könnte [76])?

Ich meine: es wird Zeit, daß endlich etwas geschieht. Etwas Vernünftiges, Erlösendes. Wir besitzen doch genug Mittel, Kraft, Substanz oder wie man das nennen will. Herrgott, es ist doch alles da! Rund 150 Milliarden Dollar geben die Regierungen der Welt jährlich für Rüstung aus (womit indirekt noch Umsätze im Werte von weiteren 200 Milliarden Dollar zusammenhängen) [77]). Und der verstorbene Nobelpreisträger Linus Pauling, ein Repräsentant des anderen, besseren Amerika, hatte doch vor Jahren schon errechnet: Verschössen oder verbombten wir Tag für Tag soviel, wie wir während der sechs Jahre des Zweiten Weltkrieges insgesamt verbrauchten, könnten wir es theoretisch 146 Jahre lang tun [78]). Dabei wäre, ich wiederhole, durch Krankheit und natürlichen Tod schon genug Trauer und Tragik auf der Welt. Doch nicht genug damit: ringsum drangsaliert der Mensch den Menschen, bestiehlt, beraubt, entwürdigt und erniedrigt er, er kerkert ein, er quält, er foltert, schlachtet; keine Schandtat, die er nicht vollbrächte, keinen Schmutz, den er nicht anhäufte, darin er andre nicht erstickte, keine Hinterlist, die er nicht beginge, keinen Betrug, kein Verbrechen, kleine und große, am liebsten aber die ganz großen, die ganz einträglichen, die so groß und einträglich sind, daß sie schon nicht mehr Verbrechen heißen, sondern Segen oder Kreuzzug oder Verteidigung der Kultur oder Rettung des Vaterlandes, des Abendlandes, des Morgenlandes, diese allergrößten, meine ich, so überwältigend, so unfaßlich, daß ihre Spitzenreiter, ihre Hauptmatadore, ihre Mordmonstren von

72) Russell/Sartre, Vietnam-Tribunal, II., 16. Vgl. auch 123.
73) Ebd., 93. M. McCarthy, Vietnam-Report, 5.
74) Russell/Sartre, Vietnam-Tribunal, II., 69, 73 f.
75) Ebd., 46, 55 ff., 63 ff., 73, 82, 90 f., 112, 152 f. Vgl. auch D. Warner, Vietnam, Krieg ohne Entscheidung, 1965, 21 f.
76) Life, 14. Juni 1965.
77) F. O. Mischke, Kapitulation ohne Krieg, Die Jahre 1970—1980, 1965, 198.
78) Vgl. B. Manstein, in: Das Jahrhundert der Barbarei, a.a.O., 475.

Säkularformat den Beinamen „der Große" bekommen und in die Geschichtsbücher unserer Kinder eingehen zu deren Erbauung und Erleuchtung und Nacheiferung, einer fernen Nacheiferung natürlich nur, einer fast ohnmächtigen, einer, die gerade reicht, daß sie einmal als gefügiges Schlachtvieh ähnlicher Haupt- und Staatskerle krepieren, mit irgendeiner Nationalhymne auf den Lippen, vielleicht auch später mit einem Erdlied, wenn es gegen einen anderen Stern geht, jedenfalls mit einer höheren Idee, denn etwas Höheres muß es ja geben, etwas Höheres als die Humanität, als die Menschlichkeit.

Ja: Christ ist erstanden! Halleluja — „Wer's glaubt!" schrieb Goethe. „Schelmen, ihr trugt ihn ja weg." Aber wir glauben es. Ja, Christ ist erstanden, halleluja. Wir sind überzeugt davon. Er ist aufgefahren — und er hat sich nicht mehr blikken lassen. Doch es wäre besser gewesen, er wäre dageblieben. Freilich wozu? Sie hätten ihn weiter gekreuzigt, wieder und wieder. Und sie taten es, von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde, von Jahr zu Jahr und von Jahrhundert zu Jahrhundert. Sie schlugen ihn immer wieder ans Kreuz, hunderttausendmal, millionenmal, verzückt und hingerissen, gläubig oder nicht, eine einzige Begeisterung, ein einziger Wahn, eine einzige nimmersatte Gier nach Blut und Gewalt. Sie kreuzigen ihn immer noch, sie zerfetzen ihn in jedem Gesicht, in das sie ihre Stiefel schlagen, sie töten ihn in jeder Brust, in die sie ihre Messer stoßen und Kugeln schießen. Am meisten aber bringen die ihn um, die reine Hände haben und saubere Krägen, die tönende Phrasen machen und fromme Gesten, sorgfältig einstudiert in geheimen Gemächern und bestimmt für Millionen Augen rings um den Erdball.

Ja, Christ ist erstanden, aber hier ist er nicht mehr. Und fast kommt es mir vor, als wäre er nie hier gewesen, als wäre es nie anders zugegangen als heute, als würde es niemals mehr anders zugehn. So viele Jahrtausende und so umsonst. So viele Christusse gekreuzigt und so viele Mörder gesalbt, so viele Edle geknechtet und so viele Knechte erhöht, so viele Wahrhaftige in den Dreck gerissen und so viele Lügner geheiligt — ich habe keine Worte mehr. Mir kommt es vor, als wären alle Getretenen, Geschundenen, Erstickten meine Kinder gewesen und als müßten meine Kinder auch einmal so getreten, geschunden und erstickt werden wie sie, als müßten alle unsere Kinder so umkommen und wir mit ihnen für das, was wir getan haben und unsere Väter und unsere Vorväter jahrhundertelang. Wir hätten es nicht besser verdient. Aber sie, die Jungen, die noch schuldlos sind, auch wenn sie mit langen Bärten marschieren und einmal ein Fenster oder Kaufhaus demolieren, ich billige es nicht, doch ich verstehe es. Und vielleicht verstehen sie besser als wir, was auf uns zukommt, vielleicht ist es ein letztes Aufbegehren von ihnen vor dem geahnten Inferno, dem Untergang, vielleicht revoltiert irgendein letzter Instinkt in ihnen. Vielleicht haben sie noch Zeit. Vielleicht überstehen sie uns. Vielleicht machen sie es besser als wir. Ich wünsche es sehnlich, ich wünsche nichts dringlicher als dies. Aber vielleicht beginnt auch, seit die Zukunft begonnen hat, schon wieder die Vergangenheit . . .

Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954 - 1968

Von Karl Markus Kreis

Der Erfolg der britischen Diplomatie als Vermittlerin im Ersten Indochinakrieg steht in auffallendem Kontrast zu dem kläglichen Scheitern aller Versuche der Regierung Wilson, bei der Beendigung des Zweiten Indochinakrieges eine ähnliche Rolle zu spielen. Allerdings: der Erfolg Edens bereitete den Mißerfolg Wilsons und seiner Außenminister in gewisser Weise vor. Denn Eden löste den grundlegenden Widerspruch in der britischen Indochinapolitik nicht: einerseits war von ihm die Teilung Vietnams als Maßnahme zum Schutz der britischen Position in Südostasien und damit als endgültig gedacht, andererseits stimmte er den Genfer Abkommen zu, die eine Wiedervereinigung durch Wahlen vorsahen. Von dieser Zustimmung konnten sich Eden und seine Nachfolger später weniger leicht dispensieren als ihre anderen westlichen Kollegen. Denn Edens Vermittlerrolle hatte ihm auf der Konferenz eine auch formelle Autorität verschafft, den Vorsitz, in dem er sich mit Molotow abwechselte. In einigen praktischen Fragen erlosch dieses Amt mit Beendigung der Konferenz nicht. Darauf begründeten einige der betroffenen Staaten eine allgemeine Verantwortlichkeit Großbritanniens und der Sowjetunion für die korrekte Ausführung der Genfer Abkommen — eine Erwartung, die den Absichten zumindest Edens entgegenstand.

I Nach dem Ersten Indochinakrieg: 1954—1956

A Vietnam und die britischen Positionen in Ostasien

1) Edens Teilungsplan

In seinen Memoiren schildert Eden ausführlich, wie schwierig es war, den amerikanischen Widerstand gegen den „Verzicht" auf Nord-Vietnam zu überwinden. Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit beschreibt er aber auch seine eigenen politischen Ziele bei der Teilung Vietnams. Stets setzt er dabei voraus, daß die Teilung dauerhaft sein sollte.

Schon als ihm der Gedanke an eine Teilung zum erstenmal kam, betrachtete er diese Maßnahme als „eine Lösung, die vielleicht ... zu einer dauerhaften Regelung führte". Seine Hauptsorge galt dabei Malaya, in dem ja ebenfalls Aufständische unter kommunistischer Führung tätig waren: „Ich wollte für dieses Land eine möglichst weit nördlich gelegene wirksame Barriere sicherstellen. Ich hielt es nicht für ausgeschlossen, daß die Westmächte Laos und Kambodscha und den Südteil Vietnams in ihre Garantie nehmen würden" [1]). Diese Garantie wünschte sich Eden bekanntlich nach dem Locarno-Modell, das für ihn im wesentlichen bedeutete, daß „jedes Mitglied die Grenzen des anderen garantierte" [2]). Von der Möglichkeit einer Wiedervereinigung ist dabei niemals auch nur die Rede.

Mehr als diese Pläne und Wünsche Edens fällt für das spätere Schicksal der Genfer Abkommen ins Gewicht, daß er sich Dulles gegenüber formell in einer Weise festlegte, die den Inhalt der Abkommen desavouierte, noch bevor sie geschlossen waren. Ende Juni 1954 nämlich, als Eden und Churchill in Washington Dulles für den Teilungsplan gewannen, einigten beide Seiten sich auf ein Mini-

[1]) Anthony Eden, Memoiren 1945—1957. Köln, Berlin 1960, S. 112.
[2]) Eden, Memoiren, S. 162.

malprogramm für die Konferenz in Genf. Es wurde beschlossen, in Vietnam ein Waffenstillstandsabkommen nur dann zu respektieren, wenn es (unter anderem) „mindestens die Südhälfte von Vietnam und möglichst noch eine Enklave im Delta erhält", „Laos, Kambodscha und dem verbleibenden Teil von Vietnam keinerlei materielle Beschränkungen auferlegt, die das Vermögen dieser Länder, stabile nichtkommunistische Regierungen zu unterhalten, beeinträchtigen, insbesondere keine Beschränkungen, die ihnen das Recht schmälern, für die innere Sicherheit ausreichende Streitkräfte zu unterhalten, Waffen zu importieren und Ausländer als Berater heranzuziehen", „keine politischen Bestimmungen enthält, die die Gefahr in sich bergen, daß das verbleibende Gebiet unter kommunistische Herrschaft gerät", „die Möglichkeit einer letztlichen Wiedervereinigung Vietnams auf friedlichem Weg nicht ausschließt ..." [3]). Kurz gesagt: Wenn Wiedervereinigung, dann auf keinen Fall zu einem kommunistischen Staat. Das aber mußte bedeuten: auf keinen Fall Wiedervereinigung durch Wahlen, da die Wahrscheinlichkeit eines Wahlsieges der Vietminh zu groß war [3a]).

2) SEATO: der amerikanische Schutz

Da für Großbritannien in Indochina selbst nichts auf dem Spiel stand, läßt sich die britische Vietnampolitik nur begreifen im größeren Zusammenhang der britischen Südostasien-Politik. Es wurde schon deutlich, welche Bedeutung die Sicherheit Malayas bei Edens Überlegungen bezüglich Vietnams spielte. Sorge um die Wahrung der britischen Position in Südostasien ließ Eden auch von Anfang an den amerikanischen Vorschlag eines kollektiven Sicherheitssystems für Südostasien gutheißen [4]). Zwar gelang es ihm, die Gründung des Paktes gegen das Drängen Dulles' bis nach Ende der Genfer Konferenz hinauszuschieben. Doch konnte er nicht verhindern, daß die drei Assoziierten Staaten (Südvietnam, Laos, Kambodscha) in das Schutzgebiet des Vertrags einbezogen wurden, was mindestens der Intention der Genfer Abkommen widersprach. Ebensowenig konnte Eden erreichen, daß Indien und andere Commonwealth-Mitglieder in den Pakt aufgenommen wurden [5]). Die Position der britischen Regierung bei diesen Verhandlungen war recht schwach: Großbritannien brauchte ein Sicherheitssystem, das ohne eine dominierende Rolle der USA nicht möglich war. Also konnten die Amerikaner leicht ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen. Diese Abhängigkeit von der amerikanischen Südostasien-Politik machte sich gerade in Vietnam bemerkbar, denn hier boten die Interessen der beiden Regierungen keine sachlichen Reibungsflächen, und daher konnte der britischen Regierung nichts daran liegen, hier den großen Verbündeten zu verärgern.

3) Großbritannien in Vietnam: zwischen Frankreich und den USA

Das britische Verhalten bei den amerikanisch-französischen Auseinandersetzungen um die Zukunft Süd-Vietnams illustriert diese Politik einer immer stärkeren Ausrichtung auf die Ziele der USA. Als die französischen Regierungen nach der Genfer Konferenz sich bemühten, Frankreichs Einfluß in Vietnam gegen die hereindrängenden Amerikaner zu verteidigen, versuchten sie wieder, die in der Konferenz bewährte Zusammenarbeit mit den Briten zu aktivieren, zu der „Le Monde" bemerkt hatte, die entente cordiale habe in Genf so gut funktioniert wie schon sehr lange nicht mehr [6]). Eine gemeinsame Konferenz mit Dulles wurde zu diesem

3) Eden, Memoiren, S. 162.
3a) Das wichtigste Material zu dieser speziellen Frage wie auch zum Gesamtthema der für 1956 vorgesehenen Wahlen gibt Franklin B. Weinstein, Vietnam's Unheld Elections. The Failure to Carry Out the 1956 Reunification Elections and the Effect on Hanoi's Present Outlook. Ithaca, N.Y., Cornell University July 1966 (Data Paper No. 60, Southeast Asia Program, Department of Asian Studies).
4) Eden, Memoiren, S. 118 f.
5) S. dazu vor allem Eden, Memoiren, S. 122, sowie Victor Bator, Vietnam — A Diplomatic Tragedy. The Origins of The United States Involvement. Dobbs Ferry, N.Y.: Oceana Publications 1965, S. 158—165.
6) Le Monde, 21. Juli 1954.

Zweck am 18./19. Dezember 1954 am Rande einer NATO-Tagung in Paris abgehalten. Außer Dulles nahmen teil Mendès-France und Eden samt ihren Botschaftern in Saigon (General Ely und Sir Hubert Graves). Die entente cordiale konnte aber an Dulles' Entschlossenheit nichts ändern, Frankreich politisch und militärisch aus Vietnam zu verdrängen [7]).

Auf einer späteren Konferenz unternahm es die französische Regierung noch einmal, mit Hilfe ihres britischen Bundesgenossen Dulles umzustimmen. Doch dieser setzte jetzt einer britischen Teilnahme von vornherein starken Widerstand entgegen. Es wurde nämlich verschiedentlich berichtet, der neue britische Außenminister Macmillan habe sich die Auffassungen seines französischen Kollegen Pinay zueigen gemacht, nach denen Ngo Dinh Diem das Haupthindernis für ein normales politisches Leben in Süd-Vietnam darstellte und die Wahlen wie vorgesehen stattfinden sollten [8]). Die Person des von den Amerikanern eingesetzten Diem verkörperte immer mehr die wichtigsten Reibungspunkte zwischen Frankreich und den USA. Diem und seine amerikanischen Freunde wollten sich auf keinerlei „Kompromisse" mit Nord-Vietnam einlassen, alle Hinterlassenschaften des französischen Kolonialismus abbauen und statt dessen die amerikanische Präsenz ausbauen. Frankreich indessen hatte hinter den Kulissen immer noch Fäden laufen zu den Sektenführern und zu Kaiser Bao Dai, mit deren Hilfe es diese starren Positionen Diems und der Amerikaner abzuschwächen trachtete. Der französischen Regierung schwebte auch zu diesem Zeitpunkt noch eine Koalition mit diesen politischen Führern als optimale Regierung vor, die es ihr ermöglichen sollte, eine Brücke nach Hanoi zu schlagen und so die französischen Wirtschaftsinteressen in Nord-Vietnam und, nach dem wahrscheinlichen Wahlsieg der Vietminh, in ganz Vietnam zu wahren [9]).

Als schließlich nach langem Widerstreben Dulles' die Dreiergespräche im Mai 1955 endlich stattfanden, endeten sie mit einer Niederlage der französisch-britischen Position in allen Punkten, obwohl Dulles einige verbale Zugeständnisse machte. Die Stellung der Franzosen (Außenminister Pinay und Ministerpräsident Faure) war von vornherein dadurch geschwächt, daß entgegen ihren Hoffnungen die britische Seite nur eine Beobachterrolle spielte. Macmillan selbst nahm nur an einigen wenigen Sitzungen teil. Nachher erklärten sich sowohl die französische wie die britische Regierung zur Unterstützung Diems bereit. Von Wahlen war keine Rede mehr. Dulles gab zwar zu, die Basis der Regierung Diems müsse verbreitert werden, das französische Expeditionskorps solle nicht schneller abziehen, als die Armee Süd-Vietnams es ersetzen könne, und die Stellung Bao Dais könne unverändert bleiben [10]), doch konnte Diem unangefochten erklären, die Beschlüsse von Paris seien für seine Regierung nicht bindend, da sie nicht daran beteiligt gewesen sei [11]). Infolgedessen änderte sich auch seine Politik nicht: die französisch-amerikanischen Spannungen in Vietnam bestanden unvermindert fort [12]), und er konnte sogar darangehen, über ein Referendum Bao Dai gänzlich auszuschalten. Schließlich hatten die Gespräche auch gezeigt, daß die britische Regierung es sich nicht leisten konnte oder wollte, in Indochina einen schwächeren Verbündeten zu unterstützen gegen einen stärkeren, von dem sie in ganz Südostasien abhängig war.

---

7) Bator, Vietnam, S. 184 f.
8) Daily Telegraph, 29. April 1955.
9) Robert Shaplen, The Lost Revolution. The Story of Twenty Years of Neglected Opportunities in Vietnam and of America's Failure to Foster Democracy There. New York, Harper & Row 1965, S. 118—120.
10) The Times, 13. Mai 1955.
11) Keesing's Contemporary Archives, S. 14 952.
12) The Times, 21. Mai 1955.

B Vietnam und die britische Verantwortung als Kopräsident

1) Die Kopräsidenten: Ersatz eines Exekutivorgans der Konferenz

Die andere Seite des britischen Engagements in Indochina, als Kopräsident der Genfer Konferenz, sollte die britischen Regierungen noch etwas länger in Anspruch nehmen — bis zu dem Zeitpunkt, da die Sowjetunion und Großbritannien durch dringendere außenpolitische Probleme, vor allem im Nahen Osten, Indochina für einige Jahre aus dem Blick verloren. In den Dokumenten der Konferenz wird den beiden Präsidenten keine Aufgabe übertragen, die sie aus den anderen Konferenzteilnehmern herausheben würde. Diese Teilnehmer entledigten sich bei der Beendigung der Konferenz keineswegs völlig ihrer Zuständigkeit für die endgültige Regelung des indochinesischen Konflikts. Sie verpflichteten sich vielmehr, einander zu konsultieren in allen Fragen, die ihnen von der jeweiligen „Internationalen Kommission zur Überwachung und Kontrolle" (International Commission for Supervision and Control — ICC) aus Vietnam, Laos und Kambodscha übermittelt würden, um die zur Einhaltung der Waffenstillstandsabkommen gegebenenfalls notwendigen Maßnahmen zu überlegen [13]). Die einzelnen Überwachungskommissionen wurden entsprechend ermächtigt [14]), und zwar wurden als mögliche Anlässe genannt: die Weigerung einer der Parteien, eine Empfehlung der Kommission auszuführen (in diesem Fall konnte auch eine der Parteien sich selbst an die Konferenzmitglieder wenden); das Ausbleiben von Einstimmigkeit in bestimmten Fragen, bei denen eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten drohte; die Behinderung der Arbeit der Kommissionen. Die Konferenz unterließ es jedoch, einen Apparat zu organisieren, durch den die Teilnehmerstaaten ihrer Verantwortung für die Ausführung der Beschlüsse weiter nachkommen konnten. In diese Lücke sprangen nun, von den Umständen gedrängt, die Kopräsidenten ein.

Diese Entwicklung begann schon bei Schluß der Konferenz. In der letzten Sitzung machte Eden erstens den Vorschlag, die beiden Vorsitzenden sollten jetzt die (an der Konferenz ja nicht beteiligten) Regierungen von Indien, Polen und Kanada offiziell bitten, die Überwachung der Beschlüsse zu übernehmen, und zweitens bot er an, sie würden „als ihr Abschiedsgeschenk" den Teilnehmern einen Kostenvoranschlag für die Arbeit der Kommissionen vorlegen. Eden betonte dabei, da die Konferenz kein Sekretariat im üblichen Sinne habe, erklärten sich die beiden Vorsitzenden mit erheblichem Widerstreben bereit, diese höchst unangenehme Aufgabe zu erledigen [15]). Beide Vorschläge wurden sofort angenommen.

Die Finanzfrage erwies sich als noch unangenehmer als erwartet: erst 1956 erreichten die Kopräsidenten eine Regelung, die ihnen aber auch weiterhin umfangreiche Verwaltungsarbeit verursachte [16]). Die Regelung der Finanzen erwies sich aber auch als das Vehikel, durch das den Kopräsidenten noch eine Reihe anderer Aufgaben aus der Arbeit der Kommissionen überantwortet wurde, die ihre Stellung beträchtlich festigten. In Genf war nämlich nicht geregelt worden, auf welche Weise die Kommissionen ihre Berichte an die Teilnehmer übermitteln sollten. Als daher die Kontrollkommissionen für Vietnam und Laos ihre ersten Zwischenberichte zusammenstellten, schickten sie sie durch die indische Regierung an die Kopräsidenten, die sich bereit erklärten, sie zu veröffentlichen. Dieser Weg bot sich an, weil die Kopräsidenten als Organisatoren der Kommissions-

---

13) Schlußerklärung, Art. 13: Further Documents relating to the discussion of Indo-China at the Geneva June 16 — July 21, 1954 (Cmnd. 9239), London: H. M. S. O. August 1954 (reprinted 1965).
14) Im Waffenstillstandsabkommen für Kambodscha: Art. 22, für Laos: Art. 36, für Vietnam: Art. 43, in Further Documents.
15) Further Documents, S. 8.
16) **Documents Relating to British Involvement in the Indo-China Conflict 1945—1965 (Cmnd. 2834) London:** H. M. S. O. December 1965, S. 18.

finanzen der einzige fortbestehende Apparat der Konferenz waren. Auf diese Weise wurden nun die Kopräsidenten zur Kontaktstelle zwischen den Kommissionen und den Konferenzmitgliedern [17]). Das Ausbleiben der politischen Lösung der Indochina-Frage steigerte noch weiter das Bedürfnis nach einem solchen Kanal. Eine amtliche britische Selbstdarstellung beschreibt zutreffend die Folgen dieser informellen Übereinkunft: „In der Praxis berichteten die Kommissionen den Kopräsidenten, und da eine koordinierte Aktion aller Mitglieder nicht leicht zu verwirklichen war ohne den extremen Schritt einer Neueinberufung der Konferenz, ergriffen die Kopräsidenten die Initiative und versuchten auftauchende Schwierigkeiten zu lösen aus dem guten Grund, daß niemand sonst es tat. Die Kopräsidenten erlangten so unvermeidlich eine größere Zuständigkeit als die anderen Konferenzmitglieder im politischen wie im finanziellen Bereich; und solange die politischen Probleme andauerten, waren die Kopräsidenten in politische Arbeit verwickelt" [18]). Die Kopräsidenten handelten aber nicht nur als Verbindungsstelle zwischen den Kommissionen und den Mitgliedern der Konferenz, sondern gelegentlich auch zwischen den Kommissionen und den lokalen Regierungen und „zwischen gegensätzlichen Interessen innerhalb und außerhalb der betroffenen Länder" [19]).

2) Die Kopräsidenten und das Schicksal der Genfer Abkommen

Ihre erste bedeutendere Maßnahme betraf die Verlängerung der Umsiedlungsfrist, um die Süd-Vietnam gebeten hatte. Hier lief die offizielle Kommunikation von der kanadischen Delegation in der ICC zur britischen Regierung, von dieser zur Sowjetunion und weiter zur DRVN, welche einer Verlängerung um einen Monat zustimmte [20]).

Der zweite und wichtigere Bereich, in dem die Kopräsidenten zum Handeln gedrängt wurden, war die Frage der gesamtvietnamesischen Wahlen. Die indische Regierung, die den Kommissionsvorsitzenden stellte, forderte am 14. Juni 1955 Maßnahmen der Kopräsidenten, damit die Vorbereitungsgespräche für die Wahlen wie vorgesehen am 20. Juli 1955 beginnen könnten. Nach indischer Auffassung war der Staat Vietnam an die Genfer Abkommen gebunden, da ihm die Souveränität von der Französischen Union, einem der Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens, übertragen worden sei [21]). Die DRVN hatte ihre Bereitschaft zu den Gesprächen am 7. Juni 1955 bekräftigt [22]). Diem aber erklärte Mitte Juli, Wahlen seien unmöglich, da ihre Freiheit im Norden nicht gewährleistet und der Staat Vietnam nicht an die Genfer Abkommen gebunden sei [23]). Zum Handeln veranlaßt wurden die Kopräsidenten erst durch einen Überfall auf die Unterkunft der Kommission in Saigon, der sich ausgerechnet an dem Tag ereignete, an dem die Vorgespräche hätten beginnen sollen, und bei dem ausgerechnet der indische Vorsitzende verletzt wurde. Daraufhin protestierte die indische Regierung bei Eden und Molotow, die sich auf der Gipfelkonferenz in Genf aufhielten. Molotow verlangte nun von Eden gemeinsame Maßnahmen zum Schutz der ICC, und zugleich forderte Nehru die Einberufung einer neuen Asien-Konferenz wegen der Verschlechterung der allgemeinen Lage in Indochina [24]). Auf Initiative Edens ermahnten die Botschafter der drei Westmächte Diem, die Sicherheit der Kommission und die Abhaltung der Wahlen zu gewährleisten, doch ohne Erfolg [25]).

17) Ebd., S. 19.
18) Ebd., S. 20.
19) Ebd., S. 20.
20) Ebd., Nos. 44—46.
21) Ebd., No. 53.
22) Ebd., No. 52.
23) Ebd., No. 55.
24) The Times, New York Times, New York Herald Tribune (European Edition), 22. Juli 1955, The Times, 10. August 1955.

Die ganze Angelegenheit scheint die Kopräsidenten nicht besonders beschäftigt zu haben. Die sowjetische Führung drängte offenbar nicht auf nachdrücklichere Maßnahmen: in ihrer Politik auf dem Genfer Gipfel spielte Indochina anscheinend ebensowenig eine größere Rolle wie in der britischen. Edens Darstellung der Konferenz in seinen Memoiren erwähnt die Vorkommnisse um den 20. Juli 1955 mit keinem Wort. Großbritannien bemühte sich damals vor allem um eine Lösung der deutschen Frage, die Sowjetunion um ein europäisches Sicherheitssystem, beide um Abrüstung, und von den asiatischen Problemen erregten nur die Ereignisse um Quemoy und Matsu besondere Aufmerksamkeit [26]).

Wie wenig ernst die Initiative Edens gemeint sein konnte, erhellt daraus, daß schon am 12. August 1955 das Foreign Office erklären ließ, es herrsche Übereinstimmung in den Ansichten Londons und Washingtons: man könne keinen Druck auf Diem zur Abhaltung von Wahlen ausüben [27]). Dies war ganz in einer Linie mit der schon im Mai erfolgten Festlegung auf Diem in den Pariser Gesprächen mit Dulles, Pinay und Faure. Es fällt schwer, in den Demarchen der westlichen Botschafter bei Diem mehr zu sehen als einen Versuch, nach außen hin Indien und die Sowjetunion zu besänftigen, ohne in Süd-Vietnam etwas ändern zu müssen.

Nun begannen die Chinesen, sich für die Erfüllung der Abkommen stark zu machen. In Briefen an die Kopräsidenten schloß sich Tschu En-lai den von der Regierung Nord-Vietnams an die Kopräsidenten gerichteten Forderung an, die Einhaltung der Beschlüsse zu gewährleisten [28]). Die britische Regierung, der die sich weiter entwickelnde Sonderstellung der Kopräsidenten „unbehaglich" wurde [29]), legte in einem Vorwort zum Vierten Zwischenbericht der Überwachungskommission für Vietnam ihren Standpunkt dar: Die Existenz informeller Arrangements, in denen die Kopräsidenten eine Sonderrolle spielten, berühre in keiner Weise die Verpflichtungen der britischen und sowjetischen Regierung im Rahmen der Genfer Abkommen und befreie die Mitglieder der Konferenz als ganzer nicht von ihrer Verantwortung für die Genfer Abkommen unter Art. 3 der Schlußerklärung [30]). Trotzdem verschickten die beiden Kopräsidenten Schepilow und Macmillan im Dezember 1955 Botschaften an die Mitglieder der Genfer Konferenz und der Kontrollkommission, in denen sie um Vorschläge zur Verbesserung der Erfüllung der Abkommen baten [31]). Man fragt sich, was die beiden Regierungen dadurch zu erreichen hofften: die Positionen der Betroffenen waren allseits bekannt, ebenso die Genfer Bestimmungen über die Wahlen, und ebenso, daß beides nicht in Einklang zu bringen war. Ein Ausweg konnte hier höchstens von einem neuen Aufrollen der ganzen Frage erwartet werden. Eben dies schlug nun die chinesische Regierung in ihrem Antwortbrief vor: die Neueinberufung der Genfer Konferenz unter Beteiligung der in der Kommission vertretenen Staaten. Amerikanisch-britische Gespräche führten jedoch, wie nicht anders zu erwarten, zur Ablehnung des Vorschlags [32]).

Ministerpräsident Pham Van Dong legte nun den Kopräsidenten ausführlich die nordvietnamesische Sicht des Fragekomplexes dar: Einmal zählte er die Verletzungen der Genfer Abkommen durch die südvietnamesische Regierung auf, zum anderen betonte er, ähnlich wie die indische Regierung in ihrem Aide-Mémoire vom 14. April 1955, die französische Regierung habe in den Genfer Verhandlungen

26) Eden, der inzwischen Premierminister geworden war, teilte in Genf Molotow mit, in Zukunft werde Macmillan, der neue Außenminister, als Kopräsident fungieren. Schon vorher hatte Schepilow offiziell Molotow in dieser Funktion abgelöst. Documents relating to British Involvement, Nos. 41 u. 42.
27) Le Monde, 13. August 1955.
28) Documents relating to British Involvement, Nos. 58 u. 59.
29) Ebd., S. 42.
30) Ebd., No. 40.
31) Ebd., No. 60.
32) Le Monde, 7. Februar 1956.

und bei der Unterzeichnung der Abkommen auch Süd-Vietnam vertreten. Die südvietnamesische Regierung erkenne ferner die Abkommen indirekt soweit an, als die zivile Verwaltung auf ihren Wunsch hin ihr übergeben wurde. Pham forderte ebenfalls eine neue Indochina-Konferenz, vor allem zur Sicherstellung der Wahlen [33]).

Danach machte auch der sowjetische Kopräsident sich diesen Vorschlag zueigen, so daß jetzt in der Frage einer neuen Konferenz die beiden „Lager" sich mit entgegengesetzten Auffassungen gegenüberstanden. Die britische Regierung zog es nun aber vor, anstatt den „extremen Schritt einer Neueinberufung der Konferenz" [34]) zu unternehmen, ein Treffen der Kopräsidenten zu arrangieren. Das bedeutete nichts anderes, als daß die Regierung jetzt von sich aus die Sonderstellung der Kopräsidenten erneut unterstrich. Die Sowjetunion ging auf diesen Vorschlag ein, betonte aber, es könne sich bei diesen Gesprächen nur um Vorbesprechungen für eine große Konferenz handeln [35]). In diesen Gesprächen sollte noch ein weiteres wichtiges Thema zur Sprache kommen. Wegen der von den Amerikanern erzwungenen beschleunigten Auflösung des französischen Expeditionskorps sah die Kontroll-Kommission die Weiterführung ihrer Aufgabe gefährdet, da die südvietnamesische Regierung nicht bereit war, die Nachfolge in den französischen Verpflichtungen unter den Genfer Abkommen anzutreten. Die ICC wandte sich deshalb an die Kopräsidenten mit der Bitte um Klärung dieser Frage [36]).

Schon der äußere Rahmen der Gespräche zwischen den Kopräsidenten deutete darauf hin, daß beide dem Vietnam-Problem keine große Rolle beimaßen. Auch die Sowjetunion schien die Sache jetzt herunterspielen zu wollen, ernannte sie doch als ihren Vertreter Vize-Außenminister Gromyko, der gerade zu einem anderen Zweck (einer Tagung der UN-Abrüstungskommission) in London weilte. Die Gespräche zwischen Gromyko und Lord Reading vom Foreign Office standen außerdem im Schatten des Besuchs von Bulganin und Chruschtschow in London. Er kennzeichnet die damalige Einschätzung des Vietnam-Problems auf beiden Seiten, daß offenbar auf dieser allerhöchsten Ebene die Frage nicht behandelt wurde, sondern nur zwischen den zweiten Männern der Außenministerien. Das Ergebnis war entsprechend mager: Die vietnamesischen Regierungen wurden brieflich ermahnt, sich an die Genfer Abkommen zu halten und mit der Kommission zusammenzuarbeiten, und es wurde ihnen sowie der ICC empfohlen, sich in Schwierigkeiten an die Kopräsidenten zu wenden. Die Kommission wurde aufgefordert, ihre Arbeit fortzusetzen, da die Kopräsidenten der Aufrechterhaltung des Waffenstillstandsabkommens bis zu den allgemeinen Wahlen große Bedeutung beimäßen, — aber es wurde nicht erwähnt, daß die Wahlen eigentlich in zehn Wochen schon stattfinden sollten, und ein neuer Wahltermin wurde nicht vorgeschlagen. Ebensowenig beschlossen die Kopräsidenten, im direkten Gegensatz zu früheren sowjetischen Äußerungen, eine große Konferenz oder andere konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Genfer Abkommen. Da die beiden vietnamesischen Regierungen nur aufgefordert wurden, ihre Ansichten mitzuteilen über die Zeit, die man für die Eröffnung der Vorgespräche und die Wahlen selbst brauche, erhielt Diem jetzt sogar von sowjetischer Seite die Zustimmung zum unbegrenzten Aufschub der Wahlen [37]). Die Republik Vietnam ließ denn auch in ihrer Antwort keine Änderung ihrer Haltung erkennen [38]). Auf die Frage nach einem neuen Wahlter-

33) Documents relating to British Involvement, No. 61.
34) Ebd., S. 20.
35) Ebd., No. 65.
36) Ebd., No. 47.
37) Ebd., No. 50.
38) The Times, 16. Mai 1956.

min ging sie darin gar nicht erst ein[39]). Zur Zusammenarbeit mit der Kommission erklärte sie sich bereit, denn, hieß es in einer Note, sie betrachte sie „als Organisation, die für den Frieden arbeitet". Sie betonte aber, die Genfer Abkommen seien für die Republik Vietnam nach wie vor „res inter alios acta" [40]).

Indem die Kopräsidenten sich gegen die Einberufung der Konferenz entschieden und selber die Erledigung des Problems einer Erfüllung der Abkommen in den Händen behielten, bestärkten sie ihre Stellung als faktisches Exekutivorgan der Genfer Konferenz erneut und übernahmen so, in der britischen Selbstdarstellung aus der Zeit der Labour-Regierung, „wenn auch widerstrebend, einen Grad der Verantwortung, für den es in Wahrheit keine formelle Berechtigung gab" [41]). Damit war der Status quo in Vietnam für die nächsten Jahre besiegelt, sowohl was die Teilung des Landes als auch was die Stellung der Kopräsidenten betraf.

Bis zur neuerlichen Verschärfung der Lage in Laos und Vietnam spielte Großbritanniens Stellung als Kopräsident in der britischen Politik gegenüber Vietnam kaum eine Rolle. Ho Chi Minh erinnerte eine Gruppe von Labour-Abgeordneten, die ihn im Mai 1957 besuchte, an die hervorragende Rolle Großbritanniens in Genf 1954, drang auf formelle Akkreditierung der konsularischen Vertreter und forderte die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz [42]). Aber an einem solchen Rütteln am Status quo in Indochina hatten die konservativen Regierungen kein Interesse. Ein Beispiel für diese Haltung: Die ICC für Vietnam warf 1957 der RVN vor, sie behindere die Untersuchung von Verstößen gegen Artikel 14(c) des Waffenstillstandsabkommens, durch den die Verfolgung ehemaliger politischer Gegner untersagt wurde. Die sowjetische Regierung forderte nun die britische auf, Saigon zur Einhaltung dieses Artikels anzuhalten. Die britische Antwort darauf ist denkbar ausweichend und zeigt dadurch, wie sehr die Regierung bemüht war, sich aus der vietnamesischen Politik herauszuhalten. Sie erklärte, die ICC habe Saigon nicht Verstöße gegen Art. 14(c) vorgeworfen, sondern nur die Behinderung in der Überprüfung solcher Vorwürfe. Außerdem habe die Regierung in Saigon der britischen versichert, diese Vorwürfe seien gegenstandslos und sollten nur die Aufmerksamkeit ablenken von den Unterdrückungsmaßnahmen im Norden bei der Durchführung der Landreform und gegen die Aufstände in Thanh-Hoa und Nghe-An [43]). Die Bedeutung des Inhalts der Vorwürfe der ICC für die weitere Entwicklung in Süd-Vietnam wurde anscheinend übersehen. Dieses mangelnde Interesse der britischen Regierung für die Vorgänge innerhalb Süd-Vietnams erleichterte später die Übernahme der offiziellen amerikanischen Erklärung für die Ursachen des Zweiten Indochina-Krieges.

II Im Zweiten Indochinakrieg: 1961—1968

A) Vietnam und die britischen Positionen in Ostasien

1) Direktes britisches Engagement in Süd-Vietnam

Seit Beginn der Ausweitung ihres Engagements in Süd-Vietnam suchte sich die amerikanische Regierung britische Erfahrungen bei der „Befriedung" Malayas zunutze zu machen. Im September 1961 reiste eine britische Beratergruppe für „Polizei- und Verwaltungsfragen" unter Leitung von R.G.K. Thompson nach Süd-Vietnam [44]). Thompson erklärte bei seiner Ankunft, das Problem in Süd-Vietnam sei „fast das gleiche wie früher in Malaya, aber mit vielen Komplikationen". Er hatte seine Erfahrungen als Permanent Secretary of Defence in Malaya gesam-

[39]) Le Monde, 2. Juni 1956.
[40]) Documents relating to British Involvement, No. 49.
[41]) Ebd., S. 20.
[42]) Manchester Guardian, 16. Mai 1957.
[43]) Documents relating to British Involvement, No. 71.
[44]) The Times, 18. September 1961.

melt. Außer ihm gehörten der Gruppe drei weitere Offiziere mit Erfahrung in malaiischen Polizeiangelegenheiten nebst Hilfkräften an. Die britische Regierung sollte die Mission bezahlen, Süd-Vietnam Unterbringung und Transportkosten bestreiten [45]). Ein Protest der NLF gegen die Tätigkeit dieser Gruppe schon Anfang Oktober wurde offenbar ebenso ignoriert wie der nordvietnamesische Einspruch bei der Kontrollkommission für Vietnam [46]). Im Parlament erklärte die Regierung, die Aufgaben der Gruppe seien nicht militärischer, sondern administrativer Natur, wozu auch Aufgaben im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit gehörten; sie stellte in Abrede, daß die Existenz der Mission die Genfer Abkommen verletze [47]). Bei der Planung der Thompson-Mission wurde freilich übersehen, daß die in Malaya erprobten Methoden der Terroristenbekämpfung in Süd-Vietnam auf ganz anders geartete politische Umstände stießen. Schon die Franzosen hatten vergeblich versucht, diese Methoden auf Indochina zu übertragen. Ihr Mißerfolg hinderte die Amerikaner nicht, auch diesen Fehler der Franzosen zu wiederholen [48]).

Im Februar 1962 wurde ferner bekannt, daß britische Soldaten in Malaya südvietnamesische Truppen ausbildeten [49]). Das Foreign Office weigerte sich konstant, Zahlen über den Umfang dieser Hilfe anzugeben [50]). Erst nach knapp fünf Jahren gab der Labour-Verteidigungsminister Healey auf eine Anfrage die Auskunft, seit 1961 seien in Malaya 55 britische Soldaten in der Ausbildung britischer und Commonwealth-Truppen tätig, nur drei davon befaßten sich ausschließlich mit Südvietnamesen [51]).

2) „Arbeitsteilung" in Südostasien: die Kriege in Malaysia und Vietnam

Die Unterstützung der USA in Süd-Vietnam gewann für Großbritannien besondere Dringlichkeit durch eine andere Entwicklung in Südostasien: die indonesische „Konfrontation" gegen das 1963 gegründete Malaysia. Sie verwickelte Großbritannien aufgrund des Beistandspaktes für seine ehemalige Kolonie in militärische Auseinandersetzungen. Für die weitere britische Vietnam-Politik ist nun von einiger Bedeutung, daß bei dem Besuch Premier Douglas-Homes in Washington im Februar 1964 er und Präsident Johnson sich gegenseitige Unterstützung in Malaysia bzw. Süd-Vietnam versprachen [52]). Diese amerikanische Unterstützung der Briten in Malaysia stellte ein Entgegenkommen und eine Änderung der seitherigen Politik der amerikanischen Regierung dar. Denn die Vereinigten Staaten, wie auch Australien und Neuseeland, waren im allgemeinen bemüht, Feindseligkeiten gegen Indonesien zu vermeiden, weil sie das Land als antichinesisches oder antikommunistisches Bollwerk aufbauen wollten. Diese Politik wurde nun erheblich modifiziert: Tengku Abdul Rahman erhielt im Sommer von Johnson die Zusicherung, daß die USA malaysische Soldaten in amerikanischen Trainingslagern ausbilden würden, und später im Jahr besuchte eine amerikanische Militärkommission Malaysia und bot Ausrüstungslieferungen an. Vor allen Dingen wurden die amerikanischen Militärlieferungen an Indonesien gestoppt [53]). Auch die Wirtschaftshilfe wurde stark reduziert, wenn auch, wegen des immer noch fortbestehenden Interesses der Regierung an guten Beziehungen zu Indonesien, nicht ganz aufgegeben [54]). Die Kehrseite dieses amerikanischen Entgegenkommens

45) Daily Telegraph, 17. Oktober 1961.
46) New China News Agency, 10. Oktober 1961, 18. Oktober 1961.
47) Documents relating to British Involvement, No. 109.
48) Näheres bei Bernard B. Fall, The Two Viet-Nams. A Political and Military Analysis. London and Dunmow, Pall Mall Press, rev. ed., 1965, S. 372—379.
49) Daily Worker, 23. Februar 1962.
50) Daily Telegraph, 21. Juli 1962.
51) Parliamentary Debates (Hansard), House of Commons, 13. Juli 1966 (5th series, vol. 729, col. 1034).
52) Hansard, 18. Februar 1964 (5th series, vol. 689, col. 1030).
53) Keesing's Contemporary Archives, S. 20 593.
54) Vgl. Jules Davids, The United States in World Affairs 1964. New York, Harper & Row 1965, S. 181.

war freilich, daß von der britischen Regierung eine entsprechende Unterstützung der amerikanischen Vietnam-Politik erwartet wurde. In diesem Zusammenhang vermutete man, Johnson habe vom Premier britische Truppen erbeten — ein Ansinnen, das dieser noch leicht mit dem Hinweis auf die in Malaysia kämpfenden britischen Soldaten abwehren konnte [55]).

Beim ersten Besuch Wilsons in Washington wurde diese Übereinkunft wiederholt. Das Kommuniqué sprach jetzt ausdrücklich von den „militärischen Anstrengungen" beider Länder in Malaysia und Süd-Vietnam [56]). Während Wilsons erster Amtsperiode veränderte sich aber die Lage auf dem britischen Kriegsschauplatz. Der antikommunistische Putsch in Indonesien ließ mit einer Beendigung der Konfrontationspolitik rechnen und erweckte damit bei der britischen Regierung die Hoffnung, durch Abzug der nicht immer benötigten 50 000 Mann aus Südostasien dringende finanzielle Einsparungen verwirklichen zu können. Die Amerikaner aber hätten diese 50 000 Soldaten gern in Süd-Vietnam eingesetzt [57]). Wilson lehnte diese Forderung standhaft ab. Da er aber für seine wirtschaftspolitischen Pläne auf amerikanische Hilfe angewiesen war, mußte er die US-Regierung auch in ihrer Vietnam-Politik weiter unterstützen [58]). Eine Geste, die dies unterstrich und die über die mannigfach wiederholten verbalen Bekenntnisse hinausging, bestand in der Steigerung der britischen Wirtschaftshilfe an Süd-Vietnam. Ihr Gesamtbetrag sprang von 95 000 Pfund im Jahre 1965 (1964: 65 000) auf 184 000 im Jahr 1966 und auf etwa 400 000 im Jahr 1967 [59]).

Die britische Weigerung, Truppen nach Süd-Vietnam zu entsenden, wurde offiziell mit dem Status Großbritanniens als Kopräsident begründet [59a]). Dies ist bemerkenswert, war es doch das erstemal, daß eine britische Regierung einer amerikanischen in einer wichtigen Vietnam betreffenden Forderung widerstand mit dem Hinweis auf diese Verantwortung. Der darin liegende Ansatz zu einer selbständigeren und damit auch zu Vermittlungen geeigneteren Politik wurde jedoch zumindest in der Öffentlichkeit überdeckt von der pauschalen Unterstützung der US-Politik in allen unterhalb dieser Schwelle der militärischen Unterstützung liegenden Punkten. Der Hinweis auf die Kopräsidentschaft war nicht ganz so überholt, wie er im Hinblick auf das Abkommen von 1954 erscheinen mußte. Inzwischen war nämlich die Stellung der Kopräsidenten auf der Laos-Konferenz 1961/62 auch formell erheblich gestärkt worden.

B Vietnam und die britische Verantwortung als Kopräsident

1) Die formelle Stärkung der Kopräsidentschaft für Laos

Am Zusammentreten dieser Konferenz war wieder nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Großbritannien stark beteiligt, wenigstens was die formelle Seite betraf. Sie wurde von den Kopräsidenten einberufen, und die beiden führten wieder abwechselnd den Vorsitz. Im Konferenzablauf spielten sie eine aktivere Rolle als 1954: sie legten prozedurale Schwierigkeiten bei, entwarfen das Programm der Konferenz und überwanden durch private Diskussionen mit einzelnen Delegationen Sackgassen in den Verhandlungen. Auch die äußere Organisation lag weithin in ihren Händen [60]). Dies schlug sich auch in dem Protokoll zur Neutralitäts-

55) Observer, 23. Februar 1964.
56) Hansard, 15. Dezember 1964 (5th series, vol. 704, col. 206).
57) The Times, 29. Januar 1966.
58) Vgl. unten „Vermittlungsversuche der Labour-Regierung".
59) British Aid (jährliche Veröffentlichung des Ministry of Overseas Development), zit. nach: Bill Ash et al., Vietnam, United States & Britain. The Facts of Entanglement. London, Vietnam Solidarity Campaign o. J., S. 5. — Innerhalb der gesamten britischen Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer nahm sich diese Erhöhung jedoch immer noch bescheiden aus. Sie betrug 1966 215,4 Mio. Pfund und 1967 207,9 Mio. Pfund. Survey of British and Commonwealth Affairs, vol. 2, no. 20, 27th September 1968. London, Central Office of Information, S. 921.
59a) S. etwa die Vietnam-Debatte Hansard, 7. Juli 1966 (5th series, vol. 731, cols. 679—819).
60) Documents relating to British Involvement, S. 28.

erklärung nieder, das die Konferenz mit dieser zusammen beschloß. Es umschrieb, im Unterschied zu den Bestimmungen von 1954, genau die Stellung der Kopräsidenten. Sie wurden definiert als die Außenminister Großbritanniens und der Sowjetunion. Das Protokoll ermächtigte sie, von der Kontrollkommission für Laos Berichte zu erhalten, und trug der Kommission auf, ihnen alle Verletzungen des Protokolls, alle wichtigen Schritte bei der Ausführung des Protokolls sowie alle für die Kopräsidenten wichtigen Informationen mitzuteilen. Den Kopräsidenten wurde gestattet, im Rahmen einer allgemeinen Oberaufsicht der ICC Empfehlungen auszusprechen. Sie sollten die Beobachtung des Protokolls und der Erklärung überwachen und die Berichte der Kommission an die Konferenzteilnehmer weiterleiten [61]).

Diese Bestimmungen allein wirkten sich schon auf die Stellung der Kopräsidenten zu Vietnam aus, auch wenn sie sich inhaltlich nur auf Laos bezogen. Das Protokoll formalisierte weitgehend bereits bestehende Praktiken, verstärkte aber damit zugleich die Autorität der Kopräsidenten in anderen Angelegenheiten. „Die 1962 ausgesprochene Rechtfertigung bestehender Praktiken bezog sich nur auf Laos, aber die Tatsache, daß die Funktionen der Kopräsidenten bezüglich Laos' formalisiert wurden, bewirkte eine Stärkung ihrer weniger formellen Ausübung paralleler Funktionen anderswo, in Vietnam und Kambodscha ... Die Verantwortung der Kopräsidenten für Vietnam und Kambodscha wird im allgemeinen nicht für geringer angesehen als für Laos, obwohl sie in den ersten beiden Fällen auf keiner formalen Begründung ruht" [62]).

2) Die Schwächung der Kopräsidentschaft in Vietnam

Während die Westmächte unter Führung der USA im Falle Laos' einer für sie nachteiligen Lösung zustimmen mußten, verhärteten sie in Vietnam ihre Positionen. Sie hofften, der ungünstigen Regelung in Laos eine günstige in Vietnam folgen lassen zu können. Diese Hoffnung drückte auch der britische Außenminister auf der Schlußsitzung der Laos-Konferenz aus. Er meinte, das getroffene Abkommen eröffne Aussichten auf anderen Gebieten, fuhr aber dann fort, in der heutigen Welt könnten nicht alle neutral sein, und die Lösung eines Problems könne nicht das genaue Muster für alle anderen Probleme bilden [63]). Dieser härteren Linie in Vietnam entsprach die unbeirrbare Unterstützung der amerikanischen Position gegenüber dem anderen Kopräsidenten in Sachen Vietnam schon während der Zeit der Laos-Konferenz.

Ein Beispiel für diese Haltung ist die britische Reaktion auf den Sonderbericht der Kontrollkommission für Vietnam vom 2. Juni 1962. Da dieser Bericht in späteren Jahren immer wieder zitiert wurde, verlohnt es sich, auch auf seinen Inhalt näher einzugehen. Er ist unterzeichnet von den indischen und kanadischen Delegationsführern, der polnische gab eine getrennte Erklärung ab. Im Bericht heißt es, nach Prüfung des von südvietnamesischer Seite vorgelegten Materials komme die Kommission zu dem Schluß, „daß es in bestimmten Fällen Beweise gibt, die zeigen, daß bewaffnetes und unbewaffnetes Personal, Waffen, Munition und andere Güter von der Zone im Norden in die Zone im Süden geschickt wurden mit dem Ziel, feindselige Aktionen, einschließlich bewaffneter Angriffe, gegen die Streitkräfte und die Verwaltung der Zone im Süden zu unterstützen, zu organisieren und auszuführen." Die Beweise für diese Vorwürfe der Verletzung der Genfer Abkommen versprach die Kommission noch vorzulegen. Auf der anderen Seite stellt der Bericht fest, daß die amerikanische Militärhilfe ebenfalls gegen die

61) Ebd., No. 107.
62) Ebd., S. 30.
63) Archiv der Gegenwart, 10 000 A.

Abkommen verstoße. Beiden Seiten wird vorgeworfen, sie behinderten die Arbeit der ICC. Unterlagen dafür werden beigegeben. Die polnische Delegation wies zutreffend darauf hin, daß für die zitierten besonderen Vorwürfe gegen die DRVN die Beweise fehlten [64]). Tatsächlich wurden diese versprochenen Beweise auch in den späteren Berichten nicht veröffentlicht. Die im Sonderbericht von 1965 aufgezählten Funde kommunistischer Waffen stammen aus der Zeit nach dem Juni 1962 [65]). Nichts deutet darauf hin, daß die britische Regierung sich um eine solidere Fundierung der Vorwürfe gegen Nord-Vietnam bemüht habe. Im Gegenteil: In einer schon am 14. Juni 1962 veröffentlichten Note an die Sowjetunion machte sie sich die Schlußfolgerungen der ICC zueigen und forderte, gemeinsam die DRVN, also nur eine der von der Kommission beschuldigten Parteien, zur Einhaltung der Genfer Abkommen zu ermahnen [66]). Andererseits forderte die Sowjetunion ebenso einseitig den Abzug der amerikanischen „Berater" [67]).

Ein weiteres Beispiel für die eindeutige britische Parteinahme zugunsten der USA: Als die DRVN im Februar 1963 bei den Kopräsidenten gegen die Verwendung giftiger Chemikalien durch die Amerikaner protestierte und die Untersuchung der Vorfälle durch die ICC forderte, schloß sich die Sowjetunion dem Vorschlag an, die ICC mit der Sache zu betrauen. Großbritannien wies dies zurück mit der Begründung, die Kommission befasse sich bereits damit und die Kopräsidenten dürften sich nicht in ihre Arbeit einmischen [68]). Als die Sowjetunion aber auf ihrem Vorschlag bestand, antwortete die britische Regierung mit mehreren Argumenten [69]): erstens habe sich die ICC mit der Saigoner Regierung in der Angelegenheit bereits in Verbindung gesetzt — wie wenig Entgegenkommen hier zu erwarten war, dafür bot der Sonderbericht von 1962 genügend Beispiele; zweitens seien die verwendeten Chemikalien nur handelsübliche Unkrautvertilger und würden nur als Hilfsmittel zur Entdeckung von Terroristen benutzt — das deckte sich mit der amerikanischen Darstellung und übersah, mit den Worten des „Guardian", „daß auch die begrenzte Zerstörung von Laub und Früchten in der Wirtschaft eines Agrarlandes katastrophal wirken kann" [70]); drittens habe der Sonderbericht „beyond reasonable doubt" gezeigt, daß die nordvietnamesische Armee sich in Süd-Vietnam eingemischt habe — zunächst einmal konnte man durchaus noch „vernünftige Zweifel" an der Beweiskraft des Berichtes anmelden, und weiter enthüllte dieses Argument aufs neue, daß auch Großbritannien nicht eine Lösung im Rahmen der Genfer Abkommen ansteuerte. Denn wenn die für die Einhaltung der Abkommen Zuständigen den Standpunkt vertraten, ein Bruch der Abkommen durch die eine Seite berechtige die andere Seite, ebenfalls die Abkommen zu mißachten, so bedeutete das eine fortschreitende Aushöhlung der ohnehin längst morschen Überreste der Genfer Konferenz.

Als sich auch in der Behandlung der 1963 erneut aufflackernden Laos-Krise zeigte, daß die Kopräsidenten zu keinen Zugeständnissen bereit waren, verlor die sowjetische Regierung das Interesse an einer Fortsetzung der Tätigkeit der Kopräsidenten, nicht nur in Laos, sondern auch in Vietnam [71]). Auch die neue Labour-Regierung konnte hier zunächst keine Änderung erreichen. Differenzierter war hin-

64) International Commission for Supervision and Control in Vietnam: Special Report to the Co-Chairmen of the Geneva Conference on Indo-China. Saigon, June 2, 1962 (Cmnd. 1755) London: H. M. S. O. June 1962 (reprinted 1965).
65) International Commission for Supervision and Control in Vietnam: Special Report to the Co-Chairmen of the Geneva Conference on Indo-China, Saigon, February 13, 1965 (Cmnd. 2609 London: H. M. S. O. March 1965 (reprinted 1968). — Zwischen Juni 1962 und Februar 1965 übermittelte die ICC für Vietnam weder die üblichen Zwischen- noch Sonderberichte.
66) The Times, 26. Juni 1962.
67) Z. B. Documents relating to British Involvement, no. 110.
68) Ebd., no. 114.
69) Ebd., no. 116.
70) Guardian, 27. April 1963.
71) Documents relating to British Involvement, no. 149.

gegen die Haltung der DRVN, wie sie im Januar 1965 dem Labour-Abgeordneten William Warbey gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde. Sie kritisierte die britische Politik, insoweit sie den Eindruck einer „Arbeitsteilung" in Südostasien zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu bestätigen schien, also den militärischen Aufbau in Malaysia. Sie überging aber praktisch die Thompson-Mission in Süd-Vietnam und forderte vor allem die britische Regierung auf, eine neue Konferenz wie in Genf in die Wege zu leiten [72]). Der Unterschied zwischen der Haltung der DRVN, die offensichtlich wenigstens in diesem Augenblick die Tür zur Verständigung mit der neuen britischen Regierung nicht zuschlagen wollte, und der Sowjetunion, die vorerst an britischer Vermittlung nicht interessiert war, verdient festgehalten zu werden. Er schwand in dem Maße, wie die DRVN auf Hilfe gegen die amerikanischen Luftangriffe angewiesen war.

C Vermittlungsversuche der Labour-Regierung

Was die Labour-Regierung dann verschiedentlich zu Vermittlungsversuchen drängte, waren aber nicht solche echten oder vermeintlichen Angebote der DRVN, noch weniger eine Neuorientierung der britischen Vietnam-Politik, sondern der Widerstand gegen die Unterstützung der amerikanischen Politik in Vietnam, der von jenem Teil der Partei kam, den man meist ihren linken Flügel nennt. Im Unterhaus umfaßte sein Kern an die fünfzig Abgeordnete. Sie konnten in manchen Fällen noch über weitere fünfzig Abgeordnete und auf den Parteitagen 1966 und 1967 sogar die Mehrheit der Delegierten gewinnen. Dieser innerparteiliche Druck auf die Parteiführung brachte die neue Regierung in eine Situation, die sich wesentlich unterschied von derjenigen der vorhergegangenen konservativen Regierungen, von denen sie aber andererseits die Grundrisse ihrer Vietnam-Politik geerbt hatte. Das Dilemma, in das die Regierung Wilson dadurch geriet, wurde in der veröffentlichten Meinung Großbritanniens weithin als bestimmend angesehen für die konkrete Ausgestaltung der britischen Vietnam-Politik bis zum Beginn der Pariser Gespräche. Der Streitpunkt, um den sich die Auseinandersetzung zwischen Regierung und innerparteilicher Opposition (und bald auch in der gesamten britischen Öffentlichkeit) kristallisierte, war die Beurteilung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam.

Ein erster Versuch Außenminister Stewarts, bei Gromykos London-Besuch im März 1965 mit der Sowjetunion wieder ins Gespräch über Vietnam zu kommen, konnte von sowjetischer Seite leicht mit dem Hinweis auf die Parteinahme der britischen Regierung für die gesamte amerikanische Vietnam-Politik abgewiesen werden [73]). Auch die DRVN verschloß sich jetzt Ansätzen britischer Vermittlungsversuche, wie die Abweisung P. G. Walkers zeigte. Walkers Reise war ausdrücklich als einseitige Aktion des britischen Kopräsidenten angekündigt worden. Er sollte alle betroffenen Mächte auf einer Informationsreise durch Südostasien um die Mitteilung ihrer Ansichten zum Vietnam-Konflikt bitten [74]). Die Regierung der DRVN teilte dem britischen Generalkonsul in Hanoi aber ihr Bedauern mit, Walker nicht empfangen zu können, mit der Begründung, es gehe nicht an, nur den Vertreter eines der beiden Kopräsidenten zu empfangen [75]). Die Ablehnung durch China, auch das sei wieder am Rande vermerkt, war in Form und Inhalt wesentlich schroffer [76]).

Mehr Erfolg auf Walkers Reise schien der Plan zu versprechen, die Vietnam-Frage auf der Commonwealth-Konferenz zu behandeln, da einige der dort vertretenen

72) The Times, 19. Januar 1962, Guardian, 8. Februar 1962.
73) Recent Exchanges Concerning Attempts to Promote a Negotiated Settlement of the Conflict in Viet-Nam. (Cmnd. 2756) London: H. M. S. O. August 1965, no. 12.
74) Documents relating to British Involvement, no. 166.
75) Guardian, 20. April 1965.
76) Recent Exchanges, no. 26.

Regierungen den Appell der bündnisfreien Staaten vom 15. März 1965 unterschrieben hatten und deshalb der anderen Seite einigermaßen vertrauenswürdig erscheinen konnten. Allerdings ließen andere Stellungnahmen aus der gleichen Zeit keine Zweifel an der Fortdauer der britischen Treue zur amerikanischen Politik: so in der Frage des Kombattantenstatus der US-Soldaten in Vietnam [77]) und in der Darstellung der Ursachen des Indochina-Krieges durch Stewart auf dem Teach-in in Oxford [78]). Die Commonwealth-Initiative kam dann auch gar nicht zustande. Zunächst ließen die im Commonwealth vorhandenen extremen Gegensätze in der Beurteilung des Vietnam-Konflikts die geplante Mission um ein Haar scheitern, dann wurde sie von Peking, der Sowjetunion und der NFL wegen Parteilichkeit zurückgewiesen (Wilson sollte sie anführen), während Hanois Haltung unklar blieb [79]).

Als Ersatzlösung versuchte die britische Regierung durch Entsendung eines Exponenten des linken Labour-Flügels, des Abgeordneten Harold Davies, nach Hanoi, mit der nordvietnamesischen Führung ins Gespräch zu kommen, aber diese zeigte sich nicht zu Gesprächen bereit [80]). Auch zwischen den Kopräsidenten zeigten sich keine neuen Annäherungsmöglichkeiten. Ihre Positionen blieben für das nächste Jahr so unversöhnlich wie die zwischen dem linken Labour-Flügel und der Regierung.

Vorübergehend schien es Mitte des Jahres 1966, als wage die Regierung Wilson einen Schritt weg von der bedingungslosen Solidarisierung mit den USA: als nämlich Wilson die Bombenangriffe auf Hanoi und Haiphong öffentlich mißbilligte [81]). Doch im Dezember des gleichen Jahres war sein Außenminister Brown nicht mehr bereit, die Distanzierung zu wiederholen [82]). Auch die Berichte Harrison Salisburys, die große Aufregung in der Öffentlichkeit und insbesondere bei der Labour Party hervorriefen, änderten jetzt an der Billigung aller Bombenangriffe ebensowenig etwas wie knapp ein Jahr später die Tatsache, daß das britische Generalkonsulat in Hanoi von Bomben beschädigt und ein Diplomat verletzt wurde [83]). Seit feststand, daß auch Wohngebiete betroffen waren, vergrößerte sich in der Presse die Ablehnung der Bombenangriffe um die gewichtige Stimme der „Times", welche einmal schrieb: „Im Namen der Menschheit und des britischen Volkes, welches weiß, was Bomben bedeuten, muß Harold Wilson Präsident Johnson warnen, daß Großbritannien die Bombardierungspolitik nicht unterstützen kann" [84]). Der „Guardian" spann den Vergleich mit den Luftangriffen auf England weiter, indem er verständnisvoll meinte, wie London 1940, so weigere sich heute Hanoi, unter Druck zu verhandeln [85]). Vor allem der politische Nutzen der Bombardements wurde immer mehr bezweifelt.

Es wurde aber in der Öffentlichkeit, zumindest im Großteil der Presse, nicht vergessen, daß hinter einer Mißbilligung der US-Politik, sollte sie erfolgreich sein, mehr stehen mußte als Entrüstung und guter Wille. Die nächste Frage, die in diesem Zusammenhang regelmäßig gestellt wurde, war die nach Großbritanniens generellen Möglichkeiten als Vermittler zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. der DRVN. Vor allem seine wirtschaftliche Schwäche, wurde geltend gemacht, setze ihm hier enge Grenzen [86]). In der Tat war diese Schwäche mit einer wach-

77) Hansard, 14. Juni 1965 (5th series, vol. 714, col. 13).
78) Documents relating to British Involvement, no. 174.
79) Recent Exchanges, no. 52 u. 55.
80) The Times, 14. Juli 1965.
81) Hansard, 29. Juni 1966 (5th series, vol. 730, cols. 1796—97).
82) New York Herald Tribune (European Edition), 20. Dezember 1966.
83) Daily Telegraph, 8. u. 9. Dezember 1967.
84) The Times, 28. Dezember 1967.
85) Guardian, 6. Januar 1968.
86) Z. B. Financial Times, 22. März 1965 und 20. Juli 1966.

senden Abhängigkeit von den USA gerade in Südostasien verbunden. Um die Verteidigungsausgaben zu senken, beschloß die Labour-Regierung den militärischen Rückzug aus den Gebieten östlich von Suez. Von da an war aber die wirtschaftliche und politische Position Großbritanniens gänzlich auf amerikanischen Schutz angewiesen. Das Verteidigungsweißbuch vom Februar 1966 erklärte, Großbritannien werde militärische Aktionen nur noch in Zusammenarbeit mit Verbündeten unternehmen [87]). Damit machte die britische Regierung eine Wiederholung ihres Engagements selbst in einer der „Konfrontation" Indonesien-Malaysia ähnlichen Situation abhängig von direkter amerikanischer Hilfe, d. h. sie gab den USA die entscheidende Rolle in der britischen Verteidigungsplanung in Südostasien: „Die Vereinigten Staaten als der Hauptverbündete Großbritanniens helfen jetzt, die Lücke zwischen Fähigkeiten und Bindungen zu überbrücken" [88]). Erinnert man sich, wie schon Eden in der SEATO zur Sicherung der britischen Position in Südostasien die amerikanische Vormachtstellung bekräftigt hatte, dann erweist sich diese Politik der Labour-Regierung nicht als neu. Ebensowenig konnte man dann auch von dieser erwarten, durch Unabhängigkeit von beiden Seiten sich für eine aktive Vermittlerrolle in Indochinafragen zu legitimieren. Dies gilt zumindest für die Zeit des Höhepunktes des Vietnam-Krieges. Beispielsweise schloß auch das Ergänzungsweißbuch vom Juli 1967 militärische Aktionen Großbritanniens in Südostasien nicht aus [89]).

Was die britische Regierung bei ihrer, wie es zunächst schien, direktesten Friedensinitiative anläßlich Kossygins Besuch in London im Februar 1967 an politischem Gewicht einsetzen konnte, war denn auch nur der Hinweis auf die britischen Bemühungen um Entspannung in Europa sowie „immense diplomatische Erfahrung und angelsächsischen Commonsense" [90]). Daß die Sowjetunion auch jetzt nicht daran dachte, die Kopräsidentschaft formell wieder zum Leben zu erwecken, wurde klar, als Kossygin seinen Außenminister nicht mitbrachte. Und daß die USA einen britischen Vermittler nicht brauchten, zeigte sich darin, daß zur gleichen Zeit in Moskau direkte Kontakte zwischen den USA und der DRVN liefen. Diese Kontakte waren sogar die wichtigeren, denn Johnson ließ zu, daß die in Moskau direkt übermittelten Vorschläge die Vermittlungspläne Wilsons desavouierten [91]). Ähnlich wirkungslos wie ihre Vermittlungsversuche waren die Friedenspläne und Konferenzvorschläge, die von der Labour-Regierung der Öffentlichkeit vorgelegt wurden. Schon Stewarts Plan einer „Verhandlungsstrategie" blieb ohne nennenswertes Echo, denn er umging das Kernproblem, an dem sich die Kriegsparteien festgebissen hatten, nämlich unter welchen Bedingungen sie überhaupt an den Konferenztisch zu kommen bereit waren [92]). Ebenso glücklos verliefen die Initiativen Außenminister Browns. Zunächst versuchte er, durch die Vorlage eines detaillierten Vietnam-Plans auf der Labour-Party-Konferenz 1966 Frieden in Vietnam und in seiner Partei zu stiften [93]). Sein schwacher, da für die Gegenseite nicht akzeptabler Punkt war die Erwartung, die Konferenz könne unter dem

87) Statement on the Defence Estimates 1966. Part I: The Defence Review (Cmnd. 2901) London: H. M. S. O. February 1966, S. 7.
88) R. N. Rosecrance, Defense of the Realm. British Strategy in the Nuclear Age. New York/London: Columbia University Press 1968, S. 271. — S. auch Carl Albrecht, „Special Relations zwischen Großbritannien und USA" in Außenpolitik, 18. Jg., S. 525—531, bes. S. 527 f.
89) „However we may think that events will turn out, we cannot assume that, once we have left Singapore and Malaysia, we shall never again have to use our forces in the Far East, since we shall have dependencies and other obligations there for the foreseeable future. We are therefore planning to maintain a military capability for use, if required, in the area, even when we no longer have forces permanently based there." Supplementary Statement on Defence Policy 1967 (Cmnd. 3357) London: H. M. S. O. July 1967, S. 6. — Die jüngeren Weißbücher sind in dieser Frage zurückhaltender.
90) Terence Prittie im Guardian, 4. Februar 1967.
91) David Kraslow u. Stuart H. Loory, The Secret Search for Peace in Vietnam. New York, Random House 1968 (Vintage Book), S. 186—208; Henry Brandon, „Wilsons glückloses Intermezzo" in Die Zeit Nr. 24, 13. Juni 1969.
92) Hansard, 3. Juni 1965 (5th series, vol. 713, cols 1966—67).
93) Guardian, 7. Oktober 1966.

Druck der Bombenangriffe zusammentreten [94]). Dann lud er die USA, Nord- und Süd-Vietnam (also nicht mehr, wie auf dem Parteitag, auch die NLF) zu einem Treffen „auf jedem passenden britischen Territorium" ein; er nannte Hongkong und Singapur [95]). Es bleibt rätselhaft, wie er glauben konnte, die DRVN werde eine solche Einladung, der noch dazu keine diplomatischen Sondierungen vorausgegangen waren, auch nur ernsthaft überlegen.

Es scheint nicht so, als habe Großbritannien bei der Einleitung der Pariser Verhandlungen eine Rolle gespielt. Nach Johnsons Rede vom 1. April 1968 versicherten Wilson und Stewart, sie hielten sich für weitere diplomatische Hilfe bereit [96]). Ob solche Hilfe in Zukunft über diplomatische Botengänge hinausgehen kann, hängt von einem Bündel von Faktoren ab, die schwer zu beurteilen sind — vor allem von der künftigen Rolle Großbritanniens in den Gebieten „östlich von Suez", aber auch von seiner wirtschaftlichen Entwicklung und der allgemeinen Orientierung seiner Außenpolitik unter der Regierung Heath, etwa in der Frage einer stärkeren Hinwendung nach Europa und der zukünftigen Natur der „special relationship" Großbritannien-USA. Die Entwicklung aller dieser Faktoren ist so ungewiß, daß man nicht vorausschätzen kann, ob eine britische Regierung in Indochina oder bei ähnlichen Konflikten eine Vermittlerrolle übernehmen kann.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus und die Währungssituation der BRD

Von Lidia Maximowa, Moskau

Bei seiner Analyse der Besonderheiten des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus entdeckte W. I. Lenin das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder, das er als „ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus" charakterisierte [1]).

Das Wirken dieses Gesetzes im Imperialismus besteht in der ungestümen sprunghaften Überholung der einen Länder durch die anderen dank einer niedagewesenen Entwicklung der Technik, die in einer aufgeteilten Welt vor sich geht, was die Notwendigkeit von deren Neuaufteilung mittels Gewalt, militärischen Zusammenstößen und Katastrophen hervorruft.

94) In diesem entscheidenden Punkt unterschied er sich von U Thants sonst ähnlichem Vorschlag. Guardian, 7. Oktober 1966.
95) The Times, 31. Dezember 1966.
96) The Times, 4. April 1968.
1) W. I. Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, Werke. Dietz Verlag Berlin, Bd. 21, S. 345.

Zu den Ländern, die im Tempo ihrer ökonomischen Entwicklung andere kapitalistische Länder dank Ausnutzung der letzten Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution und der neuen raffinierteren Formen der Ausbeutung der Arbeiterklasse bedeutend überholt haben, gehört auch Westdeutschland. Die Industrieproduktion der BRD, die ihrer Struktur nach vollkommener ist als bei einigen anderen Ländern, was einer bestimmten Gruppe der herrschenden Kreise dieses Landes die Möglichkeit gab, sowohl in der wirtschaftlichen wie in der außenpolitischen Sphäre expansionistische Bestrebungen zu entwickeln.

Eine Bekundung solcher Bestrebungen Westdeutschlands ist die Ausnutzung der Währungssphäre seitens des Finanzkapitals der BRD für einen Angriff gegen ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Auf diese Weise sollen diese geschwächt und der Mark der BRD das Eindringen in die Einflußsphären jener Länder sowie die Ausnutzung der ökonomischen Macht Westdeutschlands gesichert werden, um politische Zugeständnisse von den führenden kapitalistischen Ländern zu erreichen.

Besonders kraß trat der expansionistische Charakter der westdeutschen Mark bei ihrem Angriff auf die führenden Währungen der kapitalistischen Welt im Herbst 1968 zutage, als das Währungssystem des Westens mehrfach krisenhafte Erschütterungen durchmachte, hervorgerufen durch die Erwartung einer Aufwertung des offiziellen Kurses der westdeutschen Mark.

Die Frage der Aufwertung der Mark der BRD war nicht zum erstenmal aufgekommen. Seit Mitte der fünfziger Jahre hatten England, Frankreich und dann auch die USA wiederholt die Forderung nach einer Aufwertung des offiziellen Markkursus erhoben.

Die Sache ist die, daß die BRD unter Ausnutzung der Vorzüge ihres mit Hilfe des amerikanischen Kapitals wiederhergestellten und erneuerten Industriepotentials sowie der in den fünfziger Jahren im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern niedrigeren Löhne eine höhere Konkurrenzfähigkeit ihrer Waren besaß und eine außenwirtschaftliche Expansion auf dem Weltmarkt entfaltete. Hiervon zeugen die Angaben der Zahlungs- und Handelsbilanzen Westdeutschlands, die in den „Monatsberichten der Deutschen Bundesbank" (August 1969, S. 65, und März 1970, S. 65) veröffentlicht wurden.

Wie aus diesen Angaben ersichtlich ist, lief die Zahlungsbilanz in den Jahren 1952 bis 1968 mit einer unbedeutenden Ausnahme auf einen positiven Saldo hinaus, was hauptsächlich von der wachsenden Aktivierung des Außenhandels der BRD bewirkt worden war.

So betrug beispielsweise 1968, als sich die Wirtschaft des Landes nach dem Krisenjahr 1967 im Stadium eines zyklischen Aufschwungs befand (die Industrieproduktion hatte gegenüber dem Vorjahr um 11,8 Prozent zugenommen) [2], der Saldo der Handelsbilanz 18,4 Mrd. Mark und der Saldo der Zahlungsbilanz 7,1 Mrd. Mark [3].

Das Jahr 1969 war jedoch durch ein noch größeres Volumen des Außenhandels gekennzeichnet: Der Export wuchs in diesem Jahr von 99,5 auf 113,6 Mrd. Mark, der Import von 81,2 Mrd. auf 98 Mrd. Mark. Das Absinken der Aktivität der Handelsbilanz um 2,8 Mrd. Mark (von 18,4 auf 15,6 Mrd. Mark) erklärt sich hauptsächlich mit einer relativen Verringerung des Einfuhrvolumens, hervorgerufen durch

[2] Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1969, S. 60.
[3] Ebenda, S. 65.

Belebung der Binnennachfrage und staatliche Maßnahmen zur Stimulierung der Wareneinfuhr.

Zu einem Mittel für die Förderung des Warenexports ins Ausland wird in immer höherem Grade, worauf Lenin hinwies, die Kapitalausfuhr, die zu den wichtigsten Merkmalen des Imperialismus gehört. In den letzten Jahren ist Westdeutschland zum nach den USA größten Kreditgeber der kapitalistischen Welt geworden. Wenn z. B. 1952 das Übergewicht der Ausfuhr langfristiger Kapitalien über die Einfuhr 0,6 Mrd. Mark betrug, so war es 1968 bereits auf 11,4 Mrd. Mark gestiegen, hatte sich also fast auf das 20fache erhöht.

Charakteristisch für die Kapitalausfuhr der BRD in den sechziger Jahren war die den Entwicklungsländern, namentlich den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, gewährte „Hilfe". So nahm gegenüber den fünfziger Jahren die Warenausfuhr in diese Länder um 85 Prozent zu, die „Hilfe" aber um 160 Prozent [4]). „In diesen rückständigen Ländern", stellte Lenin fest, „ist der Profit gewöhnlich hoch, denn es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig" [5]).

Im Ergebnis der Aktivität der Zahlungsbilanz der BRD, die im wesentlichen durch die außenwirtschaftliche Expansion der westdeutschen Monopole sowie durch den Zustrom an „heißem Geld" hervorgerufen wurde, sind die Gold- und Devisenreserven der zentralen Bank des Landes — der Bundesbank — stark gestiegen, was von den folgenden Daten bezeugt wird:

Gold- und Devisenreserven der deutschen Bundesbank [6])

in Millionen Mark

Am Jahresende	*Gold- und Devisenreserven*	*darunter Gold*
1955	*12 781*	*3 862*
1960	*32 960*	*12 479*
1961	*30 867*	*14 654*
1965	*31 759*	*17 639*
1968	*41 397*	*18 156*
1969 September	*49 527*	*18 388*
1969 Dezember	*27 449*	*14 931*
1970 Januar	*27 231*	*14 929*

Hieraus ist ersichtlich, daß die Gold- und Devisenreserven der zentralen Bank der BRD von Jahr zu Jahr angewachsen sind; eine Verringerung erfolgte nur in Perioden einer Aufwertung der westdeutschen Mark.

Zugleich mit einer relativen Stabilität der Mark der Bundesbank auf den Außenmärkten, bewirkt durch die Aktivität der Handels- und der Zahlungsbilanz, entwertete sie sich auch auf dem Binnenmarkt der BRD vergleichsweise weniger als die Währungen anderer kapitalistischen Länder, besonders der Länder des Gemeinsamen Marktes.

Ab November 1968, als der Zustrom spekulativer Kapitalien die Banken Westdeutschlands überflutete, in der Hoffnung, von der auf Gerüchte hin erwarteten Markaufwertung zusätzliche Profite einzuheimsen, erneuerten die westlichen Länder, um die Positionen ihrer eigenen Währungen auf dem Weltmarkt zu bewahren, ihre gegenüber der BRD geltendgemachten Forderungen nach Erhöhung des Markkurses.

---

4) Wochenbericht, Nr. 45, 7. November 1968, S. 279.
5) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 245.
6) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Februar 1970, S. 70.

Ungeachtet des Drucks von seiten des internationalen Kapitals umging die Bonner Regierung diese Frage. Da sie ihre Positionen auf dem Weltmarkt nicht jäh zu verschlechtern wünschte, führte sie nur eine sogenannte Mini-Aufwertung durch, d. h. sie führte eine vierprozentige Steuer für den Warenexport aus Westdeutschland ein und senkte entsprechend die Steuern für nach Westdeutschland eingeführte Waren, was die Einfuhr stimulieren und umgekehrt die Warenausfuhr aus der BRD drosseln sollte.

Diese Maßnahme beruhigte jedoch die Devisenmärkte der kapitalistischen Länder nicht. Im Mai 1969 kam es zu einem erneuten Aufflammen der Währungskrise des Kapitalismus, hervorgerufen durch die offene Erpressung seitens der früheren Regierung der Großen Koalition. So war Franz Josef Strauß bestrebt, durch seine Erklärung über die mögliche Durchführung einer Markaufwertung einen direkten Druck auf den französischen Franc und auf die politische Situation in Frankreich nach dem Rücktritt de Gaulles auszuüben.

Die Folge hiervon war, daß eine neue spekulative Sintflut in noch größerem Ausmaß die westdeutschen Banken überschwemmte. Im Laufe von nur zwei Wochen floß der Deutschen Bundesbank ausländische Valuta in Höhe von 16,7 Mrd. Mark zu [7]).

Dabei wurde die westdeutsche Mark immer mehr als Währung für internationale langfristige Anleihen benutzt, und in den Jahren 1968/69 spielte sie neben dem Dollar die Rolle einer der auf dem internationalen Kapitalmarkt führenden Währungen. Waren 1967 nur 8 Prozent aller Auslandsanleihen in Mark placiert, so war deren Anteil an internationalen Anleihen auf den europäischen Märkten 1968 bereits auf 31 Prozent gestiegen. Mit Hilfe eines westdeutschen Bankenkonsortiums wurden allein im Jahre 1968 internationale Anleihen, hauptsächlich in westdeutscher Mark, in Höhe von 5,2 Mrd. Mark untergebracht, d. h. ungefähr ebensoviel wie im Verlaufe der vorangegangenen elf Jahre [8]).

Der dritte Ausbruch einer weltweiten Valutakrise in den Jahren 1968/69 war ebenfalls von der Erwartung einer Aufwertung der westdeutschen Mark während der Wahlkampagne vom Herbst 1969 in der BRD ausgelöst worden.

In Verbindung mit Gerüchten über eine bevorstehende Markaufwertung und der erneuerten Spekulation hierauf erneuerte sich auch die Abwanderung ausländischer Kapitalien nach der BRD. Im Laufe von nur 17 Tagen im September 1969 machte der Zustrom von Auslandsvaluta zur Deutschen Bank 2,5 Mrd. Mark aus — und vom 18. bis 14. September 3,5 Mrd. Mark. An einem einzigen Tag, dem 24. September, floß dieser Bank ausländische Valuta, hauptsächlich amerikanische Dollars, im Gegenwert von 1 Mrd. Mark zu [9]).

Infolgedessen erreichte der Kurs der Westmark auf den Devisenbörsen 3,97 Mark pro Dollar, was ein „gefährlicher" Kurs war, da der Satzung des Internationalen Währungsfonds zufolge bei einer Abweichung des Marktkurses auch nur um ein Prozent vom offiziellen Kurs letzterer revidiert werden muß.

Um eine weitere Agiotage um die westdeutsche Mark irgendwie zu behindern, wurden am 25. September 1969 alle Devisenmärkte der BRD geschlossen.

Am 30. September nahmen die Märkte ihre Operationen wieder auf, nicht aber zum offiziellen Kurs, sondern zu einem Marktkurs, wie er sich frei herausgebildet hatte, da die zentrale Bank mit Einwilligung des Internationalen Währungsfonds von einer künstlichen Stützung des offiziellen, offenkundig zu niedrigen

---

[7]) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1969, S. 5.
[8]) Neue Zürcher Zeitung, 14. 8. 1969.
[9]) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1969, S. 5.

Kurses der Mark Abstand nahm. Infolgedessen stieg der Markkurs auf den Märkten auf 3,75 bis 3,84 und höher, d. h. er lag bedeutend höher als der offizielle Kurs [10]). Das bedeutete schon die faktische Aufwertung der westdeutschen Mark.

Die Ende Oktober 1969 neugebildete Regierung der Kleinen Koalition verankerte die Markaufwertung gesetzmäßig, d. h. sie legte ihren neuen offiziellen Kurs im Verhältnis zum Dollar fest.

Im Gegensatz zur Politik der früheren Kiesinger-Regierung, die darauf aus war, auf der Basis eines zu niedrig angesetzten Markkurses die weitere Steigerung der außenwirtschaftlichen Expansion der Monopole der BRD zu sichern, und die deshalb die Forderungen nach einer Aufwertung mehrmals ablehnte, waren die Sozialdemokraten Anhänger einer Kurserhöhung der Mark, doch traten sie offen mit diesem Vorschlag erst im Laufe der Wahlkampagne zum Bundestag auf.

Die sich für die Markaufwertung einsetzenden Sozialdemokraten sahen in dieser Maßnahme eine Grundlage für die Dämpfung des außenwirtschaftlichen Expansionstempos und für eine Umstellung des Produktionsapparates des Landes auf Sicherung des Binnenmarktes. Solche strukturellen Verlagerungen waren, ihrer Meinung nach, notwendig in erster Linie für die Preisstabilisierung und Einschränkung eines „Imports" der Inflation, wenn die zahlungsfähige Nachfrage im Lande durch das rasch wachsende Volumen von Devisen-Eingängen nach Westdeutschland in die Höhe getrieben wird.

Die Regierung der Kleinen Koalition verkündete bei ihrem Regierungsantritt ihr Wirtschaftsprogramm, in dem einer Änderung der Markparität ein wichtiger Platz zugewiesen war. Wie die Zeitung „Die Welt" vom 24. Oktober 1969 schrieb, „bildet der neue Markkurs die Grundlage für die künftige Wirtschaftspolitik der SPD/FDP".

Ab 27. Oktober 1969 wurde auf Beschluß der neuen Regierung ein neuer offizieller Kurs der Mark im Verhältnis zum Dollar festgelegt: anstatt 4,00 betrug er 3,66 Mark pro amerikanischen Dollar, was eine Aufwertung oder Kurserhöhung der Mark um 9,3 Prozent bedeutete oder, umgekehrt, eine Verbilligung ausländischer Valuten im Verhältnis zur Mark um 8,5 Prozent [11]). Entsprechend änderte sich auch der Goldgehalt der Mark: anstatt 0,222168 Gramm wurde er auf 0,242806 Gramm reinen Goldes festgesetzt. Die früher eingeführten steuerlichen Maßnahmen im Außenhandel wurden aufgehoben.

Breite Bevölkerungskreise Westdeutschlands, die wiederholt, besonders nach den beiden vom deutschen Imperialismus entfesselten Weltkriegen, die schweren Folgen der Inflation am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatten, unterstützten die neue Regierung, die mit Hilfe der Markaufwertung das inflationistische Ansteigen der Preise im Lande abzustoppen versprach.

Die auf die Markaufwertung gesetzten Hoffnungen betreffs einer Stabilisierung der Binnenpreise erfüllten sich jedoch nicht. Nach Berechnungen des Westberliner Instituts für Wirtschaftsforschung, das seinen Prognosen eine achtprozentige Aufwertung zugrunde legte, sollten die Preise in der BRD in der zweiten Hälfte 1970 mindestens um 5 Prozent gegenüber der entsprechenden Periode von 1969 ansteigen [12]). Den Prognosen einer Expertengruppe der Bundesregierung zufolge wird die Preissteigerung im Jahre 1970 das Niveau von 1969 um 5 Prozent übersteigen [13]).

10) Ebenda, S. 6.
11) „Das Parlament", 1. 11. 1969.
12) Wochenbericht, DIW, 23. 10. 1969, S. 278.
13) „Iswestija", 4. 12. 1969.

Tatsächlich ist die Heraufsetzung des offiziellen Markkurses außerstande, die inflationistische Preissteigerung im Lande zu beseitigen, da erstens nicht nur der „Import" der Inflation, hervorgerufen von der außenwirtschaftlichen Expansion der westdeutschen Monopole, die einzige Ursache der Preissteigerung im Lande ist. Zugleich wird damit die Inflation im Lande durch das chronische Defizit des Bundeshaushalts und das Wachstum der Staatsschuld heraufbeschworen, was wiederum seine Ursache in der Militarisierung der Volkswirtschaft und in anderen unproduktiven Ausgaben das Staates hat.

So schließt in den letzten Jahren der Staatshaushalt fast ständig mit einem Defizit ab, das sich beispielsweise im Jahre 1967 auf 8,2 Mrd. Mark belief, 1968 auf 4,2 Mrd. Mark, und für 1970 ist sogar im Budget ein Defizit in Höhe von 2,7 Mrd. Mark vorgesehen. Die Staatsschuld der Bundesregierung betrug Anfang 1969 47,2 Mrd. Mark [14]).

Darüber hinaus werden inflationistische Tendenzen im Lande durch die sich verstärkende Expansion der westdeutschen Banken hervorgerufen, die mittels des In-Umlauf-Setzens von Kreditgeld (Depositen und Schecks) das Volumen der zirkulierenden Geldmenge vergrößern, sowie durch eine bestimmte Preispolitik der Monopole, insofern sie ihre Verluste aus der Aufwertung auf dem Weltmarkt auf den Verbraucher ihrer Produktion in der BRD abwälzen.

Die inflationistische Preissteigerung im Lande verschlechtert insbesondere die Lage der Werktätigen, da sie ihren Reallohn infolge der Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Lande mindert. Nach Angaben des Deutschen Wirtschaftsinstituts wird das Jahr 1970, was die Verteuerung der Lebenshaltungskosten in Westdeutschland betrifft, ein „Rekordjahr" sein: Wenn die Lebenshaltungskosten 1962 um 3,48 Prozent, im Jahre 1966 um 3,49 Prozent anstiegen, so werden sie 1970 durchschnittlich um 4 bis 5 Prozent anwachsen [15]).

Die westdeutschen Monopole und ihre bürgerlichen Apologeten sind jedoch bemüht, gestützt auf die Theorie von der inflationistischen Spirale der Löhne und der Preise, zu beweisen, daß die Arbeiter sich mit Forderungen nach Lohnerhöhung selber schaden, da dies angeblich zu einem Anziehen der Preise führt.

In Wirklichkeit liegt hier jedoch eine umgekehrte Abhängigkeit vor: Kraft der Preissteigerungen in der BRD, wie sie insbesondere durch die Warenverteuerung in Verbindung mit der Markaufwertung hervorgerufen werden, sehen sich die westdeutschen Arbeiter genötigt, um Lohnerhöhungen zu kämpfen.

Folglich hat die Markaufwertung nicht nur ihre Hauptaufgabe — die Abschwächung der Inflationstendenzen im Lande — nicht erreicht, sondern hat umgekehrt zur weiteren Preissteigerung im Lande und zur Verschlechterung der Lage der Werktätigen beigetragen.

Nach Durchführung der Aufwertung der Westmark hat sich die Devisenlage der BRD außerordentlich verschlechtert, wovon eine nie dagewesene Passivität der Zahlungsbilanz des Landes im Jahre 1969 zeugt. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank belief sich der negative Saldo der Zahlungsbilanz 1969 auf 14 388 Mio. Mark, während 1968 ihr aktiver Saldo 7 Mrd. Mark überstiegen hatte.

Eine der Ursachen für die Verschlechterung der Zahlungsbilanz ist das Absinken der Nachfrage aus dem Ausland nach der Markaufwertung im Zusammenhang mit der Verteuerung der westdeutschen Waren. So stiegen nach Angaben der Deutschen Bundesbank nach der Abänderung des offiziellen Markkurses die Preise für Exportgüter der BRD durchschnittlich um 14 bis 15 Prozent [16]).

14) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1969, S. 57 und 58; Februar 1970, S. 2.
15) DWI-Berichte, 1970, Nr. 2, S. (55) 7.
16) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Februar 1970, S. 8.

Die Hauptursache für eine so krasse Verschlechterung der Zahlungsbilanz Westdeutschlands bildete jedoch das Zurückfluten langfristiger Kapitalien (bis zu 23,1 Mrd. Mark), hervorgerufen hauptsächlich durch die Repatriierung von Auslandskapitalien, die sich längere Zeit in der BRD befunden hatten in der Hoffnung auf zusätzliche Profite aus der lange Zeit erwarteten Aufwertung der westdeutschen Mark. Hierbei übertraf ein so mächtiges Zurückfluten von Kapitalien sogar bedeutend die Deviseneingänge aus den laufenden Bilanzposten, d. h. aus dem Außenhandel, den Dienstleistungen und den Transferierungen.

In Verbindung hiermit verringerten sich die Gold- und Devisenreserven der Deutschen Bundesbank sehr bedeutend: von 52,9 Mrd. Mark in der Periode der Bundestagswahlen bis auf 27,2 Mrd. Mark Anfang Februar 1970. Das bedeutet nach dem Eingeständnis der zentralen Bank der BRD ein Absinken der Gold- und Devisenreserven auf den Durchschnittsstand der Jahre 1962—1966 [17]).

Man muß jedoch berücksichtigen, daß etwa 4 Mrd. Mark aus diesen Verlusten auf die Einbußen entfallen, die der Deutschen Bundesbank aus der Umbewertung der Reserven zu dem erhöhten Markkurs erwachsen sind, Einbußen, die zweifellos vom Staat auf Kosten der Steuerzahler der Bundesrepublik Deutschland kompensiert werden.

Gegenwärtig wird die westdeutsche Mark auf den Devisenmärkten unter dem offiziellen Kurs notiert. So betrug bei einem offiziellen Markkurs von 3,66 der Durchschnittskurs der Mark an der Frankfurter Börse im Oktober 1969 3,7307, im November 3,6897, im Dezember 3,6852 und im Januar 1970 3,6863 [18]). Diese Angaben zeugen von einem beträchtlichen Marksturz auf den Devisenmärkten, was die Deutsche Bundesbank nötigte, erneut zu den Methoden der Deviseninterventionen Zuflucht zu nehmen, um so die westdeutsche Mark künstlich zu stützen und sie diesmal bereits vor der ihr drohenden Abwertung zu retten.

Mit dem gleichen Ziel sah sich die zentrale Bank der BRD am 9. März 1970 genötigt, ihren Diskontsatz von 6 Prozent auf den im Lande nie dagewesenen Stand von 7,5 Prozent und ihren Leihsatz von 9 auf 9,5 Prozent zu erhöhen [19]).

Folglich hat sich die Devisenlage der BRD, die lange Zeit hindurch die stabilste unter den größten kapitalistischen Ländern war, gegenwärtig radikal verschlechtert — eine Folge der defizitären Zahlungsbilanz und der Verstärkung der inflationistischen Tendenzen im Lande, hervorgerufen hauptsächlich durch die gewaltigen unproduktiven Ausgaben des Staates für die Verwirklichung von Maßnahmen zur Verstärkung der Bundeswehr.

Zugleich bestätigt eine derartige starke Schwächung der Positionen der westdeutschen Mark auf dem Weltmarkt das Wirken des von Lenin entdeckten Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Währungssphäre, denn „die Kapitalisten teilen die Welt ... ‚nach dem Kapital', ‚nach der Macht' ... — eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung" [20]).

---

17) Ebenda.
18) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Februar 1970, S. 74.
19) Ebenda, März 1970, S. 5.
20) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 257.

Wie rechtsradikal sind Österreichs Studenten?

Eine Analyse des „Rings Freiheitlicher Studenten"

Von Dieter Kutzschbach, Wien

Im Strom der Nachrichten über Unruhen und Reformversuche an den westeuropäischen Hochschulen fällt kaum auf, daß die Universitäten Österreichs, an denen Tausende deutscher Studenten, insbesondere Mediziner, nach wie vor ihre „Sport"- und „Kultursemester" absolvieren, von derartigen Erschütterungen verschont geblieben sind. Die Politiker des Landes, so auch jüngst der neue Bundeskanzler Kreisky in einem „Spiegel"-Interview, sehen darin einen Beweis für die „demokratische Haltung" der Studenten. Betrachtet man aber das Verhalten der österreichischen Hochschüler bei Wahlen und bei politischen Auseinandersetzungen in den Universitäten, so kommt man zu anderen Schlüssen.

Der Lehrbetrieb an den österreichischen Hochschulen ist in den letzten Jahren ungestört geblieben, wenn man von einzelnen Vorlesungsstörungen und kleinen Demonstrationen, etwa aus Anlaß des Schahbesuches, einer Rektoratsübergabe oder des Kambodscha-Einmarsches der Amerikaner, absieht. Aber auch diese kleinen Proteste blieben zumeist auf die Bundeshauptstadt Wien beschränkt und kamen über eine Teilnehmerzahl von 500 bis 1000 (bei insgesamt 30 000 Studenten in Wien) nicht hinaus.

Die Zusammensetzung der Studentenvertretungen weist aus, daß die österreichischen Jungakademiker konservativer als die Gesamtbevölkerung votieren: Während die Sozialistische Partei bei den letzten Nationalratswahlen am 1. März 1970 die relative Mehrheit gewann, verfügt im Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft die „Österreichische Studentenunion" (ÖSU), die sich vor allem aus katholischen Korporierten rekrutiert und von der konservativen ÖVP finanziell unterstützt wird, über die absolute Mehrheit.

Stärkste Oppositionsgruppe ist nicht etwa der links von der SPÖ stehende „Verein Sozialistischer Studenten Österreichs" (VSStÖ), der an keiner Hochschule mehr als 15 Prozent der Wähler hinter sich hat, sondern der nach eigenen Angaben parteipolitisch unabhängige „Ring Freiheitlicher Studenten" (RFS), der bei den letzten Hochschülerschaftswahlen, an denen sich immerhin mehr als 50 Prozent aller Wahlberechtigten beteiligten, etwa ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhielt. Er besitzt an der Technischen Hochschule Graz und an der Tierärztlichen Hochschule Wien sogar die absolute Mehrheit in den Studentenvertretungen.

Diese für europäische Begriffe ungewöhnlich starke Resonanz einer ihrer eigenen Aussage nach „konservativen" Hochschulgruppe — die sich gleichwohl im Gegensatz zur christlichen ÖSU sieht — kann auch ausländische Beobachter veranlassen, sich eingehender mit den politischen Vorstellungen des RFS zu beschäftigen. Da es bisher weder eine fundierte Untersuchung über das politische Verhalten der österreichischen Studenten noch gar eine Analyse über den RFS selbst gibt, muß ich versuchen, aus Flugblättern und aus dem seit 1953 sporadisch in Wien, Graz und Salzburg erscheinenden RFS-Mitteilungsblatt „Der Ring" Auskunft über die Gruppe zu erhalten.

Bereits 1955 veröffentlichte „Der Ring" die „Grazer Leitsätze", die bis heute vom RFS als verbindlich angesehen werden. Als ihre Ziele gibt die Gruppe darin an: „1) die Entpolitisierung der Hochschulen; 2) die Schaffung einer wahren Studentengemeinschaft; 3) die Erweiterung des Aufgabenkreises der Hochschülerschaft" [1]). Wie die Realisierung dieses Programms aussieht, erfuhr man erst wieder im letzten Wahlkampf: Der RFS bestritt grundsätzlich das politische Mandat der Studentenvertretung und verlangte unter dem Schlagwort „gezielte Sachlichkeit", daß die „österreichische Hochschülerschaft" sich in ihrer Aktivität auf „wirklich studentische Anliegen" wie auf die Verbesserung des Mensaessens, die Erhöhung der zu niedrigen Stipendien und die Aufhebung des generellen Besuchsverbots in den Studentenwohnheimen beschränken solle. Diese Forderungen leuchten selbst der Masse der unpolitischen, „mausgrauen" Kommilitonen ein und dürften nicht zuletzt für den Wahlerfolg des RFS die Grundlage gelegt haben, ebenso auch das Verlangen, daß diese und ähnliche Verbesserungen nur durch Verhandlungen „ohne den Druck der Straße", also „vernünftig" durchgesetzt werden müssen: Ein politisches Engagement der Studentenschaft ist eher schädlich; auch direkte Konfrontationen zwischen Studenten und dem „Establishment" sollen vermieden werden.

Die Autorität der Professoren stellt der RFS ebenso wie die überwältigende Mehrheit der österreichischen Studenten niemals in Frage. Zwar könne man, so räumt er ein, die akademischen Lehrveranstaltungen ein wenig reformieren, indem die Dozenten beispielsweise autorisierte Vorlesungsskripten anfertigen und von den Studentenvertretern verkaufen lassen. Eine wie immer geartete studentische Vorlesungskritik „à la Fußballplatz" ist nach RFS-Meinung jedoch eine schlichte „Anmaßung". Konsequenterweise lehnt man daher das Mitspracherecht der Studenten in der Forschung ab; Mitreden dürfe nur derjenige, der die „notwendige Qualifikation", nämlich die Habilitation, besitze. Mit anderen Worten: Universitätsreform ist nur möglich zwischen Habilitierten unter gelegentlicher Anhörung der Studenten, etwa in Prüfungsfragen.

Bei der Finanzierung der Forschung sollte — nach RFS-Meinung — neben dem Staat insbesondere die Wirtschaft zu stärkerer Mitarbeit angeregt werden. Daß dadurch die Großindustrie mehr Einfluß auf die Hochschulen gewinnt und dadurch die vom RFS so vehement verteidigte „Freiheit von Forschung und Lehre" gefährdet wird, läßt man — wohl mit Absicht — unerwähnt. Für sich selbst jedenfalls nimmt der RFS aus dieser Quelle gern solche „Hilfen" entgegen, wie aus einem Rundschreiben hervorgeht, in dem der Salzburger RFS-Vorsitzende, cand. iur. Eginhard Aubell, führende Kreise in Wirtschaft und Politik bittet, ihm finanziell bei seinem Kampf gegen „kollektivistische und marxistische" Tendenzen an den Hochschulen unter die Arme zu greifen [2]).

Der an den meisten österreichischen Hochschulen „noch" herrschenden christkatholischen „eigenbrötlerischen" „ÖSU-Clique" wirft der RFS vor, daß sie zunehmend nach links tendiere, ja daß sie sogar versuche, die Sozialisten links zu überholen. Daher strebt er an, die ÖSU-„Funktionärs-Wirtschaft", die in der Tat viele Mängel aufweist und immer wieder Ansatz zur Kritik bietet, durch eine Reform der studentischen „Standesvertretung" in eine „wahre Studentengemeinschaft" zu verwandeln. Was der RFS unter diesem nebulösen Begriff versteht, bleibt freilich unklar. Gewisse Hinweise gewinnt man, wenn man das für

---

[1]) „Der Ring", Wien, Januar 1955, Seite 3.
[2]) In: „Der Ring", Salzburg, Extrablatt III/68.

sich in Anspruch genommene Elite-Bewußtsein kennt, das immer wieder in den Wahlaufrufen durchscheint [3]).

Wenn man indes die Stellung des RFS zu außen- und innenpolitischen Fragen untersucht, wird deutlich, aus welchem Wortfeld der Begriff „Studentengemeinschaft" stammt. Während die Stellungnahmen zu den bisher angeführten Themen meistens auf Flugblättern verbreitet werden, finden sich die Äußerungen zur aktuellen Politik oder grundsätzlichen Fragen in den der studentischen Öffentlichkeit längst nicht so gut zugänglichen Zeitschriften. Offensichtlich befürchtet der RFS, mit seinen politischen Ansichten die Masse der „mausgrauen" Studenten, die die Hochschule, ungetrübt von den Ereignissen in den westeuropäischen Nachbarländern, als einen unpolitischen Raum betrachtet, abzuschrecken oder mindestens zu irritieren. Über seinen politischen Standort finden sich in Zeitungen und Studentenzeitschriften lediglich vage Äußerungen. In Interviews bezeichnen sich führende RFS-Funktionäre als „konservativ", allenfalls als „deutschnational" [4]). Was man aber darunter zu verstehen hat, erfährt man im „Ring": Es ist das „Sichzugehörigfühlen zum deutschen Gesamtvolk", denn „wer sich die Mühe macht, seinen geistigen und seelischen Besitzstand auf seine Herkunft zu überprüfen, wird erkennen, daß seine ganze Persönlichkeit, soferne ihr nicht die Befriedigung des menschlichen Trieblebens und geistlose Genußsucht genügt, alles das, was ihr das Leben wert macht, zum Danke gegenüber dem ganzen deutschen Volk verpflichten" [5]). Deshalb läßt der RFS auch an der existierenden Republik Österreich kein gutes Haar; ihr Nationalfeiertag wird beispielsweise als „Nationalösterreichische Kampagne für die Austrifizierung der österreichischen Nation in Österreich" verhöhnt.

Wie sich der RFS freilich die „erneuerte" Verbindung Österreichs mit Deutschland, die ja gegen die Staatsvertragsbestimmungen von 1955 verstoßen würde, konkret vorstellt, läßt er im dunkeln. Doch scheint ihm das „Anschluß"-Modell von 1938 nicht ausgeschlossen, denn der RFS steht gewaltsamen „Lösungen" politischer Probleme ebensowenig abgeneigt gegenüber wie totalitären Regimen rechtsradikaler Provenienz. Er sympathisiert beispielsweise offen mit dem Rhodesien des Ian Smith und bewundert an Südafrika den „gerechten Aufbau des Weiß-Schwarz-Systems".

Nach wie vor betrachtet er dagegen die Widerstandskämpfer des Dritten Reiches, die Wiedergutmachung und die „Pazifisten" „mit gewisser Skepsis" [6]), ist „beschämt" über die Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen an Winston Churchill, weil der Ausgezeichnete sein ganzes Leben lang an der Zertrümmerung des Deutschen Reiches gearbeitet habe [7]), und protestiert mit Erfolg gegen die Aufführung des nach dem Roman von Heinrich Mann gedrehten DEFA-Filmes „Der Untertan" in der Wiener Universität, da der Streifen eine „nicht ungeschickt gemachte Herabwürdigung der Begriffe Religion, Vaterland und Soldatenehre" darstelle [8]). Auch in der gegenwärtigen Diskussion über die Abschaffung des österreichischen Bundesheeres beziehungsweise die Verkürzung der Wehrdienstzeit hat der RFS klar Stellung bezogen: Er tritt für „eine straffe, funktionsbedingte Gliederung des BH" ein und fordert kategorisch „eine Offiziersausbildung auch über Hochschulen und Universitäten" [9]). Vereinzelt schimmern in den

3) So schreibt der RFS-Funktionär Helmut Krünes im „Ring", Wien 1/66, S. 1: „Helfen Sie mir, in der Hochschülerschaft statt Vereinsmeierei eine Elite zu Wort kommen zu lassen."
4) Äußerungen des RFS-Spitzenkandidaten der letzten Hochschülerschaftswahlen, Friedhelm Frischenschlager, im österreichischen Studentenmagazin „bilanz", Januar 1969, S. 4.
5) „Der Ring", Wien, Juni 1956, S. 2.
6) Dieses wie die vorhergenannten Zitate stammen aus „Der Ring", Salzburg 3/67, S. 4.
7) „Der Ring", Wien, Juni 1956, S. 2.
8) „Der Ring", Wien, November 1957, S. 4.
9) „Der Ring', Wien, Januar 1970; Hervorhebungen im Text.

RFS-Zeitschriften auch antisemitische Tendenzen durch, so etwa, wenn Bedenken gegen die Errichtung einer Lehrkanzel für Judaistik vorgebracht oder antisemitische Vorfälle in Vorlesungen genau referiert werden [10]).

Daß sich der RFS das künftige Groß-Deutschland über seine jetzigen Grenzen auch nach Osten hin vorstellt, verrät der Begrüßungsaufruf zum „Sudetendeutschen Tag" in Wien, in dem hervorgehoben wird, daß das Sudetenland „stets germanischer und deutscher Volksboden war", und der dabei mit der Geschichte recht willkürlich umspringt [11]).

Das meiste Engagement aber entwickelt der RFS für die Rechte der „Brüder und Schwestern" in Südtirol, deren „Freiheit" zu erkämpfen er als seine heilige Pflicht ansieht. Norbert Burger, der mehrere Jahre lang Vorsitzender der Wiener RFS-Gruppen war, aber inzwischen im Zusammenhang mit mehreren Sprengstoffanschlägen in Südtirol über die Grenzen Österreichs hinaus eine zweifelhafte Berühmtheit erlangt hat, veröffentlichte zu diesem Thema mehrere Artikel im „Ring". Er vergleicht darin das Auftreten der Italiener in Südtirol mit dem Vorgehen einer Kolonialmacht im 19. Jahrhundert und mit dem Einfall der Russen in Ungarn und verkündet programmatisch, daß der RFS weiterhin seine „ganze Kraft" zur „Wiederherstellung von Recht und Freiheit in diesem schönsten Teil unserer Heimat" einsetzen werde [12]). Andererseits wird die Forderung der „Titokommunisten" nach Zweisprachigkeit und Errichtung eines Partisanendenkmals im österreichischen Südkärnten scharf abgelehnt [13]).

In dieser Ablehnung verknüpft sich die nationalistische Komponente des RFS mit seinem starken Antikommunismus. Die Gruppe lehnt den „Marxismus und Kollektivismus" pauschal und undifferenziert ab. Gerade Österreich in seiner exponierten Lage „am Rande des Abendlandes" habe im Kampf gegen den gemeinsamen Feind eine besondere Aufgabe. Das bedeutet offensichtlich, daß alle osteuropäischen Länder, auch die früher mit Österreich eng verbundenen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, als kulturfremd angesehen werden; zugleich sind sie eine Bedrohung. Die größte Gefahr stellt in den Augen des RFS allerdings das China Mao Tse-tungs dar, weil dort bereits die „Ausmerzung des abendländischen Geistes" durchgeführt worden sei [14]). Da eine aktive Bekämpfung des Marxismus nach außen zur Zeit unmöglich ist, sieht es der RFS als seine Aufgabe an, alle sozialistischen und kommunistischen Tendenzen wenigstens im Inneren, insbesondere im Wirtschaftsleben, zu bekämpfen. Er versteht sich als streng „antikollektivistisch", kämpft gegen „parteipolitisches Kastendenken" [15]) und stellt — ähnlich wie die NPD [16]), deren österreichischem Ableger heute das frühere RFS-Mitglied Norbert Burger vorsitzt — das „Gemeinwohl" über alles. Darunter versteht er aber nicht etwa eine gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Industrie und Wirtschaft, sondern in erster Linie die Unabhängigkeit der „kleinen Kaufleute", deren Existenz er durch die sozialistischen Konsumläden, nicht aber durch Großunternehmen und Konzerne bedroht sieht [17]). Diese Sympathie für kleine und große Unternehmen hat ihren Grund in der sozialen Zusammensetzung der den RFS tragenden 32 „national-freiheitlichen" Burschenschaften, die sich in Österreich — ähnlich wie in der Bundesrepublik — zu einem Großteil aus aufstiegsbeflissenen Angehörigen des Mittelstandes

10) „Der Ring", Salzburg, 2/67, S. 5; und 5/66, S. 7 f.
11) „Der Ring", Wien, Juni 1959, S. 3.
12) „Der Ring", Wien, Oktober 1955 und Dezember 1956.
13) „Der Ring", Wien, Dezember 1960.
14) „Der Ring", Graz, Januar 1967, S. 4.
15) Aubell-Brief (Anm. 2).
16) Vgl. dazu ausführlich Reinhard Kühnl/Rainer Rilling/Christine Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt 1969 (edition suhrkamp), S. 99 ff.
17) „Der Ring", Wien, Januar 1967, S. 5.

zusammensetzen. Diese Gruppen streben eine möglichst perfekte Anpassung an das Establishment an, haben aber als „Grenzländer" eine stärkere deutschnationale Tradition als die Burschenschaften in der Bundesrepublik. Sie müssen daher auch alle Unruhen an den Hochschulen verurteilen und sie, sofern sie auch nur ansatzweise gesellschaftskritischer Natur sind, als unberechtigt hinstellen.

Die wenigen Unruhen an Österreichs Universitäten sind denn auch nach Meinung des RFS von einigen wenigen „verlogenen Linksfaschisten" [18]) organisiert: „Diese jungen Leute, die sich großenteils als linksintellektuell bezeichnen, haben sich von der Dialektik des linken Flügels bereits undeutlich einspinnen lassen und erkennen wahrscheinlich selbst kaum noch, welch grotesken Marionettentanz . . . , für unbekannte Drahtzieher aber nur zu bekannte Endziele sie vollführen" [19]). Woher diese „Drahtzieher" kommen, darüber weiß der RFS Bescheid: Wenn sie nicht gar aus dem China Maos stammen, so sind sie doch Abgesandte der „revolutionären" Studentengruppen in Frankreich und Deutschland [20]).

Wie dem auch sei, die RFS-Mitglieder zeigen im „Ernstfall" recht handfest, wie sie mit jenen „linksradikalen Halbstarken" [21]) umzuspringen gedenken: Als im letzten Jahr einige aufsässige Studenten während der „Rektorats-Inauguration" der Wiener Universität gegen die veraltete Form der Feier mit Sprechchören und Tomatenwerfen protestierten, wurden sie von einigen schlagkräftigen RFS-Mitgliedern, die zumeist mit Bändern und Mützen ihrer Burschenschaft geschmückt waren, aus der Aula geprügelt. Zynisch rechtfertigte der RFS die Schläger in einem Flugblatt gegen das „Märtyrer-Gejammer" der Verprügelten: „Mob bleibt Mob, auch wenn er rot ist."

In diesem Verhalten entlarvt sich endgültig, was hinter dem RFS-Slogan „Gezielte Sachlichkeit" verborgen ist: „Ruhe und Ordnung" sollen an Österreichs Universitäten erhalten bleiben. Der RFS ist daher ein nicht zu unterschätzender Stabilisierungsfaktor für das konservative Establishment, mit dem er auch teilweise zusammenarbeitet: So wurde das Hinausprügeln der aufsässigen Linken während der Wiener Rektorats-Inauguration von der anwesenden Prominenz wohlwollend toleriert. Zudem trifft gerade auf den RFS die Sontheimersche These zu, daß, wo immer der Nationalismus heutzutage in der jungen Generation zum Bezugspunkt des Denkens wird, der Einfluß der älteren Generation nachweisbar ist [22]): In den Verbindungshäusern der österreichischen Burschenschaften empfängt der RFS seine Ideologie. Diese enge Zusammenarbeit läßt für die Demokratisierung der österreichischen Hochschulen keine großen Hoffnungen aufkommen.

Schon nach diesen knappen Ausführungen kann man den RFS als rechtsradikale Gruppe einstufen [23]): Er zweifelt nicht nur die parlamentarische Demokratie Österreichs an, sondern wäre auch bereit, sie einem totalitären Regime rechter Provenienz (Vorbild Südafrika!), vielleicht nach dem Modell des „Anschlusses", zu opfern. Er schrickt nicht vor Gewaltanwendung zurück.

Es bleibt die Frage, warum eine solche Studentengruppe über ein derart großes Wählerreservoir an Österreichs Hochschulen verfügt. Um dies zu erkunden, wäre eine Analyse des politischen Bewußtseins der österreichischen Studenten not-

18) „Der Ring", Salzburg, Extrablatt II/1968.
19) „Der Ring", Graz (Grazer Hochschulforum) 6/67, S. 8.
20) Aubell-Brief (Anm. 2).
21) Aubell-Brief (Anm. 2).
22) Vgl. Kurt Sontheimer, Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik (Herausgegeben von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung), Wiesbaden 1966, S. 5.
23) Ich übernehme dabei Iring Fetschers Definition in dem von ihm herausgegebenen Band „Rechtsradikalismus", Frankfurt 1967, S. 13 f.

wendig. Da die unterentwickelte soziologische und politologische Wissenschaft in diesem Lande indes noch mit Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hat, konnte sie bisher eine solche Arbeit nicht leisten.

Es läßt sich jedoch jetzt schon sagen, daß die den Rechtsradikalismus begünstigende, apolitische Haltung der Hochschüler eine Folge der kulturellen Tradition des österreichischen Mittelstandes ist. Aus der geringen Zahl der Stipendienempfänger (1967/68 knappe 15 Prozent aller Studenten) und aus Statistiken läßt sich schließen, daß nur sehr wenige Studenten aus den unteren Einkommensgruppen kommen. Nach Adolf Kozlik sollen von 100 österreichischen Akademikern 7 aus der Arbeiterschaft, 11 aus Angestelltenfamilien, 41 aus der Mittelschicht und 41 aus der Oberschicht kommen [24]). Genaue Unterscheidungen zwischen Angestellten und Mittelschicht macht Kozlik nicht, so daß wir diese beiden Gruppen gemeinsam dem „Mittelstand" zurechnen können.

Im Gegensatz zu Deutschland sind aber nicht nur die Mittelstandsangehörigen, sondern auch die Mitglieder der Oberschicht für nationalistische Propaganda sehr anfällig: Es gibt in Österreich keinen nennenswerten Linksliberalismus, sondern Mittelstand und Oberschicht vereint ein starker Antikommunismus. Zudem huldigen beide Schichten den kulturellen „Werten" des 19. Jahrhunderts: „Das intellektuelle Interesse ist ... nicht sehr stark ausgeprägt; zweifellos aber liebt man in diesem Lande die Musik, besaß und besitzt man zum Teil noch echte Theaterleidenschaft, ist die Ausdruckskunst hier zu Hause", schreibt Otto Schulmeister, der Chefredakteur der konservativen Wiener „Presse" in seinem instruktiven Buch „Die Zukunft Österreichs" [25]).

Da sich auch die Bildungspolitik bis zur Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die SPÖ im Mai dieses Jahres an den Maximen des 19. Jahrhunderts orientierte — an den Schulen werden Fächer wie politische Bildung oder Zeitgeschichte gar nicht oder nur spärlich unterrichtet —, sind die meisten österreichischen Studenten nicht in der Lage, sich über die traditionellen Ideologien ihrer Eltern hinwegzusetzen. Sie wählen entweder christlich-katholisch — also ÖSU — oder, wenn sie aufstiegsbeflissen und sowohl antikommunistisch als auch antiklerikal sind, den RFS, der zudem „gezielte", „sachliche" Reformen verspricht, und lehnen jede weitere politische Aktivität ab. Diese Haltung hat sich auch in den letzten Jahren kaum geändert und müßte die neue sozialistische Regierung mehr beunruhigen als jede Unruhe an ihren Universitäten.

---

24) Adolf Kozlik, Wie wird wer Akademiker, Wien 1965, S. 76.
25) 3. Auflage, Wien 1967, S. 303.

Fernseh-Spalte

EIN HISTORISCHER BACHMANN?

„Der Tod des Deputierten Jean Jaurès", Dokumentarspiel von Hellmut Andics und Werner Murawski (ZDF 31. 7. 70), hatte mein Interesse nicht nur des Themas wegen herausgefordert. Im ZDF-Pressedienst schließt die Inhaltsbeschreibung dieser Produktion mit dem Satz: „Beide jedoch, der Deputierte Jean Jaurès, wie auch sein Mörder, waren die Opfer eines entfesselten Chauvinismus und einer gewissenlosen Pressekampagne geworden . . ." Die aktuelle Parallele liegt auf der Hand: Dutschke und Josef Bachmann. Jaurès Mörder Raoul Villain hat, mit einiger Sicherheit kann das gesagt werden, aus anderen psychologischen Motiven gehandelt als Bachmann, was nicht zuletzt auf die unterschiedliche soziale Situation der beiden Attentäter zurückzuführen ist. Setzen wir einmal voraus, daß die Motive stimmen, die Kriminalkommissar Gaubert am Schluß des Dokumentarspiels Villain unterstellt: er habe nur an sein eigenes verpfuschtes Leben gedacht, das ihm eine Last gewesen sei. Das ist die individuelle psychologische Basis. Dann aber bemerkt der Kommissar, Villain habe nur deswegen geschossen, weil alle Jaurès haßten. Darauf ist auch die Rekonstruktion der Tat in diesem Dokumentarspiel abgestimmt. Das bedeutet, wenn man die Sache differenziert betrachtet, die Erweiterung des individualpsychologischen Motivs zur kollektiven Psychologie hin. Die politische Determiniertheit Villains ermöglichte es ihm, die Waffe abzudrücken. Es wäre für die Autoren einfach gewesen, dem Betrachter des Jahres 1970 eine aufklärerische Nutzanwendung mitzuliefern. Vielleicht hatten sie das im Sinn. Wie dem auch sei, der Film versagte sich diese Pointe. Der mögliche Einwand, die empirische Darstellung der historischen Situation genüge, sticht für mich nicht; nicht mehr. Das Fernsehen in der Bundesrepbulik hat sich zu einem machtvollen Instrument kollektiver Anpassung entwickelt. Wer zwischen den krypto-faschistischen Agentenserien, zwischen dem „Goldenen Schuß" und dem „Spiel ohne Grenzen" neunzig Minuten Jaurès-Pazifismus geboten bekommt, muß schon einen geschärften Blick haben, um jenen verborgenen Sinn zu erkennen, den ich hier herauskristallisiert habe (wobei ich durchaus zugebe, daß es sich um eine Hypothese handelt).

So betrachtet, wurde in diesem Dokumentarspiel kaum mehr als eine Geschichte im historischen Milieu erzählt. Falsch ist übrigens die mehrfach ins Spiel gebrachte politische Außenseitersituation Jaurès'. Die Hetzkampagne der einem ontologischen Faschismus verpflichteten Action française berührte am wenigsten die Leute, unter denen Jaurès und die Mitarbeiter der (von ihm gegründeten) Zeitung „L'Humanité" — man denke an die Sequenz im Café — verkehrten. Jaurès' Ermordung hätte durchaus ein Signal zum Bürgerkrieg in Frankreich sein können, wäre nicht kurz danach die Mobilmachung angeordnet worden. Er hatte, wenn auch nicht unbedingt hinsichtlich seiner naiven französisch-deutschen Verständigungsbereitschaft, einen großen Teil der sozialistischen Massen hinter sich, zumindest den revisionistisch ausgerichteten Teil. (Dutschke hingegen wurde wirklich als Repräsentant einer kollektiv gehaßten Minderheit niedergestreckt.) Wurde schon die Persönlichkeit Jaurès' in diesem Dokumentarspiel auf die Rolle des erfolglos um Frieden ringenden Pazifisten reduziert, so blieben zeitgeschichtliche Konturen völlig aus dem Spiel. Ein paar flüchtige Szenen mit Charles Maurras (Action française), mit dem Waffenhändler-Monstrum Zaharoff, mit dem deutschen SPD-Delegierten Haase (Brüsseler Begegnung mit Jaurès) blieben ohne jedes Profil. Nichts erfuhr man über die damalige Struktur der französischen Regierung, nichts über Jaurès' politischen Werdegang und sein Programm oder gar seine eigenwillige Sozialismustheorie, kaum etwas über die Action française und noch weniger über die deutsch-französische Situation. So wurde wieder ein wichtiges Thema mit gutem Willen und mangelndem Sinn für die zeitgeschichtliche Totale (ohne die niemand Einsicht in Zusammenhänge gewinnt) verspielt. Nein, das war nicht Jaurès. Es war jemand, der dafür büßen mußte, daß er an eine Verständigung mit Deutschland glaubte. Die Biographie einer Schlüsselfigur des französischen und internationalen Sozialismus blieb unbenutzt.

E. H. Wahl

Bürger zweiter Klasse

Eli Lobel / Sabri Geries, Die Araber in Israel. Übersetzung aus dem Französischen: Marc Schneider, Übersetzungskollektiv Berlin. Trikont-Verlag, München 1970, 212 S., 12,80 DM.

Das bereits 1965 in Hebräisch erschienene Buch über die Lage der Araber in Israel von Sabri Geries, das nunmehr in deutscher Übersetzung vorliegt (die deutsche Ausgabe ist die Übersetzung des 1969 bei Maspero, Paris, erschienenen französischen Buches), hat noch nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Das Buch gibt eine Übersicht über 17 Jahre Geschichte der Beziehungen zwischen der jüdischen Majorität und der arabischen Bevölkerung in Israel. Hieraus resultieren die Aktualität und das Interesse an diesem Buch: ohne das Wissen und das Verständnis für diese Geschichte können Vorgänge nicht verstanden werden, wie sie seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 bei den israelischen Arabern zu konstatieren sind. Neuere Untersuchungen weisen nämlich deutlich eine steigende Identifizierung mit der arabischen Nation nach und damit gleichzeitig ein Nachlassen der angeblichen Loyalitätshaltung gegenüber dem israelischen Staat.

„Ich bin überzeugt, daß die Welt den Judenstaat nach seinem Verhalten gegenüber den Arabern beurteilen wird." Diesen Ausspruch des ersten israelischen Staatspräsidenten Chaim Weizmann stellt der arabische Rechtsanwalt Sabri Geries, ein Bürger des Staates Israel, seiner Abhandlung über „die Araber in Israel" als Geleitwort voran, und er mißt es an der Realität.

Ziel der Untersuchung ist es, eine exakte statistische Dokumentation über die arabische Bevölkerung Israels vorzulegen, um zu einem wahrheitsgemäßeren Bild der israelischen Wirklichkeit beizutragen. Der Wert des Buches liegt darin, daß Sabri Geries beinahe ausschließlich offizielle hebräische Quellen wie etwa Gesetzesvorlagen, Parlamentsprotokolle, Gerichtsakten etc. für seine Darstellung benutzt, was seinem Buch einen dokumentarischen Charakter verleiht. Wie aus dem Titel bereits ersichtlich, behandelt Sabri Geries in seinem Buch nur die Situation derjenigen Araber, die nach der Staatsgründung in Israel geblieben sind. Die arabisch-israelische Gesamtproblematik, in deren Kontext dieses Teilproblem nur gesehen werden kann, wird in ihrer Gesamtheit nur berührt. Den fehlenden Kontext stellt das umfangreiche und die Politik des Zionismus scharf analysierende Vorwort des Israelis Eli Lobel her, das der französischen Ausgabe vorangestellt wurde.

Der für den Kontext bedeutendste Abschnitt des Vorwortes behandelt den arabischen Aufstand von 1936—1939, der die entscheidende Phase in der jüdisch-arabischen Auseinandersetzung unter dem britischen Mandat darstellte. Der Aufstand der Araber in den Jahren 1936—1939 stellte den letzten Versuch des arabischen Volkes Palästinas dar, die jüdische Einwanderung in das Land gewaltsam zu verhindern. Der Zusammenstoß mit den Briten und nicht mit den Juden verursachte die Vernichtung der Militärmacht der Araber in Palästina, und die Bedingungen für den israelischen Sieg von 1948 wurden während des Araberaufstandes geschaffen. Das arabische Volk Palästinas war militärisch geschlagen worden und befand sich politisch in einem desolaten Zustand, während in einem gegenläufigen Prozeß die jüdische Bevölkerung aus dem Aufstand militärisch gestärkt hervorging, weil sie sich während des Kampfes mit der britischen Armee verbunden hatte.

Das erste Kapitel des Buches von Sabri Geries behandelt ausführlich die aus der britischen Mandatszeit vom jüdischen Staat übernommenen Ausnahmegesetze, die die Einstellung der Araber zu eben diesem Staat entscheidend geprägt haben. Diese „defence regulations" — 170 an der Zahl — regelten u. a. die Freizügigkeit, die Rede- und Pressefreiheit, verhängten die Zensur, ermöglichten die Überprüfung von Fahrzeugen, von Feuerwaffen etc.; auf Grund dieser Gesetze konnten Militärgerichte eingesetzt werden — sie gaben dem Verteidigungsminister die Befugnis, Militärgouverneure für Gebiete zu ernennen, wenn der Minister dies aus Staatssicherheitsgründen für erforderlich hält. Nach der Lektüre dieses Abschnittes erkennt der Leser die Allmacht der Militärregierungen, da sie praktisch keiner Kontrolle unterlagen. Die in den Notstandsgesetzen eingeräumte Möglichkeit einer Berufung vor

dem Obersten Gerichtshof erwies sich realiter als rein theoretisch. Es stellte sich nämlich heraus, daß der Oberste Gerichtshof sich nicht für zuständig hielt, über eine Maßnahme der Militärregierung zu urteilen, wenn diese aus „Sicherheitsgründen" handelte. So hieß es, dem Obersten Gerichtshof stehe es nicht zu, die Militärgouverneure vor Gericht über die Art der „Sicherheitsgründe" zu befragen, denn das verstoße bereits eo ipso gegen die Staatssicherheit.

Eine der gravierendsten Vorschriften der Militärregierung betraf den Artikel 125 der „defence regulations", der besagt, daß kein israelischer Araber das Recht hat, die Sperrzonen zu betreten oder zu verlassen ohne eine schriftliche Genehmigung des Militärgouverneurs. Wie ein Damoklesschwert hing diese Vorschrift über den Arabern. Die Opposition jüdischer Parteien zwang die Behörden, in diesem Punkt ab 1957 Erleichterungen einzuführen, und im August 1959, vor den israelischen Parlamentswahlen, wurde die Freizügigkeit in den Militärregionen Nord und Mitte weitestgehend wiederhergestellt. Zu weiteren Korrekturen des Artikels 125 führte der Rücktritt Ben-Gurions im November 1963 und die Nachfolge Levi Eschkols als Premier- und Verteidigungsminister. 1966 wurde der Status der Militärverwaltungen aufgehoben.

Der Erwerb von Grund und Boden in Palästina gehörte zu den Hauptzielen der zionistischen Politik seit Beginn der Bewegung am Ende des vorigen Jahrhunderts. Dieses Kapitel wurde 1948 mit der Errichtung des Staates Israel abgeschlossen. Danach oblag der Erwerb von Grund und Boden, der noch den Arabern gehörte, dem souveränen Staat Israel. Sehr deutlich hat Sabri Geries die offensichtliche politische Funktion der Verfügungen und Gesetze hinsichtlich der Annexion arabischen Grund und Bodens im 2. Kapitel seines Buches herausgearbeitet. Diese Bestimmungen hatten nur ein Ziel: den Weg für die endgültige Bodenenteignung zu ebnen. Den juristischen Rahmen hierfür bildeten sieben Verfahrensweisen. Die Beschlagnahmung ihres Bodens gehört zu den tiefgreifendsten Erscheinungen in der leidvollen Geschichte der israelischen Araber. Sie hat die Physiognomie der arabischen Gesellschaft permanent geprägt, und der Kampf gegen die gewaltsame Aneignung des Bodens durch die Juden rangiert im Bewußtsein der Araber — innerhalb wie außerhalb des Staates Israel — nach wie vor an erster Stelle. Für die harte Haltung der Israelis in dieser Frage gibt es zwei Motive: 1) die militärisch-strategischen Erwägungen; 2) politisch: der größte Teil des beschlagnahmten Bodens befand sich in jenen Gebieten, die im UNO-Teilungsplan von 1947 dem arabischen Staat zugebilligt worden waren. Deshalb beeilten sich die israelischen Behörden, die betreffenden Gebiete mit Juden zu besiedeln.

Zwei Ereignisse und zwei Namen wurden zum Symbol im Leben der israelischen Araber: Deir Yassin und Kafr Kassem. Detailliert schildert Sabri Geries die Vorfälle vom 9. April 1948 in Deir Yassin und vom 29. Oktober 1956 (Vorabend des Ausbruchs des Suezkrieges). Das Massaker von Deir Yassin — ausgeführt von der Irgun-Gruppe, deren damaliger Führer Menahim Begin seit 1967 als Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett saß — war eine Warnung an die palästinensischen Araber, um ihnen die Flucht zu „erleichtern". Aber wozu das Massaker von Kafr Kassem, das 49 Unschuldige das Leben kostete? Sabri Geries berichtet ausführlich über die zweideutig-eindeutigen Befehle über die Straffreiheit, der sich letzten Endes die Verantwortlichen erfreuten.

Auf Grund des letzten Kapitels, das diverse Aspekte (soziales Leben und politische Organisation, landwirtschaftliche Entwicklung, die Lage der arabischen Arbeiterklasse, öffentliche Dienste und lokale Administration) behandelt, läßt sich resümierend sagen, daß die isrealischen Araber durch die systematische Diskriminierung seitens der israelischen Behörden als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Obwohl in den letzten Jahren im Bereich der Infrastruktur einiges zugunsten der Araber geleistet wurde, hat sich ihre Lage noch nicht entscheidend gebessert. Ja, auf Grund des nun vorliegenden Gesetzentwurfes zur Schulreform scheinen sie auf dem Sektor des Bildungswesens noch weiter ins Hintertreffen zu geraten. So gleicht die Situation der Araber in Israel der von Notleidenden — um mit Geries zu sprechen —, die an die Tür barmherziger Seelen klopfen.

Hans-Georg Burger

Bildung im Kapitalismus

Martin Baethge, Ausbildung und Herrschaft. Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1970, 386 S., 15,— DM.

Der von Altmeister Karl Abraham beschworene „Betrieb als Erziehungsfaktor" (2. Aufl., Freiburg 1957) bestimmt heute wie ehedem die bildungspolitischen Vorstellungen der deutschen Industrie. In enger Anlehnung an Abrahams Ausführungen formulierte erst kürzlich Harry Wirth, langjähriger Mitarbeiter in einer zentralen Personaldienststelle der Siemens AG, „zwei Hauptgebiete für die funktionale Erziehungsarbeit im Betrieb: 1) die Erziehung zu bestimmten Vorstellungen vom Ablauf der Geschichte und die Erziehung zu Meinungen über die Ordnung menschlichen Zusammenlebens; 2) die Erziehung zu bestimmten Ordnungsvorstellungen des menschlichen Zusammenlebens durch das Ordnungserlebnis im Betrieb" (H. Wirth, Bildungsarbeit im Industrieunternehmen. München, Wien 1969, S. 25).

Hier wird ein Ordnungsdenken manifest, das ohne jeglichen Vorbehalt nicht mehr nur die bloße Übereinstimmung von Betriebsstruktur und Gesellschaftsstruktur, sondern sogar die Vorbildlichkeit betrieblicher für die gesellschaftlichen Verhältnisse postuliert. Der Herrschaftsverhältnisse, denen solches Denken entspringt, der damit verbundenen Ideologie etc. hat sich Martin Baethge in seiner Arbeit „Wirtschaftsinteressen und Bildungspolitik" angenommen, mit der er Anfang 1969 an der Technischen Universität Hannover promovierte. Auf Grund welcher Überlegungen die Dissertation jetzt mit dem Titel „Ausbildung und Herrschaft" erscheint, mag dahingestellt werden; auf jeden Fall erscheint der Titel unglücklich gewählt, denn er verheißt irreführend einen Allgemeinheitsgrad, welcher in der Arbeit weder vorhanden ist noch auch vom Autor intendiert wurde. Baethge hat sich bewußt darauf beschränkt, die bildungspolitischen Vorstellungen und Zielsetzungen der deutschen Unternehmer zu untersuchen, und nicht etwa den Versuch gemacht, eine Politische Ökonomie des Bildungswesens o. ä. zu verfassen (vgl. S. 5). Konsequent interpretiert er denn auch seine eigenen Aussagen als „empirische . . . , die belegen, wie gegenwärtig Unternehmerorganisationen auf die Bildungspolitik Einfluß nehmen. Es sind keine strukturellen Aussagen über das Verhältnis von Kapitalismus und Bildungssystem überhaupt" (S. 31).

Das besagt natürlich nicht, daß generell auf die Analyse und Formulierung übergreifender Momente verzichtet wird. So zeigen etwa die bildungspolitischen Bestrebungen der Industrie vor dem Hintergrund der neueren Diskussion um die „geistige Vermögensbildung", wie genau man dort erkannt hat, daß das „Ausbildungssystem . . . als Produktivkraft heute strategischen Wert für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft" (S. 89) hat. Und so zeigt weiter die Analyse der historischen Dimension, mit welch fataler Folgerichtigkeit sich die Vorstellungen der Unternehmer über das betriebliche Ordnungsgefüge kaum entwickelt, sondern nachgerade erhalten haben. So meinte Bueck 1882 vor dem Centralverband Deutscher Industrieller, es sei ein Unding, den Gedanken der Gleichberechtigung auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen zu wollen. Immer werde doch „der Besitzende tatsächlich . . . einen größeren Einfluß und eine größere Macht ausüben. Das liege in der Natur der Dinge" (zit. S. 39).

Kaum anders klingt es gegenwärtig, wenn die Walter-Raymond-Stiftung beteuert: „Die geforderte wirtschaftliche Mitbestimmung hätte eine der unternehmerischen Aufgabe wesensfremde Parlamentarisierung der Unternehmensleistung zur Folge" (zit. S. 233). So liegt es auf der Hand, daß die „Natur der Dinge" von 1882 und das „Wesen" von heute sich nur schwer werden auseinanderhalten lassen.

„Aus dieser Betriebsauffassung", so muß Baethge schließen, „deren Kern in der Unantastbarkeit des unternehmerischen Entscheidungsmonopols liegt und die den Betrieb als mit Notwendigkeit undemokratische Leistungsgemeinschaft interpretiert, und aus der funktionalen Zuordnung von Bildung zu dem nach diesen Vorstellungen organisierten Betriebsablauf resultiert ein Bildungsverständnis, das Bildung auf Anpassungs- und Einordnungsfähigkeit und -bereitschaft reduziert hat und im perfekt angepaßten zugleich den gebildeten Menschen sieht" (S. 246).

Erreicht werden soll solche Anpassung auf Grund eines Modells, das mittlerweile wahrhaft Patina angesetzt hat, nämlich durch eine strikte Trennung von „Bildung" und „Ausbildung" (vgl. S. 128 und S. 168). Hier ist es Baethges Verdienst, nachgewiesen zu haben, in welche Richtung die ideologische Ausrichtung der Unternehmeransichten zum Thema „Bildung" heute noch tendiert. Denn während heftige Debatten und der Kampf der Schüler und Studenten gegen technokratische Reformen den Eindruck vertieft haben, daß die Industrie zum Angriff auf die staatlichen Bildungsinstitutionen ansetzt, zeigt das ideologische Konzept der Unternehmer davon noch kaum eine Spur. Im Gegenteil: heftig setzt man sich wider Überbewertung und Ausbau schulischer Bildung zur Wehr. Eine Äußerung des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelstages, Albrecht Düren, mag das exemplarisch verdeutlichen:

„Aber gegenüber der Forderung, die Jugend brauchte einen ‚Schonraum' und deshalb müsse die Schulzeit verlängert werden, sagen wir: Die Jugend braucht einen Bildungsraum, in dem sie im Ernst der Arbeit und des Lebens erzogen wird ... (D)en raschen Veränderungen der Technik, den Realanforderungen des Arbeitsplatzes sowie den Strukturveränderungen in der Berufsschichtung selbst kann nur ... (die Wirtschaft) Rechnung tragen, nicht die Schule" (Zit. S. 128).

Diese und eine Großzahl ähnlich gelagerter Äußerungen verdichten sich zu Beathges entscheidender These, daß es nicht so sehr „die Indienstnahme des offiziellen staatlichen Bildungssystems für die unmittelbar praktischen Zwecke des Kapitals" (S. 115) sei, durch welche die interessenspezifische Einflußnahme der Wirtschaft auf den Sektor „Bildung-Ausbildung" gekennzeichnet werden müsse. Vielmehr ist es der Mußecharakter der schulischen Bildung, der der „Privatwirtschaft die Kontrolle über Weiterbildung und den gesellschaftlichen Aufstieg von über 80 Prozent der Bevölkerung (verleiht), indem der Bereich der Berufsausbildung institutionell vom Ersten Bildungsweg getrennt ist, der wirtschaftlichen Selbstverwaltung überlassen und allein wirtschaftlichen und nicht bildungspolitischen Zielsetzungen unterstellt wird" (S. 115 f). An dieser Stelle sei die Behandlung der inhaltlichen Abfolge in Baethges Arbeit beendet; denn gerade hier drängen Würdigung, doch auch Kritik sich auf.

Wiewohl nämlich der Autor sehr klar gesehen hat, daß seine Arbeit wesentlich eine „ideologiekritische Inhaltsanalyse von bildungspolitischen Stellungnahmen" (S. 29) zu sein hatte und „Ideologie" auch durchaus vertretbar als „interessengesteuerte falsche Aussage über soziale Sachverhalte" (ebenda) versteht; wiewohl er also in der theoretischen Einleitung seiner Arbeit erklärt, es beim Material seiner Analyse mit ideologisch gefärbtem Material, das mithin nicht unbedingt die wirklichen Verhältnisse korrekt spiegeln wird, zu tun zu haben, stellt sich im Verlauf der praktischen Analyse dieses Materials zunehmend die Tendenz ein, ideologische Aussagen für zutreffende Bezeichnungen der sozialen Wirklichkeit selbst zu nehmen. So kommt Baethge zwar zu der richtigen und auch exakt abgeleiteten Einsicht, daß „die unternehmerische Bildungspolitik im Denken der Klassengesellschaft befangen" (S. 162) bleibt; indem er jedoch die solches Denken tragende Ideologie nicht weiter auflöst, folgt für ihn daraus die in dieser Einseitigkeit zumindest sehr fragwürdige Behauptung, daß „(m)it der Festlegung auf das bestehende Bildungssystem ... die Wirtschaft ... auf eine eigene, der industriellen Wirklichkeit ... angemessene bildungspolitische Konzeption" (ebenda) verzichte. Nur so kann denn auch eine für die Analyse einer bürgerlichen Gesellschaft, in welcher der Kapitalismus lange schon in das Stadium seiner Organisation getreten ist, nicht zu rechtfertigende Trennung von „wirtschaftlichen und ... bildungspolitischen Zielsetzungen" (s. o.) postuliert werden.

Es bleibt also zu wünschen, daß der Autor im Verlauf seiner weiteren Forschungen den Bereich seiner Recherchen zu erweitern die Möglichkeiten haben werde. In ähnlich fundierten Arbeiten wie der vorliegenden müßte dabei der Versuch unternommen werden, neben den ideologischen bildungspolitischen Äußerungen der Unternehmer auch ihr tatsächliches bildungsökonomisches Verhalten an Hand genauer Daten über Investitionen und Kalkulationen aufzudecken. Die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft wären damit einmal mehr, auch für den Bereich „Bildung-Ausbildung", nachgewiesen.

Wulf D. Hund

Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur

Tilman Moser, Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur. Zum Verhältnis von soziologischen, psychologischen und psychoanalytischen Theorien des Verbrechens, Suhrkamp Verlag 1970, 377 S., 18,— DM.

Wie der Titel dieser Arbeit, die als Dissertation am soziologischen Seminar der Universität Gießen geschrieben wurde, bereits andeutet, handelt es sich hier um den Versuch, verschiedene Theorie-Ansätze zur Erklärung jugendkriminellen Verhaltens zu integrieren. Daß dies ein schwerer Versuch ist, läßt Moser durchblicken, indem er dem Buch als Motto den Satz von J. B. Roebuck voranstellt: „Kriminologen scheinen eine Freude daran zu haben, die Theorien anderer Kriminologen zu zerstören." Es ist ein Verdienst Mosers, gezeigt zu haben, daß die verschiedenen Theorien sich keineswegs widersprechen und insofern die bei Kriminologen beobachtbare wechselseitige Theorie-Zerstörung eigentlich auf Mißverständnissen beruht. In Wirklichkeit ist es so, daß die verschiedenen Kriminalitätstheorien lediglich unterschiedliche Aspekte betonen. So neigen die soziologischen Theorien über die Entstehung von Jugendkriminalität (Cohen, Merton u. a.) dazu, allein den Widerspruch zwischen bestimmten kulturellen „Werten" wie etwa Besitz, hohes Einkommen, hoher Lebensstandard etc. und der Unmöglichkeit, Zugang zu solchen Werten zu bekommen, als Ursache abweichenden Verhaltens zu betonen. Dieser Widerspruch produziert bei den betroffenen Individuen „Statusfrustration", die allein dadurch gelindert werden kann, daß man sich auf illegitime Weise Zugang zu jenen Werten verschafft, durch Diebstahl, Betrug etc. Von den soziologischen Kriminalitätstheoretikern wird dieses Verhalten als durchaus rational interpretiert.

Moser bestreitet nun keineswegs die Bedeutung von Statusfrustration als einer wichtigen Ursache für abweichendes Verhalten, er kritisiert jedoch die völlige Vernachlässigung vor allem der frühkindlichen Sozialisation als gleichsam kumulativer lebensgeschichtlicher Ursache für „Verbrechen". In der Tat neigen die soziologischen Theorien dazu, mit ihren Erklärungen erst bei einem bereits sehr vorgeschrittenen Alter des Delinquenten anzusetzen, eben bei jener „Statusfrustration", die relativ kurz vor der Tat angesetzt wird. Diese Akzentuierung verleitet die Exponenten des soziologischen Erklärungsansatzes zu der Annahme, es handle sich bei abweichendem Verhalten um ein im psychologischen Sinne durchaus normales Verhalten. Die kriminell gewordenen Jugendlichen dürften als psychisch nicht mehr und nicht weniger gestört angesehen werden als die nicht kriminell gewordenen. Der Unterschied zwischen Kriminellen und Nichtkriminellen sei im Prinzip allein der, daß diese den Zugang zu Besitz, Einkommen etc. haben, der jenen durch soziale Herkunft verwehrt ist. Das sozialkritische Moment, das in diesem Erklärungssatz steckt, indem er soziale Mangellagen und nicht individuelle Schuld als Ursache von Verbrechen hervorhebt, wird von Moser als wissenschaftlicher und auch politischer Fortschritt gegenüber biologistischen und moralistischen Verbrechenstheorien voll akzeptiert. Er kann jedoch zeigen, daß der Druck gesellschaftlicher Mangellagen auf kriminell werdende Jugendliche in seiner ganzen Tragweite erst deutlich wird, wenn man ihn als lebensgeschichtliches soziales Schicksal und nicht nur als punktuelle „Statusfrustration" eines im übrigen psychisch nicht überdurchschnittlich belasteten Individuums begreift.

Und Moser kann auf Grund einer Sekundäranalyse jener empirischen Untersuchungen, die sich mit dem Familienhintergrund von Kriminellen befassen, zeigen, daß diese in signifikant höherem Maße „gestörten Sozialisationsbedingungen" ausgesetzt waren: „Eine hervorragende Rolle spielten dabei unter anderem: brutale oder zwischen Härte und Verwöhnung pendelnde Erziehung, Ablehnung, Vernachlässigung, Inkonsistenz der Einstellung (der Eltern zum Kind, F. N.), schwere Beziehungsstörungen zwischen den Eltern, mangelnde Identifikationsmöglichkeiten durch eklatantes Rollenversagen der Eltern, aber auch Ermutigung zu aggressivem Verhalten, hohe Wertinkonsistenz zwischen den Eltern, Mangel an Aufsicht und Zuwendung" (S. 182). Dieses Familien„klima", das in der „unteren Unterschicht" (der die meisten Fälle von Jugendkriminalität entstammen) weit verbreitet ist, ist die Folge der massiven allgemeinen sozialen, insbesondere wirtschaftlichen Benachteiligung dieser Schicht. Nied-

riger Lohn, Arbeitsplatzunsicherheit, miserable Wohnverhältnisse — all diese Faktoren sind materielle Entstehungsbedingungen für einen kriminogenen Sozialisationsprozeß. Und bei dieser bereits in der frühen Kindheit wirksamen materiellen Verelendung setzt Moser den „sozialstrukturellen Druck" in Richtung kriminelles Verhalten an. Mit anderen Worten: Erst durch eine Psychologisierung der rein soziologischen Kriminalitätstheorien wird deutlich, was die Gesellschaft jenen, die sie als „Verbrecher" glaubt schuldig sprechen zu können, in Wirklichkeit angetan hat: von der frühen Kindheit an waren sie massivem materiellen Elend ausgesetzt, das sich über gestörtes elterliches Erziehungsverhalten zum psychischen Elend ausweitete. Verbrechen wäre demnach nicht allein als Folge von punktueller Statusfrustration vor der Tat, sondern als Ergebnis langandauernder Verzweiflung zu bestimmen.

Moser kritisiert, daß die amerikanischen Kriminalitätstheorien — über die seine Arbeit vor allem handelt — einen wichtigen politischen Aspekt des Problems übersehen, nämlich die in der „militanten Negerbewegung" (S. 54) sich in den letzten Jahren abzeichnende Tatsache, „daß in einer historisch einmaligen Situation früher desparat-individualistisches kriminelles Potential mit eingebracht wurde in eine revolutionäre Bewegung" (S. 54). Nach den Grundannahmen der soziologischen Kriminalitätstheorien dürften solche Bewegungen gar nicht möglich sein, denn sie gehen davon aus, daß in der amerikanischen Gesellschaft prinzipiell alle Menschen die „Werte" des american way of life — Besitz, bestimmte Konsumwaren etc. — als verbindlich und erstrebenswert akzeptieren; dies soll eben auch für jugendliche Delinquenten gelten: gerade weil sie jene „Werte" akzeptierten, müßten sie sich — mangels legitimer Möglichkeiten — auf illegitimem Wege Zugang zu ihnen verschaffen. Diese Theorie kann eben jene politischen Aktionen von Gewalt, die nicht auf den Erwerb, sondern auf die Zerstörung jener „Werte" gerichtet sind, nicht mehr erklären. Der Umschlag sozialer Verzweiflung in politische „Rebellion" (Moser) zeigt die Möglichkeit einer vollständigen Negation des Systems durch die in diesem System strukturell Benachteiligten. Die Schilderung des Erziehungselends in den amerikanischen Slums, die Moser auf der Grundlage zahlreicher empirischer Untersuchungen gibt, erinnert an Formulierungen von Marx zum Problem der Verelendung als der „offenherzigen, entschiedenen, umfassenden Verneinung der menschlichen Natur". Die politischen Folgen sind noch nicht abzusehen, jedoch scheint die Phase des Ausweichens allein in „desparat-individualistische" Kriminalität in den USA zu Ende zu sein.

Friedhelm Nyssen

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Dieter v. Stephanitz, Exakte Wissenschaft und Recht. Der Einfluß von Naturwissenschaft und Mathematik auf Rechtsdenken und Rechtswissenschaft in zweieinhalb Jahrtausenden. Ein historischer Grundriß. Verlag de Gruyter, Berlin, XII, 273 S., kart. 52,— DM (Münsterische Beiträge zur Rechts- und Staatswissenschaft, Heft 15).

Stephan Körner, Erfahrung und Theorie. Ein wisenschaftstheoretischer Versuch. Aus dem Englischen von Eberhard Bubser. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 304 S., Ln. 48,— DM. — Der Verlag legt weiter vor: Manfred Clemenz, Soziologische Reflexion und sozialwissenschaftliche Methode (260 S., kart. 16,— DM); Pierre Bourdieu, Zur Soziologie der symbolischen Formen (248 S., kart. 14,— DM).

Werner Becker, Hegels Begriff der Dialektik und das Prinzip des Idealismus. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 168 S., kart. 29,— DM.

Lenin über Trotzki. Mit einer Einleitung von Josef Schleifstein und Johannes Heiseler. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 208 S., kart. 3,— DM.

Günther Anders, Der Blick vom Mond. Reflexionen über Weltraumflüge. Verlag C. H. Beck, München, 180 S., Paperback 9,80 DM.

Gerhard Vinnai, Fußballsport als Ideologie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 112 S., br. 6,— DM (Veröffentlichungen des Psychologischen Seminars der Technischen Universität Hannover).

Joachim Heller, Jugendkriminalität. Zweite Auflage. Luchterhand Verlag, Neuwied, 168 S., kart. 9,80 DM (Luchterhand Arbeitsmittel). — Aus der Schriftenreihe „Aktuelle Pädagogik": Helmut Seiffert, Hochschuldidaktik und Hochschulpolitik. Der Hochschulunterricht und seine politischen, wirtschaftstheoretischen und sozialen Voraussetzungen (224 S., kart. 18,50 DM).

Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1899—1935. Leibniz Verlag, Hamburg, 576 S., Ln. 78,— DM (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 7).

Literatur und Widerstand. Anthologie europäischer Poesie und Prosa. Herausgeber: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (F.I.R.). Röderberg-Verlag, Frankfurt, 799 S., Ln. 29,80 DM. — Unter den Autoren befinden sich Louis Aragon, Franz Theodor Csokor, Erich Fried, Heinrich und Thomas Mann, Cesare Pavese, Anna Seghers, Alexander Twardowski und Günther Weisenborn.

Geschichte und Zeitgeschichte

Zdenek Vána, Einführung in die Frühgeschichte der Slawen. Karl Wacholtz Verlag, Neumünster, 144 S., 20 Textabb., 7 Tafeln, Ln. 34,80 DM.

Constantin C. Giurescu, Transsilvanien, ein Beitrag zur Geschichte Rumäniens. Schäuble Verlag, Köln, 144 S. mit zahlr. Abb., und Karte, Ln. 24,— DM.

Arthur Kleinschmidt, Geschichte des Königreichs Westfalen. Verlag Hamecher, Kassel, IX, 678 S., Ln. Subskriptionspreis 58,— DM.

Erich Matthias, Zwischen Räten und Geheimräten. Die Regierung der Volksbeauftragten. Droste Verlag, Düsseldorf, 184 S., Paperback 15,80 DM. — Einzelveröffentlichung der Einleitung zu dem umfangreichen Quellenwerk „Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19" (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 6).

Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 320 S., kart. 20,— DM.

Johannes Kolb, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 182 S., kart. 18,— DM (Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Metallindustrie und ihrer Organisationen). — Außerdem ist erschienen: Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth (244 S., kart. 15,— DM).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Soldat 70 – Wehrpflichtige melden sich zu Wort

Die Vorgänge, die mit der nachstehend dokumentierten Initiative „Soldat 70" ausgelöst worden sind, werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf Richtung und Grenzen, die die Bundeswehrführung der Diskussion um die Reform der bundesdeutschen Armee vorzuschreiben wünscht. Anfang Mai 1970 veröffentlichten dreizehn wehrpflichtige Soldaten in Bonn die Studie „Soldat 70", in der sie sich kritisch mit der sogenannten Schnez-Studie und den Vorstellungen des Bundesverteidigungsministers auseinandersetzen und eine Reihe von Vorschlägen und Forderungen zur Demokratisierung der Bundeswehr

Gerhard Vinnai, Fußballsport als Ideologie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 112 S., br. 6,— DM (Veröffentlichungen des Psychologischen Seminars der Technischen Universität Hannover).

Joachim Heller, Jugendkriminalität. Zweite Auflage. Luchterhand Verlag, Neuwied, 168 S., kart. 9,80 DM (Luchterhand Arbeitsmittel). — Aus der Schriftenreihe „Aktuelle Pädagogik": Helmut Seiffert, Hochschuldidaktik und Hochschulpolitik. Der Hochschulunterricht und seine politischen, wirtschaftstheoretischen und sozialen Voraussetzungen (224 S., kart. 18,50 DM).

Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1899—1935. Leibniz Verlag, Hamburg, 576 S., Ln. 78,— DM (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 7).

Literatur und Widerstand. Anthologie europäischer Poesie und Prosa. Herausgeber: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (F.I.R.). Röderberg-Verlag, Frankfurt, 799 S., Ln. 29,80 DM. — Unter den Autoren befinden sich Louis Aragon, Franz Theodor Csokor, Erich Fried, Heinrich und Thomas Mann, Cesare Pavese, Anna Seghers, Alexander Twardowski und Günther Weisenborn.

Geschichte und Zeitgeschichte

Zdenek Vána, Einführung in die Frühgeschichte der Slawen. Karl Wacholtz Verlag, Neumünster, 144 S., 20 Textabb., 7 Tafeln, Ln. 34,80 DM.

Constantin C. Giurescu, Transsilvanien, ein Beitrag zur Geschichte Rumäniens. Schäuble Verlag, Köln, 144 S. mit zahlr. Abb., und Karte, Ln. 24,— DM.

Arthur Kleinschmidt, Geschichte des Königreichs Westfalen. Verlag Hamecher, Kassel, IX, 678 S., Ln. Subskriptionspreis 58,— DM.

Erich Matthias, Zwischen Räten und Geheimräten. Die Regierung der Volksbeauftragten. Droste Verlag, Düsseldorf, 184 S., Paperback 15,80 DM. — Einzelveröffentlichung der Einleitung zu dem umfangreichen Quellenwerk „Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19" (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 6).

Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 320 S., kart. 20,— DM.

Johannes Kolb, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 182 S., kart. 18,— DM (Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Metallindustrie und ihrer Organisationen). — Außerdem ist erschienen: Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth (244 S., kart. 15,— DM).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Soldat 70 – Wehrpflichtige melden sich zu Wort

Die Vorgänge, die mit der nachstehend dokumentierten Initiative „Soldat 70" ausgelöst worden sind, werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf Richtung und Grenzen, die die Bundeswehrführung der Diskussion um die Reform der bundesdeutschen Armee vorzuschreiben wünscht. Anfang Mai 1970 veröffentlichten dreizehn wehrpflichtige Soldaten in Bonn die Studie „Soldat 70", in der sie sich kritisch mit der sogenannten Schnez-Studie und den Vorstellungen des Bundesverteidigungsministers auseinandersetzen und eine Reihe von Vorschlägen und Forderungen zur Demokratisierung der Bundeswehr

entwickeln. Zum ersten Mal wurde mit diesen Forderungen die Stimme der großen Masse der Wehrpflichtigen vernehmbar. Zahlreiche Mitunterzeichner schlossen sich der Initiative an. Die Hast und die Methoden, mit denen diese neue Stimme unterdrückt werden soll, dokumentieren, welche Interessen in der Bundeswehr gegenwärtig den Ton angeben. Drei Tage nachdem der Verteidigungsminister die Diskussion von „Soldat 70" im Rahmen eines „Wehrpflichtigen-Parlaments" in Aussicht gestellt hatte, verbot Generalinspekteur de Maizière mit sofortiger Wirkung die Verteilung und Diskussion des Papiers in den Kasernen. Seit diesem Zeitpunkt sehen sich die Initiatoren einer Welle von Drohungen, Spindkontrollen, Verhören, Arreststrafen und Verfahren ausgesetzt. Der Gefreite Georg Rohde und der Flieger Gerhard Gust wurden sogar mit der Begründung „staatsgefährdender Zersetzung" aus der Bundeswehr entlassen und warten auf einen Prozeß. Die Bundeswehrführung hat hier von neuem Anschauungsmaterial für die Berechtigung und Dringlichkeit der Forderungen ihrer demokratischen Kritiker geliefert — Erfahrungen und Forderungen, die nicht auf sich beruhen bleiben können. D. Red.

Alle reden von der Bundeswehr. Wir auch. Wir sind junge Arbeiter, Angestellte und Abiturienten, die zur Zeit ihren Wehrdienst ableisten. Wir haben eine große Gemeinsamkeit mit den meisten unserer Kameraden:

Dieser Barras stinkt uns!

Denn wir haben erfahren, daß der Anspruch der Bundeswehr, für Frieden und Demokratie einzustehen, im Widerspruch zur Wirklichkeit steht.

Wir haben erfahren, daß die Bundeswehr von Männern geführt wird, denen alles Militärische zum Lebensinhalt und Selbstzweck geworden ist. Wer aber nicht mehr bereit ist, das Militär grundsätzlich in Frage zu stellen, stellt eine ständige Bedrohung für friedliches und ziviles Leben dar.

Wir haben nicht nur von Frieden und Demokratie geredet, sondern wir haben danach gehandelt. Und wir nehmen Paragraph 17,2 des Soldatengesetzes ernst. Wir wollen das Ansehen der Soldaten in der Öffentlichkeit heben. Angesehen, wie es im Soldatengesetz heißt, kann aber nach unserer Meinung nur der sein, der sich für Frieden und Demokratie einsetzt. Deshalb finden sich in unseren Reihen auch solche Soldaten, die in Uniform gegen die Anwendung der Notstandsgesetze und gegen den Krieg der USA in Vietnam und Kambodscha demonstriert haben. Deshalb gehören wir zu denen, die in den Kasernen den alten und neuen Nazis den Kampf angesagt haben.

Wir müssen leider feststellen, daß die Meinung der Mannschaften und der Wehrpflichtigen anscheinend völlig uninteressant ist.

Alle reden von Schnez, Schmidt, den Problemen der Unteroffiziere, der jungen Offiziere. Wir meinen, es ist höchste Zeit, daß sich auch die Wehrpflichtigen zu Wort melden und an die Öffentlichkeit treten.

Wir wenden uns an die Gewerkschaften, an die Jugendverbände und alle demokratischen Vereinigungen, unsere Probleme zu erkennen und uns zu helfen.

Wir wenden uns an die demokratischen Journalisten, über unser Anliegen objektiv zu berichten.

Wir wenden uns an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages: Wenn Sie das Zutrauen, das wir Soldaten zu Ihrem Amt schon lange nicht mehr haben, wiedergewinnen wollen, dann unterstützen Sie unsere Forderung!

Verlesen Sie unser Papier „SOLDAT '70" vor dem Deutschen Bundestag!

Vor allen Dingen wenden wir uns an unsere Kameraden: Setzt Euch mit unseren Gedanken auseinander. Diskutiert sie in den Kasernen und in der Öffentlichkeit. Unterstützt unsere Forderungen. Schreibt uns Eure Meinung.

I. Staat, Gesellschaft und Bundeswehr

Bei vielen von uns Wehrpflichtigen gibt es ein berechtigtes Unbehagen über die Entwicklung in der Bundeswehr. Die da „oben" sind erschreckt über die große Zahl derer, die während des Wehrdienstes den Kriegsdienst verweigern und die Brocken hin-

schmeißen. Deshalb greifen sie zu Mitteln der Diffamierung, des Strafdienstes und schwingen die Alarmglocken.

Die da „oben" sind erschreckt über die weiter anwachsende Zahl derer, die nicht zum Bund wollen und den Kriegsdienst verweigern. Deswegen werden diese jungen Menschen in politischer Quarantäne gehalten, und ihr Idealismus wird durch einen stumpfsinnigen Ersatzdienst verhöhnt.

Die da „oben" sind schließlich besonders deshalb erschreckt, weil die Zahl derer wächst, die sich nicht in politische Quarantäne stecken lassen und sich als Staatsbürger nicht vorübergehend pensionieren lassen wollen, sondern als Soldaten für Demokratie und Frieden einstehen.

Die da „oben" sind schließlich besonders deshalb erschreckt, weil die Zahl derer wächst, so aus:

Wer seinen Kopf zum Denken benutzt und auch danach handelt, dem kann es passieren, daß er in den Bau wandert. Wer seinen Kopf nur zum Haareschneiden hat (und sonst zu nichts), der hat neuerdings die „Freiheit", jetzt auch eine gemäßigte Mähne zu tragen.

Daß man jetzt die alten Zöpfe offen tragen darf, das sollen offensichtlich die „Reformen" sein.

Inzwischen haben sich aus allen möglichen politischen Ecken Stimmen in der Diskussion um die „Modernisierung und Reform der Bundeswehr" zu Wort gemeldet.

Voran die Generale: Schnez und sein Programm haben die Öffentlichkeit erregt. Sie wollen die Militärmacht der demokratischen Kontrolle noch mehr als bisher entziehen. Andererseits wollen sie den Einfluß ihrer Macht auf das zivile Leben bei uns verstärken. In den Schulen soll z. B. verstärkt für den Barras geworben werden; insgeheim wollen sich die Herren Generale die gesetzliche Möglichkeit verschaffen, die Jugend insgesamt in den Griff zu bekommen.

Mit ihnen Verteidigungsminister Schmidt: Er ist ihr Mann und erfüllt ihre Wünsche. Gegen den Protest aus seiner eigenen Partei und der Parteijugend stellt er sich hinter Schnez und seine „Strafbataillone".

Er redet viel von Reformen. Wir haben nichts gegen Reformen, wenn sie der Demokratie nützen. Was Schmidt jedoch will, ist eine Bundeswehr frei von „bürokratischem Ballast", frei von „technischen Unzulänglichkeiten" — aber auch frei von Demokratie! Die Bundeswehr soll ein perfekt funktionierendes Instrument in der Hand einiger Generale (Schnez und ähnliche) und einiger Rüstungsbosse werden (wie der Industrielle Mommsen, der unter Hitler an Rüstungsindustrielle die Aufträge vergab und heute bei Schmidt sich anschickt, als Staatssekretär Ähnliches zu tun).

Vor dem Hintergrund der Schnez-Studie und der Politik Helmut Schmidts müssen wir dringend auf Folgendes warnend hinweisen: Eine technisch so reformierte Armee mit weitgehend unkontrollierten Machtbefugnissen ihrer Führung und einem willfährigen Verteidigungsminister haben in den USA die Voraussetzungen für den Vietnam-Krieg und den Eingriff in Kambodscha geschaffen.

Soll es auch bei uns so weit kommen, daß Generale Politik auf eigene Faust, aber auf unsere Kosten und Knochen machen? Sieht so der Schlußstrich der SPD unter die Politik der CDU/CSU aus? Schon hören wir Stimmen aus der NPD, welche die Vorstellungen von Schnez und Schmidt offen begrüßen und erklären, daß damit ihre eigenen erfüllt seien.

II. Staatsbürger in Uniform

Immer wieder wird uns erzählt, Soldaten seien „Staatsbürger in Uniform". Wir aber haben das Gegenteil erfahren müssen. Die freie Meinungsäußerung endet hinter dem Kasernentor. Wer seine Meinung kritisch und offen zu allen Fragen sagt, wird daran gehindert und bekommt Druck.

Wir haben in Flugblättern unsere Stimme gegen Mißstände beim Bund erhoben. Wir haben uns z. B. dagegen gewehrt, daß die alten und neuen Nazis wieder frech und offen in der Bundeswehr Propaganda machen und als Kandidaten der NPD auftreten dürfen. Das Ergebnis war: Nicht sie, sondern wir wurden verknackt — von Ausgangssperren bis

zum Bau. Wenn das Grundgesetz für alle gelten soll, dann dürfen Bürger auch in Uniform nicht weniger Rechte haben. Deswegen fordern wir:
— Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung aller Soldaten im Rahmen des Grundgesetzes, außerhalb und innerhalb der Kasernentore.
— Volles Recht auf Demonstration, auf Flugblatt- und Plakataktionen.
— Dienstbefreiung nach freier Wahl für politische Betätigung.
— Freistellung zur Ausübung des passiven Wahlrechts auch für Wehrpflichtige.
— Freie Betätigung aller demokratischen Organisationen in der Bundeswehr.
— Erhaltung des uneingeschränkten Beschwerderechts.
— Verbot der Tätigkeit von NPD-Mitgliedern und solchen Soldaten, die für den alten Nazi-Geist zu Felde ziehen.
— Gesetzlich garantierte Möglichkeit der Anrufung ziviler Gerichtsbarkeit bei allen Disziplinarstrafen, mit aufschiebender Wirkung.
— Änderung jener Paragraphen im Soldatengesetz, die die grundgesetzlich verankerten Bürgerrechte beschneiden.

III. Vertrauensleute

Wir „dürfen" unsere Vertrauensleute wählen. So weit so gut. Zu sagen haben sie nichts. In den Augen der Kameraden sind sie die berühmten „armen Schweine", die, wenn sie in unserem Interesse auftreten, dafür mit persönlichen Nachteilen rechnen müssen, in andere Einheiten versetzt werden. Oftmals werden sie zu Sonderdiensten eingeteilt, so daß sie ihre Aufgaben als Vertrauensleute nicht in dem nötigen Umfang wahrnehmen können.

Wir sind der Ansicht, daß ein Vertrauensmann erst dann seinen Namen voll verdient, wenn ihm folgende Möglichkeiten gesetzlich gegeben sind:
— Gewählte Vertrauensleute dürfen nicht versetzt werden. Die Vertrauensleute dürfen nur von denen abgewählt werden, von denen sie ihr Mandat erhielten.
— Die Vertrauensleute dürfen Versammlungen der Soldaten einberufen.
— Versammlungen sollen regelmäßig während des Dienstes einmal im Monat stattfinden.
— Mitbestimmung bei der Erstellung des Dienstplanes.
— Mitbestimmung über personelle Entscheidungen im Kompanierahmen (z. B. Absetzung des Kompaniechefs).
— Beschwerderecht der Vertrauensleute für ihre Kameraden.
— Wahl der Vertrauensleute auf Bataillons- und Divisionsebene.
— Mitbestimmung bei der Urlaubs- und Wochenendsdienstbefreiungsregelung.
— Mitbestimmung über Verpflegung und Kantinenpreise. Selbstverwaltung der Soldaten über die Kantine.
— Mitbestimmung über die Inhalte der „Aktuellen Information". Freie Wahl der Referenten.

Als junge Arbeiter und Angestellte haben wir uns in den Betrieben und Büros für mehr Rechte und für unsere Interessenvertretungen eingesetzt. Wir sehen gar nicht ein, warum wir in der Bundeswehr damit aufhören sollten.

IV. Außenpolitische Zielsetzung der Bundeswehr

Uns wird immer wieder gesagt, die Bundeswehr sei ein Instrument zur Sicherung des Friedens.

Wir aber haben das Gegenteil erfahren.

Ständig vermittelt man uns ein ganz bestimmtes „Feindbild". In der Grundausbildung, im Schießstand, in der „Aktuellen Information" werden wir auf den Fall „Rot" gedrillt. Der Feind steht demnach ausschließlich im Osten. In den Winterhärteübungen wird uns klargemacht, was wir im „russischen Winter" durchzustehen haben. Wir pauken sowjetische Panzertypen und den Aufbau der Armeen der sozialistischen Länder.

Wir müssen feststellen, daß eine solche „Ausbildung" sich nicht wesentlich von der Zielsetzung der Hitler-Armee unterscheidet, die sich als ein Instrument des Krieges und der Eroberungspolitik verstand. Dieser Geist dient nicht der Friedenssicherung. Dieser Geist ist bestimmt vom „Ostlandreitertum" und soll uns bereit machen, Revanche zu nehmen für den Zweiten Weltkrieg.

Unsere Kasernen heißen: „Deutschordenkaserne", „Kaiser-Wilhelm-Kaserne", unsere Schiffe werden benannt nach Nazi-Admiralen. In den Kasernen gibt es „Traditionsräume" mit den Requisiten der kaiserlichen und Nazi-Armee.

Der Antikommunismus ist immer noch die ideologische Haupttriebkraft für diese Erscheinungen und bestimmend für den Geist der Bundeswehr. Die europäischen Nachkriegsgrenzen wurden von Parlament und Regierung der BRD — und damit von der Bundeswehrführung — immer noch nicht völkerrechtlich anerkannt. Das steht zu Frieden und Sicherheit im Widerspruch.

Mit Frieden und Sicherheit hat es auch nichts zu tun, wenn Bundesverteidigungsminister Schmidt wie seine Vorgänger danach strebt, über den Einsatz von Atomwaffen mitzuentscheiden. Wenn an den Trägerwaffensystemen für A-Waffen festgehalten wird, wie es erneut aus dem Verteidigungsweißbuch hervorgeht, das den Ankauf von MRCA-Bombern (mit Aktionsradius bis zum Ural und mit Kernwaffensystem) vorsieht, so wird uns der Glaube an friedliche Absichten recht schwer gemacht.

Wenn Verteidigungsminister Schmidt feststellt, daß der Sowjetunion an einem Krieg nichts gelegen ist, daß sie ein Lebensinteresse am Frieden hat, dann muß auch in der Bundeswehr im vollen Umfange dem Rechnung getragen werden.

Andererseits sollen wir im Rahmen der NATO dazu herhalten, faschistische Terrorregime wie in Griechenland, Portugal und Spanien am Leben zu erhalten. Als NATO-Partner sollen wir zum Stillhalten gegenüber dem Verbrechen der USA in Vietnam, Laos und Kambodscha gezwungen werden. Die Repressalien gegen Soldaten, die in Uniform dagegen protestieren, sind uns Beweis genug.

Deshalb fordern wir:

— Endlich Schluß mit dem Antikommunismus.
— Schluß mit der Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die DDR und alle anderen sozialistischen Länder.
— Völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen in Europa.
— Sofortige Ratifzierung des Atomwaffensperrvertrages.
— Sofortigen Austritt aus der NATO.
— Strikte Neutralität der BRD.
— Weg mit den Plänen über Atomminen an den Grenzen der DDR und den gefährlichen Planspielen mit atomaren „Warnschlägen" über die Ostsee.
— Weg mit den Kernwaffenträgern.
— Verbot der Lagerung und Herstellung von chemischen und biologischen Kampfstoffen auf dem Boden der BRD.

V. Die Bundeswehr als innenpolitisches Instrument

Uns wird immer wieder gesagt: Die Bundeswehr schützt die Freiheit der Bürger unseres Landes. Wir haben das Gegenteil erfahren: sie bedroht unsere Freiheit.

Wir werden gezwungen, für sogenannte „innere Krisenfälle" zu üben. Wir müssen die Niederschlagung von Streiks und den Einsatz gegen Demonstranten proben.

Letzten Endes bedeutet das: Wir sollen gegen unsere eigenen Kollegen in den Betrieben, wir sollen am Ende gegen uns selbst und unsere eigenen Interessen vorgehen.

Die Notstandsgesetze haben der Bundeswehr grünes Licht dafür gegeben. Was in Griechenland passiert ist, haben wir nicht vergessen. Wir weigern uns, den Steigbügelhalter für eine Militärdiktatur zu spielen, und fordern deshalb:

— Die Beseitigung der antidemokratischen Paragraphen des Soldatengesetzes.
— Weg mit der Notstandsgesetzgebung.
— Unterbindung aller Versuche von Anfang an, Kameraden durch Sonderausbildung zur Bespitzelung anderer Kameraden zu erziehen und zu zwingen.
— Abschaffung aller Formen einer Leistungsbewertung, die nach dem Prinzip „teile und herrsche" wirken sollen.

VI. Der alte Geist

Uns wird immer wieder gesagt: In der Bundeswehr gibt es keinen Neonazismus. Wir aber haben erfahren müssen, daß die Bundeswehr ein wahres Paradies für die alten Kommiß-

köpfe, Unteroffiziere und Offiziere der Hitler-Wehrmacht ist. Sie machen in „Traditionspflege" und verherrlichen die soldatischen Prinzipien der Nazi-Armee. Dabei bleiben sie jedoch nicht stehen: sie versuchen die Soldaten in diesem Geist zu beeinflussen, und leider nicht ohne Erfolg. Eine stattliche Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren kandidierten auf den Listen der neonazistischen NPD. Wer sich dagegen auflehnt, wird bestraft. So stellen die „Jungen Nationaldemokraten", die Jugendorganisation der NPD, mit tiefer Befriedigung fest, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder ehemalige Wehrpflichtige sind. Das kann denjenigen nicht verwundern, der kennengelernt hat, daß der alte Untertanengeist immer noch oberstes erzieherisches Ziel der Bundeswehr ist! Die „Ruhe und Ordnung"-Parolen der NPD sind tief im Bewußtsein einer großen Zahl der Offiziere und Unteroffiziere verwurzelt.

Gegen den Neonazismus werden wir uns weiterhin mit aller Kraft wehren und fordern:
— Auflösung der NPD.
— Entlassung aller Unteroffiziere und Offiziere, die sich in neonazistischen Organisationen betätigen.
— Entfernung aller Offiziere und Generäle, die der Hitler-Clique dienten.
— Ausmistung aller Bundeswehr-Büchereien und Entfernung aller Bücher mit kriegsverherrlichendem und antihumanistischem Inhalt.
— Verbot der alten und neuen Nazi-Lieder und solcher Lieder, welche sich vom Inhalt her gegen die bestehenden Grenzen in Europa richten (z. B. Schlesierland — mein Heimatland).
— Sofortige Änderung von Kasernen- und Schiffsnamen, die eine reaktionäre und militaristische Tradition verkörpern, und Umbenennung nach Demokraten, Widerstandskämpfern und Antifaschisten.

VII. Wehrgerechtigkeit

Es wird viel von Gerechtigkeit in diesem Staat gesprochen, auch von Wehrgerechtigkeit. Dafür kommen aus den verschiedensten Ecken eine Menge von Plänen und Vorschlägen. Vor der Einberufung wird immer wieder gesagt, daß durch den Militärdienst keine sozialen Härten auftreten. Wir haben das Gegenteil erfahren. Die Regierung behandelt die Soldaten ungerecht — sie werden sozial benachteiligt und politisch entmündigt.

Die „Wehrgerechtigkeit", wie sie z. B. Helmut Schmidt versteht, bedeutet die Ausdehnung der Ungerechtigkeit auf alle im wehrpflichtigen Alter. Sein Geschimpfe über die „Drückeberger" soll vertuschen, daß sich die Bundesregierung davor drückt, den Soldaten die gleichen sozialen und politischen Rechte zuzugestehen, wie sie die Nicht-Dienenden haben. Wenn Schmidt und seinesgleichen den Neid der Arbeiter in Uniform auf ihre jungen Kollegen in den Betrieben züchten wollen, indem sie davon sprechen, daß „die einen dienen und die anderen verdienen", so fordern wir: Wer dient, soll auch verdienen! Denn das ist das Gesicht der Schmidtschen „Gerechtigkeit": Der junge Facharbeiter in Uniform hat bis zu 90 Prozent weniger Geld als vorher. Aber die Industriebetriebe, die ins Rüstungsgeschäft einsteigen, haben nicht nur den gleichen Profit wie andere Unternehmer, sondern sogar noch mehr. Wir wehren uns dagegen, daß wir gegen unsere Kollegen mit Neid aufgeladen werden sollen.

Deswegen meinen wir, wenn schon soviel von Gerechtigkeit geredet wird, müssen folgende Forderungen vorrangig verwirklicht werden:
— Erhöhung des Wehrsoldes auf mindestens DM 350,— für Abiturienten, Lehrlinge, Studenten oder 90 Prozent des vor der Wehrdienstpflicht erreichten Brutto-Einkommens.
— Freie Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel vom Heimat- zum Standort.
— Auszahlung des Verpflegungsgeldes nicht nur an Wochenenden.
— Freie Wahl der ärztlichen und medizinischen Hilfe.

Das ist schon gerechter, aber noch lange keine „Wehrgerechtigkeit". Ein Schritt weiter in Richtung Gerechtigkeit ist es schon, wenn die im zivilen Bereich erkämpften und gültigen Rechte auch für die Bundeswehr verbindlich werden, d. h. wenn wir einen eigenen und wirksamen Vertrauenskörper haben, wenn wir das Recht auf Mitbestimmung haben und wenn letzten Endes zwischen zivilem und militärischem Leben alle einschneidenden Schranken gefallen sind.

Wer es wirklich ernst meint mit dem Frieden und mit der Wehrgerechtigkeit, der wird sich dann guten Gewissens nicht mehr gegen eine Verkürzung der Wehrdienstzeit auf zunächst 12 Monate wehren können. Dem wird die Forderung nach Senkung der Rüstungsausgaben um zunächst 10 Milliarden DM zum Anliegen.

Der wird nicht umhin können, dann auch die Truppenstärke um zunächst die Hälfte zu senken.

Und der wird sich letztendlich im Rahmen einer echten Friedenspolitik in Europa der fälligen Entmilitarisierung und Abrüstung nicht verschließen können.

Alle anderen Modelle einer sogenannten Wehrgerechtigkeit enthüllen vor diesem Hintergrund ihren wahren Charakter. Wer mehr Wehrpflichtige statt weniger einziehen will, wer von einem sozialen Pflichtjahr für Mädchen träumt, wer von einer „Wehrsteuer" für „Nichtdienende" redet, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er, wie Hitler mit seiner totalen militärischen Volkserfassung getan hat, einer militärischen Lösung der gesellschaftlichen Probleme den Vorrang gibt. Von solcher „Gerechtigkeit" haben wir und unsere Eltern seit dem Zweiten Weltkrieg die Schnauze voll.

Wir wenden uns an unsere Kollegen und Kameraden!

Hier haben Soldaten ihre Forderungen erhoben und ihre Meinung gesagt. Hiermit haben wir einen Anfang gemacht, damit auch die Stimme der Wehrpflichtigen gehört wird.

Diese Gedanken werden wir in die Kasernen, Betriebe, Gewerkschaften und Jugendverbände tragen. Wir meinen nicht, daß unser Programm bereits vollständig und mit dieser Studie abgeschlossen ist.

Jetzt wird es darauf ankommen, daß unsere Kameraden unsere Vorstellungen kennenlernen — daher werden wir alle Möglichkeiten zur Bekanntmachung von „Soldat '70" nutzen. Wir rufen dazu auf, dieses Programm zu diskutieren, es weiterzuentwickeln, es zu verwirklichen. Dafür sind wir zum Kampf angetreten.

Das sind wir: (Schreibt uns!)

Flieger Manfred Eger, 7801 Klingholz, Haus 13 — Panzerschütze Günther Eiermann, 6987 Külsheim, Prinz-Eugen-Kaserne, 1. Pz.Btl. 364 — Panzerkanonier Hans Froeschen, 2 Hamburg 92, Röttiger-Kaserne, Cuxhavener Str. 545 c, 3./pz. Art.-Btl. 75 — Flieger Gerhard Gust, 2944 Wittmund, Stab Jagdgeschwader 71 „Richthofen", S 4 Nachschub — Panzergrenadier Wolfgang Hoffmann, 5438 Westerburg/Westerwald, 1./Pz.-Gren.-Btl. 152, Wäller-Kaserne — Schütze Wolfgang Jerrentrup, 6987 Külsheim, Prinz-Eugen-Kaserne, Ausb.-Inst.-Kp. 3/12 — Gefreiter Jakob Kalker, 5131 Teveren, Postfach F 3 — Flieger Udo Kniffel, 5353 Mechernich, Bleiberg Kaserne, Postfach 220/8 — Panzergrenadier Eugen Meves (Anschrift siehe H. Froeschen) — Gefreiter Georg Rohde, 314 Lüneburg, Scharnhorstkaserne, 1./Vers.-Btl. 86 — Gefreiter Peter Schäfer, 5 Köln-Longerich, Bergheimer Weg 1, 1./s. Transportabt. 933 — Schütze Peter Tuchscherer, 848 Weiden, Frauenrichter Str. 142i — Panzergrenadier Arne Winter (Anschrift siehe H. Froeschen).

Wortlaut des offenen Briefes der Befreiungsfront von Mozambique an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland

Ehrenwerter Herr Willy Brandt,

Eure Exzellenz,

Sie werden wahrscheinlich sehr erstaunt sein, diesen Brief zu erhalten. Wir selber haben gezögert, bevor wir die Initiative zu diesem Brief ergriffen haben — einige von uns waren gegen diesen Vorschlag und sagten, daß er nutzlos sei, denn eine Regierung wie die Ihre, die so eng mit unseren Feinden verbunden ist, könne allein durch Briefe nicht veranlaßt

werden, ihre Position zu ändern. Aber nach einigen Diskussionen entschlossen wir uns, Ihnen dennoch zu schreiben. Wir, die wir für den Sieg der Gerechtigkeit kämpfen, vertrauen fest auf den guten Willen der Menschen; wir glauben, daß, wenn sie falsch handeln, der Grund darin liegen kann, daß sie nicht die Wahrheit, die Realität kennen. Und deshalb sehn wir es als unsere Pflicht an, ihnen ihr falsches Verhalten zu erklären und sichtbar zu machen.

Herr Kanzler, Ihr Land steht in der vordersten Front jener Länder, die den portugiesischen Kolonialismus unterstützen. Mit Waffen, Soldaten, technischer Hilfe und Investitionen. Und das ist es offensichtlich, was die Beziehungen zwischen unserem Volk und Ihrer Regierung besonders distanziert und schwierig macht. Distanziert — denn wer kann die Distanz zwischen dem Herkunftsland der Flugzeuge abschätzen, die Bomben werfen, und dem Volk, auf das sie fallen? Schwierig — denn das einzige, was unser Volk von Westdeutschland kennt, sind die Markierungen auf Waffen, Flugzeugen und Munition. In neuerer Zeit hat sich uns ein weniger militaristischer, aber ebenso abstoßender Aspekt Ihres Landes gezeigt: es sind die Namen jener Firmen, die hierhergekommen sind, um an den kolonialistischen Projekten zu partizipieren.

Eure Exzellenz, es ist kein Zufall, daß Ihr Land heute von der Gesamtheit der afrikanischen Staaten verurteilt wird, die in der OAU (Organisation für die Einheit Afrikas) vertreten sind. Das Verhalten Ihres Botschafters in Tansania war sehr unpassend, als er versuchte, solchen Verurteilungen dadurch entgegenzutreten, daß er sagte: „Warum werden wir angegriffen, wo wir doch nicht das einzige Land sind, das Handelsbeziehungen zu Südafrika hat." Dies ist offensichtlich ein lächerliches Argument eines Mannes, der keine Worte finden kann, um das zu verschleiern, dessen er sich selbst schämt. Es ist ebenso ein Ausweichen vor der Verantwortung.

Aber Ihr Botschafter ging noch weiter: als er sich in einem revolutionären afrikanischen Staat aufhielt, dessen Politik sich in vollkommenem Gegensatz zu der seiner Regierung befindet, und sah, daß das Image seines Landes getrübt ist, erklärte er, um dies wiedergutzumachen, daß „Westdeutschland Befreiungsbewegungen wie die FRELIMO unterstützt, wenn auch nur moralisch".

Wir möchten Ihnen empfehlen, Herr Kanzler, daß Ihr Botschafter angehalten wird, seine Worte gut abzuwägen, bevor er sie ausspricht. Denn wir könnten in Versuchung geraten zu fragen, wann, wo und wie die westdeutsche Regierung zu irgendeinem Zeitpunkt die FRELIMO irgendwie — wenn auch nur moralisch — unterstützt hat. Und da die Antwort negativ ausfällt, würde dies Ihren Botschafter grob unverantwortlich erscheinen lassen — was ein besonders schwerer Angriff auf einen Botschafter ist.

Jedoch ist es jederzeit möglich, mit dieser Unterstützung zu beginnen. Genau in diesem Moment verwickelt sich Westdeutschland in ein größeres Abenteuer mit dem kolonialistischen Portugal in Mozambique. Sie können Ihre Glaubwürdigkeit dadurch beweisen, daß Sie es beenden.

Wir beziehen uns auf die Beteiligung der westdeutschen Firma Siemens an dem Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique. ASEA aus dem sozialdemokratischen Schweden und English Electric aus dem von Labour regierten Großbritannien wurden aufmerksam (oder von ihren Regierungen aufmerksam gemacht) auf die Implikationen des Cabora-Bassa-Projekts für die Konsolidierung der Macht der weißen Minderheiten im südlichen Afrika; und sie zogen sich aus dem Konsortium zurück. Dieses Projekt beweist in der Tat unwiderlegbar, daß die massiven Investitionen in den portugiesischen Kolonien dazu dienen, die koloniale Herrschaft in unseren Ländern aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz zu dem Beispiel, das jene beiden Firmen gegeben haben, ist Siemens bereitwillig an ihre Stelle getreten. Wir sind über die Logik von Siemens nicht überrascht — schließlich sind ASEA und English Electric nicht freiwillig zurückgetreten.

Aber was uns überrascht hat, war das absolute Schweigen von Ihnen und von Ihrer Regierung; daß Sie nichts zu sagen hatten, während sich in den sozialdemokratischen Parteien Schwedens und Englands starke Stimmen gegen dieses Projekt erhoben. Ihr Schweigen ist es, was uns erstaunt: welches ist die Meinung Ihrer Sozialdemokratie? Sogar der Bruch der von der UNO gegenüber Rhodesien beschlossenen Sanktionen hat Sie nicht beein-

druckt — das ist es, worin uns eine Regierung täuscht, die beansprucht, entschieden für „Gesetz und Ordnung" einzutreten. Heißt das, daß die Politik der vorigen Regierung fortgesetzt wird? Eure Exzellenz, Sie sind zweifellos darüber informiert, daß Ihr Land im letzten Jahr drei Kriegsschiffe an Portugal geliefert hat, die auf Ihrer Schiffswerft „Blohm und Voss" in Hamburg gebaut wurden. Es sind dies die größten Schiffe, die seit dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland gebaut wurden. Ihr Wert beträgt 40 Millionen Dollar. Eingesetzt werden sie in den Kolonien — gegen unser Volk. Die westdeutsche Regierung wußte dies, bevor sie geliefert wurden. Die Portugiesen machten daraus kein Geheimnis; in ihrem Magazin „Marinerundschau" gaben sie am 31. Mai 1969 bekannt, daß sie eines der drei Kriegsschiffe bereits von Westdeutschland erhalten haben und daß „diese Schiffe mit eigenen Hubschraubern und für den intensiven Einsatz in den Überseeprovinzen ausgerüstet sind; sie sollen nicht nur unsere Flotte von Patrouillenbooten und Barkassen dort unterstützen, sondern auch verschiedene hoheitliche Maßnahmen durchführen..." Sie wurden von der Regierung Kiesinger geliefert, die Ihrer Regierung vorausging. Wir waren nicht überrascht. Aber von Ihnen erwarten wir eine andere Haltung.

Exzellenz, wir bitten Sie, diese Fakten zu überprüfen. Die Freundschaft zwischen unseren Völkern, zwischen dem westdeutschen Volk und den Völkern Afrikas, ist viel mehr wert als einige Millionen Mark, die Ihnen das Siemens-Geschäft zusätzlich einbringt.

Gleichzeitig bitten wir Sie, Ihre ganze Politik der Kolonialmacht Portugal gegenüber zu überprüfen. Es ist höchste Zeit, der Allianz zwischen dem faschistischen Portugal und Ihrem Land — einer Allianz, die begann, als die portugiesische Regierung nach Hitlers Tod die Flaggen auf halbmast setzte — ein Ende zu machen. Es ist Zeit, daß Ihre Regierung aufhört, die tragische Infamie fortzusetzen, die Rolle des ergebenen Dieners und gierigen Investors in rassistischen Minderheitsregimen zu spielen. Es ist Zeit, daß sich die Deutsche Mark, die Sie erst kürzlich auf dem Finanzmarkt aufgewertet haben, nicht mehr mit Blut und Leid befleckt.

Wir verbleiben, verehrter Herr, hochachtungsvoll

Befreiungsfront von Mozambique (FRELIMO)

Dar es Salaam, 19. März 1970

Guatemala

Seit geraumer Zeit geht das Gerücht um, daß die krassen Ausbeutungsformen des klassischen Imperialismus der Vergangenheit angehörten. Es ist die Rede davon, daß mit Erlangung der nationalen Souveränität jedes — auch noch so kleine — „Entwicklungsland" das Recht der vollen Verfügung über seine nationalen Bodenschätze und Rohstoffquellen habe. Der Kapitalismus habe sich gewandelt: Moderne Wohlfahrtsstaaten hätten es nicht mehr nötig, die offensichtlich verbrecherischen Ausbeutungszüge des frühen Imperialismus zu unternehmen. Es wird betont, daß die ausländischen Privatunternehmen in den Ländern der Dritten Welt sehr viel zur Entwicklung dieser Länder beitrügen. Sie seien als einzige in der Lage, das Kapital für hohe Investitionen aufzubringen, sie lieferten das „know how", sie bildeten Fachkräfte aus, ihre Betriebe seien die mit den höchsten Sozialleistungen, höchsten Löhnen usw. Vor allem leisteten sie durch gerechte Teilung der Profite mit den „Entwicklungsländern" einen enormen Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte dieser Länder. Schließlich wird gelegentlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Initiative dieser Investoren nicht mehr in den klassischen extraktiven Bereichen liege, sondern sich immer mehr der verarbeitenden Industrie zuwende. (Diese angebliche Tendenz soll durch Organisationen wie z. B. „Allianz für den Fortschritt" unterstützt werden.) — Wie aber in Wirklichkeit die Methoden aussehen, die die klassischen imperialistischen Länder in den Ländern der Dritten Welt heute anwenden, lehrt uns das Bei-

spiel „Exmibal". Folgende Darstellung und Analyse wurde im März dieses Jahres von der ökonomischen Fakultät der San Carlos-Universität von Guatemala veröffentlicht. Die Übersetzer.

Guatemala contra „Exmibal"

In der modernen industriellen Welt besteht ein großer Mangel an Nickel, der aus diesem Metall den „Stein der Weisen" für Spekulanten gemacht hat. Im November 1969 notierte die Londoner Börse, der wichtigste Metallmarkt der Welt, das Pfund Nickel zu 7,70 Dollar, ein Preis, der fünfmal höher war als der vor einem Jahr.

Die Knappheit dieses Metalls, die schon während des Zweiten Weltkriegs begann, beruht auf einer das Angebot weit übersteigenden Nachfrage und seinen vielen Verwendungsmöglichkeiten in der Weltraum-, Düsenmotoren- und Atomreaktorenindustrie.

Diese Broschüre, von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der San Carlos-Universität von Guatemala zusammengestellt, hat die Absicht, vor der Weltöffentlichkeit die Umtriebe und Manipulationen dieser Gesellschaften offenzulegen, die Formen der politischen Erpressung zu denunzieren, die diese Gesellschaften benutzen, um die Bodenschätze Guatemalas zu rauben.

Das Nickel-Fieber hat die mächtigsten Gesellschaften, die die Ausbeutung dieses Metalls betreiben, nach Guatemala getrieben, das eines der größten noch nicht ausgebeuteten Vorkommen dieses Metalls besitzt.

Die Manipulation von „Exmibal"

1) Guatemala gehört zu den drei amerikanischen Ländern, die die größten Vorkommen an Nickel, Kobalt, Chrom und Kupfer besitzen. Dieser Reichtum Guatemalas zog schon 1956 die Aufmerksamkeit der Hanna Mining Corporation und der International Nickel Corporation an, Gesellschaften, die verschiedene Konzessionen und Explorationserlaubnisse von mehr als 60 000 Hektar bekamen. Im Juli 1960, nach der Festlegung der Explorationsfläche, wurde die Gesellschaft „Exploraciones y Explotaciones Mineras de Izabal", abgekürzt „Exmibal", begründet, deren Aktionäre die oben genannten Gesellschaften sind. Gleichzeitig begannen die Verhandlungen für die Ausbeutung der Grube Niquegua.

2) Guatemala hatte wie jeder andere souveräne Staat über Bodenschätze, Einkommensbesteuerung und Devisenkontrolle Gesetze erlassen. Diese Gesetze aber liefen den Interessen der mächtigen Grubengesellschaften zuwider, die ihre Operationen beginnen wollten und verschiedene Manipulationen starteten, um das Gesetzeswerk zu unterwandern und für ihre Zwecke umzugestalten. Dafür bezahlte „Exmibal" einen peruanischen Bergbautechniker, der ein neues Bergbaugesetz formulierte. Bald wurde dieser Text dem Kongreß vorgelegt (als ein Projekt der nationalen Administration für Bergbau und Kohlenwasserstoffe). Der Kongreß billigte dieses Projekt, das außerdem die Unterstützung Fredereic Villas, eines UN-Spezialisten, genoß, der die weiteren finanziellen Hilfen der UN davon abhängig machte, „daß Guatemala eine adäquate Bergbaugesetzgebung verabschiedet, die imstande ist, ausländisches Kapital anzulocken". Auf diese Weise wurde der Entwurf des Vorzimmerjungen der „Exmibal" im Juni 1965 zum Nationalgesetz erhoben.

3) Der zweite Schritt „Exmibals" gegen die guatemaltekische Gesetzgebung war gegen die Einkommensteuer gerichtet. Bei mehreren früheren Gelegenheiten hatten die Beamten des Wirtschaftsministeriums die offiziösen Gesuche der nationalen Administration für Bergbau und Kohlenwasserstoffe, das Dekret 1317 für die Grubengesellschaften anzuwenden, abgelehnt. Dieses Dekret sieht vor, neue Fabriken, die ausländische Rohstoffe verarbeiten, von der Einkommensteuer auszunehmen. Das Gesuch war also ganz offensichtlich gesetzwidrig. Im Juni 1968 wurde mit Rückendeckung einer Studie des „Icaiti" (Mittelamerikanisches Institut für Forschung und industrielle Technologie) die Tätigkeit der „Exmibal" als „Verarbeitungsindustrie" deklariert, obwohl diese Tätigkiet ja ganz eindeutig extraktiver Natur ist. Mit dieser Entscheidung befreite das Wirtschaftsministerium „Exmibal" von Steuer und Dividendesteuer für eine Dauer von zehn Jahren.

4) Als dieses Ziel erreicht war, mußte man eine Form finden, um die Devisenkontrolle zu umgehen und die Devisen, die der Verkauf des guatemaltekischen Rohstoffes erbrachte,

außer Landes zu schaffen. Guatemala verfügt allerdings über ein solides monetäres Außenwirtschaftsinstrumentarium, das es in die Lage versetzt, seine Geldstabilität zu gewährleisten. Innerhalb dieses Gesetzeskomplexes kontrollieren und restringieren nötigenfalls die Monetärbehörden alle internationalen Geldtransaktionen, ausgenommen etwa Löhne und Gehälter des diplomatischen Korps oder ähnliche Transaktionen, die von diesem Gesetz ausgenommen sind. Um dieses Gesetz zu umgehen, bereitete „Exmibal" ein Reglement für „die Förderung von Investitionen mit ausländischem Kapital" vor, wodurch die Gesellschaften mit ausländischer Finanzierung und großen simulierten Passiva Bankguthaben im Ausland bilden können, um die angeblichen Schulden und Zinsen amortisieren zu können. Hierzu wurde die absurde Idee verteidigt, daß die Gesellschaften, die Devisen erwirtschaften, auch über sie verfügen müssen. Es ist klar, daß in diesem Fall derselben Gesellschaft, die die Finanzierungsmittel aufbringen muß, bzw. der Muttergesellschaft, die Erlaubnis gegeben werden muß, Bankguthaben im Ausland zu bilden, um die „Kredite" zu bezahlen. Dies stellt eine Form der Gewinntransferierung dar, die über das jetzt erlaubte Maß weit hinausreicht. Eine Erweiterung dieses Prinzips auf andere einheimische oder ausländische Unternehmungen hätte die Untergrabung der ökonomischen Fundamente zur Folge, auf die die nationale Gesetzgebung für die Verteidigung der ökonomischen Stabilität und speziell der Reserven ausländischer Währungen aufbaut. Trotzdem wurde das erwähnte Reglement von der obersten Währungsbehörde Guatemals (Monetary Board) am 29. März 1968 in der Resolution 5727 gebilligt. Mit diesem Reglement zu ihren Gunsten versuchte „Exmibal" Druck auf die Geldbehörden auszuüben, mit dem Ziel, ohne jegliche Kontrolle jede gewünschte Menge Devisen transferieren zu können — in Form von Zinsen, Abschreibungen, Kapitalrücksendungen und anderen Transaktionen.

5) Kurz vor der Unterzeichnung dieses Devisenabkommens veranstaltete die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von San Carlos eine Podiumsdiskussion, um der Öffentlichkeit dieses bedrückende Geschäft bekanntzumachen. An der erwähnten Veranstaltung nahmen außer Vertretern der Fakultät Beamte des Wirtschaftsministeriums, der Geldbehörden, des „Icaiti" und der Bergbau-Administration, Vertreter des sozialökonomischen Forschungsinstituts der San Carlos-Universität, Vertreter der Vereinigung der Volkswirtschaftler und öffentlichen Rechnungsprüfer und Studentenvertreter der volkswirtschaftlichen Fakultät teil. Die Korruption, die eine große Rolle in dieser Angelegenheit gespielt hatte, wurde enthüllt, und dank des rechtzeitigen Eingreifens der Fakultät sah sich der Präsident der Republik, Lic. Cesar Montenégro, gezwungen, eine Untersuchung anzuordnen. Diese neue Situation hatte die Unterbrechung der Verhandlungen zur Folge.

Nach dem Festfahren der Verhandlungen hat „Exmibal" mit allen publizistischen Mitteln einen Feldzug eingeleitet, um die volkswirtschaftliche Fakultät und ihre Autoritäten zu diskreditieren und um in der Öffentlichkeit jegliche Opposition gegen ihre räuberischen Methoden als Opposition gegen die nationalen Interessen zu diffamieren. Trotz der augenblicklichen Stockung der Verhandlungen besteht die Gefahr, daß die Reichtümer unseres Landes wieder einmal von fremden Ländern abgeschöpft werden. Und nur die Wachsamkeit aller patriotischen Kräfte kann das Zustandekommen eines solch ominösen Geschäftes verhindern.

Was steht auf dem Spiel?

1) Die mächtigen an der Ausbeutung des guatemaltekischen Nickels interessierten Grubengesellschaften haben die Größe des Nickelvorkommens verschleiert. „Exmibal" deklarierte 1960, daß sie 50 Mill. Quetzales investiert habe (ein Quetzal gleich ein Dollar). 1968 wurde diese Summe schon mit 100 Mill. Quetzales angegeben. Bis 1969 hatte sie 180 Mill. Quetzales erreicht. Diese letzte Summe wird immer wieder für propagandistische Zwecke zugunsten „Exmibal" angegeben. Die Gesellschaft hat immer wieder erklärt, daß sie Gewinne in Höhe von 4,8 Mill. Quetzales jährlich erwartet. Nach der letzten publizierten Höhe der Investition könnte die Gesellschaft Profite in einer Höhe von höchstens 2,67 Prozent erwarten. Man fragt sich hier logischerweise: Ist das ursprüngliche Kapital aufgebläht worden, um als Rückversicherung für eine mögliche Enteigung zu fungieren, oder hat man die Profitrate bewußt nach unten manipuliert?

2) Nach der vertraglichen Vereinbarung mit „Exmibal" bekäme Guatemala für die ersten zwei Jahre 7600 Quetzales, für die nächsten zwei Jahre 15 200 Quetzales, während des fünften und sechsten Jahres 22 800 Quetzales, für das siebte und achte Jahr 30 400 Quetzales und schließlich ab dem neunten Jahr 38 600 Quetzales. Was hier steht, ist kein numerischer Fehler: Guatemala hätte für die Ausbeutung seiner Mineralien Anspruch auf durchschnittlich 22 920 Quetzales für die ersten zehn Jahre. Im Gegensatz dazu würde der Wert des extrahierten Metalls in derselben Periode nach sehr vorsichtigen Schätzungen ungefähr eine Milliarde Quetzales erreichen.

3) Die Konzession sah auch vor, daß „Exmibal" Royalties in Höhe von 7 Prozent des Wertes des Minerals am Grubeneingang bezahlen muß. Dies war schon mit allen Einzelheiten von dem von „Exmibal" bezahlten peruanischen Techniker bedacht worden, der nicht vergaß, in dem Bergbaugesetz, § 30, zu formulieren, daß der Wert „gleich dem internationalen Preis minus Transport und Verarbeitungskosten ist". So genügt es, daß der Verarbeitungsbetrieb, Eigentum „Exmibals", die Transportunternehmen, ebenfalls Betriebseigentum, oder die Käufer, The International Nickel Company, die Preise, die für sie am besten erscheinen, fixieren und so den Wert des extrahierten Minerals manipulieren. Die Royalties wurden so als eine Art freiwillige Steuer betrachtet, was gegen die elementarsten steuerlichen Prinzipien verstößt.

4) In bezug auf den tatsächlichen Wert des Minerals, das „Exmibal" zu extrahieren gedenkt, ist der Nebel noch dichter. Trotzdem ist es möglich, Schätzungen darüber anzustellen: a) Nach der Veröffentlichung der Gesellschaft beträgt die zu installierende Förderungskapazität 100 Tonnen pro Stunde vom Bagger zu den Silos; von den Silos zu den Schiffen 1000 Tonnen pro Stunde. Das heißt, daß die Gesellschaft erwartet, 292 000 Tonnen jährlich mit nur einer Schicht pro Tag zu fördern. Dieses Volumen ist ein halbesmal größer als das, welches die Gesellschaft als Förderungskapazität angegeben hat. Der Produktionswert erreicht also 262,5 Mill. Quetzales statt der 35 Mill., die die Gesellschaft in ihren Publikationen angibt. b) Im Einvernehmen mit den US Statistics Compendium ist der Produktionswert im Nickelbergbau 5,2mal größer als die Lohnsumme. Die geschätzten Studien über die Wertsteigerung des Inputs haben zu der Schlußfolgerung geführt, daß der Wert des guatemaltekischen Nickels, der von „Exmibal" extrahiert wird, sich auf mindestens 100 Mill. Quetzales belaufen würde, ausgenommen den Wert der anderen Mineralien, die mit Nickel verbunden sind und für die Guatemala den schon bezeichneten Gegenwert von 22 920 Quetzales jährlich plus der Royalties, die die Gesellschaft zu zahlen gedenkt, erhalten würde.

5) Als ob das alles nicht bereits genug wäre, statuieren die Verträge darüber hinaus, daß Guatemala seine eigenen Hafenanlagen, Santo Toma de Castillia, zur Hälfte des regulären Tarifs zur Verfügung stellen muß, was für Guatemala eine schwere finanzielle Belastung in Höhe von mehreren Mill. Quetzales jährlich bedeutet. Außerdem soll Guatemala die Ausgaben für die Straßeninstandhaltung, die Wachdienste, den Schutz und die Polizei und ähnliches übernehmen, was insgesamt mehrere Mill. Quetzales jedes Jahr beansprucht. Und die kleine Summe von jährlich 22 920 Quetzales, die das Land erhalten müßte, könnte kaum einen minimalen Anteil der gesamten Ausgaben decken.

Zynische Mißachtung von Verträgen

1) Die guatemaltekische Regierung ist Signatar-Staat einer Reihe internationaler Abkommen, wie etwa der Carta de Alta Gracia, der Carta del Punta del Este, der Acta economica social de Rio de Janeiro und der Consenso Latinoamericano del Vina del Mar, die alle deklarieren, daß es nötig sei, „alle ausländischen Hindernisse, die einer beschleunigten Entwicklung Lateinamerikas entgegenstehen, zu beseitigen". Diese Dokumente haben ebenfalls klar konstatiert, daß solche Hindernisse „bisher nicht nur nicht beseitigt wurden, sondern sich sogar vermehrt haben". Der Vertrag von Vina del Mar stellt zu Recht fest, daß direkte ausländische Privatinvestitionen zur Rückständigkeit Lateinamerikas beigetragen haben und daß daher solche Arten von Investitionen nur in Ausnahmefällen erlaubt werden sollen, und zwar „nur dann, wenn sie sich den nationalen Entscheidungen und Prioritätssetzungen unterwerfen".

2) Obwohl die höchsten guatemaltekischen Behörden diese Dokumente unterzeichnet und ratifiziert haben, wurden ihre Bestimmungen in der Praxis von vielen subalternen Regierungsstellen ignoriert, die die nationale Souveränität untergruben und keinen Moment zögerten, sich in die Dienste von „Exmibal" zu stellen.

3) Die Anwesenheit solch einer Gesellschaft, die ökonomisch so mächtig wie „Exmibal" ist, ist an sich schon eine große Bedrohung der politischen und ökonomischen Freiheit eines so kleinen Landes wie Guatemala. Außerdem ist anzunehmen, daß für den Fall, in dem ein Unternehmen durch solch schwerwiegende Konzessionen geschützt wird, dieses Unternehmen verschiedene Gründe haben könnte (um die Permanenz dieser Bestimmungen zu garantieren), in die politische Entwicklung des Landes einzugreifen.

Die große historische Verantwortung

1) Wie schon erwähnt, wurden die extraktiven Aktivitäten „Exmibals" gestoppt, bis man zu einer Einigung über ein Devisenabkommen gelangt. Es ist klar, daß die jetzige guatemaltekische Regierung (Montenégro) nicht die historische Verantwortung für eines der skandalösesten Handelsabkommen in der guatemaltekischen Geschichte und vielleicht für einen der größten Rückschläge für die guatemaltekische Wirtschaft und Souveränität tragen wollte.

2) Wie auch immer, die Amtsperiode der bestehenden Regierung ist bald abgelaufen, und in wenigen Monaten wird sich eine neue Regierung dem Druck von „Exmibal" ausgesetzt sehen. Wird die neue Regierung bereit sein, den nationalen Reichtum zu schützen? Oder wird sie ihn — wie es leider vorher schon öfters vorgekommen ist — den Ausländern überantworten?

Wenn ihre Haltung von der Unterstützung nationaler und patriotischer Schichten abhängig ist, dann wird die volkswirtschaftliche Fakultät von San Carlos als erste verlangen, daß die einheimischen Bodenschätze von Guatemala ausgebeutet werden, und zwar zu Nutz und Frommen des guatemaltekischen Volkes.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. D. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. *Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.* *Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.*

Autoren dieses Heftes

MATTHIESSEN, Gunnar, geb. 1939 in Köln, studiert dort Germanistik und Geschichte. *** *EHRLER, Klaus, M. A.,* geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1926 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig. *** *HOLZ, Dr. Hans Heinz,* geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KUTZSCHBACH, Dieter, g*eb. 1940 in Wurzen/Sachsen, studierte in Frankfurt/Main und Marburg Geschichte, Germanistik und wissenschaftliche Politik, arbeitet seit 1968 mit einem Stipendium des Landes Hessen in Wien an seiner Dissertation. *** *KÜHNL, Dr. Reinhard,* geb. 1936 in Schönwerth, studierte Geschichte, Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg und Wien, ist seit 1962 als Assistent am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg tätig. *** *KREIS, Karl Markus,* geb. 1940, studierte zunächst Philosophie, dann Soziologie und Politologie, zur Zeit Doktorand am Seminar für Internationale Politik der Universität München; die Dissertation behandelt die britische Indochinapolitik 1954—56. Gleichzeitig Mitarbeiter an einer ausführlichen Dokumentation über den Vietnamkrieg. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *DESCHNER, Dr. Karlheinz,* geb. 1924 in Bamberg, lebt als Schriftsteller und Kritiker in Haßfurt; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BURGER, Hans-Geo*rg, geb. 1945 in Immenstadt/Allgäu, studierte erst in Köln, jetzt in Berlin, Doktorand am Institut für Publizistik der FU, Mitarbeiter am Seminar für Judaistik der FU. *** *HUND, Wulf D.,* geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg Soziologie, Politik und Geschichte. *** *NYSSEN, Dr. Friedhelm,* geb. 1938 in Düsseldorf, studierte Soziologie an der FU Berlin, arbeitete dann als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Pädagogik der Universität Kiel und ist heute wissenschaftlicher Assistent am Pädagogischen Seminar der Universität Frankfurt.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

MATTHIESSEN, Gunnar, geb. 1939 in Köln, studiert dort Germanistik und Geschichte. *** *EHRLER, Klaus, M. A.,* geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1926 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig. *** *HOLZ, Dr. Hans Heinz,* geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KUTZSCHBACH, Dieter, g*eb. 1940 in Wurzen/Sachsen, studierte in Frankfurt/Main und Marburg Geschichte, Germanistik und wissenschaftliche Politik, arbeitet seit 1968 mit einem Stipendium des Landes Hessen in Wien an seiner Dissertation. *** *KÜHNL, Dr. Reinhard,* geb. 1936 in Schönwerth, studierte Geschichte, Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg und Wien, ist seit 1962 als Assistent am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg tätig. *** *KREIS, Karl Markus,* geb. 1940, studierte zunächst Philosophie, dann Soziologie und Politologie, zur Zeit Doktorand am Seminar für Internationale Politik der Universität München; die Dissertation behandelt die britische Indochinapolitik 1954—56. Gleichzeitig Mitarbeiter an einer ausführlichen Dokumentation über den Vietnamkrieg. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *DESCHNER, Dr. Karlheinz,* geb. 1924 in Bamberg, lebt als Schriftsteller und Kritiker in Haßfurt; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BURGER, Hans-Geo*rg, geb. 1945 in Immenstadt/Allgäu, studierte erst in Köln, jetzt in Berlin, Doktorand am Institut für Publizistik der FU, Mitarbeiter am Seminar für Judaistik der FU. *** *HUND, Wulf D.,* geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg Soziologie, Politik und Geschichte. *** *NYSSEN, Dr. Friedhelm,* geb. 1938 in Düsseldorf, studierte Soziologie an der FU Berlin, arbeitete dann als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Pädagogik der Universität Kiel und ist heute wissenschaftlicher Assistent am Pädagogischen Seminar der Universität Frankfurt.